

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des Ministers für Beschäftigung;

Nach Beratung,

Beschließt:

Der für Beschäftigung zuständige Minister wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

**DEKRETVORENTWURF ÜBER DIE KONTROLLE UND DAS VERFAHREN ZUR AUFERLE-
GUNG VON ADMINISTRATIVEN GELDBUSSEN IM BEREICH DER BESCHÄFTIGUNGSPOLI-
TIK**

INHALTSANGABE

Der vorliegende Dekretentwurf dient dazu die Rechtsgrundlagen bezüglich der Inspektion im Beschäftigungsbereich zu aktualisieren und zu vervollständigen. Des Weiteren wird die Auferlegung von administrativen Geldbußen im Beschäftigungsbereich geregelt.

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Begründung	4
Allgemeine Erläuterungen	4
Bemerkungen zum Gutachten der Staatsanwaltschaft.....	8
Bemerkungen zum Gutachten des Wirtschafts – und Sozial- rats.....	8
Bemerkungen zum Gutachten der Föderalbehörde.....	10
Bemerkungen zum Gutachten der Datenschutzbehörde.....	11
Kommentar zu den Artikeln	14
Vorentwurf	29

BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Seit der Übernahme der Beschäftigungsbefugnisse von der Wallonischen Region zum 1. Januar 2000 bzw. 1. Januar 2016 arbeitet der Fachbereich Beschäftigung des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Inspektionsbereich mit zwei zentralen Rechtstexten: dem Dekret der Wallonischen Region vom 5. Februar 1998 über die Überwachung und Kontrolle bezüglich der Gesetzgebungen im Bereich der Beschäftigungspolitik und dem Sozialstrafgesetzbuch vom 6. Juni 2010.

Die straf- und verwaltungsrechtlichen Verstöße stehen zum Teil in den vorerwähnten Texten oder aber auch in den Gesetzen und Dekreten, die eine Materie inhaltlich regeln, beispielsweise im Gesetz vom 19. Februar 1965 über die Ausübung seitens der Ausländer von Berufstätigkeiten als Selbstständige oder im Dekret vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung. Die Rechtslage im Bereich der Sozialinspektion ist insbesondere infolge der 6. Staatsreform – selbst für Kenner der Materie – nicht mehr einfach nachzuvollziehen, da der Föderalstaat Bestimmungen im Sozialstrafgesetzbuch aufgehoben hat, die aber weiterhin in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Anwendung finden.

Ziel des vorliegenden Dekretentwurfs ist es, die derzeit anwendbaren „geerbten“ Texte der Wallonischen Region sowie einige Bestimmungen des Sozialstrafgesetzbuches der Aktualität und den Gegebenheiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft anzupassen.

Als Inspiration haben die aktuellen Inspektionsdekrete der anderen Teilstaaten sowie das Sozialstrafgesetzbuch gedient. Das bisher in der Deutschsprachigen Gemeinschaft anwendbare Inspektionsdekret vom 5. Februar 1998 der Wallonischen Region basierte stark auf dem Gesetz vom 30. Juni 1971 über die administrativen Geldbußen, die bei Verstößen gegen bestimmte Sozialgesetze zur Anwendung kommen.

Das Sozialstrafgesetzbuch vom 6. Juni 2010 hat damals große Teile des vorerwähnten Gesetzes vom 30. Juni 1971 sowie des Gesetzes vom 16. November 1972 über die Arbeitsinspektion übernommen, vereinfacht, vervollständigt und aktualisiert. Dies beweist, dass die Texte sich seit den 1970er Jahren bewährt haben. Das Sozialstrafgesetzbuch entspricht dem derzeitigen Stand der Rechtsprechung und trägt außerdem den letzten technologischen Entwicklungen Rechnung. Diese Kohärenz zu den föderalen Texten bietet große Rechtssicherheit.

Die Wallonische Region hat im Jahr 2019 das vorerwähnte Inspektionsdekret vom 5. Februar 1998 für ihr Zuständigkeitsgebiet aufgehoben und durch neue, stark durch das Sozialstrafgesetzbuch und das Inspektionsdekret der Region Brüssel-Hauptstadt inspirierte Texte ersetzt.

In einigen Bereichen des vorliegenden Dekretentwurfs, beispielsweise was gewisse Verfahren oder die Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft angeht, ist es wichtig und vor allem sinnvoll, die Bestimmungen mit denen der Wallonischen Region anzugleichen, zumal die Inspektoren der Deutschsprachigen Gemeinschaft und einige Inspektoren der Wallonischen derselben Bezirkszelle angehören.

Umfangreiche Entwicklungen gab es in den vergangenen Jahren insbesondere in folgenden Bereichen:

- Rechte der Bürger während Anhörungen;
- Zugang der Sozialinspektoren zu bewohnten Räumlichkeiten;

- Erkenntnisse anhand von Bildern und deren Verwendung, beispielsweise anhand der Aufnahmen einer Videoüberwachungskamera unter Berücksichtigung der diesbezüglichen Gesetzgebung (kollektives Arbeitsabkommen Nr. 68 vom 16. Juni 1998), des Verhältnismäßigkeitsprinzips, im Rahmen der jeweiligen Zuständigkeiten und lediglich, wenn es keine andere Möglichkeit einer Feststellung oder Identifizierung gibt.

Nicht zuletzt bildet eine moderne, dem aktuellen Stand der Rechtsprechung und internationalen Rechtsnormen entsprechende Gesetzgebung im Bereich der Sozialinspektion die Grundlage dafür, dass dem geltenden Recht zu seiner Wirkung verholfen wird; dies unter strikter Einhaltung der Grundrechte der vernommenen Person („Salduz“- und „Franchimont“-Gesetze).

Angesichts der Transformationsprozesse in der Welt der Arbeit aufgrund von Gesetzesreformen oder Veränderungen bei den Unternehmens- und Beschäftigungspraktiken sind Anpassungen erforderlich, um der heutigen Zeit angepasst und effizient zu bleiben. Neue Technologien bringen neue Kategorien von Arbeitsplätzen hervor, sodass die Überwachung der Arbeitsbedingungen durch traditionelle Methoden immer schwieriger wird. Um auf die zunehmende Komplexität industrieller Prozesse, Arbeitsschutzprobleme, usw. reagieren zu können, benötigen die Inspektoren angepasste Kontroll- und Präventionsstrategien.

Die Anwendung des vorliegenden Dekretentwurfs bezieht sich lediglich auf Gesetze, Dekrete und Verordnungen im Bereich der Beschäftigungspolitik. Demnach wird der Wortlaut „Beschäftigungspolitik“ des Sondergesetzes aufgeführt. Diese Zuständigkeit beinhaltet folgende Themen:

- die Arbeitsvermittlung,
- die Programme zur Wiederbeschäftigung von nichtbeschäftigten Arbeitsuchenden, einschließlich im Bereich Sozialwirtschaft,
- die Beschäftigung von Personen, die ein Anrecht auf soziale Eingliederung oder ein Anrecht auf finanzielle Sozialhilfe haben,
- die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte, mit Ausnahme der Normen betreffend die Arbeitserlaubnis, die im Rahmen der spezifischen Aufenthaltssituation der betreffenden Personen ausgestellt wird, und die Befreiungen von Berufskarten, die an die spezifische Aufenthaltssituation der betreffenden Personen gebunden sind.
- die Anwendung der Normen betreffend die Arbeitserlaubnis, die im Rahmen der spezifischen Aufenthaltssituation der betreffenden Personen ausgestellt wird. Die Überwachung der Einhaltung dieser Normen fällt in die Zuständigkeit der Föderalbehörde. Die Feststellung der Verstöße kann ebenfalls durch die von den Regionen dazu ermächtigten Beamten erfolgen,
- die Entscheidungs- und Ausführungsbefugnis im Bereich der Kontrolle der aktiven und passiven Verfügbarkeit der Arbeitslosen und im Bereich der Auferlegung der diesbezüglichen Sanktionen.
- die Festlegung der Bedingungen, unter denen Befreiungen von der Erfordernis der Verfügbarkeit entschädigter Arbeitsloser für den Arbeitsmarkt, unter Beibehaltung der Entschädigungen, bei Wiederaufnahme des Studiums, bei Teilnahme an einer Berufsausbildung oder einem Praktikum gewährt werden können, sowie die Entscheidung, diese Befreiung zu gewähren oder sie nicht zu gewähren.
- die Zielgruppenpolitik:
 - a) die Senkungen der Arbeitgeberbeiträge zur sozialen Sicherheit, die nach den den Arbeitnehmern eigenen Merkmalen festgelegt werden.
 - b) die Aktivierung der im Rahmen der Arbeitslosenversicherung gewährten Entschädigungen oder der finanziellen Sozialhilfe, bei Wiederaufnahme der Arbeit, unter Beibehaltung einer Entschädigung, die der Arbeitgeber auf die Entlohnung anrechnet.
 - c) die Gewährung von Prämien an entschädigte Arbeitslose, die die Arbeit wieder aufnehmen oder an einer Berufsausbildung teilgenommen haben,

- d) die Gewährung von Prämien an Arbeitgeber und Auszubildende im Rahmen von Systemen der dualen Ausbildung,
- die Gewährung von Zuschüssen zur Förderung der Arbeitsmöglichkeiten für ältere Arbeitnehmer, der Qualität der Arbeitsbedingungen für ältere Arbeitnehmer und der Organisation der Arbeit für ältere Arbeitnehmer,
- die lokalen Beschäftigungsagenturen (LBA).
- Outplacement
- die Bedingungen, unter denen im Rahmen der Beschäftigungswege Leiharbeit in Anspruch genommen werden kann.

Viele dieser Zuständigkeiten übt die Deutschsprachige Gemeinschaft seit dem Jahr 2016 aus. Das Arbeitsrecht an sich war und bleibt föderale Zuständigkeit.

Bei der Redaktion des vorliegenden Dekretentwurfs wurden sowohl internationale als auch europäische Normen berücksichtigt, wie beispielsweise das Übereinkommen Nr. 81 der internationalen Arbeitsorganisation „über die Arbeitsaufsicht in Gewerbe und Handel, 1947“, das durch das Gesetz vom 29. März 1957 gebilligt wurde, und u.a. folgendes vorsieht:

„Die zuständige Stelle hat geeignete Maßnahmen zu treffen zur Förderung

a) einer wirksamen Zusammenarbeit zwischen den Dienststellen der Arbeitsaufsicht einerseits und den auf ähnlichen Gebieten tätigen anderen Behörden und öffentlichen oder privaten Einrichtungen andererseits,

b) der Zusammenarbeit zwischen den Aufsichtsbeamten sowie den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern oder deren Verbänden.“

Außerdem sieht das Abkommen vor, dass die Mitgliedstaaten für eine angemessene Verfolgung zu sorgen haben:

„1. Wer gesetzliche Vorschriften, mit deren Durchführung die Aufsichtsbeamten betraut sind, verletzt oder missachtet, unterliegt sofortiger gesetzlicher Verfolgung ohne vorgängige Verwarnung. Die innerstaatliche Gesetzgebung kann jedoch Ausnahmen für die Fälle vorsehen, in denen eine vorgängige Aufforderung zur Behebung von Mängeln oder zur Durchführung vorbeugender Maßnahmen zu erfolgen hat.

2. Es bleibt dem freien Ermessen der Aufsichtsbeamten überlassen, an Stelle der Einleitung oder Beantragung der Strafverfolgung Verwarnungen oder Ratschläge zu erteilen.“

Angemessene und verhältnismäßige Strafen sind daher unverzichtbar:

„Die innerstaatliche Gesetzgebung hat angemessene Zwangsmaßnahmen gegen Übertretung der gesetzlichen Vorschriften, deren Durchführung von den Aufsichtsbeamten überwacht wird, und gegen die Behinderung der Aufsichtsbeamten bei der Ausführung ihrer Aufgaben vorzusehen und wirksam anzuwenden.“

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben im Juni 2009 zur Sanktionierung für Arbeitgeber, die illegal aufhältige Drittstaatsangehörige beschäftigen, strafrechtliche Sanktionen gemäß Artikel 9 der Richtlinie 2009/52/EG zur Verringerung der illegalen Einwanderung vereinbart. Diese Richtlinie sieht in Artikel 14 vor, dass die Mitgliedstaaten die erforderlichen Maßnahmen treffen, um sicherzustellen, dass Zuwiderhandlungen gegen das Verbot der illegalen Beschäftigung mit wirksamen, angemessenen und abschreckenden Sanktionen gegen den Arbeitgeber geahndet werden:

„(1) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass in ihrem Hoheitsgebiet wirksame und angemessene Inspektionen durchgeführt werden, bei denen kontrolliert wird, ob Drittstaatsangehörige ohne rechtmäßigen Aufenthalt beschäftigt werden. Die Inspektionen erfolgen in erster Linie auf der Grundlage einer Risikobewertung, die von den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten vorzunehmen ist.

(2) Zur Steigerung der Effektivität der Inspektionen ermitteln die Mitgliedstaaten auf der Grundlage einer Risikobewertung regelmäßig die Beschäftigungsbereiche, in denen in ihrem Hoheitsgebiet besonders viele Drittstaatsangehörige ohne rechtmäßigen Aufenthalt beschäftigt werden.

In Bezug auf diese Bereiche teilen die Mitgliedstaaten der Kommission vor dem 1. Juli eines jeden Jahres im vergangenen Jahr durchgeführte Inspektionen mit, und zwar in absoluten Zahlen und als Prozentsatz der Arbeitgeber für jeden Bereich, sowie die Ergebnisse dieser Inspektionen.“

Neben der Inspektion und der strafrechtlichen Verfolgung ist es wichtig, ein Verfahren zur Auferlegung von Verwaltungsstrafen festzulegen. In vielen Gesetzen und Dekreten sind alternativ zu strafrechtlichen Strafen Verwaltungsstrafen vorgesehen. Allerdings wurden für die bisher vorgesehenen, teilweise „geerbten“ Verwaltungsstrafen weder Modalitäten der Eintreibung festgelegt noch Personen zur Ausführung und Auferlegung bezeichnet.

Die Europäische Union verlangt vermehrt, dass die Strafen, die durch die Gesetzgeber der verschiedenen Mitgliedstaaten festgelegt werden, in Bezug auf die Nichteinhaltung von Verpflichtungen in europäischen Richtlinien, effizient, proportional und abschreckend sein sollten.

Das Kollegium der Generalprokuratoren legt die allgemeinen Richtlinien zur Strafverfolgungspolitik im Bereich des Arbeits- und Sozialrechtes fest. Dies geschah beispielsweise durch das Rundschreiben Nr. 12/2012 des Kollegiums der Generalprokuratoren beim Appellationshof vom 22. Oktober 2012. Hierbei sieht das Kollegium den Schwerpunkt im Bereich der organisierten Kriminalität. Demzufolge werden isolierte Verstöße gegen die Arbeits- und Sozialgesetzgebung kaum noch durch das Arbeitsauditorat verfolgt und folgerichtig an den jeweils zuständigen Dienst für Verwaltungsstrafen weitergeleitet oder klassiert. Dementsprechend ist es wichtig, dass es im Falle der Einstellung der strafrechtlichen Verfolgung solche Verwaltungsstrafen gibt und diese auch in die Praxis umgesetzt werden können.

Zudem ist es wichtig, dass die verschiedenen Strafbestimmungen, was die Höhe der Strafen im Verhältnis zum Vergehen angeht, kohärent zueinander sind.

Ähnlich wie auch in den anderen Zuständigkeitsbereichen der Deutschsprachigen Gemeinschaft, wird im vorliegenden Dekretentwurf festgelegt, dass die Regierung diese Verwaltungsstrafen verhängt. Es sollte jedoch möglich sein, dies zukünftig ganz oder in Teilen an einen Mitarbeiter bzw. einen Dienst des Ministeriums zu delegieren.

Durch den vorliegenden Dekretentwurf:

- wird eine kohärente und vereinfachte Gesetzgebung der Inspektion im Bereich der Beschäftigungspolitik mit den für die Sozialinspektionen dazugehörigen notwendigen Mitteln eingeführt;
- werden der Auftrag, die Rechte und Pflichten sowie die Aufgaben der Sozialinspektoren deutlich beschrieben;
- wird eine bessere Anpassung an gesellschaftliche und juristische und Veränderungen der letzten Jahre gewährleistet;
- werden die Maßnahmen effizienter gestaltet;
- wird die Gesetzgebung auf die Deutschsprachige Gemeinschaft zugeschnitten.

BEMERKUNGEN ZUM GUTACHTEN DER STAATSANWALTSCHAFT

Die Staatsanwaltschaft hat zu den Artikeln 13 und 16 Vorschläge zur Umformulierung gemacht, sodass der Artikel deutlicher wird.

In Artikel 24 wurde infolge des Gutachtens präzisiert, dass das Beweismaterial im Rahmen der Strafverfolgung beim Gericht erster Instanz hinterlegt werden muss.

In Artikel 46 wurde der Deutlichkeit halber explizit eine Frist vermerkt.

Artikel 47 wurde ebenfalls bezüglich der Übermittlung der Originalprotokolle präzisiert.

Bezüglich Artikel 61 weist die Staatsanwaltschaft darauf hin, dass eine systematische Mitteilung schwer umzusetzen sei und eine Mehrarbeit für die Staatsanwaltschaft darstellen würde. Der Artikel sieht vor, dass diese Mitteilung lediglich auf Antrag der Sozialinspektoren erfolgt.

BEMERKUNGEN ZUM GUTACHTEN DES WIRTSCHAFTS- UND SOZIALRATS

Der Wirtschafts- und Sozialrat (nachfolgend WSR) bezieht Stellung zu fünf Themenbereichen:

1. Gegenstand des Dekrets

Der WSR bemerkt, dass die Strafbestimmungen über den im Titel und im ersten Artikel definierten Rahmen hinausgehen bzw. im Titel und in Artikel 1 klar ersichtlich sein soll, dass es um eine Reihe Strafbestimmungen geht. Es geht jedoch im vorliegenden Dekret in erster Linie um die Kontrolle im Beschäftigungsbereich sowie um das *Verfahren* zur Auferlegung von administrativen Geldbußen. Die Einführung von Strafbestimmungen ist Folge und nicht Grund der Verabschiedung des neuen Dekrets, aufgrund dessen wird dies nicht im Titel vermerkt. Im Titel wurde nun präzisiert, dass es um das *Verfahren* zur Auferlegung geht.

Der WSR bemängelt, dass Definitionen (z.B. Arbeitgeber und Arbeitnehmer) von den in den Dekreten der Wallonischen Region festgelegten Definitionen abweichen und kürzer greifen als die bisher gültigen Definitionen. Zum einen ist es so, dass die bisher gültigen Definitionen nicht diejenigen sind, die in der Wallonischen Region gelten, sondern jene, die im Inspektionsdekret vom 5. Februar 1998 festgelegt sind und die weniger umfangreich sind als die im vorliegenden Dekret erwähnten Definitionen. Zum anderen ist die Deutschsprachige Gemeinschaft nicht an Definitionen der Wallonischen Region gebunden, sondern befugt, eigene Definitionen festzulegen. Nichtsdestotrotz wurden für die Gleichsetzung für Arbeitgeber zwei Buchstaben der Vollständigkeit halber hinzugefügt.

Der WSR wünscht, dass Anhörungen nur das Personal betreffen sollen und nicht die Teilnehmer von Maßnahmen (Art. 60§7, Praktikanten, Ehrenamtliche, ...). Diese Personen fallen jedoch alle in den Anwendungsbereich des Dekrets und müssen somit auch angehört werden können.

2. Entscheidungsbefugnis

Der WSR bemerkt, dass es anders als in der Wallonischen Region in der Deutschsprachigen Gemeinschaft keinen sanktionierenden Beamten gibt, der die administrativen Geldbußen auferlegt. Somit würde der Regierung ein hohes Maß an Entscheidungsbefugnis zugeteilt. Da die Deutschsprachige Gemeinschaft zum jetzigen Zeitpunkt keinen Dienst für

Verwaltungsstrafen hat, erlegt die Regierung, wie in allen anderen Zuständigkeitsbereichen der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die administrativen Geldbußen auf.

Es wird bemängelt, dass die Ermächtigungen der Regierung in einigen Fällen zu weit gingen bzw. das Parlament mitbestimmen solle. Was Artikel 3 betrifft ist bei der Ausführung selbstverständlich darauf zu achten, dass nur Personen Arbeitgebern bzw. Arbeitnehmern gleichgestellt werden, die sich auch für eine derartige Gleichstellung eignen.

3. Fristen und Strafen

Der WSR bemerkt, dass im Vergleich zum Sozialstrafgesetzbuch und zum Dekret der Wallonischen Region die Strafen oft deutlich höher ausfallen. Bei der Festlegung des Strafmaßes war das Ziel, eine einheitliche Vorgehensweise zu finden. Demnach wurden die verschiedenen Strafniveaus des Sozialstrafgesetzbuches übernommen. Die hier vorgesehenen Strafen entsprechen immer jeweils einem der vier Niveaus des Sozialstrafgesetzbuches. Manche Gefängnisstrafen fallen demnach tatsächlich etwas höher aus als die der Wallonischen Region. Sie sind jedoch einheitlich und nicht von Fall zu Fall festgelegt. Der Richter oder die Regierung haben selbstverständlich einen gewissen Spielraum bei der Festlegung der Strafe.

Dieselbe Bemerkung äußert der WSR bezüglich einiger Fristen, die zum Nachteil der hiesigen Zuwiderhandelnden ausfallen würden. Abgesehen davon, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft befugt ist, eigene Fristen festzulegen und nicht an die von der Wallonischen Region oder des Föderalstaats festgelegten Fristen gebunden ist, sind die im Dekret festgelegten Fristen identisch mit den in anderen Zuständigkeitsbereichen der Deutschsprachigen Gemeinschaft festgelegten Fristen. Für die Einheitlichkeit der Verwaltungsverfahren ist es wichtig, dass dieselben Regeln für alle Verfahren zur Auferlegung einer administrativen Geldstrafe gelten. Vor allem was Form und Fristen betrifft, müssen alle Verfahren gleich ablaufen, ansonsten verliert der juristische Dienst den Überblick und es könnte zu Formfehlern kommen.

4. Einbeziehen der Sozialpartner

Der WSR wünscht sich, dass ein jährlicher Bericht über die Anwendung des Dekrets verfasst würde. Statistiken über die Inspektionen werden jährlich erstellt. Dieser Bericht wird im Rahmen des allgemeinen Verwaltungsberichtswesens abrufbar sein, es wird jedoch kein zusätzlicher Bericht hinterlegt.

Der WSR bemängelt, dass keine Vertretung der Arbeitnehmer durch Arbeitnehmerorganisationen vorgesehen wird. In den allerseltensten Fällen werden Arbeitnehmer kontrolliert/bestraft. Es besteht immer die Möglichkeit sich durch einen Anwalt beistehen zu lassen.

5. Ehrenamt und VoG

Der WSR stellt die Frage, ob die Bestimmungen des Dekrets auf ehrenamtlich tätige Personen anwendbar sind. Diese Frage muss klar mit Ja beantwortet werden. Beispielsweise im Bereich der Beschäftigung von ausländischen Arbeitnehmern können die Sozialinspektoren prüfen, ob es sich bei den ehrenamtlich beschäftigten Personen etwa um nicht aufenthaltsberechtigte Personen handelt.

Der WSR wünscht besondere Vorsicht bei der Bestrafung durch die Aussetzung der Bearbeitung von Anträgen auf Erhalt von Zuschüssen. Es handelt sich hier um eine Kann-Bestimmung, die nur in begründeten Verdachtsfällen geltend gemacht wird.

Der nachfolgende Teil geht auf die weiteren punktuellen Bemerkungen des WSR ein:

Was den Artikel über den Anschlag von Dokumenten angeht (Art. 30), wünscht der WSR eine Angleichung mit dem entsprechenden Artikel des Sozialstrafgesetzbuches, allerdings hat die Deutschsprachige Gemeinschaft im Gegensatz zum Föderalstaat keine Weisungsbefugnis über die Einrichtungen der sozialen Sicherheit. Aus diesem Grund wurde, genau wie in den Texten der Wallonischen Region, der Absatz nicht übernommen.

In Bezug auf die von der Regierung festzulegenden Regeln im Bereich der Berufspflichten wünscht der WSR eine Konzertierung. Selbst für Regeltexte ist eine Konzertierung fakultativ und nicht verpflichtend, es wäre demnach unverhältnismäßig, hier eine verpflichtende Konzertierung vorzusehen. Die Möglichkeit besteht jedoch immer.

Bezüglich des Artikels über Interessenkonflikte bemerkt der WSR, dass eine Aufgabentrennung zwischen Beratung/Begleitung und Kontrolle/Sanktion unabdingbar sei. Der Fachbereich Beschäftigung des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft kümmert sich in allen Beschäftigungsbereichen um die Beratung und die Begleitung. Der Inspektionsdienst für den Beschäftigungsbereich ist ebenfalls im Fachbereich Beschäftigung angesiedelt. Sanktionen werden durch die Regierung auferlegt und durch den Fachbereich Lokale Behörden und Kanzlei vorbereitet.

Was die Mitteilung der Entscheidungen an die Sozialinspektoren angeht, ist der WSR der Meinung, dass den Sozialinspektoren diese Entscheidungen grundsätzlich ohne vorhergehende Anfrage übermittelt werden sollen. Die Reaktion der Staatsanwaltschaft lautet jedoch wie folgt: *„Es ist in der Praxis nur schwer umzusetzen und bedeutet eine Mehrarbeit für die Staatsanwaltschaft/Auditorat. Die Polizeidienste und andere Dienste, wie z.B. die Forstbeamten oder die Beamten der Umweltpolizei, erhalten auch nicht systematisch eine Mitteilung der von der Staatsanwaltschaft/Auditorat getroffenen Entscheidung.“*

Allerdings werden die Entscheidungen zukünftig im Rahmen des E-Dossiers, das zurzeit ausgearbeitet wird, höchstwahrscheinlich sehr wohl automatisch weitergeleitet. Zum aktuellen Zeitpunkt ist dies jedoch nicht der Fall.

In Bezug auf den Artikel über die mildernden Umstände (Art. 65) wünscht der WSR eine Angleichung des Artikels mit dem im Sozialstrafgesetzbuch vorgesehenen Artikel. Dieser wurde jedoch genau wie in der Wallonischen Region, nicht vollständig übernommen. Der Richter bzw. die Regierung verfügen über einen gewissen Spielraum, was das Festlegen des Strafmaßes angeht. Außerdem ist die Deutschsprachige Gemeinschaft nicht für die Gewährung aller Sozialvorteile zuständig.

In Bezug auf die Aufbewahrungsfrist der Daten während 10 Jahren fragt der WSR, ob dies notwendig sei. Dies ist jedoch der Standard in den Texten der Deutschsprachigen Gemeinschaft, insbesondere wenn es um Zahlungen geht. Das Ziel ist es, diese Bestimmungen so einheitlich wie möglich zu belassen, um keine Formfehler zu begehen.

BEMERKUNGEN ZUM GUTACHTEN DER FÖDERALBEHÖRDE

Die Föderalbehörde bemerkt, dass es für den Arbeitgeber verpflichtend ist, den Beginn und das Ende der Beschäftigung zu melden. Die einzige Möglichkeit, die Einhaltung dieser Verpflichtung zu kontrollieren, ist die Verwendung der DIMONA- und LIMOSA-Meldungen. Über die Anwendung DOLSIS haben die Sozialinspektoren bereits Zugriff auf diese Plattformen und besitzen diesbezüglich alle erforderlichen Genehmigungen. Demnach müssen keine weiteren Schritte unternommen werden.

BEMERKUNGEN ZUM GUTACHTEN DER DATENSCHUTZBEHÖRDE

Die Datenschutzbehörde stellte am 22. April 2022 das Gutachten Nr. 76/2022 zum vorliegenden Dekretvorentwurf aus.

Die Datenschutzbehörde ist der Ansicht, dass im Kommentar zu jedem der betroffenen Artikel erwähnt werden sollte, um welche konkrete Bestimmung aus dem Sozialstrafgesetzbuch oder aus dem Dekret der Wallonischen Region es sich handelt (Bemerkung 5). Der Anwendungsumfang des vorliegenden Dekrets hat sich allerdings aus dem Dekret selbst und nicht aus anderen Rechtstexten abzuleiten.

Bezüglich des Zugriffs und die Verwendung der föderalen Datenbank „Ginaa“ empfiehlt die Behörde, in den Kommentaren zu den entsprechenden Artikeln das Zusammenarbeitsabkommen vom 1. Juni 2011 zwischen dem Föderalstaat, den Regionen und den Gemeinschaften in Bezug auf die Koordinierung in Sachen illegale Arbeit und Sozialbetrug aufzuführen (Bemerkung 9 und 10). Dieser Bemerkung wurde Folge geleistet. Die Notwendigkeit, auf Ebene der Deutschsprachigen Gemeinschaft keine gesonderte Datenbank einzurichten, ergibt sich daraus, dass zu denselben Personen für ähnliche Vergehen keine Vervielfältigung von Datenbanken erfolgen soll, insbesondere dann nicht, wenn schon adäquate Instrumente bestehen, an denen die Deutschsprachige Gemeinschaft beteiligt ist. Das trägt zur Datenminimierung bei. Außerdem unterliegt diese Datenbank bereits umfassenden Sicherheitsmaßnahmen, sodass das Risiko von Datenlecks und anderen Angriffen minimiert wird. Dies trägt somit zur Datensicherheit bei.

Die Datenschutzbehörde bemerkt in Bezug auf Artikel 86 des Dekrets, dass die Finalität präzisiert werden und erläutert werden soll, ob es sich bei den Analysen um Verarbeitungen, die darauf abzielen, operative Entscheidungen über Einzelpersonen zu treffen, handelt (Bemerkungen 15 und 17). Es geht allerdings nur um eine anonyme Erstellung von Statistiken einerseits für den föderalen Dienst für Sozialinformation und -ermittlung und ggf. um zu planen, in welchen Bereichen künftig vermehrt Inspektionen stattfinden sollen. Analysen werden keinesfalls Bezug auf Einzelpersonen oder Einzelbetriebe haben.

Die Behörde rät außerdem dazu, das Wort „Statistik“ durch „Berichterstattung“ zu ersetzen. Dieser Bemerkung wurde ebenfalls Folge geleistet.

In Bezug auf Artikel 78 wurden im Kommentar auf Anraten der Datenschutzbehörde (Bemerkungen 18 und 19) Präzisierungen vorgenommen, durch die betont wird, dass Informationen nicht zu Zwecken verwendet werden dürfen, die mit der Zielsetzung nicht vereinbar sind und im Artikel wurde präzisiert, dass die Weitergabe von Informationen an andere Behörden gestattet ist, sofern diese Behörden mit einem Auftrag öffentlichen Interesses betraut sind, sofern diese Übermittlung für die Ausführung des Auftrags öffentlichen Interesses der betreffenden Behörden oder Einrichtungen erforderlich ist und insofern dies für die Durchführung aller Aufträge im Bereich der Kontrolle im Rahmen ihrer Zuständigkeiten erforderlich ist.

Die Datenschutzbehörde wünscht, dass in Bezug auf Artikel 3 die Ermächtigung an die Regierung, Gleichstellungen vorzunehmen, begrenzt wird (Bemerkung 22). Von einer Beschränkung auf die im Artikel festgelegten Kriterien wird jedoch abgesehen, da eine Gleichstellung in diesem Fall keinen Mehrwert mehr hätte oder im schlimmsten Fall verhindert würde.

Die Datenschutzbehörde wünschte sich in Bezug auf einige Datenkategorien des Artikels 85 eine Begründung, warum diese Kategorien verarbeitet werden müssen (Bemerkung 23). Infolge des Gutachtens wurde das Abfragen der Daten bezüglich der Zusammensetzung des Haushalts und des Zivilstands aus der Liste genommen, da dies

voraussichtlich nicht im Rahmen einer Inspektion abgefragt werden wird. Die Zusammensetzung des Haushalts, die in gewissen Fällen (z.B. Dispensen im Falle einer Ehe mit einem EU-Bürger) ausschlaggebend ist, kann über den Zugang zum Nationalregister festgestellt werden.

Darüber hinaus wurde das Wort „Alter“ gemäß der Bemerkung der Datenschutzbehörde durch „Geburtsdatum“ ersetzt (Bemerkung 23).

Die Datenschutzbehörde empfiehlt, statt der in Artikel 85 vorgesehenen Aufteilung Arbeitgeber/Angestellte/Beauftragte, Arbeitnehmer und andere Personen, eher zwischen Täter/Verdächtiger, Zeuge, Opfer oder andere zu unterscheiden (Bemerkung 24). Die neue Aufteilung besteht aus einerseits dem potenziellen Urheber eines Verstoßes (in den meisten Fällen der Arbeitgeber) und jeglichen anderen Personen, die im Rahmen des Ermittlungsverfahrens agieren.

Die in Artikel 85 Absatz 1 Nummer 1 Buchstaben d) und e) (bzgl. der Protokolle zur Feststellung eines Verstoßes und bzgl. Strafverfolgung oder administrativer Verfolgung) erwähnten Daten dürfen nur erhoben werden, wenn sie sich auf Texte beziehen, die in den Anwendungsbereich des Dekrets fallen (Bemerkung 26). Dies wurde im Artikel präzisiert.

Die Möglichkeit Daten zu verarbeiten, die sich auf Protokolle oder Strafverfolgungen beziehen, sollte nach Ansicht der Datenschutzbehörde auf jene Daten beschränkt werden, die für die Bestimmung des Wiederholungsfalls von Nutzen sind (Bemerkung 27). Der Artikel wurde entsprechend angepasst.

Die Daten bezüglich der gegen die Person gerichtete Ermittlung sowie die gerichtlichen Daten dürfen nur erhoben werden, wenn sie sich auf Texte beziehen, die in den Anwendungsbereich des Dekrets fallen (Bemerkung 30). Dies wurde im Artikel präzisiert.

Der Begriff „verschlüsselt“ wurde auf Anraten der Datenschutzbehörde (Bemerkungen 32-34) durch „pseudonymisiert“ ersetzt und die gesamte Formulierung angepasst.

Nach Meinung der Datenschutzbehörde muss der für die Verarbeitung Verantwortliche abhängig von den verschiedenen, durch ihn vorgenommenen Verarbeitungen unterschieden werden (Bemerkung 40). Konkret wünscht sich die Datenschutzbehörde, dass anstelle der Regierung der konkrete Verantwortliche aufgeführt wird. Einzelnen Beamten wird jedoch keine Verantwortung zugewiesen. Dies ist nicht üblich, vor allem da ein hierarchisches Dienstverhältnis zwischen Regierung und dem Sozialinspektor besteht. Die Autoren sind der Meinung, dass dieser Aspekt wie in allen anderen Bereichen so zu handhaben ist, dass die Regierung die Verantwortliche ist.

Die Wortfolge „Dauer der Datenverarbeitung“ wurde infolge des Kommentars der Datenschutzbehörde durch „Dauer der Aufbewahrung“ ersetzt (Bemerkung 41).

In Artikel 87 soll der Passus „unbeschadet anderer gesetzlicher, dekretaler oder verordnungsrechtlicher Bestimmungen“ gestrichen oder präzisiert werden (Bemerkungen 42 und 43). Es gibt allerdings tatsächlich andere Gesetzgebungen, wie das Archivwesen, die ggfs. längere Aufbewahrungsfristen vorsehen.

Die Datenschutzbehörde empfiehlt einen Rückfluss von Gerichtsdaten im (wie in Artikel 646 des Strafprozessgesetzbuches) in Bezug auf die Datenbank E-Protokolle in Konzertierung mit dem föderalen Justizminister organisiert werden soll (Bemerkung 46). Dies kann

allerdings nicht im Rahmen des Dekrets vorgesehen werden, sondern ausschließlich im Rahmen eines Zusammenarbeitsabkommens mit den dafür zuständigen Behörden.

KOMMENTAR ZU DEN ARTIKELN

Artikel 1

Dieser Artikel bestimmt den Gegenstand des vorliegenden Dekretentwurfs.

Artikel 2

Personenbezeichnungen im Dekretentwurf gelten für alle Geschlechter gleichermaßen.

Artikel 3

Dieser Artikel definiert Begriffe des Dekretentwurfs und sorgt für ein einheitliches Verständnis der entsprechenden Bestimmungen.

Artikel 4

Dieser Artikel legt den Anwendungsbereich des Dekretentwurfs fest.

Obwohl das Dekret vom 17. Januar 2000 zur Schaffung eines Arbeitsamts in der Deutschsprachigen Gemeinschaft der gewöhnlichen Aufsicht der Deutschsprachigen Gemeinschaft unterliegt, wird dieses Dekret aufgelistet, da es die Rechtsgrundlage für Ausführungserlasse darstellt, die im Rahmen des vorliegenden Dekretentwurfs kontrolliert werden müssen, wie beispielsweise der Erlass der Regierung vom 13. Dezember 2018 über Berufsausbildungen für Arbeitsuchende.

Durch die Einfügung der Bestimmung des Paragraphen 2 sollen durch die Polizeidienste ausgestellte Protokolle als Grundlage einer von der Regierung auferlegten Verwaltungsstrafe dienen können. Dies war bisher nicht der Fall. Das Flämische Rahmendekret vom 22. März 2019 über die verwaltungsrechtlichen Durchsetzungsmaßnahmen („Kaderdecreet betreffende de bestuurlijke handhaving“) sieht in seinem Artikel 26 §3 eine vergleichbare Bestimmung vor.

Bei der umfassenden Analyse des besagten Artikels kam der Staatsrat in seinem Gutachten Nr. 64.535/3 vom 10. Januar 2019 zu der Schlussfolgerung, dass – obwohl die Organisation der Polizeidienste grundsätzlich zu den Befugnissen des Föderalstaats gehört – die Gemeinschaften und Regionen in diese Materie eingreifen dürfen, indem sie von ihren impliziten Befugnissen im Sinne von Artikel 10 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen Gebrauch machen.

Auf die durch die ständige Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshof festgelegten Kriterien, die für einen Rückgriff auf die impliziten Befugnisse erfüllt sein müssen, eingehend, gilt es, Folgendes festzuhalten:

1. Die Maßnahme ist *notwendig*, um eine effiziente Ausübung der Befugnisse der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich Verwaltungsstrafen im Beschäftigungsbereich zu garantieren. Vielerlei Verstöße betreffen den öffentlichen Raum und tangieren die Zuständigkeiten anderer Behörden, insbesondere die Polizeidienste, die für die Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ruhe zuständig sind. Diesen Diensten zu erlauben, Verstöße gegen das Dekret zu protokollieren, ist somit eine logische Konsequenz und eine Frage der Effizienz.
2. Die Maßnahme hat *einen geringfügigen Einfluss auf die Befugnis des Föderalstaats*, da nur die Verstöße des vorliegenden Dekretentwurfs und die Verstöße, die in den in Artikel 4 des Dekretentwurfs erwähnten Rechtsgrundlagen erwähnt sind, für eine Protokollierung durch die Polizeidienste infrage kommen. Die Tragweite der zu erstellenden

Protokolle ist klar begrenzt und hat nur einen minimalen Einfluss auf die alltägliche Arbeit eines Polizeibeamten. Im Gegenteil: Das Einführen von Verwaltungsstrafen (anstelle der ehemals anwendbaren strafrechtlichen Sanktionen) führt zu einer Entlastung für die Dienste der Staatsanwaltschaft.

3. Dass sich die Beauftragung der Polizeidienste für eine *differenzierte Regelung* eignet, ist unbestritten, da der föderale Gesetzgeber selbst bereits diese Dienste ermächtigt hat, beispielsweise bei Verstößen im Straßenverkehr (regionale Zuständigkeit) zu ermitteln.

Artikel 5

Dieser Artikel legt die Berechnung gewisser Fristen fest. In einigen Fällen dient als Vorlage das Gerichtsgesetzbuch.

Artikel 6

Dieser Artikel legt fest, dass als Kommunikationsmittel nicht nur der Postweg, sondern auch der elektronische Weg möglich ist, es sei denn die Notifizierungen sind Ausgangspunkt einer Frist. In diesem Fall ist ein sicher datierter Versand notwendig.

Artikel 7

Dieser Artikel erläutert das Zweckprinzip der Befugnisse, die den Sozialinspektoren zugeteilt werden.

Artikel 8

Das Verhältnismäßigkeitsprinzip besagt, dass die Mittel der Sozialinspektoren angemessen und erforderlich sein müssen.

Artikel 9

Die Sozialinspektoren müssen sich anhand einer Legitimationskarte ausweisen, deren Muster die Regierung festlegt.

Artikel 10

Bei der Ausübung ihres Amtes dürfen die Sozialinspektoren sowohl die Unterstützung der lokalen oder föderalen Polizei als auch anderer regionaler Dienste, wie beispielsweise der Lehrlingssekretäre des Instituts für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen (IAWM), der öffentlichen Sozialhilfezentren (ÖSHZ), der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben (DSL), usw. beantragen.

Die Sozialinspektoren haben nicht die Eigenschaft als Gerichtspolizeioffizier. Dies hätte als Konsequenz, dass sie sowohl der Autorität des zuständigen Ministers der Deutschsprachigen Gemeinschaft unterliegen würden als auch der des Arbeitsauditors. Dies kann zu Problemen führen, wenn es Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf die Inspektionspolitik geben sollte.

Des Weiteren haben die von ihnen erstellten Berichte in vielen Fällen eine höhere Beweiskraft als die von Gerichtspolizeioffizieren erstellten Berichte.

Außerdem könnte diese Eigenschaft sich negativ auf die Ausübung ihres Auftrags und auf den damit verbundenen Ermessensspielraum auswirken. Dies hätte zur Folge, dass sie

sich auf eine rein repressive Funktion beschränken und nicht mehr in der Lage wären, Verwarnungen auszusprechen und dem Zuwiderhandelnden Fristen zu setzen, damit er sich an das Gesetz hält.

Artikel 11

Die Sozialinspektoren haben die Möglichkeit u.a. Auskünfte, Ratschläge und Verwarnungen zu erteilen oder dem Zuwiderhandelnden eine Frist zu setzen, sich in Ordnung zu bringen. Dieser Ermessensspielraum gilt jedoch unbeschadet des Anforderungsrechts der Staatsanwaltschaft und des Untersuchungsrichters. Sie können die Inspektoren auffordern, im Rahmen ihrer Zuständigkeit alle für die Ermittlungen erforderlichen Handlungen vorzunehmen.

Artikel 12

Dieser Artikel legt fest, dass das Betreten von Arbeitsstätten durch die Sozialinspektoren zu jeder Tages- und Nachtzeit und ohne Ankündigung erlaubt ist.

Artikel 13

Im Gegensatz zum Betreten von Arbeitsstätten ist das Betreten von bewohnten Räumlichkeiten lediglich in bestimmten Fällen möglich und an verschiedene Bedingungen gebunden.

In Abweichung zur allgemeinen Regel, die im Gesetz vom 7. Juni 1969 zur Bestimmung der Zeitspanne, in der keine Hausdurchsuchungen oder Freiheitsentziehungen vorgenommen werden dürfen, festgelegt ist und besagt, dass zwischen 21 Uhr und 5 Uhr keine Hausdurchsuchungen möglich sind, wird hier eine Ausnahme diesbezüglich vorgesehen. Zwischen 21 Uhr und 5 Uhr muss der Antrag an den Untersuchungsrichter jedoch mit besonderen Gründen versehen sein.

Wie auch im Sozialstrafgesetzbuch und in der Wallonischen Region vorgesehen und unter Berufung auf Artikel 10 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, ist im Gegensatz zur bisherigen Regelung, in der der Polizeirichter zuständig war, zukünftig der Untersuchungsrichter befugt, die Hausdurchsuchung zu genehmigen, und dies aus folgenden Gründen:

- die betroffenen Gesetzgebungen gehören nicht zum Zuständigkeitsbereich eines Polizeirichters;
- der Untersuchungsrichter kennt sich grundsätzlich besser mit Schutz des Privatlebens und des Wohnorts aus;
- der Untersuchungsrichter hat eine permanente Rufbereitschaft; dies erleichtert den Zugang im Dringlichkeitsfall.

Es handelt sich nicht um ein gerichtliches Mandat. Es wird durch die Anfrage der Sozialinspektoren keine gerichtliche Untersuchung gestartet, sondern handelt sich lediglich um eine Verwaltungsprozedur, die dem Schutz des Privatlebens dient.

Die in §4 erwähnten Ausnahmen antworten auf das Staatsratsgutachten zum entsprechenden Artikel aus dem Sozialstrafgesetzbuch, der als Vorlage für den vorliegenden Artikel galt.

Artikel 14

Dieser Artikel legt fest, dass die Sozialinspektoren alle Untersuchungen, Kontrollen, Vernehmungen und Informationssammlungen vornehmen dürfen, um ihrem Auftrag gerecht zu werden.

Artikel 15

Die Sozialinspektoren dürfen die Personalien aller Personen, deren Identifizierung sie für notwendig erachten, aufnehmen.

Neben der Beantragung von amtlichen Ausweispapieren (Personalausweis, Reisepass, Führerschein, ...), können die Sozialinspektoren auch die Identität anhand nichtamtlicher Dokumente, die ihnen freiwillig vorgelegt werden, und anhand von Bildmaterial feststellen (s. Artikel 24).

Artikel 16

Dieser Artikel legt fest, dass die Sozialinspektoren jede Person, deren Vernehmung sie für notwendig erachten, vernehmen dürfen.

Als Inspiration diene das Sozialstrafgesetzbuch sowie Artikel 12, 1, c), i) des Abkommens Nr. 81 der internationalen Arbeitsorganisation.

Artikel 17

Dieser Artikel ist aus dem Sozialstrafgesetzbuch übernommen. Der entsprechende Artikel im Sozialstrafgesetzbuch hat sich seinerseits durch das Mehrwertsteuergesetzbuch inspirieren lassen und ist geprägt durch die Rechtsprechung des Kassationshofs und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte.

Im Rahmen ihres Inspektionsauftrages dürfen sich die Sozialinspektoren alle Datenträger vorlegen lassen, die Sozialdaten, oder andere vorgeschriebene Daten enthalten.

Die Tatsache, dass die Sozialinspektoren befugt sind, sämtliche Datenträger zu untersuchen und zu prüfen, bedeutet natürlich nicht, dass sie diese Befugnis bei jeder Inspektion systematisch ausüben. In den meisten Fällen versuchen die Sozialinspektoren, Probleme in Absprache mit dem Arbeitgeber zu lösen. Im Gegensatz zu anderen Aufsichtsbeamten haben die Sozialinspektoren einen gewissen Ermessensspielraum und sie sind nicht verpflichtet, für jeden Verstoß einen Bericht zu verfassen.

Kooperiert der Arbeitgeber nicht freiwillig, aber widersetzt sich auch nicht der Kontrolle, so sind diese Bestimmungen anwendbar. Widersetzt sich der Arbeitgeber jedoch der Kontrolle, wird ein Protokoll wegen Behinderung der Kontrolle erstellt und gegebenenfalls die Unterstützung der Polizei angefragt.

Artikel 18

Dieser Artikel regelt die Befugnis der Sozialinspektoren, sich alle Datenträger vorlegen zu lassen, um Informationen zu erhalten, die sie für die Erfüllung ihres Auftrags für notwendig erachten. Es handelt sich um Datenträger, die andere Daten enthalten, als die im vorherigen Artikel genannten Daten.

Im Einklang mit der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte können diese Datenträger jedoch nicht beschlagnahmt werden (s. Artikel 25).

Artikel 19

Dieser Artikel stammt ebenfalls aus dem Sozialstrafgesetzbuch und basiert seinerseits auf dem Mehrwertsteuergesetzbuch, auf dem Einkommenssteuergesetzbuch sowie auf Artikel 9 des Anhangs zur Empfehlung Nr. R (95) 13 des Europarats an die Mitgliedstaaten „*relative aux problèmes de procédure pénale liés à la technologie de l'information*“, verabschiedet am 11. September 1995.

Ein Sozialinspektor verfügt bei Vorortkontrollen nicht immer über die technischen Möglichkeiten, elektronisch verarbeitete Daten zu öffnen und zu speichern. Deshalb ist er auf Kooperation angewiesen. Erhält er diese Unterstützung nicht, stellt das eine Behinderung der Kontrolle dar.

Artikel 20

Dieser Artikel stammt ebenfalls aus dem Sozialstrafgesetzbuch und basiert seinerseits auf dem Mehrwertsteuergesetzbuch sowie auf den Artikeln 3, 10, und 17 des Anhangs zur Empfehlung Nr. R (95) 13 des Europarats. In diesem Artikel wird das Zugriffsrecht des Sozialinspektors auf elektronische Daten geregelt.

Artikel 21

Dieser Artikel stammt ebenfalls aus dem Sozialstrafgesetzbuch und basiert auf dem Einkommenssteuergesetzbuch.

Artikel 22

Dieser Artikel soll es den Sozialinspektoren ermöglichen, unter anderem Sozialdaten oder gesetzlich vorgeschriebene Daten zur Kenntnis zu nehmen, wenn sie pseudonymisiert oder codiert sind. Er stammt ebenfalls aus dem Sozialstrafgesetzbuch und basiert auf dem Mehrwertsteuergesetzbuch.

Artikel 23

Dieser Artikel basiert ebenfalls auf dem Sozialstrafgesetzbuch. Der Begriff „Kopie“ steht für alle möglichen Formen der Nachbildung von Daten auf Datenträger.

Der Absatz 2 basiert auf dem Mehrwertsteuergesetzbuch und auf dem Einkommenssteuergesetzbuch.

Artikel 24

Ziel dieses Artikels ist es, den Sozialinspektoren die Befugnis zu erteilen, Feststellungen anhand von Bildmaterial zu machen. Sie dürfen dazu die Bilder selbst machen oder auch jene benutzen, die sie von Dritten erhalten, beispielsweise die Aufnahmen einer Überwachungskamera eines Unternehmens.

Die Benutzung von Bildmaterial muss immer im Rahmen ihres Inspektionsauftrages stattfinden und unter Einhaltung des Verhältnismäßigkeitsprinzips. Die Sozialinspektoren müssen sich vergewissern, ob es nicht auch andere Möglichkeiten gibt, beispielsweise die Identität von Personen auf andere Arten festzustellen.

In einigen Fällen ist das Erfassen von Bildmaterial an besondere Bedingungen geknüpft, beispielsweise darf von Bildmaterial in bewohnten Räumlichkeiten lediglich mit der Erlaubnis des Untersuchungsrichters Gebrauch gemacht werden.

Unter gewissen Bedingungen (§3) gelten die Feststellungen, die die Sozialinspektoren anhand des von ihnen aufgenommenen Bildmaterials machen, als Beweis bis zum Beweis des Gegenteils (besondere Beweiskraft). Diese Bedingungen dienen dazu, die Rechte der Verteidigung zu schützen.

Artikel 25 und 26

Gemäß der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte ist eine Beschlagnahme lediglich von Datenträgern, die Sozialdaten oder andere vorgeschriebene Daten enthalten (Artikel 17), erlaubt.

Artikel 27

Die Verpflichtung, den Arbeitgeber über die Ermittlung und Untersuchung zu informieren, wenn er entweder nicht anwesend war oder ihr nicht freiwillig zustimmte, findet seinen Ursprung in Punkt II des Anhangs zur Empfehlung Nr. R (95) 13 des Europarats.

Artikel 28

Dieser Artikel verankert das Recht für die betroffenen Personen, über die Maßnahmen, die gegen sie ergriffen wurden, informiert zu werden und über die diesbezüglichen Rechte und Pflichten aufgeklärt zu werden.

Paragraf 1 bestimmt die Maßnahmen, für die eine schriftliche Feststellung nötig ist, wie beispielsweise Beschlagnahmen oder Untersuchungsmaßnahmen in Abwesenheit oder ohne freiwillige Zustimmung des Arbeitgebers (s. Artikel 17 §3). Letzteres findet seinen Ursprung in Artikel 2 des vorerwähnten Anhangs an die Empfehlung Nr. R (95) 13 des Ministerrats.

Paragraf 2 regelt die Übermittlung der Feststellung. Ist der Arbeitgeber anwesend, ist die Feststellung ihm direkt gegen Empfangsbestätigung zu übermitteln. Ist der Arbeitgeber nicht anwesend, wird der Bericht vor Ort zurückgelassen und ihm eine Kopie per Einschreiben innerhalb von 14 Tagen zugesandt.

Die in Paragraf 3 erwähnte Auflistung der in der Feststellung enthaltenen Informationen ist nicht nur auf die dort erwähnten Punkte begrenzt, sondern kann vervollständigt werden.

Es werden u.a. der Wortlaut für das Beschwerdeverfahren sowie der Wortlaut der Strafbestimmungen bezüglich der Behinderung der Kontrolle oder bezüglich der Nichtbeachtung gewisser Zwangsmaßnahmen aufgeführt, sowie die Höhe der damit einhergehenden Strafen, um den Empfänger bestmöglich zu informieren. Ziel ist es, durch eine bessere Information und Aufklärung über die Risiken der Nichtbeachtung, die Personen dazu zu bringen, sich an die Regeln zu halten oder legale Rechtsmittel zu nutzen, anstatt beispielsweise die Siegel zu brechen oder gegen eine andere Maßnahme zu verstoßen.

Artikel 29

Dieser Artikel legt das Beschwerdeverfahren gegen die von den Sozialinspektoren getroffenen Maßnahmen fest (Beschlagnahme, Zugriffsrecht, Untersuchung von bestimmten Datenträgern in Abwesenheit oder ohne freiwillige Zustimmung des Arbeitgebers).

Jede Person, die sich geschädigt fühlt, kann eine solche Beschwerde einreichen.

Die Beschwerde wird im Rahmen des Eilverfahrens eingereicht.

Der Richter gibt ein materiell rechtskräftiges Urteil im Rahmen des durch die Dringlichkeit begründeten Eilverfahrens. In der Tat können einige Zwangsmaßnahmen der wirtschaftlichen Aktivität des Unternehmens schaden, daher das Eilverfahren.

Das Eilverfahren hat keine aufschiebende Wirkung, die Maßnahmen der Sozialinspektoren laufen demnach vorerst weiter. Dies verhindert eine Beschwerde mit dem einzigen Ziel sich einer Maßnahme zu entziehen und gegebenenfalls ein Vergehen zu vertuschen.

Der Richter kann sich sowohl über die Legalität der Maßnahmen als auch über die Zweckmäßigkeit des Erhalts aussprechen. Er kann sich für oder gegen den vollständigen oder teilweisen Erhalt der Maßnahmen aussprechen oder ihn an bestimmte Bedingungen knüpfen.

Artikel 30

Dieser Artikel erlaubt es den Sozialinspektoren, den Anschlag von gewissen vorgeschriebenen Dokumenten anzuordnen.

Artikel 31

Die Formulierung des vorliegenden Artikels stammt aus dem Sozialstrafgesetzbuch, das seinerseits auf dem Mehrwertsteuergesetzbuch basiert.

Ziel ist es nicht, dass alle ausländischen Unternehmen automatisch alle ihre Dokumente in einer der Landessprachen erstellen. Dies würde im europäischen Kontext dem Prinzip des freien Dienstleistungsverkehrs widersprechen. Andererseits ist es unmöglich, von den Sozialinspektoren zu erwarten, dass die alle anderen Landessprachen der Europäischen Union verstehen. Daher besteht die Möglichkeit für gewisse Dokumente eine Übersetzung in einer der drei Landessprachen oder in der englischen Sprache zu verlangen. Auch hier gilt das Verhältnismäßigkeitsprinzip.

Artikel 32

Dieser Artikel legt fest, dass die Sozialinspektoren Eid vor dem Beschäftigungsminister oder vor seinem Beauftragten ablegen müssen.

Artikel 33

Die Sozialinspektoren sind verpflichtet, außer bei ausdrücklicher Erlaubnis, den Namen des Erstatters der Anzeige oder des Einreichers der Beschwerde geheim zu halten, selbst vor Gericht.

Artikel 34

Die Regierung legt Regeln im Bereich der Berufspflichten fest, denen die Sozialinspektoren unterliegen.

Artikel 35

Die Sozialinspektoren dürfen keinerlei Interessen in den von ihnen kontrollierten Unternehmen haben.

In der Rechtslehre bezeichnet der Begriff „indirekte Interessen“ jeden möglichen persönlichen Grund, durch den die Kontrolle an Objektivität verlieren könnte, beispielsweise ein Sozialinspektor, der systematisch einen Betrieb kontrolliert, der in Konkurrenz zum Betrieb eines Freundes oder Familienmitglieds des Sozialinspektors steht.

Artikel 36

Dieser Artikel betrifft die Vernehmung von Personen und ist inspiriert durch den entsprechenden Artikel im Sozialstrafgesetzbuch.

Der Artikel, insbesondere Paragraph 1, berücksichtigt die „Franchimont-Gesetzgebung“ aus dem Jahr 1998, die eine der ersten Reformen des Strafprozessrechts infolge der Dutroux-Affäre darstellte. Sie zielte darauf ab, den Menschen, die als Verdächtige, Opfer oder Geschädigte vor Gericht stehen, mehr Rechte einzuräumen (beispielsweise Informationen über den Tatbestand und die Tatsache, dass man nicht gezwungen werden kann, sich selbst zu belasten).

Er berücksichtigt ebenfalls, insbesondere in Paragraph 2, die Regeln der „Salduz-Gesetzgebung“, die die Rechte von vernommenen Personen im Strafprozess regelt (beispielsweise das Recht einen Anwalt zu konsultieren bzw. einen Anwalt der Anhörung eines Verdächtigen beiwohnen zu lassen). Diese Gesetzgebung wurde infolge der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte im Jahr 2011 verabschiedet.

Artikel 37

Dieser Artikel legt fest, dass die vernommene Person eine Abschrift der Vernehmung erhält. Dieses Recht hat jede vernommene Person in gleich welcher Eigenschaft.

Absatz 3 ermöglicht es den Sozialinspektoren, die Übermittlungsfrist einmal um höchstens drei Monate zu verlängern (einmal erneuerbar).

Artikel 38

Dieser Artikel listet die Angaben auf, die in einem Protokoll zur Feststellung eines Verstoßes enthalten sein müssen.

Der Begriff „Betroffene“ ist im Sinne von Artikel 21bis des Strafprozessgesetzbuches zu verstehen: *„Als unmittelbar Interesse habende Personen werden folgende Personen angesehen: der Beschuldigte, die Person, gegen die Strafverfolgung im Rahmen der gerichtlichen Untersuchung eingeleitet worden ist, der Verdächtige, die zivilrechtlich haftende Partei, die Zivilpartei, derjenige, der eine Erklärung als Geschädigter abgegeben hat, sowie diejenigen, die in ihre Rechte eingetreten sind, oder die Personen, die sie in der Eigenschaft eines Ad-hoc-Bevollmächtigten, eines Kurators, eines vorläufigen Verwalters, eines Vormunds oder eines Ad-hoc-Vormunds vertreten.“*

Artikel 39

Dieser Artikel legt fest, wem das Protokoll übermittelt werden muss. Einerseits wird es der Staatsanwaltschaft und der Regierung (Absatz 1) übermittelt und andererseits dem mutmaßlichen Urheber des Verstoßes sowie gegebenenfalls seinem Arbeitgeber (Absatz 2).

Ist dies nicht der Fall, können Letztere eine Kopie beim zuständigen Sozialinspektor erhalten. Eine Nichtzustellung an den mutmaßlichen Urheber hat Einfluss auf die besondere Beweiskraft des Protokolls (s. folgender Artikel).

Artikel 40

Dieser Artikel legt die besondere Beweiskraft des Protokolls fest, d.h. es gilt bis zum Beweis des Gegenteils, insofern es dem mutmaßlichen Urheber innerhalb von 14 Tagen zugestellt wurde. Wird diese Frist nicht berücksichtigt, dient das Protokoll lediglich als Information.

Artikel 41

Dieser Artikel legt fest, dass die Feststellungen im Protokoll zur Feststellung eines Verstoßes, die eine besondere Beweiskraft auf Basis des vorherigen Artikels erlangt haben (Zustellung innerhalb von 14 Tagen), von anderen Inspektoren desselben Dienstes oder eines anderen Dienstes, oder von Inspektoren, die andere Gesetzgebungen kontrollieren, benutzt werden können und ihre besondere Beweiskraft behalten.

Artikel 42-44

Diese Artikel regeln den elektronischen Informationsaustausch auf Basis des Zusammenarbeitsabkommens vom 1. Juni 2011 zwischen dem Föderalstaat, den Regionen und den Gemeinschaften in Bezug auf die Koordinierung in Sachen illegale Arbeit und Sozialbetrug im Rahmen des E-Protokolls und schaffen die Grundlage für die elektronische Unterschrift.

Artikel 45

Dieser Artikel legt das Prinzip fest, dass wenn Verstöße nicht strafrechtlich verfolgt werden können, oder wenn die Staatsanwaltschaft gewisse Handlungen nicht veranlasst, Verwaltungsstrafen auferlegt werden.

Priorität ist demnach die strafrechtliche Verfolgung bzw. die Verfolgung durch die Staatsanwaltschaft, insofern dies möglich ist und sie tatsächlich eingeleitet wird.

Die möglichen Handlungen der Staatsanwaltschaft werden in Absatz 2 aufgelistet. Einerseits gibt es die Strafverfolgung, selbst wenn sie zu einem Freispruch führt, sowie den Vergleich, d.h. die Zahlung einer Geldsumme.

Die in Artikel 216ter des Strafprozessbuchs erwähnte Vermittlung ist ebenfalls eine Alternative, die die strafrechtliche Verfolgung beendet. In diesem Fall wird der Schaden durch den Zuwiderhandelnden behoben bzw. entschädigt.

Die in Artikel 138bis §2 Absatz 1 des Gerichtsgesetzbuchs erwähnte Klage sieht eine nicht-repressive Klage vor dem Arbeitsgericht vor im Umgang mit sozialrechtlichen Verstößen, denn die Fülle der Strafbestimmungen im Sozialrecht zwingt die Staatsanwaltschaft, gewisse Prioritäten in ihrer repressiven Verfolgungspolitik zu setzen. Zu Lasten der Rechtssicherheit entgehen so viele sozialstrafrechtliche Verstöße der Verfolgung, weil sie nicht den von der Staatsanwaltschaft selbst gesetzten Verfolgungsprioritäten entsprechen oder weil eine Verfolgung bei dieser Art des Verstoßes unangemessen erscheint. Was die Angemessenheit der Strafverfolgung anbelangt, so zeigt sich, dass verschiedene Verstöße gegen das Sozialrecht nicht unbedingt strafrechtlich geahndet werden müssen, sondern im Rahmen eines Gerichtsverfahrens mit kontradiktorischer Debatte wirksam behandelt werden könnten. In diesem Kontext der „Legalisierung“ von sozialstrafrechtlichen Verstößen ist das

Strafgericht nicht unbedingt die geeignete Instanz, da es nicht darum geht, Verstöße zu ahnden, sondern die Situation in Einklang mit dem Gesetz zu bringen, wie z. B. die Anwendung von Tarifverträgen der zuständigen paritätischen Kommission usw. Daraus ergibt sich, dass die Klage der Staatsanwaltschaft bzw. des Arbeitsauditorats vor ein auf Sozialrecht spezialisiertes Gericht gebracht werden sollte, ein Gericht, das die Diskussion fördert.

In Absatz 3 wird das Prinzip „non bis in idem“ verankert, das besagt, dass niemand aufgrund desselben Tatbestands mehrfach verfolgt oder bestraft werden darf.

Absatz 4 legt fest, dass die Regierung die Verwaltungsstrafen auferlegt. Diese kann diesen Auftrag jedoch auch delegieren.

Artikel 46

Die Staatsanwaltschaft hat das Recht zu entscheiden, ob eine Strafverfolgung eingeleitet wird oder nicht. Sie notifiziert der Regierung ihre Entscheidung bezüglich der Strafverfolgung, damit diese wiederum entscheiden kann, ob ein administratives Verfahren eingeleitet wird oder nicht.

Artikel 47

Verzichtet die Staatsanwaltschaft auf eine Strafverfolgung, sendet sie der Regierung eine Abschrift der Verfahrensunterlagen der zusätzlichen Ermittlung zu.

In diesem Fall und spätestens nach sechs Monaten ab Erhalt des Protokolls, wenn die Staatsanwaltschaft keine Entscheidung getroffen hat, entscheidet die Regierung, ob ein Verwaltungsverfahren eingeleitet wird.

Artikel 48

Dieser Artikel stammt aus dem Sozialstrafgesetzbuch und ist seinerseits inspiriert durch das Gerichtsgesetzbuch, das das Anforderungsrecht der Staatsanwaltschaft im Zivilrecht regelt. Die vorliegende Bestimmung soll der Regierung ggf. unter Berufung auf Artikel 10 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen ähnliche Rechte erteilen, die dazu führen, dass sie von sämtlichen öffentlichen Behörden nützliche Informationen für ihre Entscheidungsfindung einholen kann.

Artikel 49

Bevor die Regierung eine Entscheidung trifft, hat der Zuwiderhandelnde das Recht, seine Verteidigungsmittel vorzubringen, und wird per sicher datiertem Versand dazu aufgefordert.

Der Artikel legt fest, welche Elemente in dieser Aufforderung enthalten sein müssen. Es wird dem Zuwiderhandelnden u. a. eine Frist von 30 Tagen ab dem Tag des sicher datierten Versands zugestanden, um seine Verteidigungsmittel vorzubringen. Das Nichteinhalten dieser Frist führt jedoch nicht unbedingt zur Nichtigkeit. Der Zuwiderhandelnde könnte beispielsweise eine Fristverlängerung beantragen und die Regierung könnte selbst zu spät eingebrachte Verteidigungsmittel noch berücksichtigen, solange sie ihre Entscheidung nicht getroffen hat. Falls der Zuwiderhandelnde den Einschreibebrief nicht bei der Post abgeholt hat, kann die Regierung ihm die Aufforderung per gewöhnlichem Brief zur Information zusenden. Durch diese Aufforderung beginnt jedoch keine neue Frist.

Artikel 50

Das Vorbringen der Verteidigungsmittel kann schriftlich oder mündlich erfolgen.

Artikel 51

Es besteht die Möglichkeit der Akteneinsicht und auf Anfrage hin, das Erstellen einer Abschrift, deren Kosten zulasten des Zuwiderhandelnden gehen.

Artikel 52

Die Strafe kann lediglich dem Zuwiderhandelnden auferlegt werden, selbst wenn ein Angestellter oder Beauftragter den Verstoß begangen hat. Kann der Zuwiderhandelnde jedoch nachweisen, dass er alle möglichen Maßnahmen ergriffen hat, um den Verstoß zu verhindern, kann davon abgesehen werden.

Paragraf 2 legt fest, dass die Strafe erst auferlegt werden kann, nachdem die Verteidigungsmittel vorgebracht wurden, oder nach Ablauf der dafür vorgesehenen Frist.

Artikel 53 Nr. 6 des Einkommenssteuergesetzbuchs 1992 verbietet grundsätzlich jegliche steuerliche Abzugsfähigkeit von Verwaltungsstrafen.

Artikel 53

Dieser Artikel verankert den allgemeinen Rechtsgrundsatz, dass die Entscheidung zur Auferlegung der Verwaltungsstrafe mit Gründen versehen muss.

Er legt außerdem fest, welche Elemente u. a. im Beschluss enthalten sein müssen.

Die hier festgelegte Verpflichtung der Begründung ist strenger als die generelle Regel der Begründungspflicht, die durch das Gesetz vom 29. Juli 1991 über die ausdrückliche Begründung der Verwaltungsakte festgelegt ist. Generell muss eine Verwaltungsentscheidung die juristischen und faktischen Grundlagen, die zur Entscheidung geführt haben, aufführen. Die Elemente im vorliegenden Artikel gehen jedoch weiter, da im Beschluss zur Auferlegung der Verwaltungsstrafe ebenfalls auf die Verteidigungsmittel eingegangen werden muss und die Höhe der Strafe begründet sein muss.

Die Entscheidung ist 30 Tage nach der Notifizierung vollstreckbar, allerdings ist eine Zwangsvollstreckung nicht sofort möglich, da der Zuwiderhandelnde von einer gewissen Zahlungsfrist profitiert. Eine mögliche Beschwerde würde außerdem die Vollstreckung aussetzen.

Artikel 54

Dieser Artikel beschreibt die Notifizierung des Beschlusses per sicher datiertem Versand an den Zuwiderhandelnden, zusammen mit der Aufforderung, die Strafe innerhalb der Zahlungsfrist (s. Artikel 58) zu zahlen.

Artikel 55

Die Regierung kann im Zusammenhang mit den administrativen Geldbußen weitere Modalitäten festlegen.

Artikel 56

Eine Beschwerdemöglichkeit beim Arbeitsgericht ist vorgesehen. Der Antrag beim Arbeitsgericht setzt die Vollstreckbarkeit der Geldbuße aus.

Aufgrund ihrer Restzuständigkeit ist grundsätzlich die Föderalbehörde zuständig für die Festlegung der Zuständigkeiten der Rechtsprechungsorgane und der entsprechenden Verfahrensregeln. Unstrittig ist jedoch ebenfalls, dass die Gemeinschaften und Regionen in Anwendung von Artikel 10 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen (sogenannte „implizite Zuständigkeiten“) selbst einen Handlungsspielraum für sich beanspruchen können. Dazu ist es erforderlich, dass die Regelung als notwendig für die Ausübung der Befugnisse erachtet werden kann, dass die Angelegenheit sich für eine differenzierte Regelung eignet und dass die Auswirkungen der Bestimmungen auf diese Angelegenheit nur marginal sind. Es wird präzisiert, dass das Arbeitsgericht durch einen schriftlichen Antrag zu befassen ist. In Bezug auf das zuständige Rechtsprechungsorgan weisen verschiedene Staatsratsgutachten darauf hin, dass gemäß Artikel 14 §1 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat die Abteilung Verwaltungsstreitsachen dieser Einrichtung bei Verwaltungsstrafen grundsätzlich die befugte Gerichtsbarkeit sei. Hiervon ist jedoch in Anwendung der impliziten Zuständigkeiten aus folgenden Gründen abzuweichen: Zum einen verfügt der Staatsrat ausschließlich über die Befugnis, die Legalität der Geldbuße zu kontrollieren, nicht aber die Zweckmäßigkeit und damit den festgesetzten Geldbetrag selbst. Der Staatsrat kann den angefochtenen Beschluss nur aussetzen bzw. annullieren; danach würde es der Regierung obliegen, eine neue Entscheidung zu treffen. Bei Beschwerden gegen die administrativen Geldbußen empfiehlt es sich jedoch, über eine Gerichtsbarkeit zu verfügen, die neben einer Kontrolle der Rechtmäßigkeit („Wurde die Geldbuße unter Einhaltung aller anwendbaren Rechtsvorschriften getroffen?“) auch die Zweckmäßigkeit („Ist eine Geldbuße angebracht?“) und die Verhältnismäßigkeit („Steht die Geldbuße im Verhältnis zu der geahndeten Handlung?“) der Maßnahme beurteilen und damit eine Abänderung des Regierungsbeschlusses bewirken kann. Zum anderen bietet das Arbeitsgericht darüber hinaus ein weniger formales Verfahren als der Staatsrat, was allen Parteien unter der Aufsicht und Entscheidungsgewalt des Richters einen breiteren Dialog ermöglicht. Nicht umsonst spricht sich selbst die Rechtslehre wie folgt aus: *„A cet égard, l'analyse conduit à la conclusion que le juge judiciaire exerce un contrôle plus étendu sur la décision administrative que ne le fait le Conseil d'Etat, spécialement à propos du quantum de la sanction. [...] Pour l'heure, il semble ainsi préférable que l'autorité investie du pouvoir d'instituer la sanction administrative confie la compétence de contrôle aux juridictions judiciaires, plutôt qu'à la Haute juridiction administrative“* (D. RENDERS e.a., « Le régime juridique de la sanction administrative » in R. ANDERSEN, D. DÉOM, D. RENDERS (dir.), *Les sanctions administratives*, Brüssel, Bruylant 2007, S. 258-259). Unter Berücksichtigung dieser Umstände und in der Erwägung, dass im vorliegenden Fall die Anwendungsbedingungen von Artikel 10 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen erfüllt sind, empfiehlt es sich daher das Arbeitsgericht als zuständiges Rechtsprechungsorgan vorzusehen: In der Tat ist dies aus den genannten Gründen notwendig, die Angelegenheit kann – wie es die Existenz unterschiedlicher Gesetzgebungen in zuständigen Gebietskörperschaften beweist – differenziert geregelt werden und die Auswirkungen auf die Föderalgesetzgebung sind nur marginaler Artikel

Artikel 57

Die Auferlegung der Verwaltungsstrafe verjährt nach fünf Jahren ab Feststellung des Verstoßes, kann jedoch durch verschiedene Untersuchungs- und Verfolgungshandlungen unterbrochen werden und startet in diesem Fall neu. Der Artikel richtet sich nach Artikel 22 des Gesetzes vom 17. April 1878 zur Einführung des einleitenden Titels des Strafprozessgesetzbuches.

Artikel 58

Dieser Artikel legt die Zahlungsmodalitäten und Fristen fest. Der Betrag muss innerhalb von 30 Tagen ab dem Tag, an dem der Beschluss vollstreckbar geworden ist, gezahlt werden.

Die Regierung kann jedoch diese Frist auf Anfrage verlängern, ohne dass diese die Verjährungsfrist überschreiten darf. Sie kann außerdem schriftlich einen Bereinigungsplan mit dem Schuldner festlegen.

Die Regierung kann außerdem weitere Modalitäten festlegen.

Mit der vollständigen Zahlung erlischt die Klage der Regierung.

Artikel 59

Dieser Artikel legt die Modalitäten zur Einforderung der administrativen Geldbuße fest.

Artikel 60

Dieser Artikel legt fest, dass die administrativen Geldbußen in zehn Jahren ab dem Datum, an dem sie gezahlt werden müssen, verjähren. Die Verjährungsfrist kann allerdings gemäß Artikel 2244 und folgenden des Zivilgesetzbuches unterbrochen werden.

Artikel 61

Jede Entscheidung in Bezug auf die Strafverfolgung oder die administrative Verfolgung wird den Sozialinspektoren auf deren Antrag hin mitgeteilt. Diese Informationen dienen gegebenenfalls der Verbesserung der Qualität der Feststellungen und sind nützliche statistische Angaben.

Artikel 62

Dieser Artikel sieht vor, dass wie im Sozialstrafgesetzbuch, die Zuschlagzehntel ebenfalls auf die Verwaltungsstrafen anwendbar sind. Dies ermöglicht, die Verwaltungsstrafen gleichzeitig mit den strafrechtlichen Strafen anzupassen, ohne dass der Gesetzgeber intervenieren muss. Außerdem bleibt die Proportionalität zwischen beiden Arten der Strafen gewährleistet.

Artikel 63

Dieser Artikel ist inspiriert durch das Strafgesetzbuch und betrifft im ersten Paragraphen ein tatmehrheitliches Zusammentreffen von Verstößen („concoures matériel d'infractions“). Die Beträge der Strafen werden kumuliert bis zu einem Höchstbetrag. Die Summe darf nicht das Doppelte des Maximums der höchsten Strafe übertreffen. Der zweite Paragraph betrifft ein tateinheitliches Zusammentreffen von Verstößen („concoures idéal d'infractions“) und der dritte Paragraph betrifft einen einheitlichen Vorsatz („concoures par unité d'intention“) und legt verschiedene Höchstbeträge fest.

Artikel 64

Dieser Artikel legt fest, dass nur Verwaltungsstrafen, die innerhalb der letzten drei Jahre ab dem Zeitpunkt der neuen Verstöße auferlegt wurden, für die Entscheidung berücksichtigt werden dürfen. Dies bedeutet, dass dem Zuwiderhandelnden mildernde Umstände gewährt werden können, obwohl ihm vor mehr als drei Jahren bereits eine Verwaltungsstrafe auferlegt wurde oder er schuldig gesprochen wurde.

Artikel 65

In diesem Artikel geht es um das System der mildernden Umstände. Es wurde aus dem Sozialstrafgesetzbuch übernommen.

Artikel 66

Dieser Artikel bestimmt die Regeln des Aufschubs. Der Zuwiderhandelnde kann von einem Strafaufschub profitieren, wenn er innerhalb der letzten fünf Jahre seit dem Verstoß nicht gewisse Strafen auferlegt bekommen hat.

Die Probezeit, d.h. die Dauer des Aufschubs, beträgt zwischen einem und fünf Jahren.

Der Aufschub wird von Rechts wegen widerrufen, wenn in diesem Zeitraum eine neue Straftat begangen wird, deren Konsequenz eine höhere Strafe als die ursprüngliche ist.

Der Aufschub ist fakultativ, wenn in diesem Zeitraum eine neue Straftat begangen wird, deren Konsequenz die gleiche oder eine niedrigere Strafe als die ursprüngliche ist.

In Paragraph 6 wird beschrieben, wie der Vergleich der Strafen für die beiden vorangehenden Paragraphen durchzuführen ist.

In den folgenden Paragraphen werden weitere Modalitäten des Aufschubs beschrieben.

Artikel 67

Es wird ein eigenes Verfahren für den Fall vorgesehen, dass der Täter ein Minderjähriger zwischen 16 und 18 Jahren ist. Dieses Verfahren zielt darauf ab, die Eltern/den Vormund/die Personen, die das Sorgerecht für den Minderjährigen haben, über das Verfahren zu informieren. Es ist vorgesehen, dass auch der Präsident der Anwaltskammer informiert wird, damit der Minderjährige einen Rechtsbeistand erhält. Die gesetzlichen Vertreter des Minderjährigen sind für die Zahlung der Geldstrafe verantwortlich. Schließlich wird darauf hingewiesen, dass das Jugendgericht im Falle einer Beschwerdezuständig ist.

Artikel 68

Dieser Artikel legt die Strafen im Fall der Behinderung der Kontrolle fest.

Es besteht außerdem die Möglichkeit, laufende Zuschüsse oder sonstige Entschädigungen, die der Arbeitgeber erhält, sowie jegliche Anträge auszusetzen. Die Regierung legt die diesbezüglichen Modalitäten fest.

Außerdem kann die Regierung, nach von ihr festgelegten Modalitäten, die Bearbeitung von Anträgen aussetzen, solange eine Kontrolle gegen den Antragsteller und ihm gleichgesetzten Personen durchgeführt wird.

Artikel 69

Dieser Artikel legt die Strafen fest für den Fall, dass der Arbeitgeber seiner Verpflichtung gewisse Dokumente anzuschlagen, nicht nachkommt.

Artikel 70

Dieser Artikel legt die Strafen für das Nichtbeachten von gewissen Beschlagnahme-Maßnahmen fest.

Artikel 71

Dieser Artikel legt die Strafen für das Verwenden von Informationen aus der Akteneinsicht fest.

Artikel 72

Die Artikel 72 bis 74 sehen Strafbestimmungen vor, um betrügerische Handlungen zum Erhalt von finanziellen oder persönlichen Vorteilen zu ahnden. In der Tat schaden solche Handlungen der gesamten Bevölkerung und setzen ihre finanziellen Interessen aufs Spiel, indem durch betrügerische Handlungen auf missbräuchliche Weise Vorteile erlangt werden, obwohl kein Anrecht auf diese besteht. Der vorliegende Artikel sieht die Strafen bei Fälschung und bei Gebrauch gefälschter Urkunden vor, in Bezug auf den vorliegenden Dekretentwurf und seine Ausführungserlasse sowie in Bezug auf alle in Artikel 4 erwähnten gesetzlichen, dekretalen und verordnungsrechtlichen Bestimmungen.

Artikel 73

Dieser Artikel sieht dieselben Strafen bei unrichtigen oder unvollständigen Erklärungen vor, in Bezug auf den vorliegenden Dekretentwurf und seine Ausführungserlasse sowie in Bezug auf alle in Artikel 4 erwähnten gesetzlichen, dekretalen und verordnungsrechtlichen Bestimmungen.

Artikel 74

Dieser Artikel sieht dieselben Strafen bei Betrug vor, in Bezug auf den vorliegenden Dekretentwurf und seine Ausführungserlasse sowie in Bezug auf alle in Artikel 4 erwähnten gesetzlichen, dekretalen und verordnungsrechtlichen Bestimmungen.

Artikel 75

Dieser Artikel legt fest, dass wenn die Strafe mit der Anzahl Arbeitnehmer usw. multipliziert wird, dies sowohl für die strafrechtliche Geldbuße als auch die administrative Geldbuße gilt.

Artikel 76

Dieser Artikel legt die Regeln in Bezug auf einen Rückfall fest. Bei einem solchen Rückfall innerhalb von fünf Jahren nach einer Entscheidung zur Schuldigerklärung oder einer Auferlegung einer Strafe kann der Betrag auf das Doppelte der Höchstbuße erhöht werden. Es muss sich um den gleichen Verstoß oder um einen Verstoß gegen die im vorliegenden Dekretentwurf erwähnten gesetzlichen, dekretalen oder verordnungsrechtlichen Bestimmungen handeln.

Artikel 77

Was die strafrechtlichen Bestimmungen angeht, ist das Buch I des Strafgesetzbuches mit Ausnahme von Titel V anwendbar.

Artikel 78

Dieser Artikel beschreibt das Recht der Sozialinspektoren, Informationen an andere Einrichtungen zu kommunizieren (öffentliche und mitwirkende Einrichtungen für soziale Sicherheit, selbst wenn diese keinen Kontrollauftrag haben, wie beispielsweise die ÖSHZ), an andere Inspektionsdienste und an Inspektoren, die andere Rechtsgrundlagen kontrollieren.

Unter Gerichtsbehörde ist der Generalprokurator, der seine Befugnis dem Prokurator des Königs oder dem Arbeitsauditor delegieren kann, zu verstehen.

Diese Informationen werden nicht zu Zwecken verwendet, die mit dieser Zielsetzung nicht vereinbar sind.

Artikel 79

Unter Berufung auf Artikel 10 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen sind sämtliche öffentliche Dienste dazu verpflichtet, den Sozialinspektoren auf Anfrage alle Auskünfte zu erteilen, die sie für die Kontrolle als notwendig erachten.

Artikel 80

Im vorliegenden Artikel geht es um das Verwenden der erhaltenen Auskünfte. Es wird festgelegt, wer diese Informationen verwenden darf.

Artikel 81

Dieser Artikel legt fest, dass im Rahmen eines Zusammenarbeitsabkommens mit den anderen Regionen die Anwesenheit von den Inspektoren der anderen Teilstaaten erlaubt ist, um Auskünfte für ihre Kontrollen zu sammeln. Andererseits dürfen auch die Auskünfte, die die Sozialinspektoren der Deutschsprachigen Gemeinschaft in den anderen Regionen sammeln, benutzt werden.

Ein Zusammenarbeitsabkommen, das eine solche Zusammenarbeit vorsieht, wurde am 19. März 2021 unterschrieben.

Artikel 82

Dieser Artikel legt die länderübergreifende Zusammenarbeit fest. Mit den Mitgliedstaaten der Internationalen Arbeitsorganisation, in denen das Übereinkommen Nr. 81 über die Arbeitsaufsicht in Gewerbe und Handel gilt, können die Inspektoren alle nützlichen Informationen austauschen und unter denselben Bedingungen verwenden, wie Informationen, die sie selbst sammeln. Im Falle eines Abkommens mit diesen Ländern können sogar die Anwesenheit der Sozialinspektoren auf dem Gebiet dieser Länder oder die Anwesenheit der ausländischen Kollegen auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft, sowie andere Formen des Beistands und der Zusammenarbeit vorgesehen werden.

Für die Staaten, die das vorerwähnte Übereinkommen Nr. 81 nicht unterzeichnet haben, ist in jedem Fall ein Abkommen notwendig, also auch für den einfachen Informationsaustausch.

Artikel 83

Die Artikel 83-91 betreffen die Bestimmungen zum Datenschutz gemäß der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO).

Sie sind größtenteils inspiriert durch das Sozialstrafgesetzbuch und die Inspektionsdekrete der Wallonischen Region.

Die in den Artikeln 88-91 erwähnten Einschränkungen basieren auf Artikel 23 (1) e) und h) der DSGVO. Diese Einschränkungen sind notwendig, um ein Ziel von allgemeinem Interesse der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu garantieren und den Kontroll- und Inspektionsauftrag der Sozialinspektoren zu ermöglichen.

Was den Artikel 83 im Besonderen betrifft: Sofern sie nicht anderslautenden gesetzlichen oder dekretalen Bestimmungen unterliegen, sind die Regierung und andere Personen, die an der Ausführung des vorliegenden Dekretentwurfs und dessen Ausführungsbestimmungen beteiligt sind, dazu verpflichtet, die Angaben, die ihnen in Ausübung ihres Auftrags anvertraut werden, vertraulich zu behandeln. Dieser Artikel betrifft somit alle Mitarbeiter der Regierung.

Artikel 84

Dieser Artikel ermöglicht der Regierung in Ausführung der durch vorliegenden Dekretentwurf festgelegten Aufträge die Verarbeitung personenbezogener Daten. Mit diesem Artikel wird präzisiert, dass die Regierung im Sinne der DSGVO hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten verantwortlich für die Verarbeitung ist. Die Datenverarbeitung erfolgt unter Einhaltung der genannten DSGVO.

Artikel 85

Es obliegt dem Dekretgeber, wenn auch nicht die detaillierte Beschreibung der zu erhebenden und verarbeitenden Daten vorzunehmen, zumindest die Datenkategorien zu erwähnen, die in Zukunft verarbeitet werden. Dabei geht es darum, eine transparente und vorhersehbare Grundlage für diese Datenkategorien zu erstellen.

Das Abfragen der Nationalregisternummer rechtfertigt sich aufgrund der Tatsache, dass die Person eindeutig identifiziert werden muss, um eine Verfolgung unbescholtener Personen auszuschließen. Diesbezüglich muss eine Überprüfung der DIMONA erfolgen. Im Bereich der ausländischen Arbeitnehmer ermöglicht der Zugang zum Nationalregister zudem die Überprüfung, ob die betroffene Person sich überhaupt (noch) rechtmäßig in Belgien aufhält.

Artikel 86

Durch diesen Artikel soll der Grundsatz festgehalten werden, dass für Analyse- und Statistikzwecke bezüglich der Anwendung des Dekretentwurfs auf anonyme Daten zurückgegriffen wird.

Es geht um eine anonyme Erstellung von Statistiken für den SIRS und ggf. um zu planen, in welchen Bereichen künftig vermehrt Inspektionen stattfinden sollen. Analysen werden keinesfalls einen Bezug auf Einzelpersonen oder Einzelbetriebe haben.

Artikel 87

Dieser Artikel regelt die Dauer der möglichen Verarbeitung der erhobenen Daten.

Es gibt tatsächlich andere Gesetzgebungen, wie das Archivwesen, die ggf. längere Aufbewahrungsfristen vorsehen, daher der Verweis auf andere gesetzliche, dekretale oder verordnungsrechtliche Bestimmungen.

Artikel 88

Durch diese Bestimmung können Informationen, die bestimmte Personen betreffen, zurückgehalten oder limitiert oder teilweise oder ganz verweigert werden, sofern eine solche Maßnahme eine notwendige und verhältnismäßige Maßnahme in einer demokratischen Gesellschaft darstellt, die die Grundrechte und berechtigten Interessen der betroffenen natürlichen Person berücksichtigt, um behördliche oder gerichtliche Ermittlungen, Untersuchungen oder Verfahren nicht zu behindern, um die Vorbeugung und Aufdeckung von Straftaten im wirtschaftlichen und sozialen Bereich, die Ermittlung und Verfolgung solcher Straftaten oder die Vollstreckung strafrechtlicher Sanktionen nicht zu behindern, um Absprachen zwischen Mittätern betrügerischer Praktiken zu verhindern oder um die Rechte und Freiheiten anderer zu schützen.

Der für die Datenverarbeitung Verantwortliche muss durch eine Einzelfallprüfung beurteilen, ob das Auskunftsrecht ganz oder teilweise eingeschränkt werden soll. Zu diesem Zweck kann sich der für die Verarbeitung Verantwortliche an die Abteilung des Inspektors wenden, die die personenbezogenen Daten erhoben hat, um den Status der Untersuchung (vorläufiger Bericht, abgeschlossene Untersuchung usw.) zu erfahren.

In diesem Fall handelt es sich um Verarbeitungen, die direkt von der Inspektionsabteilung durchgeführt werden.

Jede Verweigerung oder Einschränkung von Informationen sollte der betroffenen Person grundsätzlich schriftlich mitgeteilt werden, wobei die sachlichen oder rechtlichen Gründe für die Entscheidung anzugeben sind.

Jede Einschränkung der Rechte der betroffenen Person muss die Charta der Grundrechte der Europäischen Union und die Europäische Menschenrechtskonvention, wie sie vom Gerichtshof der Europäischen Union bzw. vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in ihrer Rechtsprechung ausgelegt werden, beachten und insbesondere den wesentlichen Inhalt dieser Rechte und Freiheiten wahren.

Eine Reihe von Garantien zugunsten der betroffenen Person sind daher vorgesehen: begründete Ablehnung, Angabe der Rechtsmittel, mögliches Eingreifen der Datenschutzbehörde, zeitliche Begrenzung.

Der Begriff der vorbereitenden Handlung umfasst insbesondere den Fall der vorläufigen Analyse einer Akte. In dieser Phase könnte der Arbeitgeber oder der Arbeitnehmer, egal ob angestellt oder selbständig, Informationen mit dem alleinigen Ziel einholen, Betrugsmechanismen zu organisieren oder Verzögerungstaktiken aufzustellen.

Es liegt zwar auf der Hand, dass die Aufgabe der Kontrolle durch die Ausübung des Rechts auf Information beeinträchtigt werden kann, aber es darf nicht sein, dass die Verwaltung diese Rechte ihrer Substanz beraubt, indem sie sich auf die Möglichkeit einer Kontrolle beruft. Der Zugang kann nur dann verweigert werden, wenn bereits eine Inspektion oder Untersuchung im Gange ist oder wenn bereits vorher Analysen oder Tests durchgeführt wurden.

Die Ausnahme vom Informationsrecht zum Zeitpunkt der Erhebung personenbezogener Daten und der Übermittlung personenbezogener Daten ist nur vorübergehend. Es wurde eine klare Frist festgelegt. Die Ausnahme gilt bis zum Ende der Inspektion oder Untersuchung. Wenn jedoch nach der Untersuchung straf- oder verwaltungsrechtliche Maßnahmen zu ergreifen sind, wird die Ausnahme erst aufgehoben, wenn die Staatsanwaltschaft oder die Regierung eine Entscheidung getroffen hat.

Dieser Artikel sieht die Möglichkeit vor, gegebenenfalls das Recht auf Zugang bzw. Auskunft zu personenbezogenen Daten einer Person einzuschränken, wenn personenbezogene Daten von der Inspektionsabteilung erfasst werden.

Einer der Zwecke dieser Einschränkung besteht darin, dass die von den Inspektionsdiensten durchgeführten Untersuchungen auf personenbezogenen Daten beruhen, die unter keinen Umständen weitergegeben werden dürfen, da dies die Identität natürlicher Personen offenbaren würde, die eine Beschwerde eingereicht oder den Inspektoren Informationen geliefert haben, die unter das Berufsgeheimnis oder die Geheimhaltungspflicht im Strafverfahren fallen.

Der Begriff „vorbereitende Handlungen“ wird in Artikel 88 erläutert. Dieser Artikel gilt ebenfalls für die Garantien, die vorgesehen sind, damit die betroffene natürliche Person die Möglichkeit hat, dass ihrem Antrag, wenn auch zeitlich verzögert, Folge geleistet wird.

Artikel 90

Dieser Artikel sieht die Möglichkeit vor, gegebenenfalls das Recht auf Berichtigung zu personenbezogenen Daten einer Person einzuschränken, wenn personenbezogene Daten von der Inspektionsabteilung erfasst werden.

Im Zusammenhang mit Untersuchungen durch die Kontrolldienste oder der anschließenden Verarbeitung durch den Dienst für Verwaltungsstrafen sollte das Recht auf Berichtigung z. B. nicht den Inhalt einer Erklärung betreffen. Das Gleiche gilt, wenn personenbezogene Daten zu Beweis Zwecken aufbewahrt werden sollen

Der Begriff „vorbereitende Handlungen“ wird in Artikel 88 erläutert. Dieser Artikel gilt ebenfalls für die Garantien, die vorgesehen sind, damit die betroffene natürliche Person die Möglichkeit hat, dass ihrem Antrag, wenn auch zeitlich verzögert, Folge geleistet wird.

Artikel 91

Dieser Artikel sieht die Möglichkeit vor, gegebenenfalls das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung zu personenbezogenen Daten einer Person einzuschränken, wenn personenbezogene Daten von der Inspektionsabteilung erfasst werden.

Die Inanspruchnahme des Rechts auf Einschränkung der Verarbeitung darf es der Inspektion nicht unmöglich machen, eine vorbereitende Maßnahme, eine Kontrolle, eine Untersuchung oder die verwaltungs- oder strafrechtliche Weiterverfolgung dieser Kontrolle oder Untersuchung durchzuführen.

Der Begriff „vorbereitende Handlungen“ wird in Artikel 88 erläutert. Dieser Artikel gilt ebenfalls für die Garantien, die vorgesehen sind, damit die betroffene natürliche Person die Möglichkeit hat, dass ihrem Antrag, wenn auch zeitlich verzögert, Folge geleistet wird.

Artikel 92 und 93

In diesen beiden Artikeln wird das Beschwerdeverfahren im Rahmen der Berufskarte, so wie im Gesetz vom 19. Februar 1965 über die Ausübung seitens Ausländern von Berufstätigkeiten als Selbständige vorgesehen, angepasst und an das Beschwerdeverfahren der Arbeitserlaubnis bzw. der kombinierten Erlaubnis angeglichen. Außerdem wird die Möglichkeit vorgesehen, einen Einspruch per Abgabe gegen datierte Empfangsbescheinigung einzureichen. Bisher bestand lediglich die Möglichkeit Einspruch per Einschreiben einzulegen.

Artikel 94

Dieser Artikel hebt den Artikel 12 desselben Gesetzes aufgehoben. Tatsächlich werden die dort aufgeführten Inspektions- und Kontrollmodalitäten künftig durch den vorliegenden Dekretentwurf geregelt werden.

Artikel 95

In diesem Artikel werden die Strafbestimmungen für die Berufskarte angepasst und ergänzt. Es werden außerdem Verwaltungsstrafen eingefügt.

Es wird demnach präzisiert, dass das Kapitel 5 des vorliegenden Dekretentwurfs auf die Verwaltungsstrafen anwendbar ist.

Artikel 96

In diesem Artikel wird eine technische Anpassung vorgenommen, indem ein Verweis angepasst wird, der durch die Anpassung der Strafbestimmungen notwendig wird.

Artikel 97

Durch diesen Artikel wird verdeutlicht, dass das Arbeitsgericht für Streitfälle in Bezug auf die Anwendung des vorliegenden Dekretentwurfs zuständig ist. Ohne explizite Zuweisung ist es daher nicht ausgeschlossen, dass Streitsachen, die sich aus der Anwendung des vorliegenden Dekretentwurfs ergeben, dem Staatsrat vorgelegt werden können. Da es keinen Grund gibt, die Verteilung der Streitsachen unter den verschiedenen Gerichtsbarkeiten neu zu verteilen, wird das Gerichtsgesetzbuch dahingehend abgeändert, dass kein Zweifel mehr darüber besteht, welches Gericht für Streitfälle, die sich aus der Anwendung des vorliegenden Dekretentwurfs ergeben, zuständig ist.

Artikel 98

Durch diesen Artikel wird das Beschwerdeverfahren, so wie im Gesetz vom 30. April 1999 über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer vorgesehen, mit dem Beschwerdeverfahren in Bezug auf die Berufskarte harmonisiert. Eine Abgabe gegen datierte Empfangsbescheinigung soll dem Einschreiben gleichgestellt werden.

Artikel 99

Durch diesen Artikel wird die Kontroll- und Strafbestimmung aus demselben Gesetz entfernt, da dieses Gesetz fortan den Kontroll- und Strafbestimmungen des vorliegenden Dekretentwurfs unterliegen wird.

Artikel 100 und 101

Diese Artikel fügen Strafbestimmungen in Bezug auf dasselbe Gesetz ein, die im Jahr 2010, als der Föderalstaat noch zuständig war, ins Sozialstrafgesetzbuch eingefügt wurden. Aufgrund der Zuständigkeit (seit 2016) und aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird der Artikel mit diesen Strafbestimmungen wieder in das Gesetz zurückgeführt und an den entsprechenden Artikel der Wallonischen Region, die sich ihrerseits bei der Region Brüssel-Hauptstadt inspiriert hat, angepasst.

Artikel 102

Der neue Artikel 12.2 enthält die Meldung illegaler Beschäftigung durch die Sozialinspektoren an Auftragnehmer und Auftraggeber im Rahmen der Umsetzung der europäischen Richtlinie 2009/52/EG vom 18. Juni 2009 über die Festlegung von Mindeststandards für Sanktionen und Maßnahmen gegen Arbeitgeber, die Drittstaatsangehörige ohne legalen Aufenthalt beschäftigen. Diese Bestimmung ist derzeit in Artikel 49/2 des Sozialstrafgesetzbuches enthalten.

Diese Notifizierung muss gewisse Bestimmungen beinhalten, um die Person bestmöglich über die illegale Situation zu informieren und sie somit gesamtschuldnerisch haftbar zu machen. Eine Kopie wird dem Arbeitgeber zugeschickt, bei dem der Verstoß festgestellt wurde.

Artikel 103

Dieser Artikel legt fest, dass das Kapitel 5 des vorliegenden Dekretentwurfs anwendbar ist auf die administrativen Geldbußen, die im Rahmen desselben Gesetzes verhängt werden können.

Artikel 104

In diesem Artikel werden die Strafbestimmungen und die Verwaltungsstrafen des Dekrets vom 11. Mai 2009 über die Zulassung der Leiharbeitsvermittler und die Überwachung der privaten Arbeitsvermittler angepasst und ergänzt.

Artikel 105

Durch diesen Artikel wird die Kontroll- und Strafbestimmung aus demselben Dekret entfernt, da dieses Dekret fortan den Kontroll- und Strafbestimmungen des vorliegenden Dekretentwurfs unterliegen wird.

Artikel 106

Mit dieser Bestimmung wird Artikel 175 des Sozialstrafgesetzbuches aufgehoben, da dessen Inhalt nun im vorliegenden Dekretentwurf übernommen wird.

Artikel 107

Mit dieser Bestimmung wird Kapitel 7 des Dekrets vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung aufgehoben, da dessen Inhalt nun im vorliegenden Dekretentwurf übernommen wird.

Artikel 108

Dieser Artikel betrifft die Aufhebung des Dekrets der Wallonischen Region vom 5. Februar 1998 über die Überwachung und Kontrolle bezüglich der Beachtung der Gesetzgebungen im Bereich der Beschäftigungspolitik.

Artikel 109

Dieser Artikel legt das Inkrafttreten des vorliegenden Dekretentwurfs fest.

Die Ministerin für Kultur und Sport, Beschäftigung und Medien
I. WEYKMANS

VORENTWURF

Dekretvorentwurf über die Kontrolle und das Verfahren zur Auferlegung von administrativen Geldbußen im Bereich der Beschäftigungspolitik

KAPITEL 1 – ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1 – Gegenstand

Das vorliegende Dekret legt den Rahmen für die Kontrolle von Bestimmungen im Beschäftigungsbereich sowie das Verfahren zur Auferlegung von administrativen Geldbußen fest.

Art. 2 – Personenbezeichnungen

Personenbezeichnungen im vorliegenden Dekret gelten für alle Geschlechter.

Art. 3 – Begriffsbestimmungen

Für die Anwendung des vorliegenden Dekrets versteht man unter:

1. Arbeitgeber: die natürlichen Personen, die juristischen Personen des privaten Rechts und des öffentlichen Rechts oder die nichtrechtsfähigen Vereinigungen, die die unter Nummer 2 genannten Personen beschäftigen, und Arbeitgebern gleichgestellte Personen, einschließlich:

a) der natürlichen oder juristischen Personen, die Leiharbeitsdienstleistungen erbringen, die ein Outplacement-Büro, ein Anwerbungs- oder ein Auswahlbüro oder eine Stelle für unentgeltliche Arbeitsvermittlung in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften in Bezug auf den Betrieb von Arbeitsvermittlungsstellen betreiben;

b) der Benutzer, d.h. der natürlichen oder juristischen Personen, die die von einer Arbeitsvermittlungsstelle erbrachten Dienstleistungen beanspruchen, oder die Aufgaben der Arbeitnehmer bestimmen, oder deren Ausführung überwachen;

c) der Zuschussberechtigten, d.h. der natürlichen oder juristischen Personen, die Zuschüsse in Sachen Beschäftigung von der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder von juristischen Personen, die von Letzterer direkt oder indirekt subventioniert werden, beantragen, oder erhalten haben, einschließlich jeglicher rückforderbarer Geldvorschüsse, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit oder ohne Zinsen gewährt werden;

d) der Inhaber einer Zulassung, d.h. der natürlichen oder juristischen Personen, die eine Zulassung von der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder einer direkt oder indirekt von Letzterer bezuschussten juristischen Person im Bereich der Beschäftigungspolitik beantragen oder erhalten haben;

e) im Rahmen einer zeitweiligen unternehmensinternen Entsendung, der im deutschen Sprachgebiet niedergelassenen Körperschaft, unabhängig von ihrer Rechtsform, in welche die von dieser Entsendung betroffene Person zeitweilig entsendet wird;

f) Selbstständige;

2. Arbeitnehmer: Personen, die aufgrund eines Arbeitsvertrags unter der Autorität einer anderen Person Arbeitsleistungen erbringen, und ihnen gleichgestellte Personen, einschließlich:

a) Personen, die anders als aufgrund eines Arbeitsvertrags unter der Autorität einer anderen Person Arbeitsleistungen erbringen, oder die Arbeitsleistungen unter arbeitsvertragsähnlichen Bedingungen erbringen;

b) Personen, die keine Arbeitsleistungen unter der Autorität einer anderen Person erbringen, die aber den Rechtsvorschriften über die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer ganz oder teilweise unterliegen;

c) Leiharbeits Arbeitnehmer, d.h. die in Artikel 2 Nummer 13 des Dekrets vom 11. Mai 2009 über die Zulassung der Leiharbeitsvermittler und die Überwachung der privaten Arbeitsvermittler erwähnten Personen;

d) Arbeitnehmer, die in Übereinstimmung mit den Normen betreffend die Beschäftigung von ausländischen Arbeitnehmern Gegenstand einer zeitweiligen unternehmensinternen Entsendung sind;

3. Arbeitsstätte: alle Orte, wo Tätigkeiten ausgeübt werden, die der Kontrolle durch die Sozialinspektoren unterliegen, oder wo Personen beschäftigt sind, die den in Artikel 4 erwähnten gesetzlichen, dekretalen und verordnungsrechtlichen Bestimmungen unterliegen, und unter anderem Betriebe, Teile von Betrieben, Einrichtungen, Teile von Einrichtungen, Gebäude, Räumlichkeiten, innerhalb des Unternehmensgeländes befindliche Orte, Baustellen und Arbeiten außerhalb des Betriebs sowie die Orte, wo die Dokumente in Bezug auf die reglementierten Tätigkeiten aufbewahrt werden;

4. Datenschutz-Grundverordnung: die Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr, und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG;

5. Datenträger: jedes Medium in gleich welcher Form, das Daten in lesbarer Form enthält, wie Bücher, Register, Unterlagen, Dokumente, elektronische oder digitale Datenträger, Speicherplatten, Disks, Bänder, einschließlich derjenigen, die durch ein Datenverarbeitungssystem oder jedes andere elektronische Gerät zugänglich sind;

6. E-Protokoll: Protokoll zur Feststellung von Verstößen, das mittels der zu diesem Zweck entwickelten EDV-Anwendung gemäß dem in Artikel 100/2 des Sozialstrafgesetzbuches erwähnten Muster erstellt, gespeichert und verschickt wird;

7. E-Protokoll-Datenbank: die Datenbank, die in Artikel 100/6 des Sozialstrafgesetzbuches erwähnt ist und in der die Daten der E-Protokolle, die in dem in Artikel 100/2 des Sozialstrafgesetzbuches erwähnten Muster enthalten sind, sowie die in den Anlagen dieser E-Protokolle enthaltenen Daten aufgenommen und aufbewahrt werden;

8. Sozialinspektoren: die gemäß Artikel 9 Absatz 1 von der Regierung bestellten Beamten und Bediensteten des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

9. sicher datierter Versand: eine der folgenden Zustellungsweisen:

a) Einschreibebrief oder Einschreibebrief mit Empfangsbestätigung oder elektronisches Einschreiben;

b) Abgabe gegen datierte Empfangsbestätigung;

c) jede andere durch die Regierung vorgesehene Zustellungsweise, die es ermöglicht, das Datum der Notifizierung mit Sicherheit festzustellen;

10. Sozialdaten: die zur Anwendung der in Artikel 4 erwähnten gesetzlichen, dekretalen und verordnungsrechtlichen Bestimmungen erforderlichen Daten;

11. öffentliche Einrichtungen für soziale Sicherheit: die öffentlichen Einrichtungen und Regierungsdienste, die mit der Anwendung der Rechtsvorschriften über die soziale Sicherheit beauftragt sind;

12. Zuwiderhandelnde: die natürliche oder juristische Person, der eine administrative Geldbuße gemäß Kapitel 5 auferlegt werden kann.

Die Regierung kann festlegen:

1. wer einem Arbeitgeber im Sinne von Absatz 1 Nummer 1 gleichzusetzen ist;

2. wer einem Arbeitnehmer im Sinne von Absatz 1 Nummer 2 gleichzusetzen ist.

Art. 4 – Anwendungsbereich

§1 – Unbeschadet der Zuständigkeit in Sachen Inspektion der Föderalbehörde sind die Sozialinspektoren damit beauftragt, gemäß dem vorliegenden Dekret und dessen Ausführungserlassen folgende Gesetze, Dekrete und verordnungsrechtliche Bestimmungen zu überwachen und Verstöße gegen diese Bestimmungen aufzuspüren und festzustellen:

1. Erlassgesetz vom 28. Dezember 1944 bezüglich der sozialen Sicherheit der Arbeitnehmer, insbesondere Artikel 7 §1 Buchstaben i), m), p), s) und t), Artikel 7 §1bis Absätze 1-3 und Absätze 5-9 und Artikel 8, sowie dessen Ausführungserlasse;

2. Gesetz vom 19. Februar 1965 über die Ausübung seitens Ausländern von Berufstätigkeiten als Selbständige, sowie dessen Ausführungserlasse;

3. Gesetz vom 2. April 1965 bezüglich der Übernahme der von den öffentlichen Sozialhilfezentren gewährten Hilfeleistungen, insbesondere Artikel 5 §§4-4ter, sowie dessen Ausführungserlasse;

4. Grundlagengesetz vom 8. Juli 1976 über die öffentlichen Sozialhilfezentren, insbesondere Artikel 57quater, Artikel 60 §7 und Artikel 61, sowie dessen Ausführungserlasse;

5. Königlicher Erlass Nr. 474 vom 28. Oktober 1986 zur Einrichtung eines Systems für staatlich bezuschusstes Vertragspersonal bei gewissen lokalen Behörden, sowie dessen Ausführungserlasse;

6. Gesetz vom 24. Juli 1987 über die zeitweilige Arbeit, die Leiharbeit und die Arbeitnehmerüberlassung, insbesondere Artikel 1 §7 und Artikel 32bis, sowie dessen Ausführungserlasse;

7. Gesetz vom 26. März 1999 über den belgischen Aktionsplan für die Beschäftigung 1998 und zur Festlegung sonstiger Bestimmungen, insbesondere Artikel 59 und 67, sowie dessen Ausführungserlasse;

8. Gesetz vom 30. April 1999 über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer, sowie dessen Ausführungserlasse;

9. Dekret vom 17. Januar 2000 zur Schaffung eines Arbeitsamtes in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, sowie dessen Ausführungserlasse;

10. Gesetz vom 12. August 2000 zur Festlegung von sozialen, Haushalts- und sonstigen Bestimmungen, insbesondere Artikel 194 und 195, sowie dessen Ausführungserlasse;

11. Gesetz vom 5. September 2001 zur Verbesserung des Arbeitnehmerbeschäftigungsgrades, insbesondere Kapitel V, sowie dessen Ausführungserlasse;

12. Gesetz vom 26. Mai 2002 über das Recht auf soziale Eingliederung, insbesondere Artikel 8, Artikel 9 §§1-3, Artikel 36-39, sowie dessen Ausführungserlasse;

13. Programmgesetz vom 24. Dezember 2002 (I), insbesondere Artikel 324-328, Artikel 335-339, Artikel 341bis, Artikel 347bis, Artikel 353bis/9, Artikel 353bis/11-353bis/14, Artikel 353ter und Artikel 353quater, sowie dessen Ausführungserlasse;

14. Gesetz vom 23. Dezember 2005 über den Solidaritätspakt zwischen den Generationen, insbesondere Titel IV Kapitel V, sowie dessen Ausführungserlasse;

15. Dekret vom 11. Mai 2009 über die Zulassung der Leiharbeitsvermittler und die Überwachung der privaten Arbeitsvermittler, sowie dessen Ausführungserlasse;

16. Dekret vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung, sowie dessen Ausführungserlasse.

Die Sozialinspektoren sind ebenfalls befugt, Verstöße gegen die Gesetze, Dekrete und deren Ausführungserlasse aufzuspüren und festzustellen, die auf Grundlage von Artikel 6 §1 IX. Nummer 2 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen im Bereich der Sozialökonomie verabschiedet wurden.

Die Sozialinspektoren sind ebenfalls befugt, Verstöße gegen das Gesetz vom 9. Mai 2018 über die Beschäftigung nichtbelgischer Staatsangehöriger, die sich in einer besonderen Aufenthaltssituation befinden, und dessen Ausführungserlasse aufzuspüren und festzustellen, sowie Verstöße gegen die Gesetze und deren Ausführungserlasse, die auf Grundlage von Artikel 6 §1 IX. Nummern 3 und 4 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen verabschiedet wurden.

§2 – Unbeschadet §1 sind die Personalmitglieder der in Artikel 2 des Gesetzes vom 5. August 1992 über das Polizeiamt genannten Polizeidienste ebenfalls befugt, Verstöße gegen das vorliegende Dekret und seine Ausführungserlasse und gegen die in §1 erwähnten gesetzlichen, dekretalen und verordnungsrechtlichen Bestimmungen festzustellen und in einem Protokoll festzuhalten.

Art. 5 – Fristbestimmungen

§1 – Unbeschadet abweichender Bestimmungen unterliegen die im vorliegenden Dekret und dessen Ausführungserlassen vorgesehenen Fristen den Regeln des vorliegenden Artikels.

§2 – Die Frist wird von Mitternacht bis Mitternacht berechnet. Sie wird berechnet ab dem Tag nach dem Tag der Handlung oder des Ereignisses, durch die/das sie beginnt, und umfasst alle Tage, auch den Samstag, den Sonntag und die gesetzlichen Feiertage.

Der Fälligkeitstag ist in der Frist einbegriffen. Ist dieser Tag jedoch ein Samstag, ein Sonntag oder ein gesetzlicher Feiertag, wird der Fälligkeitstag auf den nächsten darauffolgenden Werktag verschoben.

§3 – Eine in Monaten oder Jahren festgelegte Frist wird berechnet ab dem Soundsovielten bis zum Tag vor dem Soundsovielten.

§4 – Unbeschadet abweichender Bestimmungen sind alle durch das vorliegende Dekret vorgesehenen Notifizierungen, die Ausgangspunkt einer Frist sind, immer per sicher datiertem Versand zu übermitteln.

§5 – Unbeschadet abweichender Bestimmungen werden die Fristen, die ab einer Notifizierung zu laufen beginnen, wie folgt berechnet:

1. wenn die Notifizierung per Einschreibebrief mit Empfangsbestätigung erfolgt, ab dem ersten Tag nach dem Tag, an dem der Brief am Wohnsitz des Adressaten oder gegebenenfalls an seinem Wohnort oder seinem gewählten Wohnsitz überreicht wurde;
2. wenn die Notifizierung per Einschreibebrief erfolgt, ab dem dritten Werktag nach dem Tag, an dem der Brief den Postdiensten übergeben wurde, außer wenn der Adressat das Gegenteil beweist;
3. wenn die Notifizierung per elektronischem Einschreiben erfolgt, am ersten darauffolgenden Tag;
4. wenn die Notifizierung per Abgabe gegen datierte Empfangsbestätigung erfolgt, am ersten darauffolgenden Tag.

§6 – Die Regierung kann die Fristbestimmungen anpassen und abweichende Fristbestimmungen festlegen.

Art. 6 – Übermittlung von Informationen, Dokumenten oder Daten

Unbeschadet abweichender Bestimmungen kann jede Übermittlung von Dokumenten, Informationen oder Daten, die nicht Ausgangspunkt einer Frist sind, im Rahmen des vorliegenden Dekrets oder dessen Ausführungserlasse entweder per Post oder auf elektronischem Wege erfolgen.

Abschnitt 1 – Allgemeine Bestimmungen

Art. 7 – Zweckprinzip

Die Sozialinspektoren üben die im vorliegenden Kapitel erwähnten Befugnisse aus im Hinblick auf die Kontrolle der Einhaltung der Bestimmungen des vorliegenden Dekrets und dessen Ausführungserlasse, der in Artikel 4 des vorliegenden Dekrets erwähnten gesetzlichen, dekretalen und verordnungsrechtlichen Bestimmungen und der anderen Rechtstexte, für die sie beauftragt sind, die Einhaltung zu überwachen.

Art. 8 – Verhältnismäßigkeitsprinzip

Bei der Ausübung der im vorliegenden Kapitel erwähnten Befugnisse sorgen die Sozialinspektoren dafür, dass die von ihnen angewandten Mittel angemessen und erforderlich sind für die Kontrolle der Einhaltung der Bestimmungen des vorliegenden Dekrets und dessen Ausführungserlasse, der in Artikel 4 des vorliegenden Dekrets erwähnten gesetzlichen, dekretalen und verordnungsrechtlichen Bestimmungen und der anderen Rechtstexte, für die sie beauftragt sind, die Einhaltung zu überwachen.

Art. 9 – Bestellung und Legitimationskarte

Die Regierung bestellt aus den Beamten und Bediensteten des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Inspektoren, die befugt sind, die Anwendung der in Artikel 4 erwähnten Rechtsvorschriften zu überwachen und die Verstöße gegen diese Vorschriften aufzuspüren und in Form von Protokollen festzustellen. Sie kann ihnen für die Ausübung dieser Tätigkeiten die Eigenschaft als Gerichtspolizeioffizier zuerkennen.

Nach der Bestellung erhalten die Sozialinspektoren eine Legitimationskarte anhand der sie sich ausweisen müssen. Die Regierung legt das Muster der Legitimationskarte fest.

Abschnitt 2 – Befugnisse der Sozialinspektoren

Art. 10 – Funktion und Beistand durch die Polizei

Die Sozialinspektoren sind berechtigt, bei der Ausübung ihres Amts die Unterstützung der föderalen oder der lokalen Polizei sowie die Unterstützung sonstiger regionaler öffentlicher Dienste zu beantragen.

Art. 11 – Beurteilungsbefugnis

Unbeschadet des in den Artikeln 28ter §3 und 56 §2 des Strafprozessgesetzbuches erwähnten Anforderungsrechts der Staatsanwaltschaft und des Untersuchungsrichters verfügen die Sozialinspektoren über eine Beurteilungsbefugnis um:

1. Auskünfte und Ratschläge zu erteilen, insbesondere in Bezug auf die wirksamsten Mittel zur Einhaltung der Bestimmungen des vorliegenden Dekrets sowie dessen Ausführungserlasse und der in Artikel 4 erwähnten gesetzlichen, dekretalen und verordnungsrechtlichen Bestimmungen;
2. Verwarnungen zu erteilen;
3. Kontrollberichte zu erstellen;
4. dem Zuwiderhandelnden eine Frist zu setzen, damit dieser sich den Vorschriften anpasst;
5. die im vorliegenden Abschnitt vorgesehenen Maßnahmen zu ergreifen;

6. Protokolle zur Feststellung der Verstöße gegen die Bestimmungen des vorliegenden Dekrets sowie dessen Ausführungserlasse und gegen die in Artikel 4 erwähnten gesetzlichen, dekretalen und verordnungsrechtlichen Bestimmungen aufzunehmen.

Art. 12 – Betreten von Arbeitsstätten

Die Sozialinspektoren dürfen bei der Ausübung ihres Auftrags zu jeder Tages- und Nachtzeit ohne vorherige Ankündigung alle Arbeitsstätten oder anderen Orte frei betreten, die ihrer Kontrolle unterworfen sind oder von denen sie vernünftigerweise annehmen können, dass dort Personen beschäftigt sind, die den Bestimmungen der gesetzlichen, dekretalen und verordnungsrechtlichen Bestimmungen unterliegen, deren Kontrolle sie ausüben.

Art. 13 – Betreten von bewohnten Räumlichkeiten

§1 – Die Sozialinspektoren haben nur in folgenden Fällen Zugang zu bewohnten Räumlichkeiten:

1. wenn die Sozialinspektoren sich vor Ort begeben, um einen Verstoß auf frischer Tat festzustellen;
2. auf Antrag oder mit Zustimmung aller volljährigen Personen, die das effektive Nutzungsrecht an den bewohnten Räumlichkeiten hat; der Antrag oder die Zustimmung muss schriftlich und vor der Hausdurchsuchung erfolgen;
3. bei einem Anruf aus diesem Ort;
4. bei Brand oder Überschwemmung;
5. wenn die Sozialinspektoren im Besitz einer vom Untersuchungsrichter ausgestellten Ermächtigung zur Hausdurchsuchung sind.

§2 – Um eine Ermächtigung zur Hausdurchsuchung zu erhalten, richten die Sozialinspektoren einen mit Gründen versehenen Antrag an den Untersuchungsrichter. Dieser Antrag enthält mindestens:

1. die Angaben in Bezug auf die Identifizierung der bewohnten Räumlichkeiten, die Gegenstand der Hausdurchsuchung sind;
2. die Angaben in Bezug auf die gesetzlichen, dekretalen und verordnungsrechtlichen Bestimmungen, die Gegenstand der Kontrolle sind und für die die Sozialinspektoren der Meinung sind, dass sie eine Ermächtigung zur Hausdurchsuchung benötigen;
3. gegebenenfalls die Angaben in Bezug auf die eventuellen Verstöße, die Gegenstand der Kontrolle sind;
4. alle Unterlagen und Auskünfte, aus denen hervorgeht, dass der Rückgriff auf dieses Mittel notwendig ist.

Für den Zugang zu den bewohnten Räumlichkeiten nach 21 Uhr und vor 5 Uhr können die Sozialinspektoren eine Ermächtigung zur Hausdurchsuchung erhalten, vorausgesetzt, der Antrag an den Untersuchungsrichter wird mit besonderen Gründen versehen, die den Zugang zu den bewohnten Räumlichkeiten zu den erwähnten Uhrzeiten erforderlich machen.

§3 – Der Untersuchungsrichter entscheidet binnen einer Frist von höchstens 48 Stunden nach Erhalt des Antrags.

Die Entscheidung des Untersuchungsrichters ist mit Gründen versehen.

Die Entscheidung des Untersuchungsrichters infolge eines Antrags auf Hausdurchsuchung für den Zugang zu den bewohnten Räumlichkeiten nach 21 Uhr und vor 5 Uhr ist jedoch mit besonderen Gründen versehen.

Gegen diese Entscheidung ist kein Rechtsmittel möglich.

Mit Ausnahme der Schriftstücke, aus denen die Identität des Einreichers einer eventuellen Beschwerde oder des Erstatters einer eventuellen Anzeige abgeleitet werden kann, und unbeschadet der Anwendung von Artikel 33 müssen sämtliche Schriftstücke zur Begründung des Erhalts einer Ermächtigung zur Hausdurchsuchung, wie in §2 Absatz 1 erwähnt, der Strafakte oder der Akte, im Rahmen derer eine administrative Geldbuße auferlegt werden kann, beigefügt werden.

§4 – Im Falle einer Hausdurchsuchung in bewohnten Räumlichkeiten verfügen die Sozialinspektoren über sämtliche im vorliegenden Dekret erwähnten Befugnisse, mit Ausnahme der Ermittlung der in Artikel 17 erwähnten Datenträger und der damit verbundenen Befugnisse und mit Ausnahme der in den Artikeln 19-22 und Artikel 23 Absatz 2 erwähnten Befugnisse.

Art. 14 – Informationssammlung

Die Sozialinspektoren nehmen alle Untersuchungen, Kontrollen und Vernehmungen vor und sammeln alle Informationen, die sie für notwendig erachten, um sich zu vergewissern, dass die Bestimmungen des vorliegenden Dekrets und dessen Ausführungserlasse und der in Artikel 4 erwähnten gesetzlichen, dekretalen und verordnungsrechtlichen Bestimmungen eingehalten werden.

Art. 15 – Identifizierung von Personen

Die Sozialinspektoren dürfen die Personalien der Personen aufnehmen, die sich an den Arbeitsstätten oder anderen Orten, die ihrer Kontrolle unterworfen sind, befinden, und von denen sie vernünftigerweise annehmen können, dass es sich um Arbeitgeber, Angestellte oder Beauftragte, Arbeitnehmer oder Anspruchsberechtigte handelt, sowie aller Personen, deren Identifizierung sie für die Ausübung der Kontrolle für notwendig erachten.

Zu diesem Zweck können sie von diesen Personen die Vorlegung offizieller Identifizierungsdokumente fordern.

Sie können außerdem diese Personen anhand nichtamtlicher Dokumente identifizieren, die Letztere ihnen freiwillig vorlegen, wenn diese Personen keine offiziellen Identifizierungsdokumente vorlegen können oder wenn die Sozialinspektoren an der Echtheit dieser Dokumente oder an der Identität dieser Personen zweifeln.

Sie können auch in den Fällen, unter den Bedingungen und gemäß den Modalitäten, die in Artikel 24 erwähnt sind, versuchen, die Identität dieser Personen durch Bildmaterial, ungeachtet des Trägers, zu ermitteln.

Art. 16 – Vernehmung von Personen

Die Sozialinspektoren dürfen jede Person, deren Vernehmung sie für notwendig erachten, entweder einzeln oder zusammen oder in Anwesenheit von Zeugen über alle Sachverhalte vernehmen, deren Kenntnis für die Ausübung der Kontrolle nützlich ist.

Art. 17 – Datenträger, die Sozialdaten oder andere gesetzlich vorgeschriebene Daten enthalten

§1 – Die Sozialinspektoren dürfen sich alle Datenträger vorlegen lassen, die sich an den Arbeitsstätten oder an den anderen Orten befinden, die ihrer Kontrolle unterworfen sind, sofern diese Datenträger:

1. entweder in Artikel 3 Nummer 10 erwähnte Sozialdaten enthalten,
2. oder gleich welche andere Daten enthalten, die aufgrund von gesetzlichen, dekretalen und verordnungsrechtlichen Bestimmungen erstellt, geführt oder aufbewahrt werden müssen, selbst wenn die Sozialinspektoren nicht mit der Kontrolle dieser gesetzlichen, dekretalen und verordnungsrechtlichen Bestimmungen beauftragt sind.

Die Sozialinspektoren dürfen sich auch Zugriff auf die in Absatz 1 erwähnten Datenträger verschaffen lassen, die von diesen Orten aus durch ein Datenverarbeitungssystem oder jedes andere elektronische Gerät zugänglich sind.

Wenn sich die in Absatz 1 erwähnten Datenträger nicht an den Arbeitsstätten oder an den anderen Orten befinden, die der Kontrolle der Sozialinspektoren unterworfen sind, und sie nicht von diesen Orten aus durch ein Datenverarbeitungssystem oder jedes andere elektronische Gerät zugänglich sind, muss der Arbeitgeber, sein Angestellter oder sein Beauftragter die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um den Sozialinspektoren auf deren Antrag hin Zugriff auf diese Datenträger zu verschaffen.

§2 – Ist der Arbeitgeber, sein Angestellter oder sein Beauftragter zum Zeitpunkt der Kontrolle abwesend, treffen die Sozialinspektoren die erforderlichen Maßnahmen um den Arbeitgeber, seinen Angestellten oder seinen Beauftragten zu erreichen und sich die vorerwähnten Datenträger vorlegen zu lassen oder sich Zugriff auf die in §1 Absatz 1 erwähnten Datenträger, die von diesen Orten aus durch ein Datenverarbeitungssystem oder jedes andere elektronische Gerät zugänglich sind, oder auf die in §1 Absatz 3 erwähnten Datenträger, die nicht von diesen Orten aus durch ein Datenverarbeitungssystem oder jedes andere elektronische Gerät zugänglich sind, verschaffen zu lassen.

§3 – Die Sozialinspektoren können die Ermittlung und die Untersuchung der in §1 erwähnten Datenträger in folgenden Fällen vornehmen, wenn:

1. der Arbeitgeber, sein Angestellter oder sein Beauftragter die vorerwähnten Datenträger nicht freiwillig vorlegt, ohne sich jedoch dieser Ermittlung oder dieser Untersuchung zu widersetzen;
2. der Arbeitgeber, sein Angestellter oder sein Beauftragter zum Zeitpunkt der Kontrolle nicht erreichbar ist.

Die Sozialinspektoren können die Ermittlung oder Untersuchung dieser Datenträger nur unter der Bedingung vornehmen, dass

1. dies aufgrund der Art der Ermittlung oder der Untersuchung erforderlich ist;
2. die Gefahr besteht, dass diese Datenträger oder die Daten, die sie enthalten, bei der Kontrolle verschwinden oder geändert werden;
3. dies für die Gesundheit oder die Sicherheit der Arbeitnehmer erforderlich ist.

Widersetzt sich der Arbeitgeber, sein Angestellter oder sein Beauftragter dieser Ermittlung oder Untersuchung, wird ein Protokoll wegen Behinderung der Kontrolle aufgestellt.

Art. 18 – Datenträger mit anderen Daten

Die Sozialinspektoren dürfen sich vor Ort alle Datenträger, die gleich welche anderen Daten enthalten, zur Einsicht vorlegen lassen, wenn sie dies für die Erfüllung ihres Auftrags für notwendig erachten, und deren Untersuchung vornehmen.

Sie verfügen ebenfalls über diese Befugnis für die Daten, die durch ein Datenverarbeitungssystem oder jedes andere elektronische Gerät zugänglich sind.

Art. 19 – Daten in lesbarer und verständlicher Form

Wenn die in den Artikeln 17 und 18 erwähnten Daten durch ein Datenverarbeitungssystem oder jedes andere elektronische Gerät zugänglich sind, haben die Sozialinspektoren das Recht, sich die auf diesen Datenträgern gespeicherten Daten in dem von ihnen gewünschten Format in lesbarer und verständlicher Form vorlegen zu lassen.

Art. 20 – Zugriffsrecht

Wenn die in Artikel 17 erwähnten Daten durch ein Datenverarbeitungssystem oder jedes andere elektronische Gerät von der Arbeitsstätte oder von einem anderen Ort aus, der der Kontrolle der Sozialinspektoren unterworfen ist, zugänglich sind, müssen der Arbeitgeber, seine Angestellten oder seine Beauftragten den Sozialinspektoren ein Recht auf elektronischen Zugriff auf das Datenverarbeitungssystem oder auf jedes andere elektronische Gerät und auf diese Daten, ein Recht auf physischen Zugriff auf das Innere des Gehäuses des Datenverarbeitungssystems oder jedes anderen elektronischen Geräts und ein Recht zum Herunterladen und zur Verwendung dieser Daten auf elektronischem Weg gewährleisten.

Die in Absatz 1 erwähnten Rechte gelten auch, wenn der Ort der Aufbewahrung dieser Daten in einem anderen Land liegt und diese Daten in Belgien von der Arbeitsstätte oder von einem anderen Ort aus, der der Kontrolle der Sozialinspektoren unterworfen ist, elektronisch zugänglich sind.

Die in Absatz 1 erwähnten Rechte gelten auch, wenn diese Daten sich in Belgien oder im Ausland in einem nicht von dem Arbeitgeber, seinen Angestellten oder seinen Beauftragten verwalteten Datenverarbeitungssystem oder anderen elektronischen Gerät befinden und wenn diese Daten in Belgien von der Arbeitsstätte oder von einem anderen Ort aus, der der Kontrolle der Sozialinspektoren unterworfen ist, elektronisch zugänglich sind.

Die Sozialinspektoren sorgen dafür, dass die Integrität der erfassten Daten und des Materials, auf das sie Zugriff haben, gewährleistet wird.

Art. 21 – Information über den Betrieb des Datenverarbeitungssystems

Der Arbeitgeber, seine Angestellten oder seine Beauftragten, die auf ein Datenverarbeitungssystem oder auf jedes andere elektronische Gerät zurückgreifen, um die in Artikel 17 erwähnten Daten zu erstellen, zu führen und aufzubewahren, müssen den Sozialinspektoren, wenn diese sie dazu auffordern, die Akten in Bezug auf die Analysen, die Programme, die Verwaltung und den Betrieb des verwendeten Systems vor Ort zur Einsicht vorlegen.

Art. 22 – Integrität der Daten

Die Sozialinspektoren dürfen anhand des Datenverarbeitungssystems oder jedes anderen elektronischen Geräts und unter Mitwirkung des Arbeitgebers, seiner Angestellten oder seiner Beauftragten die Zuverlässigkeit der elektronischen Daten und der elektronischen Datenverarbeitung überprüfen, indem sie verlangen, dass ihnen Unterlagen zur Einsichtnahme vorgelegt werden, die insbesondere dazu erstellt worden sind, um die auf den Datenträgern gespeicherten Daten in eine lesbare und verständliche Form umzusetzen.

Art. 23 – Kopien

Die Sozialinspektoren dürfen Kopien der in den Artikeln 17 und 18 erwähnten Datenträger oder der darin enthaltenen Daten in welcher Form auch immer anfertigen oder sich diese kostenlos von dem Arbeitgeber, seinen Angestellten oder seiner Beauftragten bereitstellen lassen.

Handelt es sich um in Artikel 17 erwähnte Datenträger, die über ein Datenverarbeitungssystem zugänglich sind, dürfen die Sozialinspektoren anhand des Datenverarbeitungssystems oder jedes anderen elektronischen Geräts und unter Mitwirkung des Arbeitgebers, seiner Angestellten oder seiner Beauftragten, oder jeglicher sonstigen qualifizierten Person, die über die Funktion des Datenverarbeitungssystems notwendige oder nützliche Kenntnisse hat, in der von ihnen erwünschten Form Kopien der gesamten vorerwähnten Daten oder eines Teils davon anfertigen.

Art. 24 – Feststellungen durch Bildmaterial

§1 – Die Sozialinspektoren dürfen Feststellungen machen, indem sie Bildmaterial aufnehmen, ungeachtet des Bildträgers.

Sie können auch Bildmaterial von Dritten verwenden, sofern diese Personen dieses Material rechtmäßig aufgenommen oder erhalten haben.

Die Feststellungen und die Benutzung erfolgen unter Einhaltung der Bestimmungen von §3.

§2 – In bewohnten Räumlichkeiten dürfen die Sozialinspektoren Feststellungen anhand von Bildmaterial ungeachtet des Bildträgers nur unter der Bedingung machen, dass sie dazu über eine vom Untersuchungsrichter ausgestellte Ermächtigung verfügen. Der Antrag, den der Sozialinspektor an den Untersuchungsrichter richtet, um diese Ermächtigung zu erhalten, enthält mindestens die in Artikel 13 §2 erwähnten Angaben.

§3 – Für die Anwendung des vorliegenden Dekrets gelten die Feststellungen, die die Sozialinspektoren anhand des von ihnen aufgenommenen Bildmaterials gemacht haben, bis zum Beweis des Gegenteils als Beweis, sofern nachfolgende Bedingungen erfüllt sind:

1. Die Feststellungen sind Gegenstand eines Protokolls zur Feststellung eines Verstoßes anhand von Bildmaterial, das zusätzlich zu den in Artikel 38 erwähnten Angaben auch folgende Angaben enthält:

- a) Identität des Sozialinspektors, der das Bildmaterial aufgenommen hat;
- b) Tag, Datum, Uhrzeit und genaue Beschreibung des Ortes, wo das Bildmaterial aufgenommen worden ist;
- c) vollständige Identifizierung der technischen Mittel, mit denen das Bildmaterial aufgenommen worden ist;
- d) Beschreibung von dem, was auf dem betreffenden Bildmaterial zu sehen ist, und Zusammenhang mit dem festgestellten Verstoß;
- e) handelt es sich um eine Detailaufnahme, Hinweis auf dem Bildmaterial, anhand dessen der Maßstab festgestellt werden kann;
- f) Reproduktion des Bildmaterials oder, falls dies nicht möglich ist, Kopie auf einem Träger als Anlage zum Protokoll und vollständige Angabe sämtlicher technischer Spezifikationen, die zum Anschauen der Kopie dieses Bildmaterials notwendig sind;
- g) wenn es mehrere Reproduktionen oder mehrere Träger gibt, Nummerierung dieser Reproduktionen oder Träger, die ebenfalls in der entsprechenden Beschreibung von dem, was auf dem Bildmaterial zu sehen ist, im Protokoll vorhanden sein muss.

2. Der ursprüngliche Träger des Bildmaterials wird von der Verwaltung, der der Sozialinspektor angehört, der das Bildmaterial aufgenommen hat, solange aufbewahrt:

- a) bis ein formell rechtskräftiges Urteil oder ein formell rechtskräftiger Entscheid verkündet worden ist;
- b) bis die Entscheidung zur Auferlegung einer Geldbuße durch die Regierung vollstreckbar geworden ist;
- c) bis die Strafverfolgung des Verstoßes eingestellt wurde.

In Abweichung von Absatz 1 Nummer 2 werden die Träger des Bildmaterials im Falle eines Strafverfahrens bei der Kanzlei des Gerichts erster Instanz hinterlegt.

Unbeschadet der Vorschriften über den Schutz personenbezogener Daten und unbeschadet der Bestimmungen von gesetzlichen, dekretalen und verordnungsrechtlichen Bestimmungen in Sachen Kameraüberwachung, informieren die Sozialinspektoren gegebenenfalls den Dritten, der das Bildmaterial aufgenommen hat, über die Tatsache, dass sie den Träger während der Dauer dieses Zeitraums aufbewahren.

Art. 25 – Beschlagnahme und Versiegelung von Datenträgern

Die Sozialinspektoren können die in Artikel 17 erwähnten Datenträger gegen Empfangsbestätigung beschlagnahmen oder versiegeln, ungeachtet der Tatsache, ob der Arbeitgeber, seine Angestellten oder seine Beauftragten Eigentümer dieser Datenträger sind oder nicht.

Sie verfügen über diese Befugnisse, wenn dies für die Ermittlung, die Untersuchung oder die Erbringung des Nachweises von Verstößen notwendig ist oder wenn die Gefahr besteht, dass anhand dieser Datenträger die Verstöße fortgesetzt oder neue Verstöße begangen werden.

Ist die Beschlagnahme materiell nicht möglich, werden diese Daten und die zum Verständnis dieser Daten nötigen Daten auf Datenträger kopiert, die der Regierung gehören. Im Dringlichkeitsfall oder aus technischen Gründen können Datenträger verwendet werden, die Personen zur Verfügung stehen, die berechtigt sind, das Datenverarbeitungssystem zu benutzen.

Art. 26 – Beschlagnahme und Versiegelung von Gütern

Die Sozialinspektoren dürfen andere bewegliche Güter als Datenträger und auch unbewegliche Güter, einschließlich der beweglichen Güter, die durch Einverleibung oder durch ihre Bestimmung unbeweglich geworden sind, die ihrer Kontrolle unterworfen sind oder anhand derer Verstöße gegen die gesetzlichen, dekretalen und verordnungsrechtlichen Bestimmungen, deren Kontrolle sie ausüben, festgestellt werden können, ungeachtet der Tatsache, ob der Zuwiderhandelnde Eigentümer dieser Güter ist oder nicht, gegen Empfangsbestätigung beschlagnahmen oder versiegeln, wenn dies notwendig ist, um einen Verstoß nachzuweisen, oder wenn die Gefahr besteht, dass anhand dieser Güter die Verstöße fortgesetzt oder neue Verstöße begangen werden.

Art. 27 – Informationspflicht

Wenn der Arbeitgeber, sein Angestellter oder sein Beauftragter entweder bei der Ermittlung und Untersuchung gemäß Artikel 17 nicht anwesend war oder ihr nicht freiwillig zustimmte, informieren die Sozialinspektoren den Arbeitgeber schriftlich darüber, dass diese Ermittlung und diese Untersuchung im Gange sind, sowie darüber, welche Daten kopiert wurden. Diese Beschreibung enthält die in Artikel 28 vorgesehenen Angaben.

Hinsichtlich der beschlagnahmten Datenträger wird gemäß Artikel 28 gehandelt.

Art. 28 – Feststellung

§1 – Die aufgrund der Artikel 25 und 26 vorgenommenen Beschlagnahmen und Versiegelungen sowie die von den Sozialinspektoren in Ausführung des Artikels 20 getroffenen Maßnahmen sind Gegenstand einer schriftlichen Feststellung.

Die in Artikel 17 §3 erwähnten Ermittlungsmaßnahmen und gegebenenfalls die Untersuchungsmaßnahmen, die sich daraus ergeben und die an diesem Ort durchgeführt werden, sind ebenfalls Gegenstand einer schriftlichen Feststellung.

§2 – Die schriftliche Feststellung wird dem Arbeitgeber, seinem Angestellten oder seinem Beauftragten persönlich gegen Empfangsbestätigung übergeben.

Wenn der Arbeitgeber, sein Angestellter oder sein Beauftragter nicht anwesend ist, wird die schriftliche Feststellung sofort zurückgelassen. Binnen einer Frist von vierzehn Tagen wird auch eine Abschrift per sicher datiertem Versand an den Arbeitgeber, seinen Angestellten oder seinen Beauftragten geschickt.

§3 – In dem in §1 erwähnten Schriftstück wird mindestens Folgendes vermerkt:

1. das Datum und die Uhrzeit des Ergreifens der Maßnahmen;
2. die Identität der Sozialinspektoren und die Verwaltung, der sie angehören;
3. die ergriffenen Maßnahmen;
4. die Wiedergabe des Wortlauts der Artikel 68-70;
5. die Rechtsmittel gegen die Maßnahmen, der zuständige Gerichtsbezirk sowie die Behörde, die im Falle einer Beschwerde geladen werden muss.

Betreffen die in Absatz 1 Nummer 3 erwähnten Maßnahmen die in Artikel 17 §3 erwähnten Ermittlungsmaßnahmen und gegebenenfalls die Untersuchungsmaßnahmen, die sich daraus ergeben und die an diesem Ort durchgeführt worden sind, umfasst die Beschreibung unter anderem folgende Angaben:

1. die Beschreibung des Ortes oder der Orte, wo diese Ermittlungs- oder Untersuchungsmaßnahmen stattgefunden haben;
2. die gesetzlichen, dekretalen und verordnungsrechtlichen Bestimmungen, deren Kontrolle ausgeübt wird und gegen die ein Verstoß begangen bzw. möglicherweise begangen worden ist, durch den diese Ermittlungs- oder Untersuchungsmaßnahmen notwendig werden;
3. die Liste der in Artikel 17 erwähnten Datenträger, die ermittelt und gegebenenfalls vor Ort untersucht worden sind;
4. die Beschreibung der Umstände, aus denen hervorgeht, dass die erwähnten Ermittlungs- oder Untersuchungsmaßnahmen in den Fällen und unter den Bedingungen, die in Artikel 17 §3 erwähnt sind, stattgefunden haben;
5. die Rechtfertigung der Tatsache, dass das mit den erwähnten Ermittlungs- oder Untersuchungsmaßnahmen angestrebte Ergebnis nicht mit anderen, weniger zwingenden Maßnahmen erreicht werden konnte.

Art. 29 – Beschwerdeverfahren gegen die getroffenen Maßnahmen

Ein Beschwerdeverfahren beim Vorsitzenden des Arbeitsgerichts kann jede Person einleiten, die der Meinung ist, dass gegen ihre Rechte verstoßen wurde durch:

1. die in Artikel 17 §3 erwähnten Ermittlungs- und Untersuchungsmaßnahmen.
2. die in Artikel 20 erwähnten Maßnahmen;
3. die in Artikel 25 und 26 erwähnten Beschlagnahmen und Versiegelungen;

Die Klage wird in Form der Eilverfahrensklage gemäß dem Gerichtsgesetzbuch gebildet und untersucht. Sie hat keine aufschiebende Wirkung.

Art. 30 – Anschlag von Dokumenten

Die Sozialinspektoren können anordnen, dass die Dokumente, deren Anschlag durch die in Artikel 4 erwähnten gesetzlichen, dekretalen und verordnungsrechtlichen Bestimmungen vorgesehen ist, innerhalb einer von ihnen bestimmten Frist oder unverzüglich tatsächlich angeschlagen werden und angeschlagen bleiben.

Wenn sie dies im Interesse der Arbeitnehmer oder der Anspruchsberechtigten für notwendig erachten, können sie auch jedes Dokument erstellen oder aushändigen, das diejenigen ersetzt, die durch die in Artikel 4 erwähnten gesetzlichen, dekretalen und verordnungsrechtlichen Bestimmungen vorgesehen sind.

Art. 31 – Übersetzung

Wenn die Kontrolle es erforderlich macht, können die Sozialinspektoren eine Übersetzung der in Artikel 17 erwähnten Daten in eine der Landessprachen oder in die englische Sprache verlangen, wenn diese Daten in einer anderen Sprache als einer der Landessprachen erstellt sind.

KAPITEL 3 - PFLICHTEN DER SOZIALINSPEKTOREN

Art. 32 – Eid

Die Sozialinspektoren legen Eid vor dem für Beschäftigung zuständigen Minister oder vor seinem Beauftragten ab.

Art. 33 – Geheimhaltungspflicht

Die Sozialinspektoren dürfen außer bei ausdrücklicher Erlaubnis des Einreichers einer Beschwerde oder des Erstatters einer Anzeige in Bezug auf einen Verstoß gegen die Bestimmungen der gesetzlichen, dekretalen und verordnungsrechtlichen Bestimmungen, deren Kontrolle sie ausüben, den Namen des Einreichers dieser Beschwerde oder des Erstatters dieser Anzeige in keinem Fall bekannt geben, selbst nicht vor Gericht.

Es ist ihnen ebenfalls untersagt, dem Arbeitgeber, seinem Angestellten oder seinem Beauftragten mitzuteilen, dass eine Untersuchung infolge einer Beschwerde oder einer Anzeige vorgenommen worden ist.

Art. 34 – Regeln im Bereich der Berufspflichten

Die Sozialinspektoren halten sich bei der Ausführung ihrer Aufgaben an die von der Regierung festgelegten Regeln im Bereich der Berufspflichten.

Art. 35 – Interessenskonflikte

Die Sozialinspektoren dürfen keinerlei direkte oder indirekte Interessen in den Unternehmen oder Einrichtungen haben, mit deren Kontrolle sie beauftragt sind.

KAPITEL 4 – PROTOKOLLE

Abschnitt 1 – Vernehmungsprotokolle

Art. 36 – Vernehmungsbestimmungen

§1 – Bei der Vernehmung von Personen in gleich welcher Eigenschaft werden mindestens die in im vorliegenden Paragraphen vorgesehenen Regeln eingehalten.

Zu Beginn jeder Vernehmung wird die befragte Person kurz über den Tatbestand, über den sie befragt wird, informiert und es wird ihr mitgeteilt, dass:

1. sie beantragen kann, dass alle ihr gestellten Fragen und von ihr gegebenen Antworten wortgetreu festgehalten werden;
2. sie beantragen kann, dass jede Maßnahme, die aufgrund des vorliegenden Dekrets und dessen Ausführungserlasse in die Zuständigkeit der Sozialinspektoren fällt, ergriffen wird;
3. ihre Erklärungen als Beweismittel in Gerichtsverfahren verwendet werden können;
4. sie nicht gezwungen werden kann, sich selbst zu belasten.

Jede vernommene Personen darf:

1. Unterlagen in ihrem Besitz verwenden, ohne dass dies zum Aufschub der Vernehmung führen kann;
2. während der Vernehmung oder danach verlangen, dass diese Unterlagen dem Vernehmungsprotokoll beigefügt werden.

Das Protokoll enthält folgende Angaben:

1. der Zeitpunkt, zu dem die Vernehmung beginnt, eventuell unterbrochen und wieder aufgenommen wird und endet;
2. die Identität der Personen, die bei der Vernehmung bzw. bei einem Teil der Vernehmung mitgewirkt haben, und den Zeitpunkt ihrer Ankunft und ihres Weggangs;
3. die besonderen Umstände und alles, was ein besonderes Licht auf die Erklärung oder die Umstände, unter denen diese Erklärung gemacht worden ist, werfen kann.

Am Ende der Vernehmung wird der befragten Person das Vernehmungsprotokoll zur Kenntnisnahme vorgelegt, es sei denn, sie bittet um Vorlesung. Sie wird gefragt, ob ihre Erklärungen korrigiert oder ergänzt werden müssen.

Nachdem das Protokoll vorgelesen und gegebenenfalls korrigiert und ergänzt worden ist, wird es vom Protokollanten unterzeichnet. Letzterer fordert danach die vernommene Person und die eventuell mitwirkenden Personen auf, es ebenfalls zu unterzeichnen. Wenn die vernommene Person oder eine mitwirkende Person sich weigert, das Protokoll zu unterzeichnen, wird dies im Protokoll vermerkt.

Möchte die vernommene Person eine andere Sprache als die Verfahrenssprache verwenden, wird entweder ein vereidigter Dolmetscher herangezogen oder werden ihre Erklärungen in dieser Sprache aufgezeichnet oder wird sie gebeten, ihre Erklärungen selbst festzuhalten. Findet die Vernehmung mit Hilfe eines Dolmetschers statt, werden seine Identität und seine Eigenschaft vermerkt.

Im Vernehmungsprotokoll wird der Inhalt des vorliegenden Paragraphen wiedergegeben.

§2 – Unbeschadet der Anwendung von §1 wird die Person, die über Verstöße vernommen wird, die ihr zur Last gelegt werden können, vor ihrer Vernehmung kurz über den Sachverhalt informiert, über den sie vernommen werden wird. Sie wird darüber informiert:

1. dass sie nicht dazu gezwungen werden kann, sich selbst zu belasten;

2. dass sie, nachdem sie sich ausgewiesen hat, die Wahl hat, eine Erklärung abzugeben, Fragen zu beantworten, oder zu schweigen;

3. dass sie das Recht hat, sich vor der Vernehmung mit einem Rechtsanwalt ihrer Wahl oder mit einem ihr zugewiesenen Rechtsanwalt vertraulich zu beraten, wenn die Taten, die ihr zur Last gelegt werden können, einen Verstoß betreffen, für den die Strafe die Ausstellung eines Haftbefehls sein kann;

4. gegebenenfalls, dass ihr die Freiheit nicht entzogen wird und dass sie sich jederzeit frei bewegen kann.

Nur eine volljährige zu vernehmende Person kann freiwillig und wohlüberlegt auf das in Absatz 1 Nummer 3 erwähnte Recht verzichten. Sie muss in einem von ihr datierten und unterzeichneten Dokument schriftlich auf dieses Recht verzichten.

Findet die erste Vernehmung auf schriftliche Vorladung hin statt, können die in Absatz 1 Nummern 1-4 erwähnten Rechte sowie die kurzgefasste Mitteilung der Taten, zu denen die zu vernehmende Person vernommen wird, bereits in dieser Vorladung, von der dem Vernehmungsprotokoll eine Abschrift beigelegt wird, notifiziert werden. In diesem Fall wird davon ausgegangen, dass die betreffende Person sich mit einem Rechtsanwalt beraten hat, bevor sie bei der Vernehmung erscheint.

Findet die Vernehmung nicht auf Vorladung hin statt oder sind in der Vorladung die in Absatz 3 erwähnten Informationen nicht vermerkt, kann die Vernehmung auf Antrag der zu vernehmenden Person ein einziges Mal verschoben werden, damit sie die Möglichkeit erhält, sich mit einem Rechtsanwalt zu beraten.

Im Vernehmungsprotokoll wird der Inhalt des vorliegenden Paragraphen wiedergegeben.

§3 – Eine schriftliche Erklärung der in §2 erwähnten Rechte wird der in demselben Paragraphen genannten Person vor der ersten Vernehmung ausgehändigt.

§4 – Wenn sich im Laufe der Vernehmung einer Person, die ursprünglich nicht als Verdächtige vernommen wurde, herausstellt, dass es bestimmte Elemente gibt, die vermuten lassen, dass ihr Taten zur Last gelegt werden können, wird diese Person über die Rechte informiert, die sie aufgrund von §2 besitzt, und wird ihr die in §3 erwähnte schriftliche Erklärung ausgehändigt.

Art. 37 – Abschrift der Vernehmung

Die Sozialinspektoren teilen der vernommenen Person mit, dass sie kostenlos eine Abschrift des Textes ihrer Vernehmung erhalten kann.

Diese Abschrift wird ihr entweder sofort oder innerhalb eines Monats ausgehändigt bzw. zugesandt.

Der Sozialinspektor kann jedoch durch einen mit Gründen versehenen Beschluss den Zeitpunkt dieser Mitteilung für eine einmal erneuerbare Frist von höchstens drei Monaten aufschieben. Dieser Beschluss wird der Akte beigelegt.

Im Vernehmungsprotokoll wird der Inhalt des vorliegenden Artikels wiedergegeben.

Abschnitt 2 – Protokolle zur Feststellung eines Verstoßes

Art. 38 – Protokoll zur Feststellung eines Verstoßes

Jedes Protokoll zur Feststellung eines Verstoßes gegen die in Artikel 4 erwähnten gesetzlichen, dekretalen und verordnungsrechtlichen Bestimmungen und gegen die des vorliegenden Dekrets und dessen Ausführungserlasse enthält mindestens folgende Angaben:

1. die Identität des protokollierenden Beamten oder Bediensteten;
2. die Bestimmung, aufgrund derer der protokollierende Beamte oder Bedienstete befugt ist, zu handeln;
3. den Ort und das Datum des Verstoßes;
4. die Identität des mutmaßlichen Urhebers und der Betroffenen;
5. die Rechtsbestimmung, gegen die verstoßen wurde;
6. die kurzgefasste Darlegung des Sachverhalts in Bezug auf die begangenen Verstöße;
7. das Datum und den Ort der Erstellung des Protokolls, den eventuellen Zusammenhang mit anderen Protokollen und gegebenenfalls das Verzeichnis der Anlagen.

Die Regierung kann allgemeine Formvorschriften festlegen, die auf die Protokolle zur Feststellung eines Verstoßes anwendbar sind.

Art. 39 – Übermittlung des Protokolls

Das Protokoll zur Feststellung eines Verstoßes wird der Staatsanwaltschaft sowie der Regierung innerhalb einer Frist von 14 Tagen ab dem Tag, der dem Tag der Feststellung des letzten Tatbestandmerkmals des Verstoßes folgt, übermittelt.

Eine Abschrift des Protokolls wird dem mutmaßlichen Urheber des Verstoßes per sicher datiertem Versand notifiziert. Falls dies nicht der Fall ist, können Letztere jederzeit eine Abschrift bei dem Sozialinspektor erhalten, der das Protokoll erstellt hat.

Art. 40 – Besondere Beweiskraft

Die von den Sozialinspektoren erstellten Protokolle gelten bis zum Beweis des Gegenteils, insofern dem mutmaßlichen Urheber des Verstoßes und gegebenenfalls seinem Arbeitgeber binnen einer Frist von 14 Tagen ab dem Tag, der dem Tag der Feststellung des letzten Tatbestandmerkmals des Verstoßes folgt, eine Abschrift davon notifiziert wurde.

Wenn der mutmaßliche Urheber des Verstoßes oder der Arbeitgeber am Tag der Feststellung des Verstoßes nicht identifiziert werden kann, läuft die Frist von 14 Tagen ab dem Tag, an dem der mutmaßliche Urheber des Verstoßes von den Sozialinspektoren mit Sicherheit identifiziert werden konnte.

Für die Anwendung der in Absatz 1 erwähnten Frist gilt die Verwarnung, das Setzen einer Frist, um sich den Vorschriften anzupassen, oder das Ergreifen der in Kapitel 2 Abschnitt 2 erwähnten Maßnahmen nicht als Feststellung des Verstoßes.

Art. 41 – Tragweite der besonderen Beweiskraft für andere Inspektionsdienste

Die von den Sozialinspektoren eines Inspektionsdienstes in einem Protokoll zur Feststellung eines Verstoßes gemachten materiellen Feststellungen können mit ihrer besonderen Beweiskraft von den Sozialinspektoren desselben Dienstes oder der anderen Inspektionsdienste oder von den mit der Kontrolle der Einhaltung anderer Rechtsvorschriften beauftragten Beamten und Bediensteten benutzt werden.

Abschnitt 3 – Elektronischer Informationsaustausch im Rahmen des E-Protokolls

Art. 42 – Informationsaustausch im Rahmen des E-Protokolls

§1 – Der elektronische Informationsaustausch im Rahmen des E-Protokolls erfolgt gemäß den Bestimmungen der Datenschutz-Grundverordnung, des Gesetzes vom 15. Januar 1990 über die Errichtung und Organisation einer Zentralen Datenbank der sozialen Sicherheit und des Gesetzes vom 30. Juli 2018 über den Schutz natürlicher Personen hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten.

§2 – Bei der Verarbeitung personenbezogener Daten in Anwendung des vorliegenden Abschnitts werden die in Artikel 8 §1 des Gesetzes vom 15. Januar 1990 über die Errichtung und Organisation einer Zentralen Datenbank der sozialen Sicherheit erwähnten Erkennungsnummern benutzt.

Art. 43 – E-Protokolle

Im Hinblick auf den in Artikel 42 erwähnten elektronischen Informationsaustausch erstellen die Sozialinspektoren ihre Protokolle zur Feststellung von Verstößen elektronisch mittels der zu diesem Zweck entwickelten EDV-Anwendung gemäß dem in Artikel 100/2 des Sozialstrafgesetzbuches erwähnten und durch den in Artikel 100/8 desselben Gesetzbuches erwähnten Geschäftsführenden Ausschuss festgelegten einheitlichen Muster.

Art. 44 – Elektronische Unterzeichnung

Das E-Protokoll wird von seinem Ersteller oder seinen Erstellern mit Hilfe einer qualifizierten elektronischen Signatur im Sinne von Artikel 2 Nummer 6 des Dekrets vom 15. Oktober 2018 über die individuelle und öffentliche elektronische Kommunikation der Behörden des deutschen Sprachgebiets unterzeichnet.

Für die Anwendung des vorliegenden Abschnitts wird, unbeschadet der Artikel 8.18 und folgende des Zivilgesetzbuches, das E-Protokoll, das von seinem Ersteller oder seinen Erstellern gemäß Absatz 1 elektronisch unterzeichnet worden ist, einem mit Hilfe einer handschriftlichen Unterschrift unterzeichnetem Protokoll auf Papier gleichgesetzt.

In Abweichung von Absatz 1 kann die Regierung bestimmen, dass das E-Protokoll, das gemäß Artikel 42 §1 erstellt wird, unter den Bedingungen, gemäß den Modalitäten und gegebenenfalls für die Dauer, die sie festlegt, auf Papier erstellt und mit Hilfe einer handschriftlichen Unterschrift unterzeichnet wird.

KAPITEL 5 – ADMINISTRATIVE GELDBUSSEN

Abschnitt 1 – Administrative Ahndung der Verstöße

Art. 45 – Vorrang der Strafverfolgung

Für Verstöße gegen die in Artikel 4 erwähnten gesetzlichen, dekretalen und verordnungsrechtlichen Bestimmungen, für die der Zuwiderhandelnde nicht strafrechtlich verfolgt werden kann, werden administrative Geldbußen auferlegt.

Für Verstöße, für die der Zuwiderhandelnde strafrechtlich verfolgt werden kann, werden administrative Geldbußen auferlegt, es sei denn, die Staatsanwaltschaft veranlasst:

1. eine Strafverfolgung, selbst wenn diese zu einem Freispruch führt;
2. das Erlöschen der Strafverfolgung durch Zahlung einer Geldsumme;
3. eine in Artikel 216ter des Strafprozessbuches erwähnte Vermittlung;

4. eine in Artikel 138bis §2 Absatz 1 des Gerichtsgesetzbuchs erwähnte Klage.

Die Ahndung mit einer administrativen Geldbuße ist in den in Absatz 2 Nummern 1-4 erwähnten Fällen ausgeschlossen.

Die Regierung verhängt die administrativen Geldbußen.

Art. 46 – Notifizierung

Die Staatsanwaltschaft notifiziert der Regierung ihre Entscheidung, eins der in Artikel 45 Absatz 2 Nummern 1-4 erwähnten Verfahren anzuwenden oder nicht innerhalb einer Frist von sechs Monaten.

Art. 47 – Übermittlung der Verfahrensunterlagen

Wenn die Staatsanwaltschaft darauf verzichtet, ein in Artikel 45 Absatz 2 Nummern 1-4 erwähntes Verfahren einzuleiten, sendet sie der Regierung die Verfahrensunterlagen so wie ggfs. die Verfahrensunterlagen der zusätzlichen Ermittlung zu.

Wenn die Staatsanwaltschaft darauf verzichtet, ein in Artikel 45 Absatz 2 Nummern 1-4 erwähntes Verfahren einzuleiten oder wenn die Staatsanwaltschaft innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab Erhalt des Protokolls zur Feststellung eines Verstoßes keine Entscheidung getroffen hat, entscheidet die Regierung, ob das Verfahren der administrativen Geldbuße eingeleitet wird.

Art. 48 – Zusätzliche Auskünfte

Die Regierung kann von den zuständigen Verwaltungen, öffentlichen Einrichtungen oder öffentlichen Diensten die administrativen Auskünfte verlangen, die sie braucht, um über alle Elemente zu verfügen, die es ihr ermöglichen, in voller Kenntnis der Sachlage eine Entscheidung in Bezug auf die Weiterbearbeitung der bei ihr in Bearbeitung befindlichen Akte zu treffen.

Zu diesem Zweck sind alle staatlichen Dienste, darin einbegriffen die Staatsanwaltschaften, die Kanzleien der Gerichtshöfe und Gerichte, die Sozialinspektionen und die Polizei, alle Dienste der Provinzen, der Agglomerationen, der Gemeindeföderationen, der Gemeinden, der Vereinigungen, denen sie angehören, der öffentlichen Einrichtungen, die ihnen unterstehen, und sämtlicher öffentlicher und mitwirkender Einrichtungen für soziale Sicherheit verpflichtet, der Regierung auf deren Antrag hin alle Auskünfte zu erteilen und ihr Kopien, in gleich welcher Form, von sämtlichen Datenträgern zu besorgen, damit sie über alle Elemente verfügt, die es ihr ermöglichen, in voller Kenntnis der Sachlage eine Entscheidung in Bezug auf die Weiterbearbeitung der bei ihr in Bearbeitung befindlichen Akte zu treffen.

Die vorerwähnten Dienste sind verpflichtet, diese Auskünfte und Kopien kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Die bei der Ausübung von Pflichten gesammelten Auskünfte, die von der Gerichtsbehörde vorgeschrieben wurden, dürfen jedoch nur mit deren ausdrücklicher Erlaubnis mitgeteilt werden.

Abschnitt 2 – Verteidigungsmittel

Art. 49 – Aufforderung Verteidigungsmittel

Der Zuwiderhandelnde wird mit einer Notifizierung per sicher datiertem Versand dazu aufgefordert, seine Verteidigungsmittel vorzubringen.

Diese Aufforderung enthält folgende Angaben:

1. die Referenzangaben des Protokolls, durch das der Verstoß festgestellt wird und in dem die Taten aufgeführt werden, die der Einleitung des Verfahrens zugrunde liegen;
2. den Hinweis auf das Recht für den Zuwiderhandelnden, innerhalb einer Frist von 30 Tagen ab der Notifizierung per sicher datiertem Versand, seine Verteidigungsmittel schriftlich oder mündlich vorzubringen;
3. den Hinweis auf das Recht, sich von einem Beistand beistehen zu lassen;
4. die Adresse und E-Mailadresse der Regierung, zum Zweck der Akteneinsicht, und Öffnungszeiten, zu denen er das Recht hat, die Akte einzusehen, sowie im Hinblick auf das Vorbringen der Verteidigungsmittel;
5. den Hinweis auf das Recht für den Zuwiderhandelnden oder seinen Beistand, eine Abschrift der Akte zu erhalten.

Wenn der Zuwiderhandelnde es versäumt hat, den Einschreibebrief abzuholen oder das elektronische Einschreiben zu öffnen, kann die Regierung ihm durch gewöhnlichen Brief zur Information noch eine zweite Aufforderung zum Vorbringen seiner Verteidigungsmittel zu senden. Durch diese zweite Aufforderung setzt keine neue Frist von 30 Tagen für das Vorbringen der Verteidigungsmittel ein.

Art. 50 – Form

Die Verteidigungsmittel können schriftlich, einschließlich per E-Mail, oder mündlich mittels einer vorher abzusprechenden Terminvereinbarung bei der Regierung vorgebracht werden.

Art. 51 – Akteneinsicht und Abschrift

Die Regierung stellt dem Zuwiderhandelnden oder seinem Beistand die Akte in Bezug auf die Verstöße, die Anlass zur Auferlegung der administrativen Geldbuße geben können, zur Verfügung, sodass er sie bei der Regierung einsehen kann, und erlaubt ihm auf seinen Antrag hin, eine Abschrift der Aktenstücke zu machen.

Die Kosten der Abschriften gehen zu Lasten des Zuwiderhandelnden gemäß den von der Regierung festgelegten Modalitäten.

Abschnitt 3 – Verhängung der administrativen Geldbuße

Art. 52 – Auferlegung

§1 – Die administrative Geldbuße kann nur dem Zuwiderhandelnden auferlegt werden, selbst wenn der Verstoß von einem Angestellten oder Beauftragten begangen worden ist, außer wenn er nachweisen kann, dass er keinen Fehler begangen hat, weil er alle Maßnahmen im Rahmen seiner Möglichkeiten getroffen hat, um zu verhindern, dass sich der materielle Tatbestand des Verstoßes ereignet.

§2 – Die administrative Geldbuße darf nicht vor Ablauf der in Artikel 49 erwähnten Frist auferlegt werden, es sei denn die schriftliche oder mündliche Verteidigung des Zuwiderhandelnden ist vor Ablauf dieser Frist erfolgt.

Art. 53 – Beschluss

Die Entscheidung zur Auferlegung einer administrativen Geldbuße ist mit Gründen versehen.

Sie stellt einen Befehl zur Zahlung der Geldbuße dar und umfasst unter anderem die juristischen und faktischen Grundlagen einerseits als Antwort auf die vorgebrachten Verteidigungsmittel und andererseits als Begründung für den Betrag der administrativen Geldbuße.

Sie umfasst außerdem insbesondere folgende Angaben:

1. die Bestimmungen, die ihr als Rechtsgrundlage dienen;
2. die Referenzangaben des Protokolls, durch das der Verstoß festgestellt wird und in dem die Taten aufgeführt werden, die der Einleitung des Verfahrens zugrunde liegen;
3. das Datum der Aufforderung zum Vorbringen der Verteidigungsmittel;
4. den Betrag der administrativen Geldbuße, dem gegebenenfalls die nach den von der Regierung bestimmten Modalitäten festgelegten administrativen Verfahrenskosten hinzugefügt werden;
5. die Bestimmungen von Artikel 58 in Bezug auf die Zahlung der Geldbuße;
6. die Bestimmung von Artikel 56 in Bezug auf die Beschwerde gegen die Entscheidung.

Art. 54 – Notifizierung des Beschlusses

Die in Artikel 53 erwähnte Entscheidung wird dem Zuwiderhandelnden zusammen mit einer Aufforderung, die Geldbuße binnen der in Artikel 58 erwähnten Frist zu zahlen, per sicher datiertem Versand notifiziert.

Der Beschluss zur Auferlegung einer administrativen Geldbuße ist nach Ablauf einer Frist von 30 Tagen ab dem Tag seiner Notifizierung vollstreckbar, es sei denn, gemäß Artikel 56 wird Beschwerde eingelegt.

Wenn der Zuwiderhandelnde es versäumt hat, den Einschreibebrief abzuholen oder das elektronische Einschreiben zu öffnen, kann die Regierung ihm durch gewöhnlichen Brief zur Information eine Abschrift der Entscheidung zusenden. Durch diese zweite Sendung setzt keine neue Frist von 30 Tagen für die Vollstreckbarkeit und für das Einreichen der in Artikel 56 genannten Beschwerde ein.

Art. 55 – Weitere Modalitäten

Die Regierung kann weitere Modalitäten in Bezug auf die Entscheidung und das Verfahren zur Auferlegung einer administrativen Geldbuße festlegen.

Art. 56 – Beschwerde

Der Zuwiderhandelnde kann durch einen beim Arbeitsgericht schriftlich eingereichten Antrag binnen 30 Tagen ab Notifizierung des Beschlusses Beschwerde einlegen. Der Antrag führt die Identität und die Anschrift des Zuwiderhandelnden, die Bezeichnung des angefochtenen Beschlusses sowie die entsprechenden Anfechtungsgründe auf.

Das Arbeitsgericht entscheidet über die Rechtmäßigkeit und die Verhältnismäßigkeit der auferlegten Geldbuße. Es kann den Beschluss der Regierung entweder bestätigen oder ändern.

Die Beschwerde setzt die Durchführung der Entscheidung aus.

Gegen die Entscheidung des Arbeitsgerichts kann keine Berufung eingelegt werden.

Art. 57 – Verjährung der Auferlegung

Die administrative Geldbuße darf fünf Jahre nach der Feststellung des Verstoßes nicht mehr auferlegt werden.

Diese Frist wird jedoch durch die Untersuchungs- oder Verfolgungshandlungen, einschließlich der Notifizierungen der Entscheidungen der Staatsanwaltschaft in Bezug auf die Einleitung oder Nicht-Einleitung von Strafverfolgungen und der Aufforderung an den Zuwiderhandelnden, Verteidigungsmittel vorzubringen, die binnen der in Absatz 1 festgelegten Frist erfolgen, unterbrochen. Mit diesen Handlungen beginnt eine neue Frist von gleicher Dauer, einschließlich für Personen, die nicht davon betroffen sind.

Abschnitt 4 – Zahlung und Einforderung

Art. 58 – Zahlung und Zahlungsfrist

Die administrative Geldbuße wird zugunsten der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingezogen.

Sie wird innerhalb von 30 Tagen nach dem Tag, an dem der Beschluss vollstreckbar geworden ist, durch Einzahlung oder Überweisung auf ein Konto der Regierung anhand eines Einzahlungs- oder Überweisungsformulars beglichen.

Durch die Zahlung der Geldbuße erlischt die Klage der Regierung.

Die Regierung kann die Modalitäten der Zahlung der administrativen Geldbuße und die damit verbundenen Verfahren ergänzen.

Art. 59 – Einforderung

Die Regierung bestellt die mit der Eintreibung der unstrittigen und fälligen administrativen Geldbußen sowie der eventuell entstandenen Eintreibungskosten beauftragten Personen.

Die in Absatz 1 erwähnten Personen sind dazu befugt:

1. einen Zahlungsbefehl auszustellen;
2. den Zahlungsbefehl zu visieren, für vollstreckbar zu erklären und dem Zuwiderhandelnden per Gerichtsvollzieher zuzustellen;
3. den Schuldnern, die eine besondere Notlage nachweisen können, einen Zahlungsaufschub oder Ratenzahlungen zu gewähren.

Die Regierung kann die Modalitäten der Einforderung der administrativen Geldbuße und die damit verbundenen Verfahren ergänzen.

Art. 60 – Verjährung der Einforderung

Die Klage auf Einforderung der administrativen Geldbuße verjährt in zehn Jahren ab dem Tag, an dem gegen die Entscheidung der Regierung keine Beschwerde mehr eingereicht werden kann.

Diese Frist kann unterbrochen werden, entweder wie in den Artikeln 2244 und folgende des Zivilgesetzbuches vorgesehen oder durch einen Verzicht auf die eingetretene Verjährung. Wird die Verjährung unterbrochen, tritt zehn Jahre nach der letzten Handlung mit Unterbrechung der vorherigen Verjährung eine neue Verjährung ein, die auf dieselbe Weise unterbrochen werden kann, wenn kein Prozess anhängig ist.

Abschnitt 5 – Verschiedene Bestimmungen

Art. 61 – Mitteilung der Entscheidungen an die Sozialinspektoren

Jede Entscheidung, die über die Strafverfolgung oder in Bezug auf eine administrative Geldbuße aufgrund eines Verstoßes gegen die in Artikel 4 erwähnten gesetzlichen, dekretalen und verordnungsrechtlichen Bestimmungen getroffen worden ist, wird den Sozialinspektoren, die das Protokoll erstellt haben, auf deren Antrag zur Kenntnis gebracht.

Die Mitteilung dieser Entscheidungen an die Sozialinspektoren erfolgt je nach Fall auf Betreiben der Stelle der Staatsanwaltschaft, die sie getroffen hat, des Greffiers des Gerichts Erster Instanz, des Appellationshofes, von dem sie verkündet wurde, oder der Regierung.

Art. 62 – Zuschlagzehntel

Die in Artikel 1 Absatz 1 des Gesetzes vom 5. März 1952 über die Zuschlagzehntel auf strafrechtliche Geldbußen erwähnten Zuschlagzehntel sind auch auf die im vorliegenden Dekret erwähnten administrativen Geldbußen anwendbar.

Die Regierung gibt in ihrer Entscheidung die Multiplikation infolge des vorerwähnten Gesetzes und die sich aus dieser Erhöhung ergebende Zahl an.

Art. 63 – Tatmehrheitliches und tateinheitliches Zusammentreffen von Verstößen und einheitlicher Vorsatz

§1 – Bei Zusammentreffen mehrerer Verstöße werden die Beträge der administrativen Geldbußen kumuliert, ohne dass sie dabei jedoch das Doppelte des Höchstbetrags der höchsten administrativen Geldbuße überschreiten dürfen.

§ 2 – Wenn ein und dieselbe Tat mehrere Verstöße darstellt oder wenn unterschiedliche Verstöße, die der Regierung gleichzeitig vorgelegt werden, die aufeinanderfolgende und kontinuierliche Verwirklichung desselben Straftatvorsatzes darstellen, wird allein die schwerste administrative Geldbuße auferlegt.

§ 3 – Wenn die Regierung feststellt, dass Verstöße, die bereits Gegenstand einer Entscheidung zur Auferlegung einer endgültigen administrativen Geldbuße waren, zusammen mit anderen bei ihr anhängigen Taten, die - ihr Nachweis vorausgesetzt - dieser Entscheidung vorausgehen, die aufeinander folgend durchgeführte und fortgesetzte Verwirklichung desselben Straftatvorsatzes darstellen, berücksichtigt sie bei der Festlegung der administrativen Geldbuße die bereits auferlegten administrativen Geldbußen. Wenn diese ihr für eine gerechte Ahndung aller Verstöße ausreichend erscheinen, spricht sie sich über die Schuldfrage aus und verweist in ihrer Entscheidung auf die bereits auferlegten

administrativen Geldbußen. Die Gesamtheit der in Anwendung des vorliegenden Artikels auferlegten administrativen Geldbußen darf den Höchstbetrag der schwersten administrativen Geldbuße nicht überschreiten.

Art. 64 – Tilgung

Für die Festlegung des Betrags der administrativen Geldbuße darf eine Entscheidung zur Auferlegung einer administrativen Geldbuße, die drei Jahre oder mehr vor den Taten angenommen worden ist, nicht berücksichtigt werden. Diese Frist von drei Jahren läuft ab dem Zeitpunkt, an dem die Entscheidung wirksam geworden ist oder an dem die gerichtliche Entscheidung, die über die Beschwerde des Zuwiderhandelnden befindet, formell rechtskräftig geworden ist.

Art. 65 – Mildernde Umstände

Liegen mildernde Umstände vor, kann die Geldbuße auf einen Betrag unter dem gesetzlichen Mindestbetrag herabgesetzt werden, ohne dass sie jedoch 40 % des vorgeschriebenen Mindestbetrags unterschreiten darf.

Art. 66 – Aufschub

§1 – Die Regierung kann beschließen, dass die Durchführung der Entscheidung zur Auferlegung einer administrativen Geldbuße ganz oder teilweise aufgeschoben wird, sofern während der fünf Jahre vor dem neuen Verstoß:

1. dem Zuwiderhandelnden keine administrative Geldbuße von 25 bis 250 Euro, von 50 bis 500 Euro, oder von 300 bis 3.000 Euro auferlegt worden ist;
2. dem Zuwiderhandelnden keine strafrechtliche Geldbuße von 50 bis 500 Euro, von 100 bis 1.000 Euro, von 600 bis 6.000 Euro oder eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten bis drei Jahren auferlegt worden ist.

Eine zu einem früheren Zeitpunkt auferlegte oder verkündete administrative Geldbuße oder strafrechtliche Sanktion für Taten, die durch ein und denselben Straftatvorsatz verbunden sind, ist kein Hindernis für die Gewährung eines Aufschubs.

§2 – Die Regierung gewährt den Aufschub mit derselben Entscheidung, mit der sie die Geldbuße auferlegt.

§3 – Die Probezeit darf weder weniger als ein Jahr noch mehr als drei Jahre ab dem Datum der Notifizierung der Entscheidung zur Auferlegung der administrativen Geldbuße oder dem Datum des formell rechtskräftig gewordenen Urteils oder Entscheids betragen.

§4 – Der Aufschub wird von Rechts wegen widerrufen, wenn während der Probezeit ein neuer Verstoß begangen worden ist, der die Anwendung einer administrativen Geldbuße zur Folge hat, deren Höchstbetrag den Höchstbetrag der administrativen Geldbuße übertrifft, die zu einem früheren Zeitpunkt Gegenstand eines Aufschubs war.

§5 – Der Aufschub kann widerrufen werden, wenn während der Probezeit ein neuer Verstoß begangen worden ist, der die Anwendung einer administrativen Geldbuße der gleichen oder einer tieferen Stufe als derjenigen der administrativen Geldbuße, die zu einem früheren Zeitpunkt Gegenstand eines Aufschubs war, zur Folge hat.

§6 – Im Hinblick auf den Vergleich der Stufen der in den §§4 und 5 genannten Geldbußen dürfen diese nicht mit der Anzahl der betreffenden Arbeitnehmer multipliziert werden. Um zu bestimmen, ob ein Verstoß einer tieferen, einer gleichen oder einer höheren Stufe

entspricht, müssen die Höchstbeträge der für diese Verstöße vorgesehenen administrativen Geldbußen miteinander verglichen werden.

§7 – Der Aufschub wird mit derselben Entscheidung widerrufen, mit der die administrative Geldbuße für den neuen, während der Probezeit begangenen Verstoß auferlegt wird.

In der Entscheidung wird der Widerruf des Aufschubs sowohl dann vermerkt, wenn der Widerruf von Rechts wegen erfolgt als auch wenn er dem Ermessen der Regierung überlassen bleibt.

§8 – Die administrative Geldbuße, die infolge des Widerrufs des Aufschubs vollstreckbar wird, wird unbegrenzt mit derjenigen kumuliert, die für den neuen Verstoß auferlegt wird.

§9 – Im Falle einer Beschwerde gegen die Entscheidung zur Auferlegung einer administrativen Geldbuße kann der Richter den von der Regierung gewährten Aufschub nicht widerrufen. Er kann jedoch den Aufschub gewähren, wenn die Regierung ihn verweigert hat.

Art. 67 – Minderjährige

§ 1 – Der vorliegende Artikel ist nicht auf Minderjährige anwendbar, die zum Zeitpunkt der Straftat weniger als sechzehn Jahre alt waren.

§ 2 – Wenn das Verfahren zur Auferlegung einer administrativen Geldbuße gegen eine Person unter 18 Jahren eingeleitet wird, wird die Notifizierung per sicher datiertem Versand gemäß Artikel 49 an den Minderjährigen sowie an dessen Vater und Mutter, Vormunde oder sorgeberechtigte Personen gerichtet. Diese Parteien haben dieselben Rechte wie der Zuwiderhandelnde.

Die Regierung setzt den Präsidenten der Rechtsanwaltskammer davon in Kenntnis, damit dem Minderjährigen ein Rechtsanwalt beistehen kann. Diese Mitteilung wird zum selben Zeitpunkt wie die in Absatz 1 erwähnte Notifizierung per sicher datiertem Versand versandt.

Der Präsident der Rechtsanwaltskammer oder das Büro für juristischen Beistand nimmt spätestens binnen zwei Werktagen nach dieser Mitteilung die Bestellung eines Rechtsanwalts vor.

Eine Abschrift der an den Präsidenten der Rechtsanwaltskammer gerichteten Mitteilung wird der Verfahrensakte beigelegt.

Im Fall eines Interessenkonflikts sorgt der Präsident der Rechtsanwaltskammer oder das Büro für juristischen Beistand dafür, dass dem Betreffenden ein anderer Rechtsanwalt beistehen wird als derjenige, auf den sein Vater und seine Mutter, sein Vormund oder die Personen, die das Sorgerecht für ihn haben, zurückgegriffen haben.

§ 3 – Wenn es sich bei dem Zuwiderhandelnden um einen Minderjährigen handelt, wird die in Artikel 53 genannte Entscheidung, oder die Entscheidung, die Akte ohne weitere Bearbeitung zu klassieren, zusammen mit dem Protokoll der Vernehmung dem Minderjährigen sowie seinem Vater, seiner Mutter, seinen Vormunden oder sorgeberechtigten Personen und seinem Rechtsbeistand mitgeteilt.

Der Vater und die Mutter, die Vormunde oder die Personen, die das Sorgerecht für den Minderjährigen haben, haften zivilrechtlich für die Zahlung der Geldbuße.

§ 4 – Wenn es sich bei dem Zuwiderhandelnden um einen Minderjährigen handelt, der das sechzehnte Lebensjahr vollendet hat, wird die Beschwerde per unentgeltlichen Antrag beim Jugendgericht eingereicht. In diesem Fall kann die Beschwerde auch von den Eltern, den Vormunden oder den Personen, die das Sorgerecht für den Minderjährigen haben, eingelegt werden.

Das Jugendgericht bleibt zuständig, wenn der Zuwiderhandelnde zum Zeitpunkt der Urteilsverkündung volljährig geworden ist.

KAPITEL 6 – STRAFBESTIMMUNGEN

Art. 68 – Behinderung der Kontrolle

§1 – Wird bestraft mit einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten bis zu drei Jahren und mit einer strafrechtlichen Geldbuße von 600 bis zu 6.000 Euro oder nur einer dieser Strafen, oder mit einer administrativen Geldbuße von 300 bis zu 3.000 Euro, wer die aufgrund des vorliegenden Dekrets und seiner Ausführungserlasse organisierte Kontrolle behindert.

Die in Absatz 1 erwähnte Sanktion ist nicht anwendbar auf die Verstöße gegen Artikel 18 des vorliegenden Dekrets.

Die Geldbuße wird mit der Anzahl der betreffenden Arbeitnehmer multipliziert.

§2 – Zuschüsse, Entschädigungen oder Zulagen können ausgesetzt werden, wenn der Arbeitgeber, sein Angestellter oder sein Beauftragter die aufgrund des vorliegenden Dekrets und seiner Ausführungserlasse organisierte Kontrolle der Verwendung von Zuschüssen, Entschädigungen oder Zulagen behindert.

Die in Absatz 1 erwähnte Aussetzung gilt ebenfalls für die Anträge auf Erhalt von Zuschüssen, Entschädigungen oder Zulagen.

§3 – Die Regierung kann die Modalitäten sowie das Verfahren für die Aussetzung, Einstellung oder Rückforderung der Zuschüsse, Entschädigungen oder Zulagen festlegen.

§4 – In den Fällen und gemäß den Modalitäten, die von der Regierung bestimmt werden, kann die Regierung die Bearbeitung der Anträge auf Erhalt von Zuschüssen, Entschädigungen oder Zulagen, die durch die Deutschsprachige Gemeinschaft ausbezahlt werden, aussetzen, solange die Sozialinspektoren eine gegen dieselbe natürliche oder juristische Person gerichtete Kontrolle durchführen.

Wird für die Anwendung von Absatz 1 mit der juristischen Person diejenige juristische Person gleichstellt, die einen Antrag einreicht und gegen die keine Kontrolle durchgeführt wird, aber in der Verwalter tagen, oder in der es Geschäftsführer, Bevollmächtigte oder Personen gibt, die befugt sind, das Unternehmen zu vertreten, und die in der juristischen Person, gegen die eine Kontrolle durchgeführt wird, eine dieser Eigenschaften haben.

Wird die Bearbeitung des Antrags ausgesetzt, werden die in den gesetzlichen, dekretalen und verordnungsrechtlichen Bestimmungen festgelegten Fristen um die Dauer der Kontrolle verlängert.

Art. 69 – Nichtbeachtung des Anschlagens von Dokumenten

Werden bestraft mit einer strafrechtlichen Geldbuße von 50 bis zu 500 Euro, oder mit einer administrativen Geldbuße von 25 bis zu 250 Euro der Arbeitgeber, sein Angestellter oder sein Beauftragter, die innerhalb der von den Sozialinspektoren festgelegten Fristen den von Letzteren gegebenen Befehl, die in Artikel 30 bestimmten Dokumente anzuschlagen, nicht einhalten.

Art. 70 – Nichtbeachtung der vorgeschriebenen Beschlagnahme-Maßnahmen

Werden bestraft mit einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten bis zu drei Jahren und mit einer strafrechtlichen Geldbuße von 600 bis zu 6.000 Euro oder nur einer dieser Strafen, oder mit einer administrativen Geldbuße von 300 bis zu 3.000 Euro der Arbeitgeber, sein Angestellter oder sein Beauftragter, die die in Ausführung der Artikel 25 und 26 vorgeschriebenen Maßnahmen nicht beachten.

Art. 71 – Verwenden von Informationen aus Akteneinsicht

Wird bestraft mit einer strafrechtlichen Geldbuße von 50 bis zu 500 Euro, oder mit einer administrativen Geldbuße von 25 bis 250 Euro, das Verwenden von Informationen - nach der in Artikel 51 erwähnten Akteneinsicht oder nach Erhalt einer Kopie davon - mit dem Ziel und der Folge, den Verlauf der Untersuchung zu behindern, das Privatleben, die körperliche oder moralische Unversehrtheit oder die Güter einer in der Akte angegebenen Person zu beeinträchtigen.

Art. 72 – Fälschung und Gebrauch gefälschter Urkunden

Für die Anwendung des vorliegenden Dekrets und dessen Ausführungserlasse sowie für die in Artikel 4 erwähnten gesetzlichen, dekretalen und verordnungsrechtlichen Bestimmungen werden mit einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten bis zu drei Jahren und einer strafrechtlichen Geldbuße von 600 bis zu 6.000 Euro oder mit nur einer dieser Strafen oder mit einer administrativen Geldbuße von 300 bis zu 3.000 Euro bestraft, wer mit dem Ziel, entweder einen unrechtmäßigen finanziellen oder persönlichen Vorteil erlangen bzw. erlangen zu lassen oder behalten bzw. behalten zu lassen:

1. Urkundenfälschung begangen hat entweder durch Fälschung von Unterschriften oder durch Nachmachen oder Verfälschen von Urkunden oder Unterschriften oder durch Anfertigung von Vereinbarungen, Verfügungen, Verbindlichkeiten oder Entlastungen bzw. durch ihre Aufnahme in eine Urkunde oder durch Hinzufügung oder Verfälschung von Klauseln, Erklärungen oder Umständen, die diese Urkunde enthalten oder feststellen sollte;

2. von einer gefälschten Urkunde oder von einem gefälschten Schriftstück Gebrauch gemacht hat;

3. eine Fälschung begangen hat, indem er Daten, die durch ein Datenverarbeitungssystem gespeichert, verarbeitet oder übertragen werden, in ein Datenverarbeitungssystem eingegeben, geändert oder gelöscht hat oder indem er mit anderen technologischen Mitteln die mögliche Verwendung der Daten in einem Datenverarbeitungssystem geändert hat, wodurch die rechtliche Tragweite solcher Daten verändert wurde;

4. von den auf diese Weise erhaltenen Daten Gebrauch gemacht hat, wohl wissend, dass sie gefälscht sind.

Wenn die in Absatz 1 erwähnten Verstöße von dem Arbeitgeber, seinem Angestellten oder seinem Beauftragten begangen worden sind, um einen finanziellen oder persönlichen Vorteil, auf den der Arbeitnehmer keinen Anspruch hat, erlangen bzw. behalten zu lassen, wird die Geldbuße mit der Anzahl der betreffenden Arbeitnehmer multipliziert.

Art. 73 – Unrichtige oder unvollständige Erklärungen

§1 – Für die Anwendung des vorliegenden Dekrets und dessen Ausführungserlasse sowie für die in Artikel 4 erwähnten gesetzlichen, dekretalen und verordnungsrechtlichen Bestimmungen werden mit einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten bis zu drei Jahren und einer strafrechtlichen Geldbuße von 600 bis zu 6.000 Euro oder mit nur einer dieser Strafen oder mit einer administrativen Geldbuße von 300 bis zu 3.000 Euro bestraft, wer wissentlich und willentlich:

1. eine unrichtige oder unvollständige Erklärung abgegeben hat, um einen unrechtmäßigen finanziellen oder persönlichen Vorteil zu erlangen bzw. erlangen zu lassen oder zu behalten bzw. behalten zu lassen;

2. es versäumt oder sich geweigert hat, eine Erklärung, zu der er verpflichtet ist, abzugeben oder die Informationen, die er erteilen muss, zu erteilen, um einen unrechtmäßigen finanziellen oder persönlichen Vorteil zu erlangen bzw. erlangen zu lassen oder zu behalten bzw. behalten zu lassen;

3. infolge einer in Absatz 1 Nummer 1 erwähnten Erklärung, des Versäumnisses oder der Weigerung, eine Erklärung abzugeben oder Informationen zu erteilen, die in Absatz 1 Nummer 2 erwähnt sind, oder einer in Artikel 72 erwähnten Urkunde bzw. Handlung einen finanziellen oder persönlichen Vorteil erhalten hat, auf den er keinen Anspruch oder nur teilweise Anspruch hatte.

Wenn die in Absatz 1 erwähnten Verstöße von dem Arbeitgeber, seinem Angestellten oder seinem Beauftragten begangen worden sind, um einen finanziellen oder persönlichen Vorteil, auf den der Arbeitnehmer keinen Anspruch hat, erlangen bzw. behalten zu lassen, wird die Geldbuße mit der Anzahl der betreffenden Arbeitnehmer multipliziert.

§2 – Für die Anwendung des vorliegenden Dekrets und dessen Ausführungserlasse sowie für die in Artikel 4 erwähnten gesetzlichen, dekretalen und verordnungsrechtlichen Bestimmungen werden mit einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten bis zu drei Jahren und einer strafrechtlichen Geldbuße von 600 bis zu 6.000 Euro oder mit nur einer dieser Strafen oder mit einer administrativen Geldbuße von 300 bis zu 3.000 Euro bestraft, wer, um einen unrechtmäßigen finanziellen oder persönlichen Vorteil zu behalten, es wissentlich und willentlich versäumt hat zu erklären, dass er auf einen finanziellen oder persönlichen Vorteil keinen Anspruch mehr hat, auch wenn es nur teilweise ist.

Art. 74 – Betrug

Für die Anwendung des vorliegenden Dekrets und dessen Ausführungserlasse sowie für die in Artikel 4 erwähnten gesetzlichen, dekretalen und verordnungsrechtlichen Bestimmungen werden mit einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten bis zu drei Jahren und einer strafrechtlichen Geldbuße von 600 bis zu 6.000 Euro oder mit nur einer dieser Strafen oder mit einer administrativen Geldbuße von 300 bis zu 3.000 Euro wird bestraft, wer mit dem Ziel, entweder einen unrechtmäßigen finanziellen oder persönlichen Vorteil zu erlangen bzw. erlangen zu lassen, falsche Namen, falsche Eigenschaften oder falsche Adressen gebraucht hat oder jede andere betrügerische Handlung angewandt hat, um das Vorhandensein einer nicht bestehenden Person, eines nicht bestehenden Unternehmens oder jedes anderen fiktiven Ereignisses vorzutäuschen oder um auf andere Weise das Vertrauen zu missbrauchen.

Wenn der in Absatz 1 erwähnte Verstoß von dem Arbeitgeber, seinem Angestellten oder seinem Beauftragten begangen worden ist, um einen finanziellen oder persönlichen Vorteil, auf den der Arbeitnehmer keinen Anspruch hat, erlangen bzw. behalten zu lassen, wird die Geldbuße mit der Anzahl der betreffenden Arbeitnehmer multipliziert.

Art. 75 – Multiplikation

Wenn die Geldbuße mit der Anzahl der betreffenden Arbeitnehmer multipliziert wird, gilt die Regel sowohl für die strafrechtliche Geldbuße als auch für die administrative Geldbuße.

Die multiplizierte Geldbuße darf nicht mehr als das Hundertfache der Höchstgeldbuße betragen.

Art. 76 – Rückfall

Bei Rückfall innerhalb von fünf Jahren nach einer Entscheidung zur Schuldigerklärung, nach einer Entscheidung zur Auferlegung einer administrativen Geldbuße oder nach einer Verurteilung zu einer Gefängnisstrafe oder selbst zur Zahlung einer administrativen oder strafrechtlichen Geldbuße wegen eines Verstoßes gegen die in Artikel 4 erwähnten gesetzlichen, dekretalen und verordnungsrechtlichen Bestimmungen kann der Betrag der administrativen Geldbuße auf das Doppelte der Höchstbuße erhöht werden.

Die fünfjährige Frist läuft ab dem Tag, an dem gegen den Beschluss der Regierung keine Beschwerde mehr eingelegt werden kann oder an dem die gerichtliche Entscheidung formell rechtskräftig geworden ist.

Art. 77 – Strafrechtliche Bestimmungen

§1 – Was die strafrechtlichen Sanktionen betrifft, sind alle Bestimmungen von Buch I des Strafgesetzbuches mit Ausnahme des Kapitels 5 auf die in vorliegendem Dekret genannten Verstöße anwendbar.

Artikel 85 des Strafgesetzbuches ist auf die in vorliegendem Dekret genannten Verstöße anwendbar, ohne dass der Betrag der strafrechtlichen Geldbuße sich auf weniger als 40 % der in vorliegendem Dekret festgelegten Mindestbeträge belaufen kann.

§2 – Der Arbeitgeber haftet zivilrechtlich für die Geldbußen, zu denen seine Angestellten oder Beauftragten verurteilt worden sind.

KAPITEL 7 – ZUSAMMENARBEIT UND INFORMATIONSAUSTAUSCH

Art. 78 – Weitergabe von Auskünften an andere Einrichtungen

Die Sozialinspektoren teilen die bei der Inspektion gesammelten Auskünfte folgenden Personen bzw. Einrichtungen mit, sofern diese durch oder aufgrund eines Gesetzes, eines Dekrets oder einer Ordonnanz mit einem Auftrag öffentlichen Interesses betraut sind, sofern diese Übermittlung für die Ausführung des Auftrags öffentlichen Interesses der betreffenden Behörden oder Einrichtungen erforderlich ist und insofern dies für die Durchführung aller Aufträge im Bereich der Kontrolle im Rahmen ihrer Zuständigkeiten erforderlich ist:

1. den öffentlichen und den mitwirkenden Einrichtungen für soziale Sicherheit;
2. den Inspektoren der anderen Inspektionsdienste;
3. allen anderen mit der Kontrolle anderer gesetzlicher, dekretaler und verordnungsrechtlicher Bestimmungen beauftragten Beamten und Bediensteten.

Die Mitteilung dieser Auskünfte ist Pflicht, wenn die in Absatz 1 Nummern 1-3 erwähnten Personen bzw. Einrichtungen sie beantragen.

Die bei der Ausübung von Pflichten gesammelten Auskünfte, die von der Gerichtsbehörde vorgeschrieben wurden, dürfen jedoch nur mit deren Erlaubnis mitgeteilt werden.

Art. 79 – Erhalt von Auskünften von anderen Einrichtungen

Unbeschadet des Artikels 44/1 des Gesetzes vom 5. August 1992 über das Polizeiamt sind folgende Dienste bzw. Einrichtungen verpflichtet, den Sozialinspektoren auf Anfrage alle Auskünfte zu erteilen, die die Sozialinspektoren für die Kontrolle der Einhaltung der in Artikel 4 erwähnten gesetzlichen, dekretalen und verordnungsrechtlichen Bestimmungen für notwendig erachten:

1. alle staatlichen Dienste, darin inbegriffen die Staatsanwaltschaften und die Kanzleien der Gerichtshöfe und aller Rechtsprechungsorgane;
2. alle Dienste der Gemeinschaften, der Regionen, der Provinzen und der Gemeinden;
3. der Vereinigungen, denen die Gemeinschaften, Regionen, Provinzen und Gemeinden angehören;
4. der öffentlichen Einrichtungen, die den Gemeinschaften, Regionen, Provinzen und Gemeinden unterstehen;
5. sämtliche öffentliche und mitwirkende Einrichtungen für soziale Sicherheit.

Die in Absatz 1 erwähnten Dienste und Einrichtungen sind verpflichtet, den Sozialinspektoren alle Datenträger zur Einsichtnahme vorzulegen und ihnen Auszüge, Duplikate, Ausdrücke, Listen, Kopien oder Fotokopien davon zu besorgen.

Alle Dienste der Regierung und die ihnen unterstehenden Einrichtungen öffentlichen Interesses stellen diese Auskünfte, Auszüge, Duplikate, Ausdrücke, Listen, Kopien oder Fotokopien kostenlos zur Verfügung, insofern es sich um einen begründeten und verhältnismäßigen Antrag handelt.

Die bei der Ausübung von Pflichten gesammelten Datenträger oder Auskünfte, die von der Gerichtsbehörde vorgeschrieben wurden, dürfen jedoch nur mit deren Erlaubnis mitgeteilt werden.

Art. 80 – Verwendung der erhaltenen Auskünfte

Folgende Personen bzw. Einrichtungen dürfen die aufgrund von Artikel 78 und 79 erhaltenen Auskünfte für die Ausübung aller Aufträge in Bezug auf die Kontrolle, mit der sie beauftragt sind, verwenden:

1. die öffentlichen und den mitwirkenden Einrichtungen für soziale Sicherheit;
2. die Sozialinspektoren;
3. die Inspektoren der anderen Inspektionsdienste;
4. allen anderen mit der Kontrolle anderer gesetzlicher, dekretaler und verordnungsrechtlicher Bestimmungen beauftragten Beamten und Bediensteten.

Art. 81 – Informationssammlung in Anwesenheit der Inspektionsdienste der anderen Teilstaaten

Die Regierung kann ebenfalls in Ausführung eines mit den Regierungen der anderen Regionen abgeschlossenen Zusammenarbeitsabkommens in dem territorialen Zuständigkeitsbereich der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Anwesenheit von Beamten und Bediensteten der in Sachen Beschäftigung tätigen Inspektionsdienste einer anderen Region zulassen, um alle Auskünfte zu sammeln, die sie für die Ausübung der Kontrolle benötigen, mit der sie selbst beauftragt sind.

Die Auskünfte, die von den Sozialinspektoren im Rahmen eines mit den Regierungen der anderen Regionen geschlossenen Abkommens in dem territorialen Zuständigkeitsbereich einer anderen Region gesammelt wurden, können unter denselben Bedingungen benutzt werden, wie die Auskünfte, die von den durch vorliegendes Dekret betroffenen Sozialinspektoren auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft gesammelt wurden.

Art. 82 – Informationsaustausch und Zusammenarbeit mit anderen Ländern

Die Sozialinspektoren dürfen mit den Arbeitsinspektionen der anderen Mitgliedstaaten der Internationalen Arbeitsorganisation, wo das Übereinkommen Nr. 81 über die Arbeitsaufsicht in Gewerbe und Handel, gebilligt durch das Gesetz vom 29. März 1957, gilt, alle Auskünfte austauschen, die nützlich sein können für die Ausübung der Kontrolle, mit der jeder von ihnen beauftragt ist.

Die von den Arbeitsinspektionen der anderen Mitgliedstaaten der Internationalen Arbeitsorganisation erhaltenen Auskünfte werden unter denselben Bedingungen verwendet wie gleichartige Auskünfte, die die Sozialinspektoren unmittelbar sammeln.

Die für die Arbeitsinspektionen dieser Mitgliedstaaten bestimmten Auskünfte werden von den Sozialinspektoren unter denselben Bedingungen gesammelt wie gleichartige Auskünfte, die sie für die Ausübung der Kontrolle sammeln, mit der sie selbst beauftragt sind.

Die zuständigen Behörden der Deutschsprachigen Gemeinschaft können ebenfalls in Ausführung eines mit den zuständigen Behörden eines Mitgliedstaates der Internationalen Arbeitsorganisation geschlossenen Abkommens die Anwesenheit von Beamten und Bediensteten der Inspektionsdienste dieses Mitgliedstaates auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft zulassen, damit Letztere alle Auskünfte sammeln, die für die Ausübung der Kontrolle, mit der sie beauftragt sind, nützlich sein können.

Die Auskünfte, die von einem Sozialinspektor im Rahmen eines mit einem Mitgliedstaat der Internationalen Arbeitsorganisation geschlossenen Abkommens im Ausland gesammelt werden, können unter denselben Bedingungen verwendet werden wie die Auskünfte, die von den Sozialinspektoren auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft gesammelt werden.

In Ausführung eines in Absatz 5 genannten Abkommens kann die Regierung mit den Arbeitsinspektionen der anderen Mitgliedstaaten der Internationalen Arbeitsorganisation ebenfalls auf andere Formen des gegenseitigen Beistands und der Zusammenarbeit zurückgreifen.

Die Bestimmungen der Absätze 1 bis 6 sind ebenfalls anwendbar auf Abkommen, die geschlossen worden sind in Bezug auf den Datenaustausch zwischen den zuständigen Behörden der Deutschsprachigen Gemeinschaft und den zuständigen Behörden der Staaten, die das Übereinkommen Nr. 81 über die Arbeitsaufsicht in Gewerbe und Handel, gebilligt durch das Gesetz vom 29. März 1957, nicht unterzeichnet haben.

KAPITEL 8 – VERTRAULICHKEIT UND DATENSCHUTZ

Art. 83 – Vertraulichkeit

Unbeschadet anderslautender gesetzlicher, dekretaler und verordnungsrechtlicher Bestimmungen sind die Regierung, die Sozialinspektoren und die anderen Personen, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets und dessen Ausführungserlassen beteiligt sind, dazu

verpflichtet, die Angaben, die ihnen in Ausübung ihres Auftrags anvertraut werden, vertraulich zu behandeln.

Art. 84 – Verarbeitung personenbezogener Daten

Die Regierung gilt für ihre Verarbeitung als Verantwortlicher im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Datenschutz-Grundverordnung.

Die Regierung, die Sozialinspektoren und die anderen Personen, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets und dessen Ausführungserlassen beteiligt sind, verarbeiten personenbezogene Daten im Hinblick auf die Ausführung der durch das vorliegende Dekret und dessen Ausführungserlasse festgelegten Aufträge. Sie dürfen die erhobenen Daten nicht zu anderen Zwecken als zur Ausführung dieser Aufträge verwenden.

Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt unter Einhaltung der anwendbaren Rechtsvorschriften im Bereich Datenschutz.

Die Regierung trifft die notwendigen technischen und organisatorischen Maßnahmen, um die Sicherheit der verarbeitenden Daten zu gewährleisten.

Art. 85 – Datenkategorien

Die Regierung, die Sozialinspektoren und die anderen Personen, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets und dessen Ausführungserlassen beteiligt sind, können alle gemäß Artikel 84 Absatz 2 angemessenen, sachdienlichen und verhältnismäßigen personenbezogenen Daten folgender Datenkategorien verarbeiten:

1. in Bezug auf den potenziellen Urheber eines Verstoßes:
 - a) Daten zur Identität, zum Geburtsdatum und Kontaktangaben;
 - b) Nationalregisternummer;
 - c) Daten in Bezug auf die gegen ihn gerichtete Ermittlung zu Tatsachen und Feststellungen, die die Überwachung der in Artikel 4 erwähnten gesetzlichen, dekretalen und verordnungsrechtlichen Bestimmungen zum Gegenstand haben;
 - d) Daten in Bezug auf gegen ihn gerichtete Protokolle zur Feststellung von Verstößen gegen die in Artikel 4 erwähnten gesetzlichen, dekretalen und verordnungsrechtlichen Bestimmungen;
 - e) Daten in Bezug auf die gegen ihn gerichtete Strafverfolgung oder administrative Verfolgung aufgrund von Verstößen gegen die in Artikel 4 erwähnten gesetzlichen, dekretalen und verordnungsrechtlichen Bestimmungen;
 - f) Daten zur beruflichen Aktivität;
 - g) Zuwanderungsstatut;
 - h) gerichtliche Daten aufgrund von Verstößen gegen die in Artikel 4 erwähnten gesetzlichen, dekretalen und verordnungsrechtlichen Bestimmungen.
2. in Bezug auf jegliche andere Personen, die im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens intervenieren:
 - a) Daten zur Identität, zum Geburtsdatum und Kontaktangaben;
 - b) Nationalregisternummer;
 - c) Daten zur beruflichen Aktivität.

Die in Absatz 1 Nummer 1 Buchstaben d) und e) erwähnten Daten können nur verarbeitet werden, wenn sie eine Nützlichkeit bei der Bestimmung des Wiederholungsfalls aufweisen.

Die Regierung kann nach vorherigem Gutachten der Datenschutzbehörde die in Absatz 1 aufgeführten Datenkategorien erweitern.

Art. 86 – Nutzung von Daten zur Erstellung von Analysen und zur Berichterstattung

In Anwendung von Artikel 89.1 der Verordnung (EU) 2016/679 des europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG greift die Regierung grundsätzlich zur Erstellung von Analysen und zur Berichterstattung bezüglich der Anwendung des vorliegenden Dekrets und dessen Ausführungserlasse bevorzugt auf anonyme Daten zurück.

Können anhand der in Absatz 1 erwähnten anonymen Daten die Analysen und die Berichterstattung nicht umfassend erstellt werden, ist der Rückgriff auf pseudonymisierte personenbezogene Daten gestattet.

Können anhand der in Absatz 2 erwähnten pseudonymisierten personenbezogenen Daten die Analysen und die Berichterstattung nicht umfassend erstellt werden, ist der Rückgriff auf nicht pseudonymisierte personenbezogene Daten gestattet.

Für die Anwendung der Absätze 2 und 3 vermerkt die Regierung in der Verarbeitungserklärung, aus welchen Gründen die Verarbeitung anonymer bzw. pseudonymisierter personenbezogener Daten die Erstellung der in Absatz 1 bzw. Absatz 2 erwähnten Analysen und Berichterstattung nicht möglich ist.

Art. 87 – Dauer der Aufbewahrung

Unbeschadet anderer gesetzlicher, dekretaler oder verordnungsrechtlicher Bestimmungen dürfen die in Artikel 85 erwähnten Daten nicht länger, als es für die Realisierung der Zwecke erforderlich ist, für die sie verarbeitet werden, in einer Form aufbewahrt werden, die die Identifizierung der betroffenen Personen ermöglicht, wobei eine maximale Aufbewahrungsfrist von höchstens zehn Jahren nach der endgültigen Beendigung der Ermittlungen oder der gerichtlichen, verwaltungstechnischen und außergerichtlichen Verfahren und Rechtsbehelfe, die sich daraus ergeben, gilt.

Art. 88 – Recht auf Information

§1 - In Abweichung von den Artikeln 13 und 14 der Datenschutz-Grundverordnung kann das Recht auf Information im Falle der Verarbeitung personenbezogener Daten verzögert, eingeschränkt oder ausgeschlossen werden, um das öffentliche Interesse zu wahren, sofern Artikel 14 (5) Buchstabe d) derselben Verordnung nicht gegebenenfalls geltend gemacht werden kann.

Die Verarbeitung im Sinne von Absatz 1 betrifft die Vorgänge, deren Zweck in der Vorbereitung, Organisation, Verwaltung und Weiterverfolgung der von den Sozialinspektoren durchgeführten Untersuchungen besteht, sowie die Verfahren für die etwaige Anwendung einer administrativen Geldbuße durch die Regierung.

Unbeschadet der Speicherung, die für die Verarbeitung zu Archivierungszwecken im öffentlichen Interesse, für wissenschaftliche oder historische Forschung oder für statistische Zwecke gemäß Artikel 89 der Datenschutz-Grundverordnung erforderlich ist, dürfen personenbezogene Daten, für die die Ausnahmeregelung gemäß Absatz 1 gilt, nicht länger als für die Zwecke, für die sie verarbeitet werden, gespeichert werden, wobei eine maximale Aufbewahrungsfrist von höchstens zehn Jahren nach der endgültigen Beendigung der gerichtlichen, verwaltungstechnischen und außergerichtlichen Verfahren und Rechtsbehelfe, die sich aus der Einschränkung der Rechte der betroffenen Person ergeben, gilt.

§2 – Die in §1 genannten Ausnahmen gelten für den Zeitraum, in dem die betreffende Person einer Kontrolle oder Untersuchung durch die Sozialinspektoren in Ausübung ihrer gesetzlichen oder verordnungsrechtlichen Aufgaben unterzogen wird, oder durch Vorbereitungshandlungen für diese Kontrollen oder Untersuchungen betroffen wird, sowie für den Zeitraum, in dem die Regierung die Akte gemäß Kapitel 5 des vorliegenden Dekrets bearbeitet.

Diese Ausnahmen vom Recht auf Information sind nur insoweit zulässig, als die Anwendung dieses Rechts die Bedürfnisse der Kontroll-, Untersuchungs- oder Vorbereitungshandlungen beeinträchtigen würde oder die Vertraulichkeit der strafrechtlichen Ermittlung oder die Sicherheit von Personen beeinträchtigen könnte.

Die Dauer der in den vorstehenden Absätzen genannten vorbereitenden Handlungen, während deren die Artikel 13 und 14 der Datenschutz-Grundverordnung keine Anwendung finden, darf ein Jahr nach Eingang eines Antrags auf die Mitteilung von gemäß den Artikeln 13 und 14 mitzuteilenden Informationen nicht überschreiten.

Die Einschränkung im Sinne von §1 Absatz 1 gilt nicht für Daten, die dem Gegenstand der Untersuchung oder Kontrolle, die die Ablehnung oder Einschränkung der Information rechtfertigen, fremd sind.

§3 – Nach Erhalt eines Antrags auf Mitteilung von Informationen bestätigt der für die Verarbeitung Verantwortliche den Eingang dieses Antrags.

Der für die Verarbeitung Verantwortliche unterrichtet die betroffene Person so schnell wie möglich, auf jeden Fall aber innerhalb eines Monats nach Eingang des Antrags, schriftlich über jede Ablehnung oder Einschränkung der Information und über die Gründe für die Ablehnung oder Einschränkung. Dies gilt nicht, wenn die Mitteilung dieser Informationen über die Ablehnung oder Einschränkung einem der in §1 Absatz 2 genannten Zwecke zuwiderläuft. Wenn nötig, kann diese Frist wegen der Komplexität des Antrags oder der Anzahl der Anträge um zwei Monate verlängert werden. Der für die Verarbeitung Verantwortliche unterrichtet die betroffene Person über diese Verlängerung und die Gründe dafür innerhalb eines Monats ab dem Eingang des Antrags.

Der für die Verarbeitung Verantwortliche informiert die betroffene Person über die Möglichkeit, bei der Datenschutzbehörde eine Klage einzureichen, oder eine gerichtliche Beschwerde einzuleiten.

Der für die Verarbeitung Verantwortliche dokumentiert die sachlichen oder rechtlichen Gründe für die Entscheidung. Diese Informationen werden der Datenschutzbehörde zur Verfügung gestellt.

Wenn die Sozialinspektoren von der Ausnahmeregelung gemäß §1 Absatz 1 Gebrauch gemacht haben, wird mit Ausnahme der in §3 Absatz 6 genannten Fälle die Ausnahmeregelung unmittelbar nach Abschluss der Kontrolle oder der Untersuchung aufgehoben. Der für die Verarbeitung Verantwortliche unterrichtet unverzüglich die betroffene Person.

Wenn eine Akte der Gerichtsbehörde oder der Regierung übermittelt wird, werden die Rechte der betreffenden Person erst nach Genehmigung durch die Gerichtsbehörde oder nach Abschluss der gerichtlichen Phase oder gegebenenfalls nach einer Entscheidung der Regierung wiederhergestellt. Die bei der Ausübung von Pflichten gesammelten Auskünfte, die von der Gerichtsbehörde vorgeschrieben wurden, dürfen jedoch nur mit deren ausdrücklicher Erlaubnis mitgeteilt werden.

Art. 89 – Recht auf Auskunft

§1 – In Abweichung von Artikel 15 der Datenschutz-Grundverordnung kann das Recht auf Auskunft zu den personenbezogenen Daten im Falle der Verarbeitung personenbezogener Daten verzögert, teilweise oder vollständig eingeschränkt werden, um das öffentliche Interesse zu wahren.

Die Verarbeitung im Sinne von Absatz 1 betrifft die Vorgänge, deren Zweck in der Vorbereitung, Organisation, Verwaltung und Weiterverfolgung der von den Sozialinspektoren durchgeführten Untersuchungen besteht, sowie die Verfahren für die etwaige Anwendung einer administrativen Geldbuße durch die Regierung.

Unbeschadet der Speicherung, die für die Verarbeitung zu Archivierungszwecken im öffentlichen Interesse, für wissenschaftliche oder historische Forschung oder für statistische Zwecke gemäß Artikel 89 der Datenschutz-Grundverordnung erforderlich ist, dürfen personenbezogene Daten, für die die Ausnahmeregelung gemäß Absatz 1 gilt, nicht länger als für die Zwecke, für die sie verarbeitet werden, gespeichert werden, wobei eine maximale Aufbewahrungsfrist von höchstens zehn Jahren nach der endgültigen Beendigung der gerichtlichen, verwaltungstechnischen und außergerichtlichen Verfahren und Rechtsbehelfe, die sich aus der Einschränkung der Rechte der betroffenen Person ergeben, gilt.

§2 – Die in §1 genannten Ausnahmen gelten für den Zeitraum, in dem die betreffende Person einer Kontrolle oder Untersuchung durch die Sozialinspektoren in Ausübung ihrer gesetzlichen oder verordnungsrechtlichen Aufgaben unterzogen wird, oder durch Vorbereitungshandlungen für diese Kontrollen oder Untersuchungen betroffen wird, sowie für den Zeitraum, in dem die Regierung ihre Akte gemäß Kapitel 5 des vorliegenden Dekrets bearbeitet.

Diese Ausnahmen vom Recht auf Auskunft sind nur insoweit zulässig, als die Anwendung dieses Rechts die Bedürfnisse der Kontroll-, Untersuchungs- oder Vorbereitungshandlungen beeinträchtigen würde oder die Vertraulichkeit der strafrechtlichen Ermittlung oder die Sicherheit von Personen beeinträchtigen könnte.

Die Dauer der in den vorstehenden Absätzen genannten vorbereitenden Handlungen, während deren der Artikel 15 der Datenschutz-Grundverordnung keine Anwendung findet, darf ein Jahr nach Eingang eines in Anwendung von Artikel 15 eingereichten Antrags nicht überschreiten.

Die Einschränkung im Sinne von §1 Absatz 1 gilt nicht für Daten, die dem Gegenstand der Untersuchung oder Kontrolle, die die Ablehnung oder Einschränkung des Zugangs rechtfertigen, fremd sind.

§3 – Nach Erhalt eines Antrags auf Auskunft bestätigt der für die Verarbeitung Verantwortliche den Eingang dieses Antrags.

Der für die Verarbeitung Verantwortliche informiert die betroffene Person so schnell wie möglich, auf jeden Fall aber innerhalb eines Monats nach Eingang des Antrags, schriftlich über jede Ablehnung oder Einschränkung seines Rechts auf Zugang zu den sie betreffenden Daten und über die Gründe für die Ablehnung oder Einschränkung. Dies gilt nicht, wenn die Mitteilung dieser Informationen über die Ablehnung oder Einschränkung einem der in §1 Absatz 2 genannten Zwecke zuwiderläuft. Wenn nötig, kann diese Frist wegen der Komplexität des Antrags oder der Anzahl der Anträge um zwei Monate verlängert werden. Der für

die Verarbeitung Verantwortliche unterrichtet die betroffene Person über diese Verlängerung und die Gründe dafür innerhalb eines Monats ab dem Eingang des Antrags.

Der für die Verarbeitung Verantwortliche informiert die betroffene Person über die Möglichkeit, bei der Datenschutzbehörde eine Klage einzureichen, oder eine gerichtliche Beschwerde einzuleiten.

Der für die Verarbeitung Verantwortliche dokumentiert die sachlichen oder rechtlichen Gründe für die Entscheidung. Diese Informationen werden der Datenschutzbehörde zur Verfügung gestellt.

Wenn die Sozialinspektoren von der Ausnahmeregelung gemäß §1 Absatz 1 Gebrauch gemacht haben, wird mit Ausnahme der in §3 Absatz 6 genannten Fälle die Ausnahmeregelung unmittelbar nach Abschluss der Kontrolle oder der Untersuchung aufgehoben. Der für die Verarbeitung Verantwortliche unterrichtet unverzüglich die betroffene Person.

Wenn eine Akte der Gerichtsbehörde oder der Regierung übermittelt wird, werden die Rechte der betreffenden Person erst nach Genehmigung durch die Gerichtsbehörde oder nach Abschluss der gerichtlichen Phase oder gegebenenfalls nach einer Entscheidung der Regierung wiederhergestellt. Die bei der Ausübung von Pflichten gesammelten Auskünfte, die von der Gerichtsbehörde vorgeschrieben wurden, dürfen jedoch nur mit deren ausdrücklicher Erlaubnis mitgeteilt werden.

Art. 90 – Recht auf Berichtigung

§1 – In Abweichung von Artikel 16 der Datenschutz-Grundverordnung kann das Recht auf Berichtigung im Falle der Verarbeitung personenbezogener Daten verzögert, eingeschränkt oder ausgeschlossen werden, um das öffentliche Interesse zu wahren.

Die Verarbeitung im Sinne von Absatz 1 betrifft die Vorgänge, deren Zweck in der Vorbereitung, Organisation, Verwaltung und Weiterverfolgung der von den Sozialinspektoren durchgeführten Untersuchungen besteht, sowie die Verfahren für die etwaige Anwendung einer administrativen Geldbuße durch die Regierung.

Unbeschadet der Speicherung, die für die Verarbeitung zu Archivierungszwecken im öffentlichen Interesse, für wissenschaftliche oder historische Forschung oder für statistische Zwecke gemäß Artikel 89 der Datenschutz-Grundverordnung erforderlich ist, dürfen personenbezogene Daten, für die die Ausnahmeregelung gemäß Absatz 1 gilt, nicht länger als für die Zwecke, für die sie verarbeitet werden, gespeichert werden, wobei eine maximale Aufbewahrungsfrist von höchstens zehn Jahren nach der endgültigen Beendigung der gerichtlichen, verwaltungstechnischen und außergerichtlichen Verfahren und Rechtsbehelfe, die sich aus der Einschränkung der Rechte der betroffenen Person ergeben, gilt.

§2 – Die in §1 genannten Ausnahmen gelten für den Zeitraum, in dem die betreffende Person einer Kontrolle oder Untersuchung durch die Sozialinspektoren in Ausübung ihrer gesetzlichen oder verordnungsrechtlichen Aufgaben unterzogen wird, oder durch Vorbereitungshandlungen für diese Kontrollen oder Untersuchungen betroffen wird, sowie für den Zeitraum, in dem die Regierung ihre Akte gemäß Kapitel 5 des vorliegenden Dekrets bearbeitet.

Diese Ausnahmen vom Recht auf Berichtigung sind nur insoweit zulässig, als die Anwendung dieses Rechts die Bedürfnisse der Kontroll-, Untersuchungs- oder Vorbereitungshandlungen beeinträchtigen würde oder die Vertraulichkeit der strafrechtlichen Ermittlung oder die Sicherheit von Personen beeinträchtigen könnte.

Die Dauer der in den vorstehenden Absätzen genannten vorbereitenden Handlungen, während deren der Artikel 16 der Datenschutz-Grundverordnung keine Anwendung findet, darf ein Jahr nach Eingang eines in Anwendung von Artikel 16 eingereichten Antrags nicht überschreiten.

Die Einschränkung im Sinne von §1 Absatz 1 gilt nicht für Daten, die dem Gegenstand der Untersuchung oder Kontrolle, die die Ablehnung oder Einschränkung des Berichtigungsrechts rechtfertigen, fremd sind.

§3 – Nach Erhalt eines Antrags auf Berichtigung bestätigt der für die Verarbeitung Verantwortliche den Eingang dieses Antrags.

Der für die Verarbeitung Verantwortliche informiert die betroffene Person so schnell wie möglich, auf jeden Fall aber innerhalb eines Monats nach Eingang des Antrags, schriftlich über jede Ablehnung oder Einschränkung seines Rechts auf Berichtigung und über die Gründe für die Ablehnung oder Einschränkung. Dies gilt nicht, wenn die Mitteilung dieser Informationen über die Ablehnung oder Einschränkung einem der in §1 Absatz 2 genannten Zwecke zuwiderläuft. Wenn nötig, kann diese Frist wegen der Komplexität des Antrags oder der Anzahl der Anträge um zwei Monate verlängert werden. Der für die Verarbeitung Verantwortliche unterrichtet die betroffene Person über diese Verlängerung und die Gründe dafür innerhalb eines Monats ab dem Eingang des Antrags.

Der für die Verarbeitung Verantwortliche informiert die betroffene Person über die Möglichkeit, bei der Datenschutzbehörde eine Klage einzureichen, oder eine gerichtliche Beschwerde einzulegen.

Der für die Verarbeitung Verantwortliche dokumentiert die sachlichen oder rechtlichen Gründe für die Entscheidung. Diese Informationen werden der Datenschutzbehörde zur Verfügung gestellt.

Wenn die Sozialinspektoren von der Ausnahmeregelung gemäß §1 Absatz 1 Gebrauch gemacht haben, wird mit Ausnahme der in §3 Absatz 6 genannten Fälle die Ausnahmeregelung unmittelbar nach Abschluss der Kontrolle oder der Untersuchung aufgehoben. Der für die Verarbeitung Verantwortliche unterrichtet unverzüglich die betroffene Person.

Wenn eine Akte der Gerichtsbehörde oder der Regierung übermittelt wird, werden die Rechte der betreffenden Person erst nach Genehmigung durch die Gerichtsbehörde oder nach Abschluss der gerichtlichen Phase oder gegebenenfalls nach einer Entscheidung der Regierung wiederhergestellt. Die bei der Ausübung von Pflichten gesammelten Auskünfte, die von der Gerichtsbehörde vorgeschrieben wurden, dürfen jedoch nur mit deren ausdrücklicher Erlaubnis mitgeteilt werden.

Art. 91 – Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

§1 – In Abweichung von dem Artikel 18 der Datenschutz-Grundverordnung kann das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung im Falle der Verarbeitung personenbezogener Daten verzögert, eingeschränkt oder ausgeschlossen werden, um das öffentliche Interesse zu wahren.

Die Verarbeitung im Sinne von Absatz 1 betrifft die Vorgänge, deren Zweck in der Vorbereitung, Organisation, Verwaltung und Weiterverfolgung der von den Sozialinspektoren durchgeführten Untersuchungen besteht, sowie die Verfahren für die etwaige Anwendung einer administrativen Geldbuße durch die Regierung.

Unbeschadet der Speicherung, die für die Verarbeitung zu Archivierungszwecken im öffentlichen Interesse, für wissenschaftliche oder historische Forschung oder für statistische Zwecke gemäß Artikel 89 der Datenschutz-Grundverordnung erforderlich ist, dürfen personenbezogene Daten, für die die Ausnahmeregelung gemäß Absatz 1 gilt, nicht länger als für die Zwecke, für die sie verarbeitet werden, gespeichert werden, wobei eine maximale Aufbewahrungsfrist von höchstens zehn Jahren nach der endgültigen Beendigung der gerichtlichen, verwaltungstechnischen und außergerichtlichen Verfahren und Rechtsbehelfe, die sich aus der Einschränkung der Rechte der betroffenen Person ergeben, gilt.

§2 – Die in §1 genannten Ausnahmen gelten für den Zeitraum, in dem die betreffende Person einer Kontrolle oder Untersuchung durch die Sozialinspektoren in Ausübung ihrer gesetzlichen oder verordnungsrechtlichen Aufgaben unterzogen wird, oder durch Vorbereitungshandlungen für diese Kontrollen oder Untersuchungen betroffen wird, sowie für den Zeitraum, in dem die Regierung ihre Akte gemäß Kapitel 5 des vorliegenden Dekrets bearbeitet.

Diese Ausnahmen vom Recht auf Einschränkung der Verarbeitung sind nur insoweit zulässig, als die Anwendung dieses Rechts die Bedürfnisse der Kontroll-, Untersuchungs- oder Vorbereitungshandlungen beeinträchtigen würde oder die Vertraulichkeit der strafrechtlichen Ermittlung oder die Sicherheit von Personen beeinträchtigen könnte.

Die Dauer der in den vorstehenden Absätzen genannten vorbereitenden Handlungen, während deren der Artikel 18 der Datenschutz-Grundverordnung keine Anwendung findet, darf ein Jahr nach Eingang eines in Anwendung von Artikel 18 eingereichten Antrags nicht überschreiten.

Die Einschränkung im Sinne von §1 Absatz 1 gilt nicht für Daten, die dem Gegenstand der Untersuchung oder Kontrolle, die die Ablehnung oder Einschränkung des Rechts auf Einschränkung der Verarbeitung rechtfertigen, fremd sind.

§3 – Nach Erhalt eines Antrags auf Einschränkung der Verarbeitung bestätigt der für die Verarbeitung Verantwortliche den Eingang dieses Antrags.

Der für die Verarbeitung Verantwortliche informiert die betroffene Person so schnell wie möglich, auf jeden Fall aber innerhalb eines Monats nach Eingang des Antrags, schriftlich über jede Ablehnung oder Einschränkung seines Rechts auf Einschränkung der Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten und über die Gründe für die Ablehnung oder Einschränkung. Dies gilt nicht, wenn die Mitteilung dieser Informationen über die Ablehnung oder Einschränkung einem der in §1 Absatz 2 genannten Zwecke zuwiderläuft. Wenn nötig, kann diese Frist wegen der Komplexität des Antrags oder der Anzahl der Anträge um zwei Monate verlängert werden. Der für die Verarbeitung Verantwortliche unterrichtet die betroffene Person über diese Verlängerung und die Gründe dafür innerhalb eines Monats ab dem Eingang des Antrags.

Der für die Verarbeitung Verantwortliche informiert die betroffene Person über die Möglichkeit, bei der Datenschutzbehörde eine Klage einzureichen, oder eine gerichtliche Beschwerde einzuleiten.

Der für die Verarbeitung Verantwortliche dokumentiert die sachlichen oder rechtlichen Gründe für die Entscheidung. Diese Informationen werden der Datenschutzbehörde zur Verfügung gestellt.

Wenn die Sozialinspektoren von der Ausnahmeregelung gemäß §1 Absatz 1 Gebrauch gemacht haben, wird mit Ausnahme der in §3 Absatz 6 genannten Fälle die Ausnahmeregelung unmittelbar nach Abschluss der Kontrolle oder der Untersuchung aufgehoben. Der für die Verarbeitung Verantwortliche unterrichtet unverzüglich die betroffene Person.

Wenn eine Akte der Gerichtsbehörde oder der Regierung übermittelt wird, werden die Rechte der betreffenden Person erst nach Genehmigung durch die Gerichtsbehörde oder nach Abschluss der gerichtlichen Phase oder gegebenenfalls nach einer Entscheidung der Regierung wiederhergestellt. Die bei der Ausübung von Pflichten gesammelten Auskünfte, die von der Gerichtsbehörde vorgeschrieben wurden, dürfen jedoch nur mit deren ausdrücklicher Erlaubnis mitgeteilt werden.

KAPITEL 9 – SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 92 – Abänderungsbestimmung

Artikel 6 Absatz 3 des Gesetzes vom 19. Februar 1965 über die Ausübung seitens Ausländern von Berufstätigkeiten als Selbständige, abgeändert durch das Dekret vom 25. April 2016, wird wie folgt ersetzt:

„Ein Ausländer, dem die Berufskarte verweigert wurde, kann bei der Regierung Beschwerde einreichen. Die Beschwerde wird per Einschreiben oder per Abgabe gegen datierte Empfangsbescheinigung eingereicht innerhalb eines Monats nach Notifizierung des Einschreibens, mit dem der Verweigerungsbeschluss notifiziert wird.

Sie muss mit Gründen versehen und in einer der drei Landessprachen abgefasst sein.

Werden die Vorschriften des vorliegenden Artikels nicht eingehalten, ist die Beschwerde nichtig. Die Regierung kann die anderen Modalitäten des Beschwerdeverfahrens bestimmen.“

Art. 93 – Abänderungsbestimmung

Artikel 7 Absatz 2 desselben Gesetzes, abgeändert durch das Dekret vom 25. April 2016, wird wie folgt ersetzt:

„Ein Ausländer, dem die Berufskarte entzogen wurde, kann bei der Regierung Beschwerde einreichen. Die Beschwerde wird per Einschreiben oder per Abgabe gegen datierte Empfangsbescheinigung eingereicht innerhalb eines Monats nach Notifizierung des Einschreibens, mit dem der Entzugsbeschluss notifiziert wird.

Sie muss mit Gründen versehen und in einer der drei Landessprachen abgefasst sein.

Werden die Vorschriften der des vorliegenden Artikels nicht eingehalten, ist die Beschwerde nichtig. Die Regierung kann die anderen Modalitäten des Beschwerdeverfahrens bestimmen.“

Art. 94 – Abänderungsbestimmung

Artikel 12 desselben Gesetzes, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 25. April 2016, wird aufgehoben.

Art. 95 – Abänderungsbestimmung

Artikel 13 desselben Gesetzes, abgeändert durch das Dekret vom 25. April 2016, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 13 – §1 – Mit einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten bis drei Jahren und einer strafrechtlichen Geldbuße von 600 bis 6000 Euro oder nur einer dieser Strafen, oder mit einer administrativen Geldbuße von 300 bis 3000 Euro wird belegt:

1. der Ausländer, der in Artikel 1 des vorliegenden Gesetzes erwähnten Verpflichtung unterliegt und eine selbständige Tätigkeit ausübt, ohne eine Berufskarte zu besitzen;
2. der Ausländer, der selbständig tätig ist, ohne die Grenzen oder die Bedingungen der Berufskarte einzuhalten;
3. der Ausländer, der eine selbständige Tätigkeit ausübt, obwohl er aufgefordert wurde, seine Tätigkeit einzustellen oder sogar den von ihm betriebenen Betrieb zu schließen.“

§2 – Die Bestimmungen von Kapitel 5 des Dekrets vom ** über die Kontrolle und das Verfahren zur Auferlegung von administrativen Geldbußen im Bereich der Beschäftigungspolitik sind anwendbar auf die in §1 erwähnten administrativen Geldbußen.“

Art. 96 – Abänderungsbestimmung

In Artikel 14 desselben Gesetzes, abgeändert durch das Dekret vom 25. April 2016, wird die Wortfolge „Artikel 13, Nummern 3 bis 5“ ersetzt durch die Wortfolge „Artikel 13 Nummern 2 und 3“.

Art. 97 – Abänderungsbestimmung

In Artikel 580 Nummer 8 des Gerichtsgesetzbuches, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 23. April 2018, wird folgender Buchstabe h) eingefügt:

„h) des Dekrets vom ** über die Kontrolle und das Verfahren zur Auferlegung von administrativen Geldbußen im Bereich der Beschäftigungspolitik;“

Art. 98 – Abänderungsbestimmung

In Artikel 10 des Gesetzes vom 30. April 1999 über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer, abgeändert durch das Dekret vom 25. April 2016, wird die Wortfolge „per Einschreibebrief innerhalb eines Monats nach Notifizierung des Einschreibebriefs“ durch die Wortfolge „per Einschreiben oder per Abgabe gegen datierte Empfangsbescheinigung innerhalb eines Monats nach Notifizierung des Einschreibens“ ersetzt.

Art. 99 – Abänderungsbestimmung

Artikel 11 desselben Gesetzes, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 11. Februar 2013 wird aufgehoben.

Art. 100 – Abänderungsbestimmung

Artikel 12 desselben Gesetzes, aufgehoben durch das Gesetz vom 6. Juni 2010, wird wie folgt wieder eingeführt:

„Art. 12 – §1 – Wird entweder mit einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten bis drei Jahren und einer strafrechtlichen Geldbuße von 600 bis 6.000 Euro oder nur einer dieser Strafen, oder mit einer administrativen Geldbuße von 300 bis 3.000 Euro belegt, der Arbeitgeber, sein Angestellter oder sein Beauftragter, der unter Verstoß gegen das vorliegende Gesetz und seine Ausführungserlasse mit Ausnahme der Normen in Bezug auf die Arbeitslaubnis, die abhängig von der besonderen Aufenthaltssituation der betreffenden Personen ausgestellt wird, veranlasst oder zugelassen hat, dass ein ausländischer

Staatsangehöriger, dem es nicht erlaubt oder gestattet ist, sich länger als drei Monate in Belgien aufzuhalten oder sich in Belgien niederzulassen, arbeitet.

Die Geldbuße wird mit der Anzahl betroffener Arbeitnehmer multipliziert.

§2 – Wird entweder mit einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten bis drei Jahren und einer strafrechtlichen Geldbuße von 600 bis 6.000 Euro oder nur einer dieser Strafen, oder mit einer administrativen Geldbuße von 300 bis 3.000 Euro belegt, der Arbeitgeber, sein Angestellter oder sein Beauftragter, der unter Verstoß gegen das vorliegende Gesetz und seine Ausführungserlasse mit Ausnahme der Normen in Bezug auf die Arbeitserlaubnis, die abhängig von der besonderen Aufenthaltssituation der betreffenden Personen ausgestellt wird, im Rahmen der Beschäftigung eines Drittstaatsangehörigen nicht:

1. vorher geprüft hat, ob dieser über einen gültigen Aufenthaltstitel oder eine andere gültige Aufenthaltserlaubnis verfügt;
2. mindestens für die Dauer der Beschäftigung für die zuständigen Inspektionsdienste eine Kopie oder Aufzeichnungen des Inhalts des Aufenthaltstitel oder einer anderen Aufenthaltserlaubnis aufbewahrt hat;
3. den Beginn und das Ende der Beschäftigung dieser Person gemäß den gesetzlichen, dekretalen und verordnungsrechtlichen Bestimmungen angegeben hat.

Für den Fall, dass es sich bei dem von dem nichtbelgischen Staatsangehörigen vorgelegten Aufenthaltstitel oder bei der vorgelegten Aufenthaltserlaubnis um eine Fälschung handelt, ist die in Absatz 1 vorgesehene Strafmaßnahme anwendbar, wenn nachgewiesen wird, dass der Arbeitgeber wusste, dass dieses Dokument gefälscht war.

Die Geldbuße wird mit der Anzahl betroffener Arbeitnehmer multipliziert.

§3 – Wird entweder mit einer strafrechtlichen Geldbuße von 100 bis 1.000 Euro oder mit einer administrativen Geldbuße von 50 bis 500 Euro belegt, der Arbeitgeber, sein Angestellter oder sein Beauftragter, der unter Verstoß gegen das vorliegende Gesetz und seine Ausführungsmaßnahmen mit Ausnahme der Normen in Bezug auf die Arbeitserlaubnis, die abhängig von der besonderen Aufenthaltssituation der betreffenden Personen ausgestellt wird:

1. veranlasst oder zugelassen hat, dass ein nichtbelgischer Staatsangehöriger arbeitet, entweder:
 - a) ohne eine Beschäftigungserlaubnis der zuständigen Behörde erhalten zu haben, oder der über keine Arbeitserlaubnis verfügt;
 - b) ohne die in der Beschäftigungserlaubnis oder Arbeitserlaubnis festgelegten Grenzen einzuhalten;
 - c) für eine längere Dauer als diejenige, die in der Beschäftigungserlaubnis oder Arbeitserlaubnis angegeben ist;
 - d) nach dem Entzug der Beschäftigungserlaubnis oder der Arbeitserlaubnis;
2. dem ausländischen Arbeitnehmer die Arbeitserlaubnis nicht übergeben hat, oder sie gegen Zahlung einer Summe oder einer Vergütung gleich welcher Form übergeben hat.

Die Geldbuße wird mit der Anzahl betroffener Arbeitnehmer multipliziert.

§4 – Wird entweder mit einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten bis drei Jahren und einer strafrechtlichen Geldbuße von 600 bis 6.000 Euro oder nur einer dieser Strafen, oder mit einer administrativen Geldbuße von 300 bis 3.000 Euro belegt, wer unter Verstoß gegen das vorliegende Gesetz und seine Ausführungserlasse mit Ausnahme der Normen in Bezug auf die Arbeitserlaubnis, die abhängig von der besonderen Aufenthaltssituation der betreffenden Personen ausgestellt wird:

1. einen nichtbelgischen Staatsangehörigen zwecks Beschäftigung in Belgien zur Einreise nach Belgien bewegt oder zu dessen Einreise beigetragen hat, außer wenn es sich um einen nichtbelgischen Staatsangehörigen handelt, der eine gültige Arbeitserlaubnis besitzt, und mit Ausnahme des nichtbelgischen Staatsangehörigen, für den der Arbeitgeber eine Beschäftigungserlaubnis nach dessen Einreise nach Belgien, um dort beschäftigt zu werden, erhalten kann;
2. einem nichtbelgischen Staatsangehörigen versprochen hat, gegen Zahlung einer Vergütung gleich welcher Form, entweder ihm eine Stelle zu suchen oder zu verschaffen oder Formalitäten im Hinblick auf seine Beschäftigung in Belgien zu erledigen;
3. von einem nichtbelgischen Staatsangehörigen eine Vergütung gleich welcher Form gefordert oder erhalten hat, entweder um ihm eine Stelle zu suchen oder zu verschaffen oder um Formalitäten im Hinblick auf seine Beschäftigung in Belgien zu erledigen;
4. als Vermittler zwischen einem nichtbelgischen Staatsangehörigen und einem Arbeitgeber oder den mit der Anwendung der Bestimmungen des vorliegenden Gesetzes oder seiner Ausführungserlasse beauftragten Behörden bzw. zwischen einem Arbeitgeber und denselben Behörden aufgetreten ist und dabei Handlungen vorgenommen hat, die entweder den nichtbelgischen Staatsangehörigen oder den Arbeitgeber oder die genannten Behörden hätten irreführen können.

Die Geldbuße wird mit der Anzahl betroffener Arbeitnehmer multipliziert.

§5 – Für die in den §§1, 2 und 4 erwähnten Verstöße kann der Richter dem Verurteilten verbieten, während eines Zeitraums von einem Monat bis zu drei Jahren das Unternehmen oder die Einrichtung, wo der Verstoß begangen worden ist, selbst oder durch eine Zwischenperson ganz oder teilweise zu betreiben oder dort in gleich welcher Eigenschaft beschäftigt zu werden.

§6 – Für die in den §§1, 2 und 4 erwähnten Verstöße kann der Richter darüber hinaus unter der Voraussetzung, dass er seine diesbezügliche Entscheidung mit Gründen versieht, die vollständige oder teilweise Schließung des Unternehmens oder der Einrichtung, wo die Verstöße begangen worden sind, für eine Dauer von einem Monat bis zu drei Jahren anordnen.

§7 - Die Dauer der in Anwendung von §5 oder §6 verkündeten Strafe läuft ab dem Tag, an dem der Verurteilte seine Strafe verbüßt hat oder diese verjährt ist, und bei bedingter Freilassung ab dem Tag der Freilassung, sofern diese nicht widerrufen wird. Sie wird jedoch an dem Tag wirksam, an dem die kontradiktorisch oder im Versäumniswege ergangene Verurteilung endgültig geworden ist.

§8 – Der Richter kann die in §5 oder §6 erwähnten Strafen nur auferlegen, wenn dies notwendig ist, um dem Verstoß ein Ende zu setzen oder um zu verhindern, dass er sich wiederholt, sofern die Verurteilung zu diesen Strafen im Verhältnis zu der Gesamtheit der betroffenen sozioökonomischen Interessen steht.

Für die in §3 erwähnten Verstöße können die in §5 oder §6 erwähnten Strafen außerdem nur insofern auferlegt werden, dass die Gesundheit oder Sicherheit der Personen durch diese Verstöße gefährdet wird. Diese Strafen beeinträchtigen die Rechte Dritter nicht.

§9 – Jeder Verstoß gegen die Bestimmung des Urteils oder des Entscheids, durch die ein Verbot oder eine Schließung in Anwendung von §1 verkündet wird, wird mit einer in §3 erwähnten Sanktion geahndet."

Art. 101 – Abänderungsbestimmung

In dasselbe Gesetz, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 9. Mai 2018, wird folgender Artikel 12.1 eingefügt:

„Art. 12.1 – §1 – Wird entweder mit einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten bis drei Jahren und einer strafrechtlichen Geldbuße von 600 bis 6.000 Euro oder nur einer dieser Strafen, oder mit einer administrativen Geldbuße von 300 bis 300 Euro der Unternehmer außerhalb einer Kette von Subunternehmern oder der zwischengeschaltete Unternehmer innerhalb einer solchen Kette bestraft, wenn ihr unmittelbarer Subunternehmer einen in Artikel 12 §2 erwähnten Verstoß begeht.

In Abweichung von Absatz 1 werden der Unternehmer und der zwischengeschaltete Unternehmer nicht mit einer der in Absatz 1 erwähnten Strafe bestraft, wenn sie über eine schriftliche Erklärung verfügen, in der ihr unmittelbarer Subunternehmer bescheinigt, dass er keine Drittstaatsangehörigen ohne rechtmäßigen Aufenthalt beschäftigt und beschäftigt wird.

In Abweichung von Absatz 2 werden der Unternehmer und der zwischengeschaltete Unternehmer, die über eine schriftliche Erklärung verfügen, entweder mit einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten bis drei Jahren und einer strafrechtlichen Geldbuße von 600 bis 6.000 Euro oder nur einer dieser Strafen, oder mit einer administrativen Geldbuße von 300 bis 3.000 Euro bestraft, wenn ihnen vor dem in Absatz 1 erwähnten Verstoß bekannt war, dass ihr unmittelbarer Subunternehmer einen oder mehrere Drittstaatsangehörige ohne rechtmäßigen Aufenthalt beschäftigt. Der Nachweis einer solchen Kenntnis kann die in Artikel 49/2 des Sozialstrafgesetzbuches erwähnte Notifizierung sein.

Die Geldbuße wird mit der Anzahl betroffener Arbeitnehmer multipliziert.

§2 – Werden entweder mit einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten bis drei Jahren und einer strafrechtlichen Geldbuße von 600 bis 6.000 Euro oder nur einer dieser Strafen, oder mit einer administrativen Geldbuße von 300 bis 3.000 Euro der Hauptunternehmer und der zwischengeschaltete Unternehmer in einer Kette von Subunternehmern bestraft, wenn ihr mittelbarer Subunternehmer einen in Artikel 12 §2 erwähnten Verstoß begeht und ihnen vorher bekannt war, dass ihr mittelbarer Subunternehmer einen oder mehrere Drittstaatsangehörige ohne rechtmäßigen Aufenthalt beschäftigt. Der Nachweis einer solchen Kenntnis kann die in Artikel 12.2 erwähnte Notifizierung sein.

Die Geldbuße wird mit der Anzahl betroffener Arbeitnehmer multipliziert.

§3 – Wird entweder mit einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten bis drei Jahren und einer strafrechtlichen Geldbuße von 600 bis 6.000 Euro oder nur einer dieser Strafen, oder mit einer administrativen Geldbuße von 300 bis 3.000 Euro bestraft:

1. der Auftraggeber, ohne den Einsatz von Subunternehmern, wenn sein Unternehmer einen der in Artikel 12 §2 erwähnten Verstöße begeht und sofern dem Auftraggeber bereits vor dem Verstoß bekannt war, dass sein Unternehmer einen oder mehrere Drittstaatsangehörige ohne rechtmäßigen Aufenthalt beschäftigt. Der Nachweis einer solchen Kenntnis kann die in Artikel 12.2 erwähnte Notifizierung sein;

2. der Auftraggeber, im Rahmen eines Subunternehmereinsatzes, wenn der Subunternehmer, der unmittelbar oder mittelbar nach seinem Unternehmer folgt, einen in Artikel 12 §2 erwähnten Verstoß begeht und sofern dem Auftraggeber bereits vor dem Verstoß bekannt war, dass der Subunternehmer, der unmittelbar oder mittelbar nach seinem Unternehmer folgt, einen oder mehrere Drittstaatsangehörige ohne rechtmäßigen Aufenthalt beschäftigt. Der Nachweis einer solchen Kenntnis kann die in Artikel 12.2 erwähnte Notifizierung sein.

Die Geldbuße wird mit der Anzahl betroffener Arbeitnehmer multipliziert."

Art. 102 – Abänderungsbestimmung

In dasselbe Gesetz, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 9. Mai 2018, wird folgender Artikel 12.2 eingefügt:

„Art. 12.2 – Die Sozialinspektoren können die in den Artikeln 35/9 und 35/10 des Gesetzes vom 12. April 1965 über den Schutz der Entlohnung der Arbeitnehmer erwähnten Unternehmer schriftlich darüber informieren, dass ihr unmittelbarer oder mittelbarer Subunternehmer einen oder mehrere Drittstaatsangehörige ohne rechtmäßigen Aufenthalt beschäftigt.

Die Sozialinspektoren können die in Artikel 35/11 des Gesetzes vom 12. April 1965 über den Schutz der Entlohnung der Arbeitnehmer erwähnten Auftraggeber schriftlich darüber informieren, dass ihr Unternehmer oder Subunternehmer einen oder mehrere Drittstaatsangehörige ohne rechtmäßigen Aufenthalt beschäftigt.

In dieser Notifizierung sind folgende Angaben vermerkt:

1. Anzahl und Identität der Drittstaatsangehörigen ohne rechtmäßigen Aufenthalt, für die die Inspektion festgestellt hat, dass sie im Rahmen der Tätigkeiten, die der Empfänger der Notifizierung ausführen lässt, Leistungen erbracht haben;
2. Identität und Adresse des Arbeitgebers, der die in Nummer 1 erwähnten Drittstaatsangehörigen ohne rechtmäßigen Aufenthalt beschäftigt hat;
3. Ort, an dem die Drittstaatsangehörigen ohne rechtmäßigen Aufenthalt die in Nummer 1 erwähnten Leistungen erbracht haben;
4. Identität und Adresse des Empfängers der Notifizierung.

Die Sozialinspektoren übermitteln dem Arbeitgeber, der die in Absatz 3 Nummer 1 erwähnten Drittstaatsangehörigen ohne rechtmäßigen Aufenthalt beschäftigt hat, eine Abschrift dieser Notifizierung.“

Art. 103 – Abänderungsbestimmung

Artikel 14 desselben Gesetzes, aufgehoben durch das Gesetz vom 6. Juni 2010, wird wie folgt wieder eingeführt:

„Art. 14 – Die Bestimmungen von Kapitel 5 des Dekrets vom ** über die Kontrolle und das Verfahren zur Auferlegung von administrativen Geldbußen im Bereich der Beschäftigungspolitik sind anwendbar auf die in den Artikeln 12 und 12.1 erwähnten administrativen Geldbußen.“

Art. 104 – Abänderungsbestimmung

Artikel 17 des Dekrets vom 11. Mai 2009 über die Zulassung der Leiharbeitsvermittler und die Überwachung der privaten Arbeitsvermittler wird wie folgt abgeändert:

1. in Absatz 1 wird die Wortfolge „Haftstrafe von acht Tagen bis zu einem Jahr und/oder einer Geldstrafe von 100 EUR bis 5.000 EUR bestraft“, ersetzt durch die Wortfolge „Gefängnisstrafe von sechs Monaten bis drei Jahren und einer strafrechtlichen Geldbuße von 600 Euro bis 6.000 Euro oder nur einer dieser Strafen, oder mit einer administrativen Geldbuße von 300 Euro bis 3.000 Euro bestraft“;

2. Absatz 1 Nummer 4 wird wie folgt ersetzt:

„4. die Person, die wissentlich Leiharbeits- oder Vermittlungsdienste in Anspruch nimmt, die nicht den im vorliegenden Dekret festgelegten Regeln entsprechen, sei es in eigenem Namen oder im Namen eines Auftraggebers;“

3. in Absatz 1 wird folgende Nummer 6 eingefügt:

„6. der Arbeitgeber, der in Kenntnis der Dinge einen Leiharbeitsvermittler ohne reguläre Zulassung beauftragt.“

4. folgende Absätze 2 und 3 werden eingefügt:

„Die Geldbuße wird mit der Anzahl betroffener Arbeitnehmer multipliziert.

Die Bestimmungen von Kapitel 5 des Dekrets vom ** über die Kontrolle und das Verfahren zur Auferlegung von administrativen Geldbußen im Bereich der Beschäftigungspolitik sind anwendbar auf die in Absatz 1 erwähnten administrativen Geldbußen.“

Art. 105 – Abänderungsbestimmung

Artikel 21 desselben Dekrets wird aufgehoben.

Art. 106 – Abänderungsbestimmung

Artikel 175 des Sozialstrafgesetzbuches, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 11. Februar 2013, wird aufgehoben.

Art. 107 – Abänderungsbestimmung

Kapitel 7 des Dekrets vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung, das die Artikel 38-42 umfasst, wird aufgehoben.

Art. 108 – Aufhebungsbestimmung

Das Dekret der Wallonischen Region vom 5. Februar 1998 über die Überwachung und Kontrolle bezüglich der Beachtung der Gesetzgebungen im Bereich der Beschäftigungspolitik, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 28. Mai 2018, wird aufgehoben.

Art. 109 – Inkrafttreten

Vorliegendes Dekret tritt am 1. Januar 2023 in Kraft.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Die Ministerin für Kultur und Sport, Beschäftigung und Medien
I. WEYKMANS

Isabelle

Weykmans

Digital unterschrieben
von Isabelle Weykmans

Datum: 2022.09.14

10:25:58 +02'00'

GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Sur la proposition du Ministre de l'Emploi,

Après délibération,

Arrête :

Le Ministre compétent en matière d'Emploi est chargé de soumettre au Parlement de la Communauté germanophone le projet de décret dont la teneur suit :

Avant-projet de décret relatif au contrôle et à la procédure concernant l'imposition d'amendes administratives dans le domaine de la politique de l'emploi

CONTENU

Le présent projet de décret vise à mettre à jour et à compléter les bases légales en ce qui concerne l'inspection dans le domaine de l'emploi. En outre, il régit l'imposition d'amendes administratives dans ledit domaine.

SOMMAIRE

	Page
Exposé des motifs	4
Explications générales	4
Remarques concernant l'avis du ministère public.....	8
Remarques concernant l'avis du Conseil économique et social.....	8
Remarques concernant l'avis de l'autorité fédérale.....	10
Remarques concernant l'avis de l'Autorité de protection des données.....	11
Commentaire des articles.....	14
Avant-projet	29

EXPOSÉ DES MOTIFS

EXPLICATIONS GÉNÉRALES

Depuis le transfert des compétences en matière d'emploi de la Région wallonne au 1^{er} janvier 2000 et au 1^{er} janvier 2016, le Département Emploi du Ministère de la Communauté germanophone s'appuie, en matière d'inspection, sur deux textes juridiques principaux, à savoir le décret de la Région wallonne du 5 février 1998 relatif à la surveillance et au contrôle des législations relatives à la politique de l'emploi ainsi que le Code pénal social du 6 juin 2010.

Les infractions pénales et administratives figurent en partie dans les textes précités, mais aussi dans les lois et décrets qui régissent le contenu d'une matière, tels que la loi du 19 février 1965 relative à l'exercice, par les étrangers, des activités professionnelles indépendantes ou le décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi. La situation juridique dans le domaine de l'inspection sociale est devenue plus difficile à appréhender – même pour les experts en la matière –, en particulier à la suite de la sixième réforme de l'État, l'État fédéral ayant abrogé des dispositions du Code pénal social qui continuent cependant d'être appliquées en Communauté germanophone.

Le présent projet de décret a pour but d'adapter les textes actuellement applicables ayant été « repris » de la Région wallonne ainsi que certaines dispositions du Code pénal social à l'actualité et aux réalités de la Communauté germanophone.

Les décrets actuels en matière d'inspection des autres entités fédérées ainsi que le Code pénal social ont servi de source d'inspiration. Le décret en matière d'inspection du 5 février 1998 de la Région wallonne, applicable jusqu'à présent en Communauté germanophone, se base fortement sur la loi du 30 juin 1971 relative aux amendes administratives applicables en cas d'infraction à certaines lois sociales.

Le Code pénal social du 6 juin 2010 a, à l'époque, repris, simplifié, complété et actualisé de grandes parties de la loi précitée du 30 juin 1971 ainsi que de la loi du 16 novembre 1972 concernant l'inspection du travail. Cela montre que lesdits textes ont fait leurs preuves depuis les années 70. Le Code pénal social reflète l'état actuel de la jurisprudence et tient compte, en outre, des dernières évolutions technologiques. Cette cohérence par rapport aux textes fédéraux confère une grande sécurité juridique.

En 2019, la Région wallonne a abrogé, pour ce qui la concerne, le décret en matière d'inspection susmentionné du 5 février 1998 et l'a remplacé par de nouveaux textes fortement inspirés du Code pénal social et du décret en matière d'inspection de la Région de Bruxelles-Capitale.

Dans certains domaines couverts par le présent projet de décret, par exemple pour ce qui concerne certaines procédures ou la coopération avec le ministère public, il est important et avant tout judicieux d'aligner les dispositions sur celles de la Région wallonne, d'autant plus que les inspecteurs de la Communauté germanophone et certains inspecteurs de la Région wallonne appartiennent à la même cellule d'arrondissement.

Ces dernières années, d'importants changements ont notamment été opérés dans les domaines suivants :

- les droits des citoyens lors des auditions;
- l'accès des inspecteurs sociaux aux espaces habités;
- la collecte d'informations à l'aide d'images et l'utilisation de celles-ci, par exemple au moyen des enregistrements d'une caméra de surveillance dans le respect de la législation correspondante

(convention collective de travail n° 68 du 16 juin 1998) et du principe de proportionnalité, dans le cadre des compétences respectives et uniquement en l'absence d'une autre possibilité de constatation ou d'identification.

En particulier, une législation moderne qui reflète l'état actuel de la jurisprudence et les normes juridiques internationales dans le domaine de l'inspection sociale constitue la base pour que les règles de droit applicables puissent produire leurs effets, et ce, dans le respect strict des droits fondamentaux de la personne auditionnée (lois « Salduz » et « Franchimont »).

Étant donné les processus de transformation se produisant dans le monde du travail en raison des réformes législatives ou des changements dans les pratiques des entreprises et en matière d'emploi, des adaptations sont nécessaires afin de rester efficace et en phase avec notre époque. Les nouvelles technologies entraînent l'apparition de nouvelles catégories d'emploi, de sorte que la surveillance des conditions de travail au moyen de méthodes traditionnelles devient toujours plus difficile. Afin de pouvoir faire face à la complexité croissante des processus industriels, des problèmes en matière de protection du travail, etc., les inspecteurs ont besoin de stratégies de contrôle et de prévention adaptées.

L'application du présent projet de décret se rapporte uniquement aux lois, décrets et règlements dans le domaine de la politique de l'emploi. En conséquence, l'expression « politique de l'emploi » de la loi spéciale est explicitée. Cette compétence englobe les thèmes suivants :

- le placement des travailleurs;
- les programmes de remise au travail des demandeurs d'emploi inoccupés, en ce compris dans le domaine de l'économie sociale;
- la mise au travail des personnes qui bénéficient du droit à l'intégration sociale ou du droit à l'aide sociale financière;
- l'occupation des travailleurs étrangers, à l'exception des normes relatives au permis de travail délivré en fonction de la situation particulière de séjour des personnes concernées et aux dispenses de cartes professionnelles liées à la situation particulière de séjour des personnes concernées;
- l'application des normes relatives au permis de travail délivré en fonction de la situation particulière de séjour des personnes concernées. La surveillance du respect de ces normes relève de la compétence de l'autorité fédérale. La constatation des infractions peut également être faite par des fonctionnaires habilités à cette fin par les régions;
- la compétence de décision et d'exécution en matière de contrôle de la disponibilité active et passive des chômeurs et d'imposition des sanctions y relatives;
- l'établissement des conditions auxquelles des dispenses à l'exigence de disponibilité pour le marché du travail de chômeurs indemnisés, avec maintien des allocations, en cas de reprise d'études, de suivi d'une formation professionnelle ou d'un stage peuvent être accordées ainsi que la décision d'attribuer ou non cette dispense;
- la politique axée sur des groupes-cibles :
 - a) les réductions de cotisations patronales de sécurité sociale qui sont établies en fonction des caractéristiques propres des travailleurs;
 - b) l'activation des allocations octroyées par l'assurance-chômage ou de l'aide sociale financière, en cas de reprise du travail, avec maintien d'une allocation qui est déduite du salaire par l'employeur;
 - c) l'octroi de primes aux chômeurs indemnisés qui reprennent le travail ou qui ont suivi une formation professionnelle;
 - d) l'octroi de primes aux employeurs et aux apprenants dans le cadre de systèmes de formation en alternance;
- l'octroi de subventions visant à promouvoir, pour les travailleurs âgés, les possibilités de travail, la qualité des conditions de travail et l'organisation du travail;
- les agences locales pour l'emploi (ALE);

- l'outplacement;
- les conditions dans lesquelles il peut être fait usage du travail intérimaire dans le cadre des trajets de mise au travail.

La Communauté germanophone exerce plusieurs de ces compétences depuis l'année 2016. Le droit du travail en soi est et reste une compétence fédérale.

Lors de la rédaction du présent projet de décret, les normes tant internationales qu'européennes ont été prises en compte, comme la convention n° 81 de l'Organisation internationale du travail relative à l'inspection du travail dans l'industrie et le commerce de 1947, laquelle a été approuvée par la loi du 29 mars 1957, et qui prévoit ce qui suit :

« L'autorité compétente devra prendre les mesures appropriées pour favoriser :

- a) une coopération effective entre les services d'inspection, d'une part, et d'autres services gouvernementaux et les institutions publiques et privées exerçant des activités analogues, d'autre part;*
- b) la collaboration entre les fonctionnaires de l'inspection du travail et les employeurs et les travailleurs ou leurs organisations. »*

En outre, la convention prévoit que les États membres doivent veiller à ce que la poursuite soit proportionnée :

« 1. Les personnes qui violeront ou négligeront d'observer les dispositions légales dont l'exécution incombe aux inspecteurs du travail seront passibles de poursuites légales immédiates, sans avertissement préalable. Toutefois, la législation nationale pourra prévoir des exceptions pour le cas où un avertissement préalable devra être donné afin qu'il soit remédié à la situation ou que des mesures préventives soient prises.

2. Il est laissé à la libre décision des inspecteurs du travail de donner des avertissements ou des conseils au lieu d'intenter ou de recommander des poursuites. »

Des sanctions appropriées et proportionnées sont par conséquent indispensables :

« Des sanctions appropriées pour violation des dispositions légales dont l'application est soumise au contrôle d'inspecteurs du travail et pour obstruction faite aux inspecteurs du travail dans l'exercice de leurs fonctions seront prévues par la législation nationale et effectivement appliquées. »

En juin 2009, les États membres de l'Union européenne se sont mis d'accord, aux fins de sanctionner les employeurs de ressortissants de pays tiers en séjour irrégulier, sur la mise en place de sanctions pénales conformément à l'article 9 de la directive 2009/52/CE qui vise à réduire l'immigration illégale. Cette directive prévoit en son article 14 que les États membres prennent les mesures nécessaires afin de s'assurer que les infractions à l'interdiction de l'emploi illégal sont passibles de sanctions effectives, proportionnées et dissuasives à l'encontre de l'employeur concerné :

« 1. Les États membres veillent à ce que des inspections efficaces et appropriées soient effectuées sur leur territoire pour contrôler l'emploi de ressortissants de pays tiers en séjour irrégulier. Ces inspections se fondent principalement sur une analyse des risques réalisée par les autorités compétentes des États membres.

2. Afin d'accroître l'efficacité des inspections, les États membres identifient régulièrement, sur la base d'une analyse des risques, les secteurs d'activité dans lesquels se concentre l'emploi de ressortissants de pays tiers en séjour irrégulier sur leur territoire.

Pour chacun de ces secteurs, les États membres communiquent, chaque année, avant le 1^{er} juillet, à la Commission le nombre d'inspections, tant en chiffres absolus qu'en pourcentage des employeurs pour chaque secteur, réalisées au cours de l'année précédente ainsi que leurs résultats. »

Outre l'inspection et les poursuites pénales, il importe d'établir une procédure relative à l'imposition de sanctions administratives. De nombreuses lois ainsi que de nombreux décrets

prévoient des sanctions administratives en lieu et place des sanctions pénales. Toutefois, pour les sanctions administratives prévues jusqu'ici et en partie « reprises », ni les modalités de recouvrement ni les personnes chargées d'exécuter et d'imposer ces sanctions n'ont été définies.

L'Union européenne exige de plus en plus que les sanctions établies par les législateurs des différents États membres en lien avec le non-respect des obligations contenues dans les directives européennes soient effectives, proportionnées et dissuasives.

Le Collège des procureurs généraux fixe les orientations générales relatives à la politique en matière de poursuites pénales dans le domaine du droit du travail et du droit social. Cela a été le cas, par exemple, par le biais de la circulaire n° 12/2012 du Collège des procureurs généraux près les cours d'appel du 22 octobre 2012. Dans celle-ci, le Collège met l'accent sur la criminalité organisée. Les infractions ponctuelles à la législation du travail et en matière sociale ne sont dès lors quasiment plus poursuivies par l'auditorat du travail et, en conséquence, sont confiées au service respectif compétent pour les sanctions administratives ou bien sont classées. C'est pourquoi il est important qu'en cas d'arrêt des poursuites pénales, de telles sanctions administratives existent et qu'elles puissent être appliquées dans la pratique.

En outre, il importe que les différentes dispositions pénales soient cohérentes entre elles pour ce qui est de la hauteur des sanctions par rapport au délit commis.

Comme c'est le cas pour les autres compétences de la Communauté germanophone, le présent projet de décret prévoit que le Gouvernement inflige ces sanctions administratives. Il devrait cependant être possible, à l'avenir, de déléguer cette tâche en tout ou partie à un employé ou à un service du Ministère.

Le présent projet de décret permettra :

- d'introduire une législation relative à l'inspection dans le domaine de la politique de l'emploi qui soit cohérente et simplifiée ainsi que les moyens correspondants nécessaires aux inspections sociales;
- de décrire précisément la mission, les droits et les devoirs ainsi que les tâches des inspecteurs sociaux;
- de garantir une meilleure adaptation aux changements sociétaux et juridiques survenus ces dernières années;
- de définir les mesures de manière plus effective;
- d'adapter spécifiquement la législation à la Communauté germanophone.

REMARQUES CONCERNANT L'AVIS DU MINISTÈRE PUBLIC

Le ministère public a émis des propositions de reformulation en ce qui concerne les articles 13 et 16 afin de les rendre plus clairs.

À la suite de l'avis, il a été précisé à l'article 24 que les preuves, dans le cadre des poursuites pénales, doivent être déposées auprès du tribunal de première instance.

Par souci de clarté, l'article 46 mentionne désormais un délai de manière explicite.

L'article 47 a également fait l'objet d'une clarification pour ce qui concerne la transmission des procès-verbaux originaux.

Pour ce qui est de l'article 61, le ministère public attire l'attention sur le fait qu'une communication systématique serait difficile à mettre en œuvre et qu'elle constituerait pour lui une charge de travail supplémentaire. L'article prévoit qu'une telle communication n'a lieu qu'à la demande des inspecteurs sociaux.

REMARQUES CONCERNANT L'AVIS DU CONSEIL ÉCONOMIQUE ET SOCIAL

Le Conseil économique et social (ci-après, le « CES ») prend position sur les cinq thèmes suivants :

1. Objet du décret

Le CES fait remarquer que les dispositions pénales sortent du cadre défini dans l'intitulé et l'article premier, et qu'il devrait par conséquent ressortir de l'intitulé et de l'article premier qu'il s'agit d'une série de dispositions pénales. Or, le présent décret concerne avant tout le contrôle dans le domaine de l'emploi ainsi que la *procédure* relative à l'imposition d'amendes administratives. L'introduction de dispositions pénales constitue une conséquence et non la raison de l'adoption du nouveau décret, c'est pourquoi il n'en est pas fait mention dans l'intitulé. Il est désormais précisé dans l'intitulé qu'il s'agit d'une procédure relative à l'imposition.

Le CES regrette que les définitions (concernant, par exemple, les employeurs et les travailleurs) diffèrent de celles établies dans les décrets de la Région wallonne et soient plus restreintes que les définitions en vigueur jusqu'ici. D'une part, les définitions en vigueur jusqu'ici ne sont pas celles applicables en Région wallonne, mais celles établies dans le décret en matière d'inspection du 5 février 1998, qui sont plus limitées que les définitions mentionnées dans le présent décret. D'autre part, la Communauté germanophone n'est pas liée par les définitions de la Région wallonne, mais est habilitée à établir les siennes. Dans un souci d'exhaustivité, deux points ont néanmoins été ajoutés en ce qui concerne l'assimilation aux employeurs.

Le CES souhaiterait que les auditions ne concernent que les membres du personnel et non pas les participants aux mesures (article 60, § 7, stagiaires, bénévoles, etc.). Ces personnes relèvent toutes cependant du domaine d'application du décret et doivent par conséquent également être entendues.

2. Pouvoir de décision

Le CES fait observer que, contrairement à la Région wallonne, il n'y a pas de fonctionnaire sanctionnateur en Communauté germanophone qui inflige les amendes administratives. Le Gouvernement se verrait, dès lors, attribuer un pouvoir de décision important. Étant donné que la Communauté germanophone ne dispose pas à l'heure actuelle d'un service chargé des sanctions administratives, le Gouvernement procède à l'imposition des amendes administratives, comme il le fait pour tous les autres domaines de compétence de la Communauté germanophone.

Il est reproché que les habilitations octroyées au Gouvernement sont trop étendues dans certains cas et il est fait remarquer que le Parlement devrait pouvoir prendre part à certaines décisions. Pour ce qui concerne l'article 3, il convient bien évidemment de veiller, lors de l'exécution, à ce que seules soient assimilées aux employeurs ou, selon le cas, aux travailleurs les personnes qui se prêtent à une telle assimilation.

3. Délais et sanctions

Le CES fait remarquer que les sanctions sont souvent sensiblement plus sévères que celles prévues par le Code pénal social et le décret de la Région wallonne. Lors de la détermination de la sévérité des sanctions, l'objectif était d'arrêter une façon de procéder uniforme. Par conséquent, les différents niveaux de sanction du Code pénal social ont été repris. Les sanctions prévues ici correspondent toujours à l'un des quatre niveaux de sanction du Code pénal social. Certaines peines d'emprisonnement sont, dès lors, effectivement plus sévères que celles établies par la Région wallonne. Elles sont cependant uniformes et ne sont pas fixées au cas par cas. Le juge ou le Gouvernement disposent bien entendu d'une certaine marge d'appréciation lors de la fixation de la sanction.

Le CES émet la même remarque en ce qui concerne certains délais, qui seraient désavantageux pour les contrevenants locaux. Outre le fait que la Communauté germanophone est habilitée à fixer ses propres délais et n'est pas liée par ceux fixés par la Région wallonne ou l'État fédéral, les délais fixés dans le présent décret sont identiques à ceux établis pour les autres domaines de compétence de la Communauté germanophone. Aux fins de l'uniformité des procédures administratives, il est important que les mêmes règles s'appliquent pour toutes les procédures relatives à l'imposition d'une amende administrative. Pour ce qui concerne la forme et les délais avant tout, toutes les procédures doivent se dérouler de la même manière, faute de quoi le service juridique risque de ne plus avoir de vue d'ensemble et des vices de forme pourraient en résulter.

4. Participation des partenaires sociaux

Le CES souhaite qu'un rapport annuel sur l'application du décret soit rédigé. Des statistiques concernant les inspections sont établies sur une base annuelle. Le rapport y afférent sera consultable dans le cadre de l'établissement de rapports administratifs général, aucun rapport supplémentaire n'étant cependant prévu.

Le CES regrette qu'aucune représentation de travailleurs par des organisations des travailleurs ne soit prévue. Il est très rare que des travailleurs soient contrôlés, voire punis. Il est toujours possible de se faire assister par un avocat.

5. Bénévolat et association sans but lucratif

Le CES demande si les dispositions du décret sont applicables aux personnes intervenant comme bénévoles. La réponse est clairement affirmative. À titre d'exemple, dans le domaine de l'occupation de travailleurs étrangers, les inspecteurs sociaux peuvent contrôler si parmi les personnes occupées en tant que bénévoles ne figurent pas notamment des personnes en séjour irrégulier.

Le CES appelle à faire preuve de prudence pour ce qui concerne la sanction prenant la forme d'une interruption du traitement des demandes d'obtention de subventions. Il s'agit ici d'une disposition potestative qui n'est invoquée que dans des cas de suspicion motivés.

La partie ci-après aborde les autres remarques ponctuelles du CES.

Pour ce qui concerne l'article relatif à l'apposition des documents (art. 30), le CES souhaite que celui-ci soit aligné sur l'article correspondant du Code pénal social; toutefois, la Communauté germanophone, contrairement à l'État fédéral, ne dispose pas du droit de donner des instructions à l'égard des organismes de sécurité sociale. Pour cette raison, le paragraphe correspondant n'a pas été repris, comme c'est le cas également dans les textes de la Région wallonne.

Le CES souhaite une concertation en ce qui concerne les règles de déontologie à fixer par le Gouvernement. Même pour les textes réglementaires, une concertation est facultative et non obligatoire; c'est pourquoi il serait disproportionné de prévoir ici une concertation obligatoire. Une telle possibilité reste cependant envisageable.

Pour ce qui concerne l'article sur les conflits d'intérêts, le CES fait remarquer qu'une séparation des tâches entre conseil/accompagnement et contrôle/sanction est absolument nécessaire. Le Département Emploi du Ministère de la Communauté germanophone est chargé des tâches de conseil et d'accompagnement dans tous les domaines de l'emploi. Le service d'inspection pour le domaine de l'emploi est également rattaché au Département Emploi. Les sanctions sont imposées par le Gouvernement et préparées par le Département Pouvoirs locaux et Chancellerie.

Pour ce qui est de la communication des décisions aux inspecteurs sociaux, le CES estime que ces décisions devraient en principe être transmises aux inspecteurs sociaux sans demande préalable. Le ministère public s'est cependant exprimé dans les termes suivants : *« Cela est difficile à mettre en œuvre dans la pratique et représente un surcroît de travail pour le ministère public/l'auditorat. Les services de police et autres services, par exemple les agents forestiers ou les agents de la police de l'environnement, ne reçoivent pas non plus de manière systématique une notification de la décision prise par le ministère public/l'auditorat »*.

Toutefois, les décisions seront, à l'avenir, très probablement transmises de manière automatique dans le cadre du dossier électronique, qui est en cours d'élaboration. À l'heure actuelle, ce n'est cependant pas le cas.

En ce qui concerne l'article sur les circonstances atténuantes (art. 65), le CES souhaite que celui-ci soit aligné sur l'article correspondant prévu dans le Code pénal social. Ce dernier n'a cependant pas été repris dans sa totalité, comme c'est aussi le cas pour la Région wallonne. Le juge ou le Gouvernement, selon le cas, dispose d'une certaine marge d'appréciation en ce qui concerne la fixation du niveau de sanction. En outre, la Communauté germanophone n'est pas compétente pour l'octroi de tous les avantages sociaux.

Pour ce qui est du délai de conservation des données d'une durée de dix ans, le CES s'interroge sur sa pertinence. Il s'agit toutefois de la durée standard dans les textes de la Communauté germanophone, en particulier lorsqu'il s'agit de paiements. L'objectif est de laisser les dispositions aussi uniformes que possible afin de ne pas commettre de vice de forme.

REMARQUES CONCERNANT L'AVIS DE L'AUTORITÉ FÉDÉRALE

L'autorité fédérale fait remarquer qu'il est obligatoire pour l'employeur de déclarer le début et la fin de l'emploi. La seule possibilité de contrôler le respect de cette obligation est d'utiliser les systèmes de déclaration DIMONA et LIMOSA. Par l'intermédiaire de l'application DOLSIS, les inspecteurs sociaux ont déjà accès à ces plateformes et possèdent toutes les autorisations nécessaires. Par conséquent, il est inutile de prendre des mesures supplémentaires.

REMARQUES CONCERNANT L'AVIS DE L'AUTORITÉ DE PROTECTION DES DONNÉES

Le 22 avril 2022, l'Autorité de protection des données a émis l'avis n° 76/2022 concernant le présent avant-projet de décret.

L'Autorité de protection des données estime que, dans les commentaires relatifs à chacun des articles concernés, il conviendrait de mentionner de quelle disposition précise du Code pénal social ou du décret de la Région wallonne il s'agit (remarque 5). L'étendue de l'application du présent décret se déduit cependant du décret lui-même et non pas d'autres textes juridiques.

En ce qui concerne l'accès à la banque de données « Ginaa » et son utilisation, l'Autorité recommande de mentionner dans les commentaires relatifs aux articles correspondants l'accord de coopération du 1^{er} juin 2011 entre l'État fédéral et les Régions et les Communautés concernant la coordination des contrôles en matière de travail illégal et de fraude sociale (remarques 9 et 10). Il a été donné suite à cette remarque. L'absence de nécessité de mettre en place au niveau de la Communauté germanophone une banque de données distincte découle du fait qu'il y a lieu d'éviter une multiplication des banques de données concernant les mêmes personnes pour des infractions similaires, en particulier si des instruments adéquats existent déjà, auxquels la Communauté germanophone participe. Cela conduit par conséquent à une minimisation des données. En outre, cette banque de données est déjà soumise à des mesures de sécurité complètes, de sorte que le risque de fuites de données et de survenue d'autres attaques est réduit au minimum. Cela contribue ainsi à la sécurité des données.

L'Autorité de protection des données fait observer, en ce qui concerne l'article 86 du décret, que la finalité devrait être précisée et qu'il convient d'expliquer si les analyses impliquent des traitements visant à prendre des décisions opérationnelles concernant des individus (remarques 15 et 17). Il s'agit cependant uniquement d'une production anonyme de statistiques, d'une part pour le Service fédéral d'information et de recherche sociale et, le cas échéant, pour pouvoir planifier dans quels domaines un plus grand nombre d'inspections devrait être mené dans l'avenir. Les analyses ne porteront en aucun cas sur des individus ou des entreprises individuelles.

L'Autorité recommande également de remplacer le mot « statistique » par le mot « établissement de rapports ». Il a également été donné suite à cette remarque.

En ce qui concerne l'article 78, des précisions ont été apportées dans le commentaire y afférent à la suite de la recommandation de l'Autorité de protection des données (remarques 18 et 19); lesdites précisions indiquent que les informations ne peuvent être utilisées à des fins qui ne sont pas compatibles avec les objectifs poursuivis et, dans l'article lui-même, il a été précisé que la transmission des informations à d'autres autorités est autorisée, pour autant que celles-ci soient chargées d'une mission d'intérêt public, que cette transmission soit nécessaire à l'exécution de la mission d'intérêt public des autorités ou organismes concernés et que cela soit requis pour la réalisation de toutes les missions dans le domaine du contrôle dans les limites de leurs compétences.

L'Autorité de protection des données souhaite qu'en ce qui concerne l'article 3, l'habilitation donnée au Gouvernement à procéder à des assimilations soit limitée (remarque 22). Il n'est toutefois pas envisagé de se limiter aux critères fixés dans l'article, étant donné qu'une assimilation n'aurait alors plus de valeur ajoutée ou serait empêchée dans le pire des cas.

En ce qui concerne certaines catégories de données mentionnées à l'article 85, l'Autorité de protection des données souhaiterait connaître la raison pour laquelle le traitement de ces catégories est nécessaire (remarque 23). À la suite de l'avis, la demande de données concernant la composition du ménage et l'état civil a été retirée de la liste, étant donné que ces informations ne seront probablement pas demandées dans le cadre d'une inspection. La composition du ménage, qui est décisive dans certains cas (par exemple, pour les dispenses en cas de mariage avec un citoyen de l'UE), peut être établie dans le cadre de l'accès au registre national.

En outre, le mot « âge » a été remplacé par les mots « date de naissance » à la suite de la remarque correspondante de l'Autorité de protection des données (remarque 23).

L'Autorité de protection des données recommande, à la place de la répartition prévue à l'article 85 entre employeur/préposé/mandataire, travailleur et autres personnes, d'opérer plutôt une distinction entre auteur/suspect, témoin, victime ou autres intervenants (remarque 24). La nouvelle répartition est réalisée entre l'auteur potentiel d'une infraction (l'employeur dans la plupart des cas) et les autres personnes qui interviennent dans le cadre de la procédure d'enquête.

Les données mentionnées à l'article 85, alinéa 1^{er}, 1°, d) et e) (concernant les procès-verbaux constatant une infraction et concernant les poursuites pénales ou la poursuite administrative), ne peuvent être collectées que si elles se rapportent à des textes qui relèvent du champ d'application du décret (remarque 26). Cela a été précisé dans l'article.

La possibilité de traiter des données qui concernent des procès-verbaux ou des poursuites pénales devrait, selon l'Autorité de protection des données, être limitée aux données pertinentes pour la détermination de la récidive (remarque 27). L'article a été adapté en conséquence.

Les données concernant l'enquête dont la personne fait l'objet ainsi que les données judiciaires ne peuvent être collectées que si elles se rapportent à des textes qui relèvent du champ d'application du décret (remarque 30). Cela a été précisé dans l'article.

Le terme « crypté » a été, à la suite de la recommandation de l'Autorité de protection des données, remplacé par « pseudonymisé » (remarques 32 à 34) et la formulation dans son ensemble a été adaptée.

D'après l'Autorité de protection des données, le responsable du traitement devrait différer en fonction des différents traitements qu'il effectue (remarque 40). Autrement dit, l'Autorité de protection des données souhaite que le responsable spécifique soit mentionné à la place du Gouvernement. Toutefois, aucune responsabilité n'est attribuée aux agents individuels. Une telle pratique n'est pas habituelle, d'autant plus qu'il existe un rapport de service hiérarchique entre le Gouvernement et l'inspecteur social. Les auteurs considèrent qu'il convient de traiter cette question comme dans tous les autres domaines, à savoir de désigner le Gouvernement comme responsable.

Les mots « durée du traitement » ont été remplacés par « durée de la conservation » à la suite de la remarque de l'Autorité de protection des données (remarque 41).

À l'article 87, le passage « sans préjudice d'autres dispositions légales, décrétales et réglementaires » devrait être abrogé ou précisé (remarques 42 et 43). Toutefois, il existe effectivement d'autres législations, telles que l'archivage, qui prévoient, le cas échéant, des délais de conservation plus longs.

L'Autorité de protection des données recommande qu'un retour de données judiciaires soit organisé (comme prévu à l'article 646 du Code d'instruction criminelle) en concertation avec le ministre fédéral de la justice en ce qui concerne la banque de données des procès-verbaux électroniques (remarque 46). Cela ne peut cependant pas être prévu dans le cadre du décret, mais uniquement dans le cadre d'un accord de coopération avec les autorités compétentes en la matière.

COMMENTAIRE DES ARTICLES

Article 1^{er}

Cet article précise l'objet du présent projet de décret.

Article 2

Les qualifications de personnes dans le projet de décret s'appliquent à tous les sexes.

Article 3

Cet article donne une définition des termes utilisés dans le projet de décret et permet ainsi une compréhension homogène des dispositions correspondantes.

Article 4

Cet article définit le champ d'application du projet de décret.

Bien que le décret du 17 janvier 2000 portant création d'un Office de l'emploi en Communauté germanophone soit soumis à la tutelle ordinaire de la Communauté germanophone, ce décret fait partie de l'énumération, car il représente le cadre légal pour les arrêtés d'exécution qui doivent être contrôlés dans le cadre du présent projet de décret, comme l'arrêté du Gouvernement du 13 décembre 2018 relatif aux formations professionnelles destinées aux demandeurs d'emploi.

Par l'ajout de la disposition du paragraphe 2, les procès-verbaux rédigés par les services de police doivent pouvoir servir de base aux sanctions administratives infligées par le Gouvernement. Cela n'était pas le cas jusqu'à présent. Le décret-cadre flamand du 22 mars 2019 relatif au maintien administratif (« Kaderdecreet betreffende de bestuurlijke handhaving ») prévoit en son article 26, § 3, une disposition similaire.

Sur la base d'une analyse exhaustive dudit article, le Conseil d'État est parvenu à la conclusion, dans son avis n° 64.535/3 du 10 janvier 2019, que – bien que l'organisation des services de police relève principalement des compétences de l'État fédéral – les communautés et les régions peuvent intervenir en la matière, en faisant usage de leurs compétences implicites au sens de l'article 10 de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles.

En examinant en détail les critères fixés par la jurisprudence constante de la Cour constitutionnelle, lesquels doivent être remplis afin d'avoir recours aux compétences implicites, il convient de noter les points suivants :

- 1° La mesure est *nécessaire* pour garantir un exercice efficace des compétences de la Communauté germanophone en ce qui concerne les sanctions administratives dans le domaine de l'emploi. De nombreuses infractions concernent l'espace public et se rapportent aux compétences d'autres autorités, en particulier des services de police, qui sont chargés de préserver la sécurité et la tranquillité publiques. Autoriser ces services à rédiger des procès-verbaux en cas d'infractions au décret est une conséquence logique et une question d'efficacité.
- 2° La mesure exerce *une influence mineure sur la compétence de l'État fédéral*, étant donné que seules les infractions contenues dans le présent projet de décret ainsi que les infractions mentionnées dans le cadre des bases légales évoquées à l'article 4 du projet de décret sont concernées par les procès-verbaux des services de police. La portée des procès-verbaux à rédiger est clairement limitée et n'exerce qu'une influence minimale sur le travail quotidien d'un fonctionnaire de police. Au contraire, l'introduction de sanctions administratives (en lieu et place des sanctions pénales précédemment applicables) permet de soulager les services du ministère public.

3° Le fait que la délégation aux services de police se prête à un *régime différencié* ne saurait être contesté, étant donné que le législateur fédéral lui-même a déjà autorisé ces services à enquêter dans le cas d'infractions au code de la route notamment (compétence régionale).

Article 5

Cet article détermine le calcul de certains délais. Dans certains cas, le Code judiciaire sert de modèle.

Article 6

Cet article dispose qu'aussi bien la voie postale que la voie électronique peuvent servir de moyen de communication, à moins que les notifications constituent le point de départ d'un délai. Dans ce cas, un envoi dûment daté est nécessaire.

Article 7

Cet article explicite le principe de finalité applicable aux compétences qui sont attribuées aux inspecteurs sociaux.

Article 8

Selon le principe de proportionnalité, les moyens des inspecteurs sociaux doivent être appropriés et nécessaires.

Article 9

Les inspecteurs sociaux doivent justifier de leur identité à l'aide d'un titre de légitimation dont le modèle est établi par le Gouvernement.

Article 10

Lors de l'exercice de leur fonction, les inspecteurs sociaux peuvent demander aussi bien l'aide de la police locale ou fédérale que le soutien d'autres services régionaux, comme celui des secrétaires d'apprentissage de l'Institut pour la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME (IAWM), des centres publics d'action sociale (CPAS) ou encore de l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée (DSL), etc.

Les inspecteurs sociaux n'ont pas la qualité d'officier de police judiciaire. Si tel était le cas, ils seraient soumis tant à l'autorité du ministre compétent de la Communauté germanophone qu'à celle de l'auditeur du travail. Cela pourrait entraîner des problèmes en cas de divergences d'opinions en ce qui concerne la politique en matière d'inspection.

En outre, les rapports rédigés par les inspecteurs sociaux ont, dans de nombreux cas, une force probante supérieure à celle des rapports rédigés par les officiers de police judiciaire.

Une telle qualité pourrait par ailleurs avoir des conséquences négatives sur l'exercice de leur mission et la marge d'appréciation y liée. Les inspecteurs sociaux n'exerceraient dans ce cas qu'une fonction purement répressive et ils ne seraient plus en mesure d'adresser des avertissements et de fixer aux contrevenants des délais pour se conformer à la loi.

Article 11

Les inspecteurs sociaux ont la possibilité de fournir des renseignements, de donner des conseils et d'adresser des avertissements ou de fixer au contrevenant un délai pour se mettre en règle. Cette marge de manœuvre s'applique toutefois sans préjudice du droit de réquisition du ministère public et du juge d'instruction. Ceux-ci peuvent exiger des inspecteurs qu'ils accomplissent tous les actes nécessaires aux enquêtes dans les limites de leur compétence.

Article 12

Cet article dispose que les inspecteurs sociaux sont autorisés à accéder aux lieux de travail à toute heure du jour et de la nuit, sans avertissement préalable.

Article 13

Contrairement à l'accès aux lieux de travail, celui aux espaces habités est possible uniquement dans certains cas et sous réserve du respect de certaines conditions.

Par dérogation à la règle générale établie dans la loi du 7 juin 1969 fixant le temps pendant lequel il ne peut être procédé à des perquisitions ou visites domiciliaires, laquelle prévoit qu'aucune visite domiciliaire ne peut être faite avant cinq heures du matin et après neuf heures du soir, une exception est ici prévue à cet égard. La demande adressée au juge d'instruction avant cinq heures du matin et après neuf heures du soir doit cependant être dûment motivée.

Tel que cela est prévu dans le Code pénal social et en Région wallonne ainsi que sur la base de l'article 10 de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, et contrairement à la réglementation actuelle selon laquelle le juge de police était compétent jusqu'à présent, le juge d'instruction sera habilité, à l'avenir, à autoriser la visite domiciliaire, et ce, pour les raisons suivantes :

- les législations concernées ne relèvent pas de la compétence d'un juge de police;
- le juge d'instruction dispose en principe de meilleures connaissances en matière de protection de la vie privée et du domicile;
- le juge d'instruction est d'astreinte de manière permanente, ce qui facilite l'accès en cas d'urgence.

Il ne s'agit pas d'un mandat judiciaire. Aucune instruction judiciaire n'est ouverte à la suite de la demande des inspecteurs sociaux; au contraire, il s'agit simplement d'une procédure administrative destinée à protéger la vie privée.

Les exceptions mentionnées au § 4 reflètent l'avis du Conseil d'État concernant l'article correspondant du Code pénal social, qui a servi de modèle au présent article.

Article 14

Cet article prévoit que les inspecteurs sociaux peuvent procéder à tout examen, tout contrôle, toute audition et toute collecte d'informations afin de mener à bien leur mission.

Article 15

Les inspecteurs sociaux peuvent relever l'identité de toutes les personnes dont ils estiment l'identification nécessaire.

Les inspecteurs sociaux peuvent déterminer l'identité en se basant non seulement sur les documents d'identité officiels (carte d'identité, passeport, permis de conduire, etc.) mais aussi sur des documents non officiels qui leur sont présentés de plein gré ainsi qu'au moyen d'images (voir article 24).

Article 16

Cet article dispose que les inspecteurs sociaux peuvent auditionner toute personne dont ils estiment l'audition nécessaire.

Le Code pénal social ainsi que l'article 12, § 1^{er}, c) i), de la convention n° 81 de l'Organisation internationale du Travail ont servi d'inspiration.

Article 17

Cet article est repris du Code pénal social. L'article correspondant du Code pénal social est, quant à lui, inspiré du Code de la taxe sur la valeur ajoutée et reflète la jurisprudence de la Cour de cassation et de la Cour européenne des droits de l'homme.

Dans le cadre de leur mission d'inspection, les inspecteurs sociaux peuvent se faire produire tous les supports d'information qui contiennent des données sociales ou d'autres données prescrites.

Le fait que les inspecteurs sociaux sont habilités à examiner et à vérifier l'ensemble des supports d'information ne signifie pas, bien évidemment, qu'ils exercent ce pouvoir systématiquement à chaque inspection. Dans la plupart des cas, les inspecteurs sociaux essaient de résoudre les problèmes en accord avec l'employeur. Contrairement aux autres inspecteurs du travail, les inspecteurs sociaux disposent d'une certaine marge d'appréciation et ne sont pas tenus de rédiger un rapport pour chaque infraction.

Si l'employeur ne coopère pas de plein gré, mais ne s'oppose pas au contrôle, les dispositions en question s'appliquent. En revanche, si l'employeur s'oppose au contrôle, un procès-verbal est dressé pour obstacle au contrôle et, s'il y a lieu, il est fait appel au soutien de la police.

Article 18

Cet article régit le pouvoir des inspecteurs sociaux de se faire produire tous les supports d'information afin d'obtenir les informations qu'ils estiment nécessaires à l'accomplissement de leur mission. Il s'agit des supports d'information qui contiennent d'autres données que celles mentionnées dans l'article précédent.

Conformément à la jurisprudence de la Cour européenne des droits de l'homme, ces supports d'information ne peuvent toutefois pas être saisis (voir article 25).

Article 19

Cet article provient également du Code pénal social et est basé quant à lui sur le Code de la taxe sur la valeur ajoutée, sur le Code des impôts sur les revenus ainsi que sur l'article 9 de l'annexe à la recommandation n° R (95) 13 du Conseil de l'Europe aux États membres relative aux problèmes de procédure pénale liés à la technologie de l'information, qui a été adoptée le 11 septembre 1995.

Lors des contrôles sur place, un inspecteur social ne dispose pas toujours des possibilités techniques permettant d'accéder aux données traitées électroniquement et d'enregistrer celles-ci. C'est pourquoi il doit s'appuyer sur la coopération. S'il ne reçoit pas cet appui, cela représente un obstacle au contrôle.

Article 20

Cet article provient également du Code pénal social et est basé quant à lui sur le Code de la taxe sur la valeur ajoutée ainsi que sur les articles 3, 10 et 17 de l'annexe à la recommandation n° R (95) 13 du Conseil de l'Europe. Cet article régit le droit d'accès des inspecteurs sociaux aux données électroniques.

Article 21

Cet article provient également du Code pénal social et est basé sur le Code des impôts sur les revenus.

Article 22

Cet article doit permettre aux inspecteurs sociaux de prendre connaissance notamment des données sociales ou des données légalement prescrites lorsque celles-ci sont pseudonymisées ou codées. Cet article provient également du Code pénal social et est basé sur le Code de la taxe sur la valeur ajoutée.

Article 23

Cet article est également basé sur le Code pénal social. Le terme « copie » désigne toute forme possible de reproduction des données sur support d'information.

L'alinéa 2 est basé sur le Code de la taxe sur la valeur ajoutée et sur le Code des impôts sur les revenus.

Article 24

Cet article vise à conférer aux inspecteurs sociaux le pouvoir de procéder à des constatations au moyen d'images. Ils peuvent à cette fin réaliser eux-mêmes les images ou bien utiliser celles qu'ils obtiennent de tiers, par exemple les enregistrements d'une caméra de surveillance d'une entreprise.

L'utilisation d'images doit toujours avoir lieu dans le cadre de leur mission d'inspection et dans le respect du principe de proportionnalité. Les inspecteurs sociaux doivent s'assurer du fait qu'il n'existe pas également d'autres possibilités, par exemple pour ce qui est de déterminer l'identité de personnes à l'aide d'autres moyens.

Dans certains cas, la production d'images est soumise au respect de conditions particulières; à titre d'exemple, le recours à des images dans des espaces habités est uniquement possible avec l'autorisation du juge d'instruction.

Dans certaines conditions (§ 3), les constatations faites par les inspecteurs sociaux à l'aide des images qu'ils ont réalisées eux-mêmes servent de preuve jusqu'à preuve du contraire (force probante particulière). Ces conditions visent à protéger les droits de la défense.

Articles 25 et 26

Conformément à la jurisprudence de la Cour européenne des droits de l'homme, seule la saisie de supports d'information qui contiennent des données sociales ou d'autres données prescrites (article 17) est autorisée.

Article 27

L'obligation d'informer l'employeur de la recherche et de l'examen lorsqu'il n'était pas présent ou n'y consentait pas de plein gré trouve son origine au point II de l'annexe à la recommandation n° R (95) 13 du Conseil de l'Europe.

Article 28

Cet article ancre le droit des personnes concernées à être informées des mesures ayant été prises à leur encontre et des droits et devoirs y afférents.

Le paragraphe 1^{er} détermine les mesures pour lesquelles un constat écrit est nécessaire, par exemple les saisies ou les mesures d'examen réalisées en l'absence de l'employeur ou sans le consentement de plein gré de celui-ci (cf. article 17, § 3). Cela trouve son origine à l'article 2 de l'annexe précitée à la recommandation n° R (95) 13 du Conseil de l'Europe.

Le paragraphe 2 régit la transmission du constat. Si l'employeur est présent, le constat doit lui être remis directement contre accusé de réception. Si l'employeur n'est pas présent, le rapport est laissé sur place et une copie par envoi recommandé lui est envoyée dans un délai de quatorze jours.

L'énumération évoquée au paragraphe 3 des informations contenues dans le constat n'est pas uniquement limitée aux points qui y sont cités; elle peut également être complétée.

Doivent notamment être détaillés le libellé de la procédure de recours et celui des dispositions pénales en ce qui concerne l'obstacle au contrôle ou le non-respect de certaines mesures coercitives, ainsi que la hauteur des sanctions qui en découlent, de façon que le destinataire soit le mieux informé possible. L'objectif poursuivi par le biais d'une meilleure information sur les risques liés au non-respect est d'inciter les personnes à respecter les règles ou à utiliser une voie de recours légale, au lieu de briser un scellé par exemple ou d'enfreindre une autre mesure.

Article 29

Cet article établit la procédure de recours contre les mesures prises par les inspecteurs sociaux (saisie, droit d'accès, examen de certains supports d'information en l'absence de l'employeur ou sans le consentement de plein gré de celui-ci).

Chaque personne qui se sent lésée peut introduire un tel recours.

Le recours est introduit dans le cadre d'une procédure en référé.

Le juge rend un jugement ayant acquis force de chose jugée dans le cadre de la procédure en référé motivée par l'urgence. Certaines mesures coercitives peuvent en effet nuire à l'activité économique de l'entreprise, ce qui justifie la procédure en référé.

La procédure en référé n'a pas d'effet suspensif, c'est pourquoi les mesures des inspecteurs sociaux continuent de s'appliquer dans un premier temps. Cela permet d'éviter les recours ayant pour seul but de se soustraire à une mesure et, le cas échéant, de dissimuler un délit.

Le juge peut se prononcer aussi bien sur la légalité des mesures que sur la pertinence de leur maintien. Il peut se prononcer pour ou contre un maintien partiel ou total des mesures ou le soumettre au respect de certaines conditions.

Article 30

Cet article autorise les inspecteurs sociaux à ordonner l'apposition de certains documents prescrits.

Article 31

La formulation du présent article est tirée du Code pénal social, qui est, quant à lui, basé sur le Code de la taxe sur la valeur ajoutée.

L'objectif n'est pas d'obtenir de l'ensemble des entreprises étrangères qu'elles rédigent automatiquement tous leurs documents dans l'une des langues nationales. Dans un contexte européen, cela serait en contradiction avec le principe de libre prestation de services. Cela étant, il est impossible d'attendre des inspecteurs sociaux qu'ils maîtrisent toutes les autres langues nationales de l'Union européenne. C'est pourquoi la possibilité est donnée d'exiger une traduction dans l'une des trois langues nationales ou en anglais pour certains documents. Le principe de proportionnalité s'applique aussi dans ce cas.

Article 32

Cet article prévoit que les inspecteurs sociaux doivent prêter serment devant le Ministre de l'Emploi ou devant son mandataire.

Article 33

Les inspecteurs sociaux sont tenus de ne pas révéler, sauf autorisation expresse, le nom de l'auteur d'une plainte ou d'une dénonciation, même devant le tribunal.

Article 34

Le Gouvernement fixe des règles de déontologie auxquelles sont soumis les inspecteurs sociaux.

Article 35

Les inspecteurs sociaux ne peuvent en aucun cas détenir des intérêts dans les entreprises qu'ils contrôlent.

Dans la doctrine, le terme « intérêts directs » désigne tout motif personnel possible par lequel le contrôle pourrait perdre en objectivité, par exemple dans le cas d'un inspecteur social qui contrôlerait systématiquement une entreprise se trouvant en concurrence avec l'entreprise d'un ami ou d'un membre de sa famille.

Article 36

Cet article concerne l'audition des personnes et est inspiré de l'article correspondant du Code pénal social.

L'article, et en particulier son paragraphe 1^{er}, tient compte de la loi « Franchimont » datant de 1998, qui représente l'une des premières réformes du droit de la procédure pénale à la suite de l'affaire Dutroux. Elle visait à octroyer davantage de droits aux personnes se retrouvant devant un tribunal en qualité de suspect, de victime ou de personne lésée (par exemple le droit de recevoir des informations sur les faits ou d'être informé du fait que personne ne peut être contraint à s'accuser soi-même).

Il prend également en considération, en particulier dans son paragraphe 2, les règles de la loi « Salduz » qui régit les droits des personnes auditionnées dans le cadre d'une procédure pénale (par exemple le droit de consulter un avocat ou de laisser un avocat assister à l'audition d'un suspect). Cette

législation a été adoptée en 2011 à la suite de la jurisprudence de la Cour européenne des droits de l'homme.

Article 37

Cet article prévoit que la personne auditionnée obtient une copie de l'audition. Chaque personne auditionnée dispose de ce droit, quelle que soit sa qualité.

L'alinéa 3 permet aux inspecteurs sociaux de proroger une fois le délai de transmission de trois mois au maximum (une fois renouvelable).

Article 38

Cet article répertorie les données qui doivent figurer dans un procès-verbal constatant une infraction.

Le terme « intéressées » doit être compris au sens de l'article 21bis du Code d'instruction criminelle : « *Est considérée comme personne directement intéressée : l'inculpé, la personne à l'égard de laquelle l'action publique est engagée dans le cadre de l'instruction, la personne soupçonnée, la partie civilement responsable, la partie civile, celui qui a fait une déclaration de personne lésée, ainsi que ceux qui sont subrogés dans leurs droits ou les personnes qui les représentent en qualité de mandataire ad hoc, de curateur, d'administrateur provisoire, de tuteur ou de tuteur ad hoc.* »

Article 39

Cet article établit à qui le procès-verbal doit être transmis. D'une part, il est transmis au ministère public et au Gouvernement (alinéa 1^{er}) et, d'autre part, à l'auteur présumé de l'infraction et à son employeur, le cas échéant (alinéa 2).

Si ce n'est pas le cas, ces derniers peuvent en demander une copie auprès de l'inspecteur social compétent. La non-transmission à l'auteur présumé de l'infraction peut influencer sur la force probante particulière d'un procès-verbal (voir article suivant).

Article 40

Cet article établit la force probante particulière d'un procès-verbal, à savoir qu'il fait foi jusqu'à preuve du contraire, pour autant qu'il ait été transmis à l'auteur présumé de l'infraction dans un délai de quatorze jours. Si ce délai n'est pas respecté, le procès-verbal sert à titre informatif uniquement.

Article 41

Cet article dispose que les constatations consignées dans un procès-verbal constatant une infraction qui ont acquis une force probante particulière sur la base de l'article précédent (transmission dans un délai de quatorze jours) peuvent être utilisées par d'autres inspecteurs du même service ou d'un autre service, ou par des inspecteurs qui contrôlent d'autres législations et qu'elles conservent leur force probante particulière.

Articles 42 à 44

Ces articles régissent, sur la base de l'accord de coopération du 1^{er} juin 2011 entre l'État fédéral et les Régions et les Communautés concernant la coordination des contrôles en matière de travail illégal et de fraude sociale, l'échange électronique d'informations dans le cadre du procès-verbal électronique et créent les bases pour la signature électronique.

Article 45

Cet article établit le principe selon lequel lorsque les infractions ne peuvent pas être sanctionnées pénalement ou lorsque le ministère public n'ordonne pas certains actes, des sanctions administratives sont infligées.

Par conséquent, priorité est donnée aux poursuites pénales ou aux poursuites par le ministère public, pour autant que cela soit possible et qu'elles soient réellement engagées.

Les actes possibles du ministère public sont énumérés à l'alinéa 2. Il y a d'un côté les poursuites pénales, même si un acquittement les clôture, et de l'autre la transaction, c'est-à-dire le paiement d'une somme d'argent.

La médiation mentionnée à l'article 216^{ter} du Code d'instruction criminelle constitue également une autre solution qui met fin aux poursuites pénales. Dans ce cas, les dommages sont réparés ou indemnisés par le contrevenant.

L'action mentionnée à l'article 138^{bis}, § 2, alinéa 1^{er}, du Code judiciaire prévoit une action non répressive devant le tribunal du travail dans le contexte d'infractions liées au droit social, car l'abondance de dispositions pénales en droit social oblige le ministère public à définir certaines priorités dans sa politique répressive en matière de poursuite. Au détriment de la sécurité juridique, de très nombreuses infractions liées au droit social échappent aux poursuites, parce qu'elles ne font pas partie des priorités en matière de poursuite définies par le ministère public lui-même ou parce que des poursuites semblent inappropriées pour ce type d'infractions. Pour ce qui concerne le caractère proportionné des poursuites pénales, il s'avère que différentes infractions au droit social ne devraient pas forcément être poursuivies pénalement, mais qu'elles pourraient être traitées efficacement dans le cadre d'une procédure judiciaire s'appuyant sur un débat contradictoire. Dans ce contexte de « régularisation » des infractions liées au droit social, la juridiction répressive n'est pas nécessairement l'instance appropriée, car il ne s'agit pas de sanctionner les infractions, mais de rendre la situation conforme à la loi, par exemple dans le cas de l'application des conventions collectives de la commission paritaire compétente. Par conséquent, l'action du ministère public ou de l'auditorat du travail devrait être introduite auprès d'un tribunal spécialisé en droit social, qui encourage les débats.

L'alinéa 3 ancre le principe « non bis in idem » selon lequel personne ne peut être poursuivi ou puni plusieurs fois en raison du même fait.

L'alinéa 4 prévoit que le Gouvernement inflige les sanctions administratives. Toutefois, celui-ci peut aussi déléguer cette mission.

Article 46

Le ministère public a le droit de décider si des poursuites pénales sont engagées ou non. Il notifie sa décision au Gouvernement en ce qui concerne les poursuites pénales, pour que ce dernier puisse décider à son tour d'engager ou non une procédure administrative.

Article 47

Si le ministère public renonce à engager les poursuites pénales, il envoie au Gouvernement une copie des pièces de procédure de l'enquête complémentaire.

Dans ce cas et au plus tard six mois à compter de la réception du procès-verbal, si le ministère public n'a pas pris de décision, le Gouvernement décide si une procédure administrative est engagée.

Article 48

Cet article provient du Code pénal social et est inspiré quant à lui du Code judiciaire, qui régit le droit de réquisition du ministère public en droit civil. La disposition en question vise à accorder, sur la base de l'article 10 de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, des droits similaires au Gouvernement, d'après lesquels il peut demander les informations utiles à l'ensemble des autorités publiques aux fins de sa prise de décision.

Article 49

Avant que le Gouvernement ne prenne une décision, le contrevenant a le droit de présenter ses moyens de défense et y est invité par un envoi dument daté.

L'article détermine les éléments qui doivent figurer dans cette invitation. Un délai de trente jours à compter de la date de l'envoi dument daté est notamment accordé au contrevenant, afin que celui-ci puisse présenter ses moyens de défense. Le non-respect de ce délai n'entraîne toutefois pas forcément une nullité. Le contrevenant pourrait par exemple solliciter une prorogation du délai et le Gouvernement pourrait tenir compte des moyens de défense déposés même tardivement, tant qu'il n'a pas pris sa décision. Dans le cas où le contrevenant n'aurait pas récupéré la lettre recommandée à la poste, le Gouvernement peut lui faire parvenir l'invitation par courrier ordinaire à titre informatif. Toutefois, aucun nouveau délai ne court avec cette invitation.

Article 50

La présentation des moyens de défense peut se faire par écrit ou oralement.

Article 51

Il est possible de consulter le dossier et, sur demande, d'en obtenir une copie, dont les coûts sont à la charge du contrevenant.

Article 52

La sanction peut uniquement être infligée au contrevenant, même si un préposé ou un mandataire a commis l'infraction. Si le contrevenant peut toutefois prouver qu'il a pris toutes les mesures possibles pour éviter l'infraction, il peut être dispensé de la sanction.

Le paragraphe 2 prévoit que la sanction peut seulement être infligée après que les moyens de défense ont été présentés ou après expiration du délai prévu à cet effet.

L'article 53, 6°, du Code des impôts sur les revenus de 1992 interdit en principe toute déductibilité fiscale des sanctions administratives.

Article 53

Cet article ancre le principe général de droit selon lequel la décision visant à infliger une sanction administrative doit être motivée.

Il détermine également les éléments qui doivent notamment figurer dans la décision.

L'obligation de motivation prévue ici est plus stricte que la règle générale en matière d'obligation de motivation qui est établie par la loi du 29 juillet 1991 relative à la motivation formelle des actes

administratifs. Une décision administrative doit en principe détailler les considérations de droit et de fait qui sous-tendent la décision. Les éléments mentionnés dans le présent article vont cependant plus loin, puisque la décision visant à infliger une sanction administrative doit également faire référence aux moyens de défense et la hauteur de la sanction doit y être motivée.

La décision a force exécutoire à l'expiration d'un délai de trente jours à compter de sa notification; toutefois, une exécution forcée n'est pas immédiatement possible, étant donné que le contrevenant bénéficie d'un certain délai de paiement. Un éventuel recours entraînerait en outre la suspension de l'exécution.

Article 54

Cet article décrit la notification de la décision au contrevenant par envoi dument daté, laquelle est assortie d'une invitation à payer l'amende dans les limites du délai de paiement (voir article 58).

Article 55

Le Gouvernement peut déterminer des modalités supplémentaires en lien avec les amendes administratives.

Article 56

La possibilité d'introduire un recours auprès du tribunal du travail est prévue. La demande auprès du tribunal du travail suspend l'exécution de l'amende.

En raison de sa compétence résiduelle, l'autorité fédérale est en principe compétente pour la détermination des compétences des juridictions et des règles procédurales correspondantes. Toutefois, il reste également incontesté que les communautés et les régions peuvent elles-mêmes réclamer une marge de manœuvre en application de l'article 10 de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles (ce que l'on appelle les « compétences implicites »). À cette fin, il est requis que la mesure puisse être considérée comme nécessaire à l'exercice des compétences, que la matière se prête à un régime différencié et que les effets des dispositions sur cette matière ne soient que marginaux. Il est précisé que le tribunal du travail doit être saisi au moyen d'une demande écrite. Pour ce qui est de la juridiction compétente, plusieurs avis du Conseil d'État indiquent que la section du contentieux administratif de cette institution endosse en principe ce rôle dans le cas des sanctions administratives, conformément à l'article 14, § 1^{er}, des lois coordonnées sur le Conseil d'État. Toutefois, il convient ici de déroger à ce principe en application des compétences implicites, et ce, pour les raisons suivantes : d'une part, le Conseil d'État dispose exclusivement du pouvoir de contrôler la légalité de l'amende, mais pas la pertinence ni le montant fixé en lui-même. Le Conseil d'État est uniquement en mesure de suspendre ou d'annuler la décision attaquée; ensuite, c'est au Gouvernement qu'il incomberait de prendre une nouvelle décision. Dans le cas des recours à l'encontre d'amendes administratives, il est cependant recommandé de disposer d'une juridiction qui, outre le fait de contrôler la légalité de la mesure (« l'amende a-t-elle été infligée dans le respect de toutes les règles applicables ? »), puisse apprécier également sa pertinence (« l'amende est-elle appropriée ? ») et son caractère proportionné (« l'amende est-elle proportionnée par rapport au fait sanctionné ? ») et puisse en conséquence entraîner une modification de la décision du Gouvernement. D'autre part, le tribunal du travail offre également une procédure moins formelle que le Conseil d'État, ce qui permet à l'ensemble des parties de bénéficier d'un dialogue plus élargi sous la tutelle et le pouvoir de décision du juge. Ce n'est pas un hasard si la doctrine elle-même est formulée comme suit : *« À cet égard, l'analyse conduit à la conclusion que le juge judiciaire exerce un contrôle plus étendu sur la décision administrative que ne le fait le Conseil d'État, spécialement à propos du quantum de la sanction. [...] Pour l'heure, il semble ainsi préférable que l'autorité investie du pouvoir d'instituer la sanction administrative confie la compétence de contrôle aux juridictions judiciaires, plutôt qu'à la*

Haute juridiction administrative » [D. Renders e.a., « Le régime juridique de la sanction administrative », R. Andersen, D. Déom, D. Renders (dir.), *Les sanctions administratives*, Bruxelles, Bruylant, 2007, p. 258-259]. À la lumière de ces circonstances et considérant que, en l'espèce, les conditions d'application de l'article 10 de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles sont remplies, il est dès lors recommandé de désigner le tribunal du travail en tant que juridiction compétente : en effet, cela est nécessaire pour les raisons évoquées, la matière se prête à un régime différencié – ainsi que le prouve l'existence de différentes législations dans les entités territoriales compétentes – et les conséquences sur la législation fédérale ne sont que marginales.

Article 57

L'imposition de la sanction administrative se prescrit par cinq ans à compter de la constatation de l'infraction, mais la prescription peut être interrompue par différents actes d'instruction ou de poursuites et, dans ce cas, le délai court à nouveau du début. Cet article s'aligne sur l'article 22 de la loi du 17 avril 1878 contenant le titre préliminaire du Code de procédure pénale.

Article 58

Cet article détermine les modalités de paiement et les délais. Le montant doit être payé dans un délai de trente jours à compter du jour où la décision est devenue exécutoire.

Le Gouvernement peut cependant proroger, sur demande, ce délai sans que celui-ci puisse dépasser le délai de prescription. Il peut également définir par écrit un plan d'apurement en accord avec le contrevenant.

Le Gouvernement peut par ailleurs fixer d'autres modalités.

Le paiement intégral met fin à l'action du Gouvernement.

Article 59

Cet article fixe les modalités relatives au recouvrement de l'amende administrative.

Article 60

Cet article dispose que les amendes administratives se prescrivent par dix ans à compter de la date à laquelle elles doivent être payées. Le délai de prescription peut toutefois être interrompu conformément à l'article 2244 et suivants du Code civil.

Article 61

Chaque décision relative aux poursuites pénales ou à la poursuite administrative est communiquée aux inspecteurs sociaux à leur demande. Ces informations servent, le cas échéant, à l'amélioration de la qualité des constatations et constituent des données statistiques utiles.

Article 62

Cet article prévoit, comme c'est le cas dans le Code pénal social, que les décimes additionnels s'appliquent également aux amendes administratives. Cela permet d'adapter simultanément les sanctions administratives et les sanctions pénales, sans que le législateur ait à intervenir. En outre, la proportionnalité entre les deux types de sanctions reste garantie.

Article 63

Cet article est inspiré du Code pénal et traite, dans son premier paragraphe, du concours matériel d'infractions. Les montants des sanctions sont cumulés jusqu'à un montant maximal. La somme ne peut dépasser le double du maximum de la sanction la plus élevée. Le deuxième paragraphe porte sur le concours idéal d'infractions; quant au troisième paragraphe, il traite du concours par unité d'intention et fixe les différents montants maximaux.

Article 64

Cet article prévoit que seules les sanctions administratives qui ont été infligées au cours des trois dernières années précédant la survenue de la nouvelle infraction peuvent être prises en considération aux fins de la décision. Cela signifie que des circonstances atténuantes peuvent être accordées au contrevenant, bien qu'une sanction administrative lui ait déjà été infligée ou qu'il ait été reconnu coupable il y a plus de trois ans.

Article 65

Cet article traite du système des circonstances atténuantes. Il a été repris du Code pénal social.

Article 66

Cet article fixe les règles relatives au sursis. Le contrevenant peut bénéficier d'un sursis à l'exécution si certaines sanctions ne lui ont pas été infligées au cours des cinq dernières années précédant l'infraction.

Le délai d'épreuve, à savoir la durée du sursis, est compris entre un et cinq ans.

Le sursis est révoqué de plein droit lorsqu'une nouvelle infraction est commise dans ce délai et qu'elle est passible d'une sanction plus élevée que la sanction d'origine.

Le sursis est facultatif lorsqu'une nouvelle infraction est commise dans ce délai et qu'elle est passible de la même sanction ou d'une sanction moins élevée que la sanction d'origine.

Le paragraphe 6 décrit la façon dont la comparaison des infractions doit être effectuée pour les deux paragraphes précédents.

Les paragraphes suivants décrivent d'autres modalités du sursis.

Article 67

Une procédure distincte est prévue lorsque l'auteur est un mineur âgé de 16 à 18 ans. Cette procédure vise à informer les parents/le tuteur/les personnes ayant la garde du mineur de la procédure en question. Il est prévu que le bâtonnier de l'ordre des avocats soit également informé, afin que le mineur bénéficie d'une assistance judiciaire. Les représentants légaux du mineur sont responsables du paiement de l'amende. Enfin, il est précisé que le tribunal de la jeunesse est compétent en cas de recours.

Article 68

Cet article fixe les sanctions en cas d'obstacle au contrôle.

Il est également possible de suspendre les subventions en cours ou autres indemnités que l'employeur reçoit ainsi que toute demande. Le Gouvernement fixe les modalités y afférentes.

En outre, le Gouvernement peut suspendre, selon les modalités qu'il a fixées, le traitement des demandes, aussi longtemps qu'un contrôle concernant le demandeur et personnes assimilées est effectué.

Article 69

Cet article établit les sanctions dans le cas où l'employeur n'observe pas l'obligation d'apposer certains documents.

Article 70

Cet article établit les sanctions dans le cas d'un non-respect de certaines mesures de saisie.

Article 71

Cet article établit les sanctions dans le cas d'une utilisation des informations obtenues lors de la consultation du dossier.

Article 72

Les articles 72 à 74 prévoient des dispositions pénales afin de punir toute manœuvre frauduleuse visant l'obtention d'avantages financiers ou personnels. De telles manœuvres causent en effet des dommages à l'ensemble de la population et mettent en danger ses intérêts financiers, car des avantages sont ainsi obtenus de manière abusive, alors qu'il n'existe aucun droit en ce sens. Le présent article prévoit les infractions en cas de faux et usage de faux en écriture, en ce qui concerne le présent projet de décret et ses arrêtés d'exécution ainsi que toutes les dispositions légales, décrétales et réglementaires mentionnées à l'article 4.

Article 73

Cet article prévoit les mêmes sanctions en cas de déclarations inexactes ou incomplètes, en ce qui concerne le présent projet de décret et ses arrêtés d'exécution ainsi que toutes les dispositions légales, décrétales et réglementaires mentionnées à l'article 4.

Article 74

Cet article prévoit les mêmes sanctions en cas de fraude, en ce qui concerne le présent projet de décret et ses arrêtés d'exécution ainsi que toutes les dispositions légales, décrétales et réglementaires mentionnées à l'article 4.

Article 75

Cet article dispose que lorsque la sanction est multipliée par le nombre de travailleurs, etc., cela vaut tant pour l'amende pénale que pour l'amende administrative.

Article 76

Cet article fixe les règles en matière de récidive. En cas d'une telle récidive dans les cinq années qui suivent une décision déclarant la culpabilité ou l'imposition d'une sanction, le montant peut être porté au double de l'amende maximale. Il doit s'agir de la même infraction ou d'une infraction à l'encontre des dispositions légales, décrétales ou réglementaires mentionnées dans le présent projet de décret.

Article 77

En ce qui concerne les dispositions pénales, le livre I^{er} du Code pénal, à l'exception de son chapitre V, s'applique.

Article 78

Cet article décrit le droit des inspecteurs sociaux de communiquer des informations à d'autres institutions (institutions publiques et institutions coopérantes de sécurité sociale, même si celles-ci n'exercent pas de mission de contrôle, comme le CPAS), à d'autres services d'inspection et à des inspecteurs qui contrôlent d'autres bases légales.

Il convient d'entendre par autorité judiciaire le procureur général, qui peut déléguer son pouvoir au procureur du Roi ou à l'auditeur du travail.

Ces informations ne peuvent être utilisées à des fins incompatibles avec les objectifs poursuivis.

Article 79

Sur la base de l'article 10 de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, tous les services publics sont tenus de fournir aux inspecteurs sociaux, à leur demande, toutes les informations que ceux-ci estiment nécessaires au contrôle.

Article 80

Cet article traite de l'utilisation des informations obtenues. Il y est établi quelles personnes peuvent utiliser ces informations.

Article 81

Cet article dispose que, dans le cadre d'une convention de coopération avec les autres régions, la présence des inspecteurs des autres entités fédérées est autorisée aux fins de la collecte des informations nécessaires à leurs contrôles. À l'inverse, les informations que les inspecteurs sociaux de la Communauté germanophone collectent dans les autres régions peuvent aussi être utilisées.

Une convention de coopération, qui prévoit une telle coopération, a été signée le 19 mars 2021.

Article 82

Cet article traite de la coopération transfrontalière. Les inspecteurs peuvent échanger avec les États membres de l'Organisation internationale du Travail dans lesquels s'applique la convention n° 81 relative à l'inspection du travail dans l'industrie et le commerce toutes les informations utiles et peuvent les utiliser dans les mêmes conditions que les informations qu'ils collectent eux-mêmes. Dans le cas d'un accord avec ces pays, la présence des inspecteurs sociaux sur le territoire de ces pays ou la présence des collègues venant de l'étranger sur le territoire de la Communauté germanophone, ainsi que d'autres formes d'assistance et de collaboration, peuvent même être prévues.

Pour les États qui n'ont pas signé la convention n° 81 précitée, un accord est nécessaire en tout état de cause, également dans le cas d'un simple échange d'informations.

Article 83

Les articles 83 à 91 concernent les dispositions relatives à la protection des données conformément au règlement général sur la protection des données.

Ils sont inspirés pour une grande partie du Code pénal social et des décrets en matière d'inspection de la Région wallonne.

Les limitations mentionnées aux articles 88 à 91 sont basées sur l'article 23, § 1^{er}, e) et h), du règlement susmentionné. Ces limitations sont nécessaires afin de garantir la finalité d'intérêt général de la Communauté germanophone et de rendre possibles les missions de contrôle et d'inspection des inspecteurs sociaux.

En ce qui concerne l'article 83 en particulier : pour autant qu'ils ne soient pas soumis à des dispositions légales ou décrétales contraires, le Gouvernement ainsi que les autres personnes parties prenantes à l'exécution du présent projet de décret et de ses dispositions d'exécution sont tenus de traiter confidentiellement les données qui leur sont confiées dans le cadre de l'exercice de leur mission. Cet article concerne par conséquent tous les travailleurs du Gouvernement.

Article 84

Cet article permet au Gouvernement de traiter les données à caractère personnel dans le cadre de l'exécution des missions fixées par le présent projet de décret. Cet article précise que le Gouvernement, au sens du règlement général sur la protection des données et au regard du traitement des données à caractère personnel, est responsable dudit traitement. Le traitement des données est réalisé dans le respect dudit règlement.

Article 85

Cet article dispose qu'il incombe au législateur décretal, à défaut de procéder à la description détaillée des données à collecter et à traiter, d'au moins mentionner les catégories de données qui seront traitées à l'avenir. Il s'agit ici de constituer une base transparente et prévisible pour ces catégories de données.

La demande du numéro de registre national se justifie par le fait que la personne doit être formellement identifiée, afin d'exclure toute poursuite dirigée contre des personnes intègres. À cet égard, il doit être procédé à un examen du système DIMONA. Dans le domaine des travailleurs étrangers, l'accès au registre national permet en outre de vérifier si la personne concernée réside (encore) légalement en Belgique.

Article 86

Dans cet article est fixé le principe selon lequel il est fait recours à des données anonymes à des fins d'analyse et de statistique en lien avec l'application du projet de décret.

Il s'agit d'une production anonyme de statistiques pour le Service d'information et de recherche sociale et, le cas échéant, pour pouvoir planifier dans quels domaines un plus grand nombre d'inspections devrait être mené à l'avenir. Les analyses ne porteront en aucun cas sur des individus ou des entreprises individuelles.

Article 87

Cet article règle la durée du traitement éventuel des données collectées.

Il existe en effet d'autres législations, telles que l'archivage, qui prévoient, le cas échéant, des délais de conservation plus longs, d'où le renvoi aux autres dispositions légales, décrétales et réglementaires.

Article 88

Cette disposition prévoit que des informations relatives à certaines personnes peuvent ne pas être divulguées ou que leur divulgation peut être limitée ou refusée en partie ou en totalité, pour autant qu'une telle mesure constitue une mesure nécessaire et proportionnée dans une société démocratique, laquelle tient compte des droits fondamentaux et des intérêts légitimes de la personne physique concernée, aux fins de ne pas entraver les enquêtes, les instructions ou les procédures administratives ou judiciaires, de ne pas faire obstacle à la prévention et à la détection des infractions pénales en matière économique et sociale, aux enquêtes et aux poursuites concernant de telles infractions pénales ou à l'exécution de sanctions pénales, d'empêcher les ententes entre les coauteurs de pratiques frauduleuses ou de protéger les droits et les libertés de chacun.

Le responsable du traitement des données doit apprécier au cas par cas si le droit d'accès doit être restreint en totalité ou partiellement. À cette fin, le responsable du traitement peut s'adresser au service dont relève l'inspecteur et pour lequel les données à caractère personnel ont été collectées, afin de prendre connaissance de l'état d'avancement de l'enquête (rapport provisoire, enquête clôturée, etc.).

Il s'agit dans ce cas de traitements effectués directement par le service d'inspection.

Chaque refus ou limitation portant sur des informations devrait être en principe communiqué(e) par écrit à la personne concernée, en indiquant les motifs de fait ou de droit sur lesquels se fonde la décision.

Chaque limitation des droits de la personne concernée doit respecter la charte des droits fondamentaux de l'Union européenne et la Convention européenne des droits de l'homme, telles qu'elles sont interprétées par la Cour de justice de l'Union européenne ou par la Cour européenne des droits de l'homme et, en particulier, doit garantir le contenu essentiel de ces droits et libertés.

À cette fin, une série de garanties au profit de la personne concernée sont prévues : le refus motivé, l'indication des recours, l'intervention éventuelle de l'Autorité de protection des données, la limitation dans le temps.

Le terme d'acte préparatoire comprend notamment le cas de l'analyse provisoire d'un dossier. Lors de cette phase, l'employeur ou le travailleur, qu'il soit employé ou travailleur indépendant, serait susceptible de demander des informations dans le seul but de mettre en place des mécanismes frauduleux ou des manœuvres dilatoires.

S'il semble évident que la tâche de contrôle peut être entravée en raison de l'exercice du droit d'information, il est en revanche inadmissible que l'administration prive ces droits de leur substance en invoquant la possibilité d'un contrôle. L'accès peut, dès lors, uniquement être refusé si une inspection ou une enquête est déjà en cours ou si des analyses ou des tests ont déjà été effectués auparavant.

La dérogation au droit d'information au moment de la collecte de données à caractère personnel et de la transmission de telles données n'est que temporaire. Un délai précis a été fixé. La dérogation est valable jusqu'au terme de l'inspection ou de l'enquête. Toutefois, si des mesures pénales ou administratives doivent être prises à la suite de l'enquête, la dérogation ne sera levée que lorsque le ministère public ou le Gouvernement aura pris une décision.

Article 89

Cet article prévoit la possibilité de restreindre, le cas échéant, le droit d'accès aux données à caractère personnel d'une personne lorsque lesdites données sont collectées par le service d'inspection.

Une telle limitation vise notamment à ce que les enquêtes menées par les services d'inspection se basent sur des données à caractère personnel qui en aucun cas ne devraient être transmises, étant donné que cela dévoilerait l'identité de personnes physiques qui ont introduit une plainte ou ont fourni aux inspecteurs des informations soumises au secret professionnel ou à l'obligation de secret dans le cadre de la procédure pénale.

L'expression « actes préparatoires » est explicitée à l'article 88. Cet article est également applicable pour ce qui concerne les garanties qui sont prévues pour que la personne physique concernée puisse voir sa demande traitée, même avec du retard.

Article 90

Cet article prévoit la possibilité de restreindre, le cas échéant, le droit de rectification des données à caractère personnel d'une personne lorsque lesdites données sont collectées par le service d'inspection.

En ce qui concerne les enquêtes menées par les services chargés des contrôles ou le traitement ultérieur effectué par le service chargé des sanctions administratives, le droit de rectification ne devrait, par exemple, pas concerner le contenu d'une déclaration. Il en va de même lorsque les données à caractère personnel sont conservées à des fins de preuve.

L'expression « actes préparatoires » est explicitée à l'article 88. Cet article est également applicable pour ce qui concerne les garanties qui sont prévues pour que la personne physique concernée puisse voir sa demande traitée, même avec du retard.

Article 91

Cet article prévoit la possibilité de restreindre, le cas échéant, le droit à la limitation du traitement des données à caractère personnel d'une personne lorsque lesdites données sont collectées par le service d'inspection.

Le recours au droit à la limitation du traitement ne peut pas empêcher l'inspection de procéder à un acte préparatoire, à un contrôle, à une enquête ou au suivi administratif ou pénal de ce contrôle ou de cette enquête.

L'expression « actes préparatoires » est explicitée à l'article 88. Cet article est également applicable pour ce qui concerne les garanties qui sont prévues pour que la personne physique concernée puisse voir sa demande traitée, même avec du retard.

Articles 92 et 93

Ces deux articles adaptent la procédure de recours dans le cadre de la carte professionnelle, telle que prévue dans la loi du 19 février 1965 relative à l'exercice, par les étrangers, des activités professionnelles indépendantes, et alignent cette procédure sur la procédure de recours en matière de permis de travail ou de permis unique. En outre, la possibilité est prévue d'introduire un recours par remise contre accusé de réception daté. Jusqu'à présent, il était uniquement possible d'introduire un recours par envoi recommandé.

Article 94

Cet article abroge l'article 12 de la loi susmentionnée. En effet, les modalités en matière d'inspection et de contrôle qui y sont énumérées seront à l'avenir régies par le présent projet de décret.

Article 95

Cet article adapte et complète les dispositions pénales relatives à la carte professionnelle. Des sanctions administratives sont également introduites.

Il est ainsi précisé que le chapitre 5 du présent projet de décret est applicable aux sanctions administratives.

Article 96

Cet article procède à une adaptation technique en modifiant une référence qui est nécessaire en raison de l'adaptation des dispositions pénales.

Article 97

Cet article précise que le tribunal du travail est compétent pour les litiges en lien avec l'application du présent projet de décret. Sans attribution explicite, il ne saurait dès lors être exclu que les litiges qui découlent de l'application du présent projet de décret puissent être soumis au Conseil d'État. Étant donné qu'il n'y a pas lieu de repenser la répartition des litiges entre les différentes juridictions, le Code judiciaire est modifié de sorte que plus aucun doute ne subsiste quant à la détermination du tribunal compétent pour les litiges qui découlent de l'application du présent projet de décret.

Article 98

Cet article aligne la procédure de recours, telle que prévue dans la loi du 30 avril 1999 relative à l'occupation des travailleurs étrangers, sur la procédure de recours en lien avec la carte professionnelle. Il prévoit d'assimiler la remise contre accusé de réception daté à un envoi recommandé.

Article 99

Cet article prévoit que la disposition en matière de contrôle et de sanction est supprimée de la loi susmentionnée, étant donné que cette loi est dorénavant soumise aux dispositions en matière de contrôle et aux dispositions pénales du présent projet de décret.

Articles 100 et 101

Ces articles insèrent les dispositions pénales en lien avec la même loi, lesquelles ont été ajoutées au Code pénal social en 2010 lorsque l'État fédéral était encore compétent en la matière. Pour des raisons de compétence (depuis 2016) et de meilleure lisibilité, l'article comportant ces dispositions pénales est à nouveau réintroduit dans la loi et aligné sur l'article correspondant de la Région wallonne, qui elle-même s'est inspirée de la Région de Bruxelles-Capitale.

Article 102

Le nouvel article 12.2 prévoit la notification d'emploi illégal par les inspecteurs sociaux aux entrepreneurs et aux donneurs d'ordre dans le cadre de la mise en œuvre de la directive européenne 2009/52/CE du 18 juin 2009 prévoyant des normes minimales concernant les sanctions et les mesures

à l'encontre des employeurs de ressortissants de pays tiers en séjour irrégulier. Cette disposition est actuellement contenue dans l'article 49/2 du Code pénal social.

Ladite notification doit comporter certaines dispositions de façon à informer au mieux la personne de la situation illégale et de la rendre ainsi solidairement responsable. Une copie est envoyée à l'employeur dans le chef duquel l'infraction a été constatée.

Article 103

Cet article dispose que le chapitre 5 du présent projet de décret s'applique aux amendes administratives qui peuvent être infligées dans le cadre de la même loi.

Article 104

Cet article adapte et complète les dispositions pénales et les sanctions administratives prévues par le décret du 11 mai 2009 relatif à l'agrément des agences de travail intérimaire et à la surveillance des agences de placement privées.

Article 105

Cet article prévoit que la disposition en matière de contrôle et de sanction est supprimée du même décret, étant donné que celui-ci est dorénavant soumis aux dispositions en matière de contrôle et aux dispositions pénales du présent projet de décret.

Article 106

Cette disposition abroge l'article 175 du Code pénal social, étant donné que son contenu est désormais repris dans le présent projet de décret.

Article 107

Cette disposition abroge le chapitre 7 du décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi, étant donné que son contenu est désormais repris dans le présent projet de décret.

Article 108

Cet article concerne l'abrogation du décret de la Région wallonne du 5 février 1998 relatif à la surveillance et au contrôle des législations relatives à la politique de l'emploi.

Article 109

Cet article détermine l'entrée en vigueur du présent projet de décret.

La Ministre de la Culture et des Sports, de l'Emploi et des Médias
I. WEYKMANS

AVANT-PROJET

Avant-projet de décret relatif au contrôle et à la procédure concernant l'imposition d'amendes administratives dans le domaine de la politique de l'emploi

Chapitre 1^{er} – Dispositions générales

Article 1^{er} – Objet

Le présent décret établit le cadre pour le contrôle des dispositions dans le domaine de l'emploi ainsi que la procédure relative à l'imposition d'amendes administratives.

Art. 2 – Qualifications

Dans le présent décret, les qualifications s'appliquent à tous les sexes.

Art. 3 – Définitions

Pour l'application du présent décret, il faut entendre par :

1° employeurs : les personnes physiques, les personnes morales de droit privé et public et les associations de fait qui occupent les personnes mentionnées au 2°, et les personnes qui sont assimilées à des employeurs, y compris :

a) les personnes physiques ou morales qui prestent des services de travail intérimaire, qui exploitent un bureau d'outplacement, un bureau de recrutement ou de sélection ou un bureau de placement gratuit conformément à la réglementation relative à l'exploitation de bureaux de placement;

b) les utilisateurs, à savoir les personnes physiques ou morales qui font appel aux services prestés par une agence de placement, ou qui fixent les tâches des travailleurs et qui en supervisent l'exécution;

c) les bénéficiaires de subventions, à savoir les personnes physiques ou morales qui sollicitent ou ont obtenu des subventions en matière d'emploi de la Communauté germanophone ou des personnes morales subventionnées directement ou indirectement par elle, en ce compris toute avance de fonds récupérable consentie par la Communauté germanophone avec ou sans intérêt;

d) les bénéficiaires d'un agrément, à savoir les personnes physiques ou morales qui sollicitent ou ont obtenu un agrément en matière de politique de l'emploi de la Communauté germanophone ou d'une personne morale subventionnée directement ou indirectement par elle;

e) dans le cadre d'un transfert temporaire au sein de l'entreprise, l'entité dans laquelle la personne faisant l'objet dudit transfert est transférée temporairement, quelle que soit sa forme juridique, établie en région de langue allemande;

f) les indépendants;

2° travailleurs : les personnes qui exécutent des prestations de travail sous l'autorité d'une autre personne en vertu d'un contrat de travail, et celles qui y sont assimilées, y compris :

a) les personnes qui, autrement qu'en vertu d'un contrat de travail, exécutent des prestations de travail sous l'autorité d'une autre personne, ou qui exécutent des prestations de travail dans des conditions similaires à celles d'un contrat de travail;

b) les personnes qui n'exécutent pas des prestations de travail sous l'autorité d'une autre personne mais qui sont assujetties en tout ou partie à la législation sur la sécurité sociale des travailleurs;

c) les travailleurs intérimaires, c'est-à-dire les personnes mentionnées à l'article 2, 13°, du décret du 11 mai 2009 relatif à l'agrément des agences de travail intérimaire et à la surveillance des agences de placement privées;

d) les travailleurs faisant l'objet d'un transfert temporaire au sein de l'entreprise, visés dans les normes relatives à l'occupation des travailleurs étrangers;

3° lieux de travail : les lieux où des activités qui sont soumises au contrôle des inspecteurs sociaux sont exercées ou dans lesquels sont occupées des personnes soumises aux dispositions légales, décrétales et réglementaires mentionnées à l'article 4 et, entre autres, les entreprises, parties d'entreprises, établissements, parties d'établissements, bâtiments, locaux, endroits situés dans l'enceinte de l'entreprise, chantiers et travaux en dehors des entreprises ainsi que les endroits où les documents portant sur les activités réglementées sont conservés;

4° règlement général sur la protection des données : le règlement (UE) 2016/679 du Parlement européen et du Conseil du 27 avril 2016 relatif à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données, et abrogeant la directive 95/46/CE;

5° supports d'information : tout support sous quelque forme que ce soit qui contient des données sous forme lisible, comme des livres, registres, dossiers, documents, supports électroniques ou numériques, disques, bandes et y compris ceux accessibles par système informatique ou par tout autre appareil électronique;

6° procès-verbal électronique (e-PV) : procès-verbal de constatation d'infractions établi, enregistré et envoyé au moyen de l'application informatique conçue à cette fin conformément au modèle visé à l'article 100/2 du Code pénal social;

7° banque de données des procès-verbaux électroniques (banque de données e-PV) : la banque de données mentionnée à l'article 100/6 du Code pénal social et dans laquelle sont intégrées et conservées les données des e-PV qui sont contenues dans le modèle mentionné à l'article 100/2 du Code pénal social ainsi que les données contenues dans les annexes de ces e-PV;

8° inspecteurs sociaux : les fonctionnaires et agents du Ministère de la Communauté germanophone désignés par le Gouvernement conformément à l'article 9, alinéa 1^{er};

9° envoi dument daté : l'un des moyens de distribution suivants :

a) lettre recommandée ou lettre recommandée avec accusé de réception ou recommandé électronique;

b) remise contre accusé de réception daté;

c) tout autre moyen de distribution prévu par le Gouvernement qui permet de constater la date de la notification avec certitude;

10° données sociales : les données nécessaires à l'application des dispositions légales, décrétales et réglementaires mentionnées à l'article 4;

11° institutions publiques de sécurité sociale : les institutions publiques et les services des gouvernements chargés d'appliquer la législation relative à la sécurité sociale;

12° contrevenant : la personne physique ou morale à laquelle une amende administrative peut être infligée conformément au chapitre 5.

Le Gouvernement peut déterminer :

1° qui peut être assimilé à un employeur au sens de l'alinéa 1^{er}, 1°;

2° qui peut être assimilé à un travailleur au sens de l'alinéa 1^{er}, 2°.

Art. 4 – Champ d'application

§ 1^{er} – Sans préjudice de la compétence en matière d'inspection de l'autorité fédérale, les inspecteurs sociaux sont chargés de surveiller les lois, décrets et dispositions réglementaires énumérés ci-après ainsi que de détecter et de constater les infractions à ces dispositions, conformément au présent décret et à ses arrêtés d'exécution :

1° l'arrêté-loi du 28 décembre 1944 concernant la sécurité sociale des travailleurs, en particulier l'article 7, § 1^{er}, i), m), p), s) et t), l'article 7, § 1^{er}*bis*, alinéas 1^{er} à 3 et alinéas 5 à 9, et l'article 8, ainsi que ses arrêtés d'exécution;

2° la loi du 19 février 1965 relative à l'exercice, par les étrangers, des activités professionnelles indépendantes, ainsi que ses arrêtés d'exécution;

3° la loi du 2 avril 1965 relative à la prise en charge des secours accordés par les centres publics d'aide sociale, en particulier l'article 5, §§ 4 à 4^{ter}, ainsi que ses arrêtés d'exécution;

4° la loi organique du 8 juillet 1976 des centres publics d'action sociale, en particulier l'article 57^{quater}, l'article 60, § 7, et l'article 61, ainsi que ses arrêtés d'exécution;

5° l'arrêté royal n° 474 du 28 octobre 1986 portant création d'un régime de contractuels subventionnés par l'État auprès de certains pouvoirs locaux, ainsi que ses arrêtés d'exécution;

6° la loi du 24 juillet 1987 sur le travail temporaire, le travail intérimaire et la mise de travailleurs à la disposition d'utilisateurs, en particulier l'article 1^{er}, § 7, et l'article 32^{bis}, ainsi que ses arrêtés d'exécution;

7° la loi du 26 mars 1999 relative au plan d'action belge pour l'emploi 1998 et portant des dispositions diverses, en particulier les articles 59 et 67, ainsi que ses arrêtés d'exécution;

8° la loi du 30 avril 1999 relative à l'occupation des travailleurs étrangers, ainsi que ses arrêtés d'exécution;

9° le décret du 17 janvier 2000 portant création d'un Office de l'emploi en Communauté germanophone, ainsi que ses arrêtés d'exécution;

10° la loi du 12 août 2000 portant des dispositions sociales, budgétaires et diverses, en particulier les articles 194 et 195, ainsi que ses arrêtés d'exécution;

11° la loi du 5 septembre 2001 visant à améliorer le taux d'emploi des travailleurs, en particulier le chapitre V, ainsi que ses arrêtés d'exécution;

12° la loi du 26 mai 2002 concernant le droit à l'intégration sociale, en particulier l'article 8, l'article 9, §§ 1^{er} à 3, et les articles 36 à 39, ainsi que ses arrêtés d'exécution;

13° la loi-programme du 24 décembre 2002 (I), en particulier les articles 324 à 328, les articles 335 à 339, l'article 341^{bis}, l'article 347^{bis}, l'article 353^{bis}/9, les articles 353^{bis}/11 à 353^{bis}/14, l'article 353^{ter} et l'article 353^{quater}, ainsi que ses arrêtés d'exécution;

14° la loi du 23 décembre 2005 relative au pacte de solidarité entre les générations, en particulier le titre IV, chapitre V, ainsi que ses arrêtés d'exécution;

15° le décret du 11 mai 2009 relatif à l'agrément des agences de travail intérimaire et à la surveillance des agences de placement privées, ainsi que ses arrêtés d'exécution;

16° le décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi, ainsi que ses arrêtés d'exécution.

Les inspecteurs sociaux sont également habilités à détecter et à constater les infractions aux lois, aux décrets et à leurs arrêtés d'exécution qui ont été adoptés sur la base de l'article 6, § 1^{er}, IX., 2°, de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles dans le domaine de l'économie sociale.

Les inspecteurs sociaux sont également habilités à détecter et à constater les infractions à la loi du 9 mai 2018 relative à l'occupation de ressortissants étrangers se trouvant dans une situation particulière de séjour et à ses arrêtés d'exécution, ainsi que les infractions aux lois et à leurs arrêtés d'exécution qui ont été adoptés sur la base de l'article 6, § 1^{er}, IX., 3° et 4°, de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles.

§ 2 – Sans préjudice du § 1^{er}, les membres du personnel des services de police mentionnés à l'article 2 de la loi du 5 août 1992 sur la fonction de police sont également habilités à constater les infractions au présent décret et à ses arrêtés d'exécution ainsi qu'aux dispositions légales, décrétales et réglementaires mentionnées au § 1^{er}, et à consigner ces infractions dans un procès-verbal.

Art. 5 – Dispositions relatives aux délais

§ 1^{er} – Sans préjudice de dispositions contraires, les délais prévus dans le présent décret et ses arrêtés d'exécution sont soumis aux règles énoncées dans le présent article.

§ 2 – Le délai se compte de minuit à minuit. Il est calculé depuis le lendemain du jour de l'acte ou de l'événement qui y donne cours et comprend tous les jours, même le samedi, le dimanche et les jours fériés légaux.

Le jour de l'échéance est compris dans le délai. Toutefois, lorsque ce jour est un samedi, un dimanche ou un jour férié légal, le jour de l'échéance est reporté au plus prochain jour ouvrable.

§ 3 – Un délai établi en mois ou en années se compte de quantième à veille de quantième.

§ 4 – Sans préjudice de dispositions contraires, toutes les notifications prévues par le présent décret qui constituent le point de départ d'un délai doivent toujours être transmises par envoi dument daté.

§ 5 – Sans préjudice de dispositions contraires, les délais qui commencent à courir à partir d'une notification sont calculés comme suit :

1° lorsque la notification est effectuée par lettre recommandée avec accusé de réception, depuis le premier jour qui suit celui où la lettre a été présentée au domicile du destinataire, ou, le cas échéant, à sa résidence ou à son domicile élu;

2° lorsque la notification est effectuée par lettre recommandée, depuis le troisième jour ouvrable qui suit celui où la lettre a été remise aux services postaux, sauf preuve contraire du destinataire;

3° lorsque la notification est effectuée par recommandé électronique, depuis le premier jour qui suit;

4° lorsque la notification est effectuée par remise contre accusé de réception daté, depuis le premier jour qui suit.

§ 6 – Le Gouvernement peut adapter les dispositions relatives aux délais et fixer des dispositions relatives aux délais différentes.

Art. 6 – Transmission d'informations, de documents ou de données

Sans préjudice de dispositions contraires, toute transmission de documents, d'informations ou de données qui ne constituent pas le point de départ d'un délai peut être effectuée par voie postale ou par voie électronique dans le cadre du présent décret ou de ses arrêtés d'exécution.

Chapitre 2 – Missions et pouvoirs des inspecteurs sociaux

Section 1^{re} – Dispositions générales

Art. 7 – Principe de finalité

Les inspecteurs sociaux exercent les pouvoirs mentionnés au présent chapitre en vue du contrôle du respect des dispositions du présent décret et de ses arrêtés d'exécution, des dispositions légales, décrétales et réglementaires mentionnées à l'article 4 du présent décret et des autres lois dont ils sont chargés de surveiller le respect.

Art. 8 – Principe de proportionnalité

Lors de l'exécution des pouvoirs mentionnés au présent chapitre, les inspecteurs sociaux veillent à ce que les moyens qu'ils utilisent soient appropriés et nécessaires pour le contrôle du respect des dispositions du présent décret et de ses arrêtés d'exécution, des dispositions légales, décrétales et réglementaires mentionnées à l'article 4 du présent décret et des autres lois dont ils sont chargés de surveiller le respect.

Art. 9 – Désignation et titre de légitimation

Le Gouvernement désigne parmi les fonctionnaires et agents du Ministère de la Communauté germanophone les inspecteurs qui sont habilités à surveiller l'application des dispositions mentionnées

à l'article 4 ainsi qu'à détecter les infractions à ces dispositions et à les constater sous la forme de procès-verbaux. Le Gouvernement peut leur accorder la qualité d'officier de police judiciaire aux fins de l'exercice de ces activités.

À la suite de leur désignation, les inspecteurs sociaux reçoivent un titre de légitimation au moyen duquel ils doivent justifier de leur identité. Le Gouvernement établit le modèle du titre de légitimation.

Section 2 – Pouvoirs des inspecteurs sociaux

Art. 10 – Fonction et assistance de la police

Dans l'exercice de leurs fonctions, les inspecteurs sociaux sont autorisés à solliciter l'assistance de la police fédérale ou locale ainsi que le soutien d'autres services publics régionaux.

Art. 11 – Pouvoir d'appréciation

Sans préjudice du droit de réquisition du ministère public et du juge d'instruction, mentionné aux articles 28^{ter}, § 3, et 56, § 2, du Code d'instruction criminelle, les inspecteurs sociaux disposent d'un pouvoir d'appréciation pour :

- 1° fournir des renseignements et des conseils, notamment sur les moyens les plus efficaces pour respecter les dispositions du présent décret et de ses arrêtés d'exécution ainsi que les dispositions légales, décrétales et réglementaires mentionnées à l'article 4;
- 2° adresser des avertissements;
- 3° établir des rapports de contrôle;
- 4° fixer au contrevenant un délai pour se mettre en règle;
- 5° prendre les mesures prévues à la présente section;
- 6° dresser des procès-verbaux constatant les infractions aux dispositions du présent décret et de ses arrêtés d'exécution ainsi qu'aux dispositions légales, décrétales et réglementaires mentionnées à l'article 4.

Art. 12 – Accès aux lieux de travail

Les inspecteurs sociaux peuvent, dans l'exercice de leurs missions, pénétrer librement, à toute heure du jour et de la nuit, sans avertissement préalable, dans tous les lieux de travail ou autres lieux qui sont soumis à leur contrôle ou dans lesquels ils peuvent avoir un motif raisonnable de supposer que travaillent des personnes soumises aux dispositions légales, décrétales et réglementaires dont ils exercent le contrôle.

Art. 13 – Accès aux espaces habités

§ 1^{er} – Les inspecteurs sociaux ont uniquement accès aux espaces habités dans les cas suivants :

- 1° lorsque les inspecteurs sociaux se rendent sur place pour constater une infraction en flagrant délit;
- 2° à la demande ou avec l'accord de l'ensemble des personnes majeures ayant la jouissance réelle de l'espace habité; la demande ou l'accord doit être donné par écrit et préalablement à la visite domiciliaire;
- 3° en cas d'appel provenant de ce lieu;
- 4° en cas d'incendie ou d'inondation;
- 5° lorsque les inspecteurs sociaux sont en possession d'une autorisation de visite domiciliaire délivrée par le juge d'instruction.

§ 2 – Pour obtenir une autorisation de visite domiciliaire, les inspecteurs sociaux adressent une demande motivée au juge d'instruction. Cette demande contient au moins les données suivantes :

- 1° l'identification des espaces habités qui font l'objet de la visite domiciliaire;
- 2° les dispositions légales, décrétales et réglementaires qui font l'objet du contrôle et pour lesquelles les inspecteurs sociaux sont d'avis qu'ils ont besoin d'une autorisation de visite domiciliaire;
- 3° lorsque c'est le cas, les infractions éventuelles qui font l'objet du contrôle;
- 4° tous les documents et renseignements dont il ressort que l'utilisation de ce moyen est nécessaire.

Pour l'accès aux espaces habités après neuf heures du soir et avant cinq heures du matin, les inspecteurs sociaux peuvent obtenir une autorisation de visite domiciliaire moyennant une motivation spéciale de la demande adressée au juge d'instruction, motivation qui rend nécessaire l'accès aux espaces habités aux heures indiquées.

§ 3 – Le juge d'instruction décide dans un délai de quarante-huit heures maximum après réception de la demande.

La décision du juge d'instruction est motivée.

Toutefois, la décision du juge d'instruction à la suite d'une demande de visite domiciliaire pour l'accès aux espaces habités après neuf heures du soir et avant cinq heures du matin est spécialement motivée.

Aucune voie de recours n'est possible contre cette décision.

À l'exception des pièces qui permettent de déduire l'identité de l'auteur d'une éventuelle plainte ou dénonciation et sans préjudice de l'application de l'article 33, toutes les pièces motivant l'obtention d'une autorisation de visite domiciliaire conformément au § 2, alinéa 1^{er}, doivent être versées au dossier répressif ou au dossier dans le cadre duquel une amende administrative peut être infligée.

§ 4 – Dans le cas d'une visite domiciliaire d'espaces habités, les inspecteurs sociaux disposent de tous les pouvoirs mentionnés dans le présent décret, à l'exception de la recherche de supports d'information mentionnés à l'article 17 et des pouvoirs y afférents et à l'exception des pouvoirs mentionnés aux articles 19 à 22 et à l'article 23, alinéa 2.

Art. 14 – Collecte d'informations

Les inspecteurs sociaux procèdent à tout examen, tout contrôle et toute audition et recueillent toutes les informations qu'ils estiment nécessaires pour s'assurer que les dispositions du présent décret et de ses arrêtés d'exécution ainsi que les dispositions légales, décrétales et réglementaires mentionnées à l'article 4 sont observées.

Art. 15 – Identification des personnes

Les inspecteurs sociaux peuvent prendre l'identité des personnes se trouvant sur les lieux de travail ou autres lieux qui sont soumis à leur contrôle et dont ils peuvent raisonnablement présumer qu'elles sont des employeurs, préposés ou mandataires, des travailleurs ou des bénéficiaires, ainsi que de toute personne dont ils estiment l'identification nécessaire pour l'exercice du contrôle.

Ils peuvent, à cet effet, exiger de ces personnes la présentation de documents officiels d'identification.

Ils peuvent en outre identifier ces personnes à l'aide de documents non officiels que celles-ci leur soumettent volontairement lorsque ces personnes ne sont pas en mesure de présenter des documents officiels d'identification ou lorsque les inspecteurs sociaux doutent de leur authenticité ou de l'identité de ces personnes.

Ils peuvent également essayer de rechercher l'identité de ces personnes au moyen de constatations par image, quel qu'en soit le support, et ce, dans les cas et conditions et selon les modalités mentionnés à l'article 24.

Art. 16 – Audition de personnes

Les inspecteurs sociaux peuvent interroger, soit seuls, soit ensemble, soit en présence de témoins, toute personne dont ils estiment l'audition nécessaire, sur tout fait dont la connaissance est utile à l'exercice du contrôle.

Art. 17 – Supports d'information contenant soit des données sociales, soit d'autres données prescrites par la loi

§ 1^{er} – Les inspecteurs sociaux peuvent se faire produire tous les supports d'information qui se trouvent sur les lieux de travail ou d'autres lieux qui sont soumis à leur contrôle, à condition que ces supports d'information :

- 1° soit contiennent des données sociales, mentionnées à l'article 3, 10°;
- 2° soit contiennent n'importe quelles autres données, dont l'établissement, la tenue ou la conservation sont prescrits par les dispositions légales, décrétales et réglementaires, même lorsque les inspecteurs sociaux ne sont pas chargés du contrôle desdites dispositions.

Les inspecteurs sociaux peuvent également se faire fournir l'accès aux supports d'information mentionnés à l'alinéa 1^{er} qui sont accessibles à partir de ces lieux par un système informatique ou par tout autre appareil électronique.

Lorsque les supports d'information mentionnés à l'alinéa 1^{er} ne se trouvent pas sur les lieux de travail ou d'autres lieux qui sont soumis au contrôle des inspecteurs sociaux et qu'ils ne sont pas accessibles à partir de ces lieux par un système informatique ou par tout autre appareil électronique, l'employeur, son préposé ou son mandataire doit prendre les mesures nécessaires pour fournir l'accès à ces supports d'information aux inspecteurs sociaux à leur demande.

§ 2 – Lorsque l'employeur, son préposé ou son mandataire est absent au moment du contrôle, les inspecteurs sociaux prennent les mesures nécessaires pour contacter l'employeur, son préposé ou son mandataire afin de se faire produire les supports d'information précités ou afin de se faire fournir l'accès aux supports d'information mentionnés au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, qui sont accessibles à partir de ces lieux par un système informatique ou par tout autre appareil électronique, ou bien aux supports d'information mentionnés au § 1^{er}, alinéa 3, qui ne sont pas accessibles à partir de ces lieux par un système informatique ou par tout autre appareil électronique.

§ 3 – Les inspecteurs sociaux peuvent procéder à la recherche et à l'examen des supports d'information mentionnés au § 1^{er} dans les cas suivants :

- 1° lorsque l'employeur, son préposé ou son mandataire ne présente pas volontairement les supports d'information précités, sans toutefois s'opposer à cette recherche ou à cet examen;
- 2° lorsque l'employeur, son préposé ou son mandataire n'est pas joignable au moment du contrôle.

Les inspecteurs sociaux peuvent uniquement procéder à la recherche ou à l'examen de ces supports d'information :

- 1° à condition que la nature de la recherche ou celle de l'examen l'exige;

2° lorsque le danger existe qu'à l'occasion du contrôle, ces supports d'information ou les données qu'ils contiennent disparaissent ou soient modifiés;

3° lorsque la santé ou la sécurité des travailleurs le requiert.

Lorsque l'employeur, son préposé ou son mandataire s'oppose à cette recherche ou à cet examen, un procès-verbal est dressé pour obstacle au contrôle.

Art. 18 – Supports d'information contenant d'autres données

Les inspecteurs sociaux peuvent se faire produire, sans déplacement, pour en prendre connaissance, tous les supports d'information qui contiennent n'importe quelles autres données, lorsqu'ils le jugent nécessaire à l'accomplissement de leur mission, et procéder à leur examen.

Ils disposent également de ce pouvoir pour les données qui sont accessibles par un système informatique ou par tout autre appareil électronique.

Art. 19 – Données sous une forme lisible et intelligible

Lorsque les données mentionnées aux articles 17 et 18 sont accessibles par un système informatique ou par tout autre appareil électronique, les inspecteurs sociaux ont le droit de se faire communiquer, dans le format qu'ils souhaitent, les données enregistrées sur ces supports d'information sous une forme lisible et intelligible.

Art. 20 – Droit d'accès

Lorsque les données mentionnées à l'article 17 sont accessibles par un système informatique ou par tout autre appareil électronique à partir du lieu de travail ou d'un autre lieu qui est soumis au contrôle des inspecteurs sociaux, l'employeur, ses préposés ou ses mandataires doivent assurer aux inspecteurs sociaux un droit d'accès par voie électronique au système informatique ou à tout autre appareil électronique et à ces données, un droit d'accès physique à l'intérieur du boîtier du système informatique ou de tout autre appareil électronique, ainsi qu'un droit de téléchargement et d'utilisation par voie électronique de ces données.

Les droits mentionnés à l'alinéa 1^{er} s'appliquent aussi lorsque le lieu de conservation de ces données est situé dans un autre pays et que ces données sont accessibles en Belgique par voie électronique à partir du lieu de travail ou d'un autre lieu qui est soumis au contrôle des inspecteurs sociaux.

Les droits mentionnés à l'alinéa 1^{er} s'appliquent aussi lorsque ces données se trouvent dans un système informatique ou dans tout autre appareil électronique, en Belgique ou à l'étranger, qui n'est pas géré par l'employeur, ses préposés ou ses mandataires, et que ces données sont accessibles en Belgique par voie électronique à partir du lieu de travail ou d'un autre lieu qui est soumis au contrôle des inspecteurs sociaux.

Les inspecteurs sociaux veillent à assurer l'intégrité des données récoltées et du matériel auquel ils ont accès.

Art. 21 – Informations sur l'exploitation du système informatique

L'employeur, ses préposés ou ses mandataires qui recourent à un système informatique ou à tout autre appareil électronique pour établir, tenir et conserver les données mentionnées à l'article 17 sont tenus, lorsqu'ils en sont requis par les inspecteurs sociaux, de leur communiquer, sans déplacement, les dossiers d'analyse, de programmation, de gestion et de l'exploitation du système utilisé.

Art. 22 – Intégrité des données

Les inspecteurs sociaux peuvent vérifier, au moyen du système informatique ou par tout autre appareil électronique et avec l'assistance de l'employeur, de ses préposés ou mandataires, la fiabilité des données et traitements informatiques, en exigeant la communication de documents spécialement établis en vue de présenter les données enregistrées sur les supports informatiques sous une forme lisible et intelligible.

Art. 23 – Copies

Les inspecteurs sociaux peuvent prendre des copies, sous n'importe quelle forme, des supports d'information mentionnés aux articles 17 et 18, ou des données qu'ils contiennent, ou se les faire fournir sans frais par l'employeur, ses préposés ou ses mandataires.

Lorsqu'il s'agit des supports d'information mentionnés à l'article 17, qui sont accessibles par un système informatique, les inspecteurs sociaux peuvent, au moyen du système informatique ou par tout autre appareil électronique et avec l'assistance de l'employeur, de ses préposés ou mandataires, ou de n'importe quelle autre personne qualifiée qui dispose de la connaissance nécessaire ou utile sur le fonctionnement du système informatique, effectuer des copies, dans la forme qu'ils souhaitent, de tout ou partie des données précitées.

Art. 24 – Constatations par image

§ 1^{er} – Les inspecteurs sociaux peuvent faire des constatations en réalisant des images, quel qu'en soit le support.

Ils peuvent également utiliser des images provenant de tiers pour autant que ces personnes aient réalisé ou obtenu ces images de manière légitime.

Les constatations et l'utilisation se font dans le respect des dispositions mentionnées au § 3.

§ 2 – Dans les espaces habités, les inspecteurs sociaux peuvent uniquement faire des constatations au moyen d'images, quel qu'en soit le support, à la condition de disposer à cet effet d'une autorisation délivrée par le juge d'instruction. La demande d'obtention de cette autorisation adressée par l'inspecteur social au juge d'instruction doit au moins comprendre les données mentionnées à l'article 13, § 2.

§ 3 – Servent de preuve pour l'application du présent décret les constatations faites par les inspecteurs sociaux au moyen des images qu'ils ont réalisées, et ce, jusqu'à preuve du contraire, pour autant qu'il soit satisfait aux conditions mentionnées ci-après :

1° Les constatations font l'objet d'un procès-verbal de constatation d'une infraction faite au moyen d'images qui, outre les données mentionnées à l'article 38, comprend également les données suivantes :

- a) l'identité de l'inspecteur social ayant réalisé les images;
- b) le jour, la date, l'heure et la description exacte du lieu où les images ont été réalisées;
- c) l'identification complète de l'équipement technique ayant permis de réaliser les images;
- d) une description de ce qui est visible sur les images en question, ainsi que le lien avec l'infraction constatée;
- e) lorsqu'il s'agit d'une prise de vue d'un détail, une indication sur l'image permettant de déterminer l'échelle;

f) une reproduction de l'image ou, si cela s'avère impossible, une copie sur un support en annexe du procès-verbal, ainsi qu'un aperçu complet de toutes les spécifications techniques nécessaires pour pouvoir examiner la copie de ces images;

g) lorsqu'il y a plusieurs reproductions ou plusieurs supports, une numérotation de ces reproductions ou de ces supports, qui doit également apparaître dans le procès-verbal dans la description correspondante de ce qui peut être observé sur les images.

2° Le support originel des images doit être conservé par l'administration dont fait partie l'inspecteur social qui a réalisé les images :

- a) jusqu'à ce qu'un jugement ou un arrêt ayant acquis force de chose jugée ait été prononcé;
- b) jusqu'à ce que la décision d'imposition par le Gouvernement d'une amende ait obtenu force exécutoire;
- c) jusqu'à ce que l'infraction soit classée sans suite.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, 2°, les supports des images sont déposés auprès du greffe du tribunal de première instance en cas de procédure pénale.

Sans préjudice des dispositions de la réglementation en matière de protection des données à caractère personnel et sans préjudice des dispositions légales, décrétales et réglementaires relatives à la surveillance par caméras, les inspecteurs sociaux informent, le cas échéant, le tiers ayant réalisé les images qu'ils conservent le support pour la durée de cette période.

Art. 25 – Saisie et mise sous scellés des supports d'information

Les inspecteurs sociaux peuvent saisir contre récépissé ou mettre sous scellés les supports d'information mentionnés à l'article 17, que l'employeur, ses préposés ou mandataires soient ou non propriétaires de ces supports d'information.

Ils disposent de ces compétences lorsque cela est nécessaire à la recherche, à l'examen ou à l'établissement de la preuve d'infractions ou lorsque le danger existe que les infractions persistent avec ces supports d'information ou que de nouvelles infractions soient commises.

Lorsque la saisie est matériellement impossible, ces données, tout comme les données qui sont nécessaires pour pouvoir les comprendre, sont copiées sur des supports appartenant au Gouvernement. En cas d'urgence ou pour des raisons techniques, il peut être fait usage des supports qui sont à la disposition des personnes autorisées à utiliser le système informatique.

Art. 26 – Saisie et mise sous scellés d'autres biens

Les inspecteurs sociaux peuvent saisir contre récépissé ou mettre sous scellés d'autres biens mobiliers que des supports d'information, ainsi que les biens immobiliers, en ce compris les biens mobiliers qui sont immeubles par incorporation ou par destination, que le contrevenant en soit propriétaire ou pas, qui sont soumis à leur contrôle ou par lesquels des infractions aux dispositions légales, décrétales et réglementaires dont ils exercent le contrôle peuvent être constatées, lorsque cela est nécessaire à l'établissement de la preuve de ces infractions ou lorsque le danger existe qu'avec ces biens, les infractions persistent ou que de nouvelles infractions soient commises.

Art. 27 – Obligation d'information

Lorsque l'employeur, son préposé ou mandataire soit n'était pas présent lors de la recherche et de l'examen mentionnés à l'article 17, soit n'y consentait pas de plein gré, les inspecteurs sociaux informent par écrit l'employeur de l'existence de cette recherche et de cet examen ainsi que des données qui ont été copiées. Cette description contient les données prévues à l'article 28.

Pour les supports d'information qui ont été saisis, il est agi conformément à l'article 28.

Art. 28 – Constat

§ 1^{er} – Les saisies et mises sous scellés pratiquées en vertu des articles 25 et 26 ainsi que les mesures prises par les inspecteurs sociaux en exécution de l'article 20 font l'objet d'un constat écrit.

Les mesures de recherche mentionnées à l'article 17, § 3, et, le cas échéant, les mesures d'examen qui en découlent et qui sont effectuées sur ce lieu font également l'objet d'un constat écrit.

§ 2 – Le constat écrit est remis de la main à la main à l'employeur, à son préposé ou à son mandataire qui en accuse réception.

Si l'employeur, son préposé ou son mandataire n'est pas présent, le constat écrit est déposé sur-le-champ. Une copie est également envoyée par envoi dument daté à l'employeur, à son préposé ou à son mandataire dans un délai de quatorze jours.

§ 3 – L'écrit mentionné au § 1^{er} comprend au moins :

- 1° la date et l'heure auxquelles les mesures sont prises;
- 2° l'identité des inspecteurs sociaux et l'administration dont ils relèvent;
- 3° les mesures prises;
- 4° la reproduction du texte des articles 68 à 70;
- 5° les voies de recours contre les mesures, l'arrondissement judiciaire compétent et l'autorité qui doit être citée en cas de recours.

Lorsque les mesures mentionnées à l'alinéa 1^{er}, 3°, concernent les mesures de recherche mentionnées à l'article 17, § 3, et, le cas échéant, les mesures d'examen qui en découlent et qui ont été effectuées sur ce lieu, la description contient entre autres les données suivantes :

- 1° la description du ou des lieux où ces mesures de recherche ou d'examen ont eu lieu;
- 2° les dispositions légales, décrétales et réglementaires dont le contrôle est exercé et auxquelles une infraction a été commise ou probablement commise qui rend ces mesures de recherche ou d'examen nécessaires;
- 3° la liste des supports d'information mentionnés à l'article 17 qui ont été recherchés et, le cas échéant, qui ont été examinés sur place;
- 4° la description des faits dont il ressort que les mesures de recherche ou d'examen mentionnées ont eu lieu dans les cas et conditions mentionnés à l'article 17, § 3;
- 5° la justification du fait que le résultat poursuivi avec les mesures de recherche ou d'examen mentionnées ne pouvait pas être atteint par d'autres mesures moins contraignantes.

Art. 29 – Procédure de recours contre les mesures prises

Toute personne peut introduire un recours auprès du président du tribunal du travail si elle estime que ses droits ont été lésés par :

- 1° les mesures de recherche et d'examen mentionnées à l'article 17, § 3;
- 2° les mesures mentionnées à l'article 20;
- 3° les saisies et mises sous scellés mentionnées aux articles 25 et 26.

L'action est formée et instruite selon les formes du référé conformément au Code judiciaire. Elle n'est pas suspensive.

Art. 30 – Apposition de documents

Les inspecteurs sociaux peuvent ordonner que les documents dont l'apposition est prévue par les dispositions légales, décrétales et réglementaires mentionnées à l'article 4 soient et restent effectivement apposés, dans un délai qu'ils déterminent ou sans délai.

Ils peuvent également, s'ils l'estiment nécessaire dans l'intérêt des travailleurs ou des bénéficiaires, établir ou délivrer tout document remplaçant ceux visés par les dispositions légales, décrétales et réglementaires mentionnées à l'article 4.

Art. 31 – Traduction

Lorsque le contrôle le requiert, les inspecteurs sociaux peuvent exiger une traduction des données mentionnées à l'article 17 dans l'une des langues nationales ou en anglais, si ces données sont établies dans une autre langue qu'une des langues nationales.

Chapitre 3 - Devoirs des inspecteurs sociaux

Art. 32 – Prestation de serment

Les inspecteurs sociaux prêtent serment devant le ministre compétent en matière d'Emploi ou devant son mandataire.

Art. 33 – Devoir de discrétion

Sauf autorisation expresse de l'auteur d'une plainte ou d'une dénonciation relative à une infraction aux dispositions légales, décrétales et réglementaires dont ils exercent le contrôle, les inspecteurs sociaux ne peuvent révéler en aucun cas, même devant les tribunaux, le nom de l'auteur de cette plainte ou de cette dénonciation.

Il leur est également interdit de révéler à l'employeur, à son préposé ou à son mandataire qu'il a été procédé à une enquête à la suite d'une plainte ou d'une dénonciation.

Art. 34 – Règles de déontologie

Dans l'exercice de leurs missions, les inspecteurs sociaux respectent les règles de déontologie déterminées par le Gouvernement.

Art. 35 – Conflits d'intérêts

Les inspecteurs sociaux ne peuvent avoir un intérêt quelconque, direct ou indirect, dans les entreprises ou institutions qu'ils sont chargés de contrôler.

Chapitre 4 – Procès-verbaux

Section 1^{re} – Procès-verbaux d'audition

Art. 36 – Dispositions en matière d'audition

§ 1^{er} – Lors de l'audition de personnes, entendues en quelque qualité que ce soit, seront respectées au moins les règles prévues au présent paragraphe.

Au début de toute audition, la personne entendue est informée succinctement des faits sur lesquels elle est interrogée et il lui est communiqué :

- 1° qu'elle peut demander que toutes les questions qui lui sont posées et les réponses qu'elle donne soient actées dans les termes utilisés;
- 2° qu'elle peut demander qu'il soit procédé à toute mesure relevant du pouvoir des inspecteurs sociaux en vertu du présent décret et de ses arrêtés d'exécution;
- 3° que ses déclarations peuvent être utilisées comme preuve en justice;
- 4° qu'elle ne peut pas être contrainte de s'accuser elle-même.

Toute personne entendue peut :

- 1° utiliser les documents en sa possession, sans que cela puisse entraîner le report de l'audition;
- 2° lors de l'audition ou ultérieurement, exiger que ces documents soient joints au procès-verbal d'audition.

Le procès-verbal mentionne :

- 1° l'heure à laquelle l'audition prend cours, est éventuellement interrompue et reprise, et prend fin;
- 2° l'identité des personnes qui interviennent lors de l'audition ou d'une partie de celle-ci ainsi que le moment de leur arrivée et de leur départ;
- 3° les circonstances particulières et tout ce qui peut éclairer la déclaration ou les circonstances dans lesquelles elle a été faite.

À la fin de l'audition, le procès-verbal est donné en lecture à la personne entendue, à moins que celle-ci ne demande que lecture lui en soit faite. Il lui est demandé si ses déclarations ne doivent pas être corrigées ou complétées.

Après que le procès-verbal a été lu et, au besoin, corrigé et complété, il est signé par le verbalisant qui invite ensuite la personne entendue et les éventuels intervenants à le signer à leur tour. Si la personne entendue ou un intervenant refuse de signer, mention en est faite sur le procès-verbal.

Si la personne entendue souhaite s'exprimer dans une autre langue que celle de la procédure, soit il est fait appel à un interprète juré, soit ses déclarations sont notées dans sa langue, soit il lui est demandé de noter elle-même sa déclaration. Si l'audition a lieu avec l'assistance d'un interprète, son identité et sa qualité sont mentionnées.

Le procès-verbal d'audition reproduit le texte du présent paragraphe.

§ 2 – Sans préjudice de l'application du § 1^{er}, avant qu'il ne soit procédé à l'audition d'une personne sur des infractions qui peuvent lui être imputées, la personne à auditionner est informée succinctement des faits sur lesquels elle sera entendue. Il lui est communiqué :

- 1° qu'elle ne peut pas être contrainte de s'accuser elle-même;
- 2° qu'elle a le choix, après avoir décliné son identité, de faire une déclaration, de répondre aux questions qui lui sont posées ou de se taire;
- 3° qu'elle a le droit, avant l'audition, de se concerter confidentiellement avec un avocat de son choix ou avec un avocat qui lui est désigné, si les faits qui peuvent lui être imputés concernent une infraction dont la sanction peut donner lieu à la délivrance d'un mandat d'arrêt;
- 4° le cas échéant, qu'elle n'est pas privée de sa liberté et qu'elle peut aller et venir à tout moment.

Seule la personne majeure à auditionner peut renoncer volontairement et de manière réfléchie au droit mentionné à l'alinéa 1^{er}, 3°. Elle procède à la renonciation par écrit, dans un document daté et signé par elle.

Si la première audition a lieu sur convocation écrite, les droits énoncés à l’alinéa 1^{er}, 1° à 4°, ainsi que la communication succincte des faits sur lesquels la personne à auditionner sera entendue, peuvent déjà être notifiés dans cette convocation, laquelle est jointe en copie au procès-verbal d’audition. En pareil cas, la personne concernée est présumée avoir consulté un avocat avant de se présenter à l’audition.

Si l’audition n’a pas lieu sur convocation ou si la convocation ne mentionne pas les éléments repris à l’alinéa 3, l’audition peut être reportée une seule fois à la demande de la personne à auditionner, afin de lui donner la possibilité de consulter un avocat.

Le procès-verbal d’audition reproduit le texte du présent paragraphe.

§ 3 – Une déclaration écrite des droits prévus au § 2 est remise à la personne mentionnée au même paragraphe avant la première audition.

§ 4 – Si, au cours de l’audition d’une personne qui n’était pas considérée initialement comme un suspect, il s’avère que certains éléments laissent présumer que des infractions peuvent lui être imputées, cette personne est informée des droits dont elle jouit en vertu du § 2, et la déclaration écrite mentionnée au § 3 lui est remise.

Art. 37 – Copie du texte de l’audition

Les inspecteurs sociaux informent la personne entendue qu’elle peut obtenir gratuitement une copie du texte de l’audition.

Cette copie lui est remise immédiatement ou adressée dans le mois.

Toutefois, l’inspecteur social peut, par décision motivée, retarder le moment de cette communication pendant un délai de trois mois maximum, renouvelable une fois. Cette décision est déposée au dossier.

Le procès-verbal d’audition reproduit le texte du présent article.

Section 2 – Procès-verbaux constatant une infraction

Art. 38 – Procès-verbal constatant une infraction

Tout procès-verbal constatant une infraction aux dispositions légales, décrétales et réglementaires mentionnées à l’article 4 ainsi qu’aux dispositions du présent décret et de ses arrêtés d’exécution contient au moins les données suivantes :

- 1° l’identité du fonctionnaire ou de l’agent verbalisant;
- 2° la disposition en vertu de laquelle le fonctionnaire ou l’agent verbalisant est compétent pour agir;
- 3° le lieu et la date de l’infraction;
- 4° l’identité de l’auteur présumé et des personnes intéressées;
- 5° la disposition légale violée;
- 6° un exposé succinct des faits en rapport avec les infractions commises;
- 7° les date et lieu de rédaction du procès-verbal, le lien éventuel avec d’autres procès-verbaux, et, le cas échéant, l’inventaire des annexes.

Le Gouvernement peut déterminer des règles générales de forme qui sont applicables aux procès-verbaux constatant une infraction.

Art. 39 – Communication du procès-verbal

Le procès-verbal constatant une infraction est transmis au ministère public ainsi qu'au Gouvernement dans un délai de quatorze jours prenant cours le lendemain du jour de la constatation du dernier élément constitutif de l'infraction.

Une copie du procès-verbal est notifiée à l'auteur présumé de l'infraction par envoi dument daté. À défaut, ceux-ci ont, à tout moment, le droit d'obtenir une copie auprès de l'inspecteur social qui a dressé le procès-verbal.

Art. 40 – Force probante particulière

Les procès-verbaux dressés par les inspecteurs sociaux font foi jusqu'à preuve du contraire pour autant qu'une copie en soit transmise à l'auteur présumé de l'infraction et, le cas échéant, à son employeur, dans un délai de quatorze jours prenant cours le lendemain du jour de la constatation du dernier élément constitutif de l'infraction.

Lorsque l'auteur présumé de l'infraction ou l'employeur ne peut pas être identifié le jour de la constatation de l'infraction, le délai de quatorze jours commence à courir le jour où l'auteur présumé de l'infraction a pu être identifié de façon certaine par les inspecteurs sociaux.

Pour l'application du délai mentionné à l'alinéa 1^{er}, l'avertissement, la fixation d'un délai pour se mettre en ordre ou l'adoption d'une des mesures mentionnées au chapitre 2, section 2, n'emportent pas la constatation de l'infraction.

Art. 41 – Étendue de la force probante particulière pour les autres services d'inspection

Les constatations matérielles faites dans un procès-verbal constatant une infraction par les inspecteurs sociaux d'un service d'inspection peuvent être utilisées, avec leur force probante particulière, par les inspecteurs sociaux du même service, des autres services d'inspection ou par les fonctionnaires et agents chargés du contrôle du respect d'une autre législation.

Section 3 – Échange électronique d'informations dans le cadre de l'e-PV

Art. 42 – Échange d'informations dans le cadre de l'e-PV

§ 1^{er} – L'échange électronique d'informations dans le cadre de l'e-PV a lieu conformément aux dispositions du règlement général sur la protection des données, de la loi du 15 janvier 1990 relative à l'institution et à l'organisation d'une Banque-carrefour de la Sécurité sociale et de la loi du 30 juillet 2018 relative à la protection des personnes physiques à l'égard des traitements de données à caractère personnel.

§ 2 – Lors du traitement de données à caractère personnel en application de la présente section, les numéros d'identification mentionnés à l'article 8, § 1^{er}, de la loi du 15 janvier 1990 relative à l'institution et à l'organisation d'une Banque-carrefour de la Sécurité sociale sont utilisés.

Art. 43 – e-PV

En vue de l'échange électronique d'informations mentionné à l'article 42, les inspecteurs sociaux établissent leurs procès-verbaux de constatation d'infractions de manière électronique au moyen de l'application informatique conçue à cette fin conformément au modèle uniforme mentionné à

l'article 100/2 du Code pénal social et déterminé par le comité de gestion mentionné à l'article 100/8 du même code.

Art. 44 – Signature électronique

L'e-PV est signé par son ou ses auteurs au moyen d'une signature électronique qualifiée au sens de l'article 2, 6°, du décret du 15 octobre 2018 relatif à la communication électronique, publique et adressée aux particuliers, des autorités de la région de langue allemande.

Pour l'application de la présente section, sans préjudice des articles 8.18 et suivants du Code civil, l'e-PV qui a été signé de manière électronique par son ou ses auteurs, conformément à l'alinéa 1^{er}, est assimilé à un procès-verbal sur support papier signé au moyen d'une signature manuscrite.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, le Gouvernement peut prévoir que l'e-PV, établi conformément à l'article 42, § 1^{er}, dans les conditions, selon les modalités et, le cas échéant, pour la durée qu'il fixe, est rédigé sur support papier et est signé au moyen d'une signature manuscrite.

Chapitre 5 – Amendes administratives

Section 1^{re} – Poursuite administrative des infractions

Art. 45 – Priorité des poursuites pénales

Les infractions aux dispositions légales, décrétales et réglementaires mentionnées à l'article 4 pour lesquelles le contrevenant ne s'expose pas à des poursuites pénales font l'objet d'une amende administrative.

Les infractions pour lesquelles le contrevenant s'expose à des poursuites pénales font l'objet d'une amende administrative, à moins qu'elles ne donnent lieu, à l'initiative du ministère public :

- 1° à des poursuites pénales même si un acquittement les clôturait;
- 2° à l'extinction de l'action publique moyennant le paiement d'une somme d'argent;
- 3° à une médiation mentionnée à l'article 216^{ter} du Code d'instruction criminelle;
- 4° à une action mentionnée à l'article 138^{bis}, § 2, alinéa 1^{er}, du Code judiciaire.

L'application d'une amende administrative est exclue dans les cas mentionnés à l'alinéa 2, 1° à 4°.

Le Gouvernement inflige les amendes administratives.

Art. 46 – Notification

Le ministère public notifie au Gouvernement, dans un délai de six mois, sa décision d'appliquer ou non l'une des procédures mentionnées à l'article 45, alinéa 2, 1° à 4°.

Art. 47 – Transmission des pièces de procédure

Si le ministère public renonce à engager l'une des procédures mentionnées à l'article 45, alinéa 2, 1° à 4°, il envoie au Gouvernement les pièces de procédure ainsi que, le cas échéant, les pièces de procédure de l'enquête complémentaire.

Lorsque le ministère public renonce à engager l'une des procédures mentionnées à l'article 45, alinéa 2, 1° à 4°, ou si le ministère public n'a pas pris de décision dans un délai de six mois à compter

du jour de la réception du procès-verbal de constatation de l'infraction, le Gouvernement décide s'il y a lieu d'entamer la procédure d'amende administrative.

Art. 48 – Renseignements complémentaires

Le Gouvernement peut requérir des administrations compétentes ou des institutions ou services publics compétents les renseignements administratifs nécessaires pour disposer de tous les éléments lui permettant de décider en pleine connaissance de cause des suites à donner au dossier qu'il traite.

À cette fin, tous les services de l'État, y compris les parquets, les greffes des cours et tribunaux, les inspections sociales et la police, tous les services des provinces, des agglomérations, des fédérations de communes, des communes, des associations dont elles font partie, des institutions publiques qui en dépendent, ainsi que de toutes les institutions publiques et les institutions coopérantes de sécurité sociale, sont tenus, vis-à-vis du Gouvernement et à sa demande, de lui fournir tout renseignement, ainsi que de lui produire des copies, sous n'importe quelle forme, de tous les supports d'information afin qu'il dispose de tous les éléments lui permettant de décider en toute connaissance de cause des suites à donner au dossier qu'il traite.

Les services précités sont tenus de fournir sans frais ces renseignements et copies.

Toutefois, les renseignements recueillis à l'occasion de l'exécution de devoirs prescrits par l'autorité judiciaire ne peuvent être communiqués qu'avec l'autorisation expresse de celle-ci.

Section 2 – Moyens de défense

Art. 49 – Invitation à présenter des moyens de défense

Le contrevenant est invité, au moyen d'une notification par envoi dument daté, à présenter ses moyens de défense.

Cette invitation communique les informations suivantes :

- 1° les références du procès-verbal constatant l'infraction et relatant les faits à propos desquels la procédure a été entamée;
- 2° la mention du droit pour le contrevenant d'exposer ses moyens de défense par écrit ou oralement dans un délai de trente jours à compter du jour de la notification par envoi dument daté;
- 3° la mention du droit de se faire assister d'un conseil;
- 4° les adresses postale et électronique du Gouvernement, à des fins de consultation du dossier ainsi que les heures d'ouverture au cours desquelles le contrevenant est en droit de consulter celui-ci, et en vue de la présentation des moyens de défense;
- 5° la mention du droit pour le contrevenant ou pour son conseil d'obtenir une copie du dossier.

Si le contrevenant a omis de retirer la lettre recommandée ou d'ouvrir le recommandé électronique, le Gouvernement peut encore lui envoyer, par pli ordinaire, à titre informatif, une seconde invitation à présenter ses moyens de défense. Cette seconde invitation ne fait pas courir un nouveau délai de trente jours pour introduire des moyens de défense.

Art. 50 – Présentation

Les moyens de défense peuvent être présentés par écrit, y compris par courrier électronique, ou exposés oralement, sur demande de rendez-vous préalable, auprès du Gouvernement.

Art. 51 – Consultation du dossier et copie

Le Gouvernement met à la disposition du contrevenant ou de son conseil, à des fins de consultation sur place, le dossier relatif aux infractions pouvant donner lieu à l'application de l'amende administrative et l'autorise, sur demande, à réaliser une copie des pièces du dossier.

Les frais des copies sont à la charge du contrevenant selon les modalités fixées par le Gouvernement.

Section 3 – Infliction de l'amende administrative

Art. 52 – Imposition

§ 1^{er} – L'amende administrative peut être infligée uniquement au contrevenant, et ce, même si l'infraction a été commise par un préposé ou un mandataire, sauf s'il peut démontrer qu'il n'a commis aucune faute, parce qu'il a pris toutes les mesures en son pouvoir pour empêcher que l'élément matériel de l'infraction se réalise.

§ 2 – L'amende administrative ne peut pas être infligée avant l'échéance du délai prévu à l'article 49, à moins que la défense écrite ou orale du contrevenant ne soit présentée avant la fin du délai précité.

Art. 53 – Décision

La décision infligeant l'amende administrative est motivée.

Elle constitue une injonction de payer l'amende et contient, entre autres, les considérations de droit et de fait pour, d'une part, répondre aux moyens de défense présentés et, d'autre part, motiver le montant de l'amende administrative.

Elle comprend, en outre, notamment les éléments suivants :

- 1° les dispositions qui lui servent de base légale;
- 2° les références du procès-verbal constatant l'infraction et relatant les faits à propos desquels la procédure a été entamée;
- 3° la date de l'invitation à présenter des moyens de défense;
- 4° le montant de l'amende administrative, éventuellement majoré des frais de procédure administrative déterminés selon les modalités fixées par le Gouvernement;
- 5° les dispositions de l'article 58 relatif au paiement de l'amende;
- 6° la disposition de l'article 56 relatif au recours contre la décision.

Art. 54 – Notification de la décision

La décision mentionnée à l'article 53 est notifiée au contrevenant par envoi dument daté en même temps qu'une invitation à acquitter l'amende dans le délai mentionné à l'article 58.

La décision d'imposer une amende administrative a force exécutoire à l'expiration d'un délai de trente jours à compter du jour de sa notification, sauf en cas de recours conformément à l'article 56.

Si le contrevenant a omis de retirer la lettre recommandée ou d'ouvrir le recommandé électronique, le Gouvernement peut lui envoyer, par pli ordinaire, à titre informatif, une copie de la

décision. Ce deuxième envoi ne fait pas courir un nouveau délai de trente jours pour l'obtention de la force exécutoire et pour l'introduction du recours mentionné à l'article 56.

Art. 55 – Modalités supplémentaires

Le Gouvernement peut déterminer des modalités supplémentaires relatives à la décision et à la procédure infligeant une amende administrative.

Art. 56 – Recours

Le contrevenant peut déposer un recours par voie de demande écrite introduite auprès du tribunal du travail dans les trente jours à compter de la notification de la décision. La demande énumère l'identité et l'adresse du contrevenant, la désignation de la décision attaquée ainsi que les griefs correspondants.

Le tribunal du travail juge de la légalité et de la proportionnalité de l'amende imposée. Il peut confirmer ou modifier la décision du Gouvernement.

Le recours suspend l'exécution de la décision.

La décision du tribunal du travail n'est pas susceptible d'appel.

Art. 57 – Prescription de l'imposition

L'amende administrative ne peut plus être infligée cinq ans après la constatation de l'infraction.

Toutefois, les actes d'instruction ou de poursuites, y compris les notifications des décisions du ministère public d'intenter des poursuites pénales ou de ne pas poursuivre et l'invitation au contrevenant à présenter des moyens de défense, accomplis dans le délai déterminé à l'alinéa 1^{er}, interrompent ce délai de prescription. Ces actes font courir un nouveau délai d'égale durée, y compris à l'égard des personnes qui n'y sont pas impliquées.

Section 4 - Paiement et recouvrement

Art. 58 – Paiement et délai de paiement

L'amende administrative est perçue au profit de la Communauté germanophone.

Elle est payée dans un délai de trente jours suivant le jour où la décision a acquis force exécutoire, par versement ou virement sur un compte du Gouvernement, au moyen d'un bulletin de versement ou de virement.

Le paiement de l'amende met fin à l'action du Gouvernement.

Le Gouvernement peut compléter les modalités de paiement de l'amende administrative et les procédures y afférentes.

Art. 59 – Recouvrement

Le Gouvernement désigne les personnes chargées du recouvrement des amendes administratives non contestées et exigibles ainsi que des éventuels frais de recouvrement occasionnés.

Les personnes mentionnées à l'alinéa 1^{er} sont habilitées à :

- 1° établir la contrainte;
- 2° viser la contrainte, la déclarer exécutoire et la signifier au contrevenant par huissier de justice;
- 3° octroyer un sursis de paiement ou un échelonnement aux débiteurs qui peuvent justifier d'une situation particulièrement précaire.

Le Gouvernement peut compléter les modalités de recouvrement de l'amende administrative et les procédures y afférentes.

Art. 60 – Prescription du recouvrement

L'action en recouvrement de l'amende administrative se prescrit par dix ans à dater du jour où la décision du Gouvernement n'est plus susceptible de recours.

Ce délai de prescription peut être interrompu soit tel que prévu par les articles 2244 et suivants du Code civil, soit par une renonciation à la prescription acquise. En cas d'interruption de la prescription, une nouvelle, susceptible d'être interrompue de la même manière, est acquise dix ans après le dernier acte interruptif de la précédente prescription, sauf s'il y a instance en justice.

Section 5 – Dispositions diverses

Art. 61 – Communication des décisions aux inspecteurs sociaux

Toute décision sur l'action publique ou relative à une amende administrative du chef d'infraction aux dispositions légales, décrétales et réglementaires mentionnées à l'article 4 sera portée, à leur demande, à la connaissance des inspecteurs sociaux qui ont dressé le procès-verbal.

La communication d'une telle décision aux inspecteurs sociaux est faite à la diligence, selon le cas, de l'organe du ministère public qui l'a prise, du greffier du tribunal de première instance, de la cour d'appel qui l'a prononcée ou du Gouvernement.

Art. 62 – Décimes additionnels

Les décimes additionnels mentionnés à l'article 1^{er}, alinéa 1^{er}, de la loi du 5 mars 1952 relative aux décimes additionnels sur les amendes pénales s'appliquent aussi aux amendes administratives mentionnées dans le présent décret.

Le Gouvernement indique dans sa décision la majoration en vertu de la loi précitée ainsi que le chiffre qui résulte de cette majoration.

Art. 63 – Concours matériel et idéal d'infractions et concours par unité d'intention

§ 1^{er} – En cas de concours de plusieurs infractions, les montants des amendes administratives sont cumulés sans qu'ils puissent cependant excéder le double du maximum de l'amende administrative la plus élevée.

§ 2 – Quand un même fait constitue plusieurs infractions ou lorsque différentes infractions soumises simultanément au Gouvernement constituent la manifestation successive et continue de la même intention délictueuse, l'amende administrative la plus forte est seule infligée.

§ 3 – Quand le Gouvernement constate que des infractions ayant antérieurement fait l'objet d'une décision infligeant une amende administrative définitive et d'autres faits dont il est saisi et qui, à les

supposer établis, sont antérieurs à ladite décision et constituent avec les premières infractions la manifestation successive et continue de la même intention délictueuse, il tient compte, pour la fixation de l'amende administrative, des amendes administratives déjà infligées. Si celles-ci lui paraissent suffire à une juste répression de l'ensemble des infractions, il se prononce sur la culpabilité et renvoie dans sa décision aux amendes administratives déjà infligées. Le total des amendes administratives infligées en application du présent article ne peut excéder le maximum de l'amende administrative la plus forte.

Art. 64 – Effacement

Pour la détermination du montant de l'amende administrative, il ne peut être tenu compte d'une décision infligeant une amende administrative adoptée trois ans ou plus avant les faits. Ce délai de trois ans commence à courir au moment où la décision est devenue exécutoire ou lorsque la décision judiciaire statuant sur le recours du contrevenant est coulée en force de chose jugée.

Art. 65 – Circonstances atténuantes

S'il existe des circonstances atténuantes, l'amende administrative peut être réduite au-dessous du montant minimum porté par la loi, sans qu'elle puisse être inférieure à 40 % du montant minimum prescrit.

Art. 66 – Sursis

§ 1^{er} – Le Gouvernement peut décider qu'il est sursis à l'exécution de la décision infligeant une amende administrative, en tout ou en partie, pour autant que, durant les cinq années qui précèdent la nouvelle infraction :

1° le contrevenant ne se soit pas vu infliger une amende administrative de 25 à 250 euros, de 50 à 500 euros ou de 300 à 3 000 euros;

2° le contrevenant n'ait pas été condamné à une amende pénale de 50 à 500 euros, de 100 à 1 000 euros, de 600 à 6 000 euros ou à une peine d'emprisonnement de six mois à trois ans.

Une amende administrative ou une sanction pénale infligée ou prononcée antérieurement pour des faits unis par une même intention délictueuse ne fait pas obstacle à l'octroi d'un sursis.

§ 2 – Le Gouvernement accorde le sursis par la même décision que celle par laquelle il inflige l'amende.

§ 3 – Le délai d'épreuve ne peut pas être inférieur à une année ni excéder trois années, à compter de la date de la notification de la décision infligeant l'amende administrative ou à dater du jugement ou de l'arrêt coulé en force de chose jugée.

§ 4 – Le sursis est révoqué de plein droit en cas de nouvelle infraction commise pendant le délai d'épreuve et ayant entraîné l'application d'une amende administrative dont le montant maximum est supérieur au montant maximum de l'amende administrative antérieurement assortie du sursis.

§ 5 – Le sursis peut être révoqué en cas de nouvelle infraction commise pendant le délai d'épreuve et ayant entraîné l'application d'une amende administrative d'un niveau égal ou inférieur à celui de l'amende administrative antérieurement assortie du sursis.

§ 6 – Afin de comparer le niveau des amendes mentionnées aux §§ 4 et 5, il n'y a pas lieu de multiplier celles-ci par le nombre de travailleurs concernés. Afin de déterminer si une infraction est d'un niveau inférieur, du même niveau ou d'un niveau supérieur, les montants maximaux des amendes administratives prévues pour ces infractions doivent être comparés.

§ 7 – Le sursis est révoqué dans la même décision que celle par laquelle est infligée l’amende administrative pour la nouvelle infraction commise pendant le délai d’épreuve.

La mention de la révocation du sursis dans la décision se fait tant lorsque la révocation a lieu de plein droit que dans le cas où elle est laissée à l’appréciation du Gouvernement.

§ 8 – L’amende administrative qui devient exécutoire par suite de la révocation du sursis est cumulée sans limite avec celle infligée du chef de la nouvelle infraction.

§ 9 – En cas de recours contre la décision infligeant une amende administrative, le juge ne peut pas révoquer le sursis accordé par le Gouvernement. Il peut cependant accorder le sursis lorsque le Gouvernement l’a refusé.

Art. 67 – Mineurs

§ 1^{er} – Le présent article n’est pas applicable aux mineurs âgés de moins de seize ans au moment des faits.

§ 2 – Lorsque la procédure visant à infliger une amende administrative est entamée à l’encontre d’une personne de moins de dix-huit ans, la notification par envoi dument daté mentionnée à l’article 49 est adressée au mineur ainsi qu’à ses pères et mères, tuteurs ou personnes qui en ont la garde. Ces parties disposent des mêmes droits que le contrevenant.

Le Gouvernement en avise le bâtonnier de l’ordre des avocats afin de permettre au mineur d’être assisté d’un avocat. Cet avis est envoyé en même temps que la notification par envoi dument daté mentionnée à l’alinéa 1^{er}.

Le bâtonnier ou le bureau d’aide juridique procède à la désignation d’un avocat au plus tard dans les deux jours ouvrables à compter de cet avis.

Une copie de l’avis informant le bâtonnier de la saisine est jointe au dossier de la procédure.

Lorsqu’il y a conflit d’intérêts, le bâtonnier ou le bureau d’aide juridique vérifie que l’intéressé est assisté par un avocat autre que celui auquel ont eu recours ses pères et mères, tuteurs ou personnes qui en ont la garde.

§ 3 – Lorsque le contrevenant est mineur, la décision mentionnée à l’article 53 ou celle de classer le dossier sans suite, est notifiée, accompagnée du procès-verbal d’audition au mineur ainsi qu’à ses pères, mères, tuteurs ou personnes qui en ont la garde et à son conseil.

Les pères et mères, tuteurs ou personnes qui ont la garde du mineur sont civilement responsables du paiement de l’amende.

§ 4 – Lorsque le contrevenant est un mineur ayant atteint l’âge de seize ans accomplis, le recours est introduit par requête gratuite auprès du tribunal de la jeunesse. Dans ce cas, le recours peut également être introduit par les pères et mères, tuteurs ou personnes qui en ont la garde.

Le tribunal de la jeunesse demeure compétent si le contrevenant est majeur au moment où il se prononce.

Art. 68 – Obstacle au contrôle

§ 1^{er} – Est puni d’une peine d’emprisonnement de six mois à trois ans et d’une amende pénale de 600 à 6 000 euros ou d’une de ces peines seulement ou d’une amende administrative de 300 à 3 000 euros, quiconque fait obstacle au contrôle organisé en vertu du présent décret et de ses arrêtés d’exécution.

La sanction mentionnée à l’alinéa 1^{er} n’est pas d’application aux infractions à l’article 18 du présent décret.

L’amende est multipliée par le nombre de travailleurs concernés.

§ 2 – Les subventions, indemnités ou allocations peuvent être suspendues si l’employeur, son préposé ou son mandataire fait obstacle au contrôle de l’affectation de subventions, d’indemnités ou d’allocations, organisé en vertu du présent décret et de ses arrêtés d’exécution.

La suspension mentionnée à l’alinéa 1^{er} s’applique également pour une demande d’obtention de subventions, d’indemnités ou d’allocations.

§ 3 – Le Gouvernement peut déterminer les modalités ainsi que la procédure pour la suspension, la cessation ou le recouvrement des subventions, indemnités ou allocations.

§ 4 – Le Gouvernement peut suspendre, dans les cas et selon les modalités qu’il a fixés, le traitement des demandes d’obtention de subventions, d’indemnités ou d’allocations qui sont versées par la Communauté germanophone, et ce, aussi longtemps qu’un contrôle des inspecteurs sociaux à l’encontre de la même personne physique ou morale est en cours.

Sont assimilés, pour l’application de l’alinéa 1^{er}, à la personne morale, la personne morale qui introduit une demande et contre laquelle aucun contrôle n’est en cours, mais dans laquelle siègent des administrateurs, ou sont présents des gérants, des mandataires ou des personnes compétentes pour engager l’entreprise, et qui disposent d’une de ces qualités dans la personne morale contre laquelle un contrôle est en cours.

En cas de suspension du traitement de la demande, les délais déterminés dans les dispositions légales, décrétales et réglementaires sont prolongés de la durée du contrôle.

Art. 69 – Non-respect de l’apposition de documents

Est puni d’une amende pénale de 50 à 500 euros ou d’une amende administrative de 25 à 250 euros, l’employeur, son préposé ou son mandataire qui n’observe pas, dans les délais fixés par les inspecteurs sociaux, l’ordre donné par ces derniers d’apposer les documents mentionnés à l’article 30.

Art. 70 – Non-respect des mesures de saisie prescrites

Est puni d’une peine d’emprisonnement de six mois à trois ans et d’une amende pénale de 600 à 6 000 euros ou d’une de ces peines seulement ou d’une amende administrative de 300 à 3 000 euros, l’employeur, son préposé ou son mandataire qui n’observe pas les mesures prescrites en exécution des articles 25 et 26.

Art. 71 – Utilisation des informations obtenues lors de la consultation du dossier

Tout usage d'informations obtenues après consultation du dossier mentionnée à l'article 51 ou après obtention d'une copie de celui-ci, qui a eu pour but ou pour effet d'entraver le déroulement de l'instruction, de porter atteinte à la vie privée, à l'intégrité physique ou morale ou aux biens d'une personne citée dans le dossier est puni d'une amende pénale de 50 à 500 euros ou d'une amende administrative de 25 à 250 euros.

Art. 72 – Faux et usage de faux en écriture

Aux fins de l'application du présent décret et de ses arrêtés d'exécution ainsi que des dispositions légales, décrétales et réglementaires mentionnées à l'article 4, est puni d'une peine d'emprisonnement de six mois à trois ans et d'une amende pénale de 600 à 6 000 euros ou d'une de ces peines seulement ou d'une amende administrative de 300 à 3 000 euros, quiconque, dans le but d'obtenir ou de faire obtenir, ou de conserver ou de faire conserver un avantage financier ou personnel indu :

1° a commis un faux en écriture, soit par fausses signatures, soit par contrefaçon ou altération d'écritures ou de signatures, soit par fabrication de conventions, dispositions, obligations ou décharges ou par leur insertion dans un acte, soit par addition ou altération de clauses, de déclarations ou de faits que cet acte avait pour objet de recevoir ou de constater;

2° a fait usage d'un acte faux ou d'une pièce fausse;

3° a commis un faux en introduisant, modifiant ou effaçant dans un système informatique des données enregistrées, traitées ou transmises par voie informatique ou en modifiant, avec d'autres moyens technologiques, l'éventuelle utilisation des données dans un système informatique, ce qui a modifié la portée juridique de ces données;

4° a fait usage des données ainsi obtenues, tout en sachant qu'elles ont été falsifiées.

Lorsque les infractions mentionnées à l'alinéa 1^{er} ont été commises par l'employeur, son préposé ou son mandataire dans le but de faire obtenir ou de faire conserver un avantage financier ou personnel auquel le travailleur n'a pas droit, l'amende est multipliée par le nombre de travailleurs concernés.

Art. 73 – Déclarations inexactes ou incomplètes

§ 1^{er} – Aux fins de l'application du présent décret et de ses arrêtés d'exécution ainsi que des dispositions légales, décrétales et réglementaires mentionnées à l'article 4, est puni d'une peine d'emprisonnement de six mois à trois ans et d'une amende pénale de 600 à 6 000 euros ou d'une de ces peines seulement ou d'une amende administrative de 300 à 3 000 euros, quiconque a sciemment et volontairement :

1° fait une déclaration inexacte ou incomplète pour obtenir ou faire obtenir, ou pour conserver ou faire conserver un avantage financier ou personnel indu;

2° omis ou refusé de faire une déclaration à laquelle il est tenu ou de fournir les informations qu'il est tenu de donner pour obtenir ou faire obtenir, ou pour conserver ou faire conserver un avantage financier ou personnel indu;

3° reçu un avantage financier ou personnel auquel il n'a pas droit ou n'a que partiellement droit à la suite d'une déclaration mentionnée à l'alinéa 1^{er}, 1°, de l'omission ou du refus de faire une déclaration ou de fournir des informations mentionnées à l'alinéa 1^{er}, 2°, ou d'un acte mentionné à l'article 72.

Lorsque les infractions mentionnées à l'alinéa 1^{er} ont été commises par l'employeur, son préposé ou son mandataire dans le but de faire obtenir ou de faire conserver un avantage financier ou personnel auquel le travailleur n'a pas droit, l'amende est multipliée par le nombre de travailleurs concernés.

§ 2 – Aux fins de l'application du présent décret et de ses arrêtés d'exécution ainsi que des dispositions légales, décrétales et réglementaires mentionnées à l'article 4, est puni d'une peine d'emprisonnement de six mois à trois ans et d'une amende pénale de 600 à 6 000 euros ou d'une de ces peines seulement ou d'une amende administrative de 300 à 3 000 euros, quiconque a, sciemment et volontairement, omis de déclarer ne plus avoir droit à un avantage financier ou personnel, même si ce n'est que partiellement, pour conserver un avantage financier ou personnel indu.

Art. 74 – Fraude

Aux fins de l'application du présent décret et de ses arrêtés d'exécution ainsi que des dispositions légales, décrétales et réglementaires mentionnées à l'article 4, est puni d'une peine d'emprisonnement de six mois à trois ans et d'une amende pénale de 600 à 6 000 euros ou d'une de ces peines seulement ou d'une amende administrative de 300 à 3 000 euros, quiconque, dans le but d'obtenir ou de faire obtenir un avantage financier ou personnel indu, a fait usage de faux noms, de faux titres ou de fausses adresses, ou a recouru à toute autre manœuvre frauduleuse pour faire croire à l'existence d'une fausse personne, d'une fausse entreprise ou de tout autre évènement fictif ou pour abuser d'une autre manière de la confiance.

Lorsque l'infraction mentionnée à l'alinéa 1^{er} a été commise par l'employeur, son préposé ou son mandataire dans le but de faire obtenir ou de faire conserver un avantage financier ou personnel auquel le travailleur n'a pas droit, l'amende est multipliée par le nombre de travailleurs concernés.

Art. 75 – Multiplication

Lorsque l'amende est multipliée par le nombre de travailleurs concernés, la règle vise tant l'amende pénale que l'amende administrative.

L'amende multipliée ne peut excéder le maximum de l'amende multiplié par cent.

Art. 76 – Récidive

En cas de récidive dans les cinq années qui suivent une décision déclarant la culpabilité, une décision infligeant une amende administrative ou une condamnation à une peine d'emprisonnement voire au paiement d'une amende administrative ou pénale, et ce, à la suite d'une infraction aux dispositions légales, décrétales et réglementaires mentionnées à l'article 4, le montant de l'amende administrative peut être porté au double du maximum.

Le délai de cinq ans prend cours le jour où la décision du Gouvernement n'est plus susceptible de recours ou le jour où la décision judiciaire est coulée en force de chose jugée.

Art. 77 – Dispositions pénales

§ 1^{er} – Pour les sanctions pénales, toutes les dispositions du livre I^{er} du Code pénal, le chapitre 5 excepté, sont applicables aux infractions mentionnées dans le présent décret.

L'article 85 du Code pénal est applicable aux infractions mentionnées dans le présent décret sans que le montant de l'amende pénale puisse être inférieur à 40 % des montants minima fixés par le présent décret.

§ 2 – L'employeur est civilement responsable des amendes auxquelles ses préposés ou mandataires ont été condamnés.

Chapitre 7 – Collaboration et échange d'informations

Art. 78 – Communication de renseignements à d'autres institutions

Les inspecteurs sociaux communiquent les renseignements recueillis lors de l'inspection aux personnes ou institutions énumérées ci-après, pour autant que celles-ci soient chargées d'une mission d'intérêt public par ou en vertu d'une loi, d'un décret ou d'une ordonnance, que cette transmission soit nécessaire à l'exécution de la mission d'intérêt public des autorités ou institutions concernées et que cela soit requis pour la réalisation de toutes les missions dans le domaine du contrôle dans les limites de leurs compétences :

- 1° aux institutions publiques et aux institutions coopérantes de sécurité sociale;
- 2° aux inspecteurs des autres services d'inspection;
- 3° à tous les autres fonctionnaires et agents chargés du contrôle d'autres dispositions légales, décrétales et réglementaires.

Il y a obligation de communiquer ces renseignements lorsque les personnes ou institutions mentionnées à l'alinéa 1^{er}, 1° à 3°, les demandent.

Toutefois, les renseignements recueillis à l'occasion de l'exécution de devoirs prescrits par l'autorité judiciaire ne peuvent être communiqués qu'avec l'autorisation de celle-ci.

Art. 79 – Communication de renseignements par d'autres institutions

Sans préjudice de l'article 44/1 de la loi du 5 août 1992 sur la fonction de police, les services ou institutions énumérés ci-après sont tenus, vis-à-vis des inspecteurs sociaux et à leur demande, de leur fournir tous les renseignements que ces derniers estiment utiles au contrôle du respect des dispositions légales, décrétales et réglementaires mentionnées à l'article 4 :

- 1° tous les services de l'État, y compris les parquets et les greffes des cours et de toutes les juridictions;
- 2° tous les services des communautés, des régions, des provinces et des communes;
- 3° les associations dont les communautés, les régions, les provinces et les communes font partie;
- 4° les institutions publiques qui dépendent des communautés, des régions, des provinces et des communes;
- 5° toutes les institutions publiques et les institutions coopérantes de sécurité sociale.

Les services et institutions énumérés à l'alinéa 1^{er} sont tenus de produire à l'intention des inspecteurs sociaux, pour qu'ils puissent en prendre connaissance, tous les supports d'information et de leur en fournir des extraits, des duplicatas, des impressions, des listages, des copies ou des photocopies.

Tous les services du Gouvernement et les organismes d'intérêt public qui en dépendent fournissent sans frais ces renseignements, extraits, duplicatas, impressions, listages, copies ou photocopies, pour autant qu'il s'agisse d'une demande motivée et proportionnée.

Toutefois, les supports d'information ou renseignements recueillis à l'occasion de l'exécution de devoirs prescrits par l'autorité judiciaire ne peuvent être communiqués qu'avec l'autorisation de celle-ci.

Art. 80 – Utilisation des renseignements obtenus

Les personnes ou institutions énumérées ci-après peuvent utiliser les renseignements obtenus sur la base des articles 78 ou 79 pour l'exercice de toutes les missions concernant le contrôle dont elles sont chargées :

- 1° les institutions publiques et les institutions coopérantes de sécurité sociale;
- 2° les inspecteurs sociaux;
- 3° les inspecteurs des autres services d'inspection;
- 4° tous les autres fonctionnaires et agents chargés du contrôle d'autres dispositions légales, décrétales et réglementaires.

Art. 81 – Collecte d'informations en présence des services d'inspection des autres entités fédérées

Le Gouvernement peut également, en exécution d'un accord de coopération conclu avec les gouvernements des autres régions, autoriser sur le champ de compétence territoriale de la Communauté germanophone la présence de fonctionnaires et agents de l'inspection de l'emploi d'une autre région en vue de recueillir tous renseignements qui peuvent être utiles à l'exercice du contrôle dont ils sont chargés.

Les renseignements recueillis sur le champ de compétence territoriale d'une autre région par des inspecteurs sociaux dans le cadre d'un accord conclu avec les gouvernements des autres régions peuvent être utilisés dans les mêmes conditions que les renseignements recueillis sur le territoire de la Communauté germanophone par les inspecteurs sociaux visés par le présent décret.

Art. 82 - Échange d'informations et collaboration avec d'autres pays

Les inspecteurs sociaux peuvent échanger avec les inspections du travail des autres États membres de l'Organisation internationale du travail, où la convention n° 81 relative à l'inspection du travail dans l'industrie et le commerce, approuvée par la loi du 29 mars 1957, est en vigueur, tous renseignements qui peuvent être utiles pour l'exercice du contrôle dont chacun d'entre eux est chargé.

Les renseignements reçus des inspections du travail des autres États membres de l'Organisation internationale du travail sont utilisés dans les mêmes conditions que les renseignements similaires recueillis directement par les inspecteurs sociaux.

Les renseignements destinés aux inspections du travail de ces États membres sont recueillis par les inspecteurs sociaux dans les mêmes conditions que les renseignements similaires destinés à l'exercice du contrôle dont ils sont chargés eux-mêmes.

Les autorités compétentes de la Communauté germanophone peuvent également, en exécution d'un accord conclu avec les autorités compétentes d'un État membre de l'Organisation internationale du travail, autoriser sur le territoire de la Communauté germanophone la présence de fonctionnaires et d'agents des services d'inspection de cet État membre en vue de recueillir tous renseignements qui peuvent être utiles à l'exercice du contrôle dont ils sont chargés.

Les renseignements recueillis à l'étranger par un inspecteur social, dans le cadre d'un accord conclu avec un État membre de l'Organisation internationale du travail, peuvent être utilisés dans les mêmes conditions que les renseignements recueillis sur le territoire de la Communauté germanophone par les inspecteurs sociaux.

En exécution de l'accord mentionné à l'alinéa 5, le Gouvernement peut recourir à d'autres formes d'assistance réciproque et de collaboration avec les inspections du travail des autres États membres de l'Organisation internationale du travail.

Les dispositions des alinéas 1^{er} à 6 sont également applicables aux accords conclus en matière d'échange d'informations entre les autorités compétentes de la Communauté germanophone et les autorités compétentes des États non-signataires de la Convention internationale n° 81 relative à l'inspection du travail dans l'industrie et le commerce approuvée par la loi du 29 mars 1957.

Chapitre 8 – Confidentialité et protection des données

Art. 83 – Confidentialité

Sans préjudice de dispositions légales, décrétales et réglementaires contraires, le Gouvernement, les inspecteurs sociaux ainsi que les autres personnes parties prenantes à l'exécution du présent décret et de ses arrêtés d'exécution sont tenus de traiter confidentiellement les données qui leur sont confiées dans le cadre de l'exercice de leur mission.

Art. 84 – Traitement des données à caractère personnel

Le Gouvernement est réputé responsable du traitement au sens de l'article 4, 7), du règlement général sur la protection des données.

Le Gouvernement, les inspecteurs sociaux ainsi que les autres personnes parties prenantes à l'exécution du présent décret et de ses arrêtés d'exécution traitent des données à caractère personnel en vue d'exercer les missions fixées par le présent décret et ses arrêtés d'exécution. Ils ne peuvent utiliser les données collectées à d'autres fins que celles de l'exercice de ces missions.

Le traitement des données à caractère personnel s'opère dans le respect des dispositions légales applicables en matière de protection des données.

Le Gouvernement prend les mesures techniques et organisationnelles nécessaires pour garantir la sécurité des données traitées.

Art. 85 – Catégories de données

Le Gouvernement, les inspecteurs sociaux ainsi que les autres personnes parties prenantes à l'exécution du présent décret et de ses arrêtés d'exécution peuvent traiter toutes les données à caractère personnel appropriées, utiles et proportionnées conformément à l'article 84, alinéa 2, relevant des catégories de données suivantes :

1° concernant l'auteur potentiel d'une infraction :

- a) les données relatives à l'identité et à la date de naissance ainsi que les données de contact;
- b) le numéro de registre national;
- c) les données relatives à l'enquête dont il fait l'objet concernant les faits et constatations qui ont pour objet la surveillance des dispositions légales, décrétales et réglementaires mentionnées à l'article 4;
- d) les données relatives aux procès-verbaux dressés à son encontre constatant les infractions aux dispositions légales, décrétales et réglementaires mentionnées à l'article 4;
- e) les données relatives aux poursuites pénales ou à la poursuite administrative engagées à son encontre en raison d'infractions aux dispositions légales, décrétales et réglementaires mentionnées à l'article 4;
- f) les données relatives à l'activité professionnelle;
- g) le statut d'immigration;
- h) les données judiciaires en raison d'infractions aux dispositions légales, décrétales et réglementaires mentionnées à l'article 4;

2° concernant toute autre personne qui intervient dans le cadre d'une procédure d'enquête :

- a) les données relatives à l'identité et à la date de naissance ainsi que les données de contact;
- b) le numéro de registre national;
- c) les données relatives à l'activité professionnelle;

Les données mentionnées à l'alinéa 1^{er}, 1°, d) et e), ne peuvent être traitées que si elles présentent une utilité pour la détermination de la récidive.

Sur avis de l'Autorité de protection des données, le Gouvernement peut élargir les catégories de données mentionnées à l'alinéa 1^{er}.

Art. 86 – Utilisation de données pour établir des analyses et des rapports

En application de l'article 89.1 du règlement (UE) 2016/679 du Parlement européen et du Conseil du 27 avril 2016 relatif à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données, et abrogeant la directive 95/46/CE, le Gouvernement recourt, en principe, de préférence à des données anonymes pour établir des analyses et rapports en ce qui concerne l'application du présent décret et de ses arrêtés d'exécution.

Si les données anonymes mentionnées à l'alinéa 1^{er} ne permettent pas d'établir des analyses et rapports détaillés, le recours à des données à caractère personnel pseudonymisées est autorisé.

Si les données à caractère personnel pseudonymisées mentionnées à l'alinéa 2 ne permettent pas d'établir des analyses et rapports détaillés, le recours à des données à caractère personnel non pseudonymisées est autorisé.

Pour l'application des alinéas 2 et 3, le Gouvernement mentionne dans la déclaration de traitement les raisons pour lesquelles le traitement de données à caractère personnel anonymes ou pseudonymisées, selon le cas, ne permet pas d'établir les analyses et rapports mentionnés à l'alinéa 1^{er} ou 2, selon le cas.

Art. 87 – Durée de la conservation

Sans préjudice d'autres dispositions légales, décrétales et réglementaires, les données mentionnées à l'alinéa 85 ne sont pas conservées plus longtemps que nécessaire pour réaliser les objectifs pour lesquels elles sont traitées sous une forme qui permet l'identification des intéressés, avec une durée maximale de conservation ne pouvant excéder dix ans après la cessation définitive des enquêtes ou des procédures et recours juridictionnels, administratifs et extrajudiciaires qui en découlent.

Art. 88 – Droit d'information

§ 1^{er} - Par dérogation aux articles 13 et 14 du règlement général sur la protection des données, en vue de garantir l'intérêt public, et pour autant que l'article 14, § 5, d), du même règlement ne puisse être invoqué le cas échéant, le droit d'information peut être retardé, limité ou exclu s'agissant des traitements de données à caractère personnel.

Les traitements mentionnés à l'alinéa 1^{er} sont ceux dont la finalité est la préparation, l'organisation, la gestion et le suivi des enquêtes menées par les inspecteurs sociaux, en ce compris les procédures visant à l'application éventuelle d'une amende administrative par le Gouvernement.

Sans préjudice de la conservation nécessaire pour le traitement à des fins archivistiques dans l'intérêt public, à des fins de recherche scientifique ou historique ou à des fins statistiques mentionné à l'article 89 du règlement général sur la protection des données, les données à caractère personnel qui font l'objet de la dérogation mentionnée à l'alinéa 1^{er} ne sont pas conservées plus longtemps que nécessaire au regard des finalités pour lesquelles elles sont traitées, avec une durée maximale de conservation ne pouvant excéder dix ans après la cessation définitive des procédures et recours

juridictionnels, administratifs et extrajudiciaires découlant de la limitation des droits de la personne concernée.

§ 2 – Les dérogations mentionnées au § 1^{er} valent durant la période pendant laquelle la personne concernée fait l'objet d'un contrôle ou d'une enquête ou d'actes préparatoires à ceux-ci, effectués par les inspecteurs sociaux dans le cadre de l'exécution de leurs missions légales ou réglementaires, ainsi que durant la période pendant laquelle le Gouvernement traite le dossier en application du chapitre 5 du présent décret.

Ces dérogations au droit d'information ne sont autorisées que dans la mesure où l'application de ce droit nuirait aux besoins du contrôle, de l'enquête ou des actes préparatoires, ou risquerait de porter atteinte au secret de l'enquête pénale ou à la sécurité des personnes.

La durée des actes préparatoires mentionnés aux alinéas précédents, pendant laquelle les articles 13 et 14 du règlement général sur la protection des données ne sont pas applicables, ne peut excéder un an à partir de la réception d'une demande concernant la communication d'informations à fournir en application de ces articles 13 et 14.

La restriction mentionnée au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, ne vise pas les données qui sont étrangères à l'objet de l'enquête ou du contrôle justifiant le refus ou la limitation d'information.

§ 3 – Dès réception d'une demande de communication d'informations, le responsable du traitement en accuse réception.

Le responsable du traitement informe la personne concernée par écrit, dans les meilleurs délais, et en tout état de cause dans un délai d'un mois à compter de la réception de la demande, de tout refus ou de toute limitation d'information, ainsi que des motifs du refus ou de la limitation. Ces informations concernant le refus ou la limitation peuvent ne pas être fournies lorsque leur communication risque de compromettre l'une des finalités énoncées au § 1^{er}, alinéa 2. Au besoin, ce délai peut être prolongé de deux mois, compte tenu de la complexité et du nombre de demandes. Le responsable du traitement informe la personne concernée de cette prolongation et des motifs du report dans un délai d'un mois à compter de la réception de la demande.

Le responsable du traitement informe la personne concernée des possibilités d'introduire une réclamation auprès de l'Autorité de protection des données et de former un recours juridictionnel.

Le responsable du traitement consigne les motifs de fait ou de droit sur lesquels se fonde la décision. Ces informations sont mises à la disposition de l'Autorité de protection des données.

Lorsque les inspecteurs sociaux ont fait usage de l'exception telle que déterminée au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et à l'exception des situations mentionnées au § 3, alinéa 6, la règle de l'exception est immédiatement levée après la clôture du contrôle ou de l'enquête. Le responsable du traitement en informe la personne concernée sans délai.

Lorsqu'un dossier est transmis à l'autorité judiciaire ou au Gouvernement, les droits de la personne concernée ne sont rétablis qu'après autorisation de l'autorité judiciaire, ou après que la phase judiciaire est terminée, ou, le cas échéant, après que le Gouvernement a pris une décision. Toutefois, les renseignements recueillis à l'occasion de l'exécution de devoirs prescrits par l'autorité judiciaire ne peuvent être communiqués qu'avec l'autorisation expresse de celle-ci.

Art. 89 – Droit d'accès

§ 1^{er} – Par dérogation à l'article 15 du règlement général sur la protection des données, en vue de garantir l'intérêt public, le droit d'accès aux données à caractère personnel peut être retardé, limité entièrement ou partiellement, s'agissant des traitements de données à caractère personnel.

Les traitements mentionnés à l'alinéa 1^{er} sont ceux dont la finalité est la préparation, l'organisation, la gestion et le suivi des enquêtes menées par les inspecteurs sociaux, en ce compris les procédures visant à l'application éventuelle d'une amende administrative par le Gouvernement.

Sans préjudice de la conservation nécessaire pour le traitement à des fins archivistiques dans l'intérêt public, à des fins de recherche scientifique ou historique ou à des fins statistiques mentionné à l'article 89 du règlement général sur la protection des données, les données à caractère personnel qui font l'objet de la dérogation mentionnée à l'alinéa 1^{er} ne sont pas conservées plus longtemps que nécessaire au regard des finalités pour lesquelles elles sont traitées, avec une durée maximale de conservation ne pouvant excéder dix ans après la cessation définitive des procédures et recours juridictionnels, administratifs et extrajudiciaires découlant de la limitation des droits de la personne concernée.

§ 2 – Les dérogations mentionnées au § 1^{er} valent durant la période pendant laquelle la personne concernée fait l'objet d'un contrôle ou d'une enquête ou d'actes préparatoires à ceux-ci, effectués par les inspecteurs sociaux dans le cadre de l'exécution de leurs missions légales ou réglementaires, ainsi que durant la période pendant laquelle le Gouvernement traite son dossier en application du chapitre 5 du présent décret.

Ces dérogations au droit d'accès ne sont autorisées que dans la mesure où l'application de ce droit nuirait aux besoins du contrôle, de l'enquête ou des actes préparatoires, ou risquerait de porter atteinte au secret de l'enquête pénale ou à la sécurité des personnes.

La durée des actes préparatoires mentionnés aux alinéas précédents, pendant laquelle l'article 15 du règlement général sur la protection des données n'est pas applicable, ne peut excéder un an à partir de la réception de la demande introduite en application de l'article 15.

La restriction mentionnée au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, ne vise pas les données qui sont étrangères à l'objet de l'enquête ou du contrôle justifiant le refus ou la limitation d'accès.

§ 3 – Dès réception d'une demande d'accès, le responsable du traitement en accuse réception.

Le responsable du traitement informe la personne concernée par écrit, dans les meilleurs délais, et en tout état de cause dans un délai d'un mois à compter de la réception de la demande, de tout refus ou de toute limitation à son droit d'accès aux données la concernant ainsi que des motifs du refus ou de la limitation. Ces informations concernant le refus ou la limitation peuvent ne pas être fournies lorsque leur communication risque de compromettre l'une des finalités énoncées au § 1^{er}, alinéa 2. Au besoin, ce délai peut être prolongé de deux mois, compte tenu de la complexité et du nombre de demandes. Le responsable du traitement informe la personne concernée de cette prolongation et des motifs du report dans un délai d'un mois à compter de la réception de la demande.

Le responsable du traitement informe la personne concernée des possibilités d'introduire une réclamation auprès de l'Autorité de protection des données et de former un recours juridictionnel.

Le responsable du traitement consigne les motifs de fait ou de droit sur lesquels se fonde la décision. Ces informations sont mises à la disposition de l'Autorité de protection des données.

Lorsque les inspecteurs sociaux ont fait usage de l'exception telle que déterminée au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et à l'exception des situations mentionnées au § 3, alinéa 6, la règle de l'exception est

immédiatement levée après la clôture du contrôle ou de l'enquête. Le responsable du traitement en informe la personne concernée sans délai.

Lorsqu'un dossier est transmis à l'autorité judiciaire ou au Gouvernement, les droits de la personne concernée ne sont rétablis qu'après autorisation de l'autorité judiciaire, ou après que la phase judiciaire est terminée, ou, le cas échéant, après que le Gouvernement a pris une décision. Toutefois, les renseignements recueillis à l'occasion de l'exécution de devoirs prescrits par l'autorité judiciaire ne peuvent être communiqués qu'avec l'autorisation expresse de celle-ci.

Art. 90 – Droit de rectification

§ 1^{er} – Par dérogation à l'article 16 du règlement général sur la protection des données, en vue de garantir l'intérêt public, le droit de rectification peut être retardé, limité ou exclu s'agissant des traitements de données à caractère personnel.

Les traitements mentionnés à l'alinéa 1^{er} sont ceux dont la finalité est la préparation, l'organisation, la gestion et le suivi des enquêtes menées par les inspecteurs sociaux, en ce compris les procédures visant à l'application éventuelle d'une amende administrative par le Gouvernement.

Sans préjudice de la conservation nécessaire pour le traitement à des fins archivistiques dans l'intérêt public, à des fins de recherche scientifique ou historique ou à des fins statistiques mentionné à l'article 89 du règlement général sur la protection des données, les données à caractère personnel qui font l'objet de la dérogation mentionnée à l'alinéa 1^{er} ne sont pas conservées plus longtemps que nécessaire au regard des finalités pour lesquelles elles sont traitées, avec une durée maximale de conservation ne pouvant excéder dix ans après la cessation définitive des procédures et recours juridictionnels, administratifs et extrajudiciaires découlant de la limitation des droits de la personne concernée.

§ 2 – Les dérogations mentionnées au § 1^{er} valent durant la période pendant laquelle la personne concernée fait l'objet d'un contrôle ou d'une enquête ou d'actes préparatoires à ceux-ci, effectués par les inspecteurs sociaux dans le cadre de l'exécution de leurs missions légales ou réglementaires, ainsi que durant la période pendant laquelle le Gouvernement traite son dossier en application du chapitre 5 du présent décret.

Ces dérogations au droit de rectification ne sont autorisées que dans la mesure où l'application de ce droit nuirait aux besoins du contrôle, de l'enquête ou des actes préparatoires, ou risquerait de porter atteinte au secret de l'enquête pénale ou à la sécurité des personnes.

La durée des actes préparatoires mentionnés aux alinéas précédents, pendant laquelle l'article 16 du règlement général sur la protection des données n'est pas applicable, ne peut excéder un an à partir de la réception de la demande introduite en application de cet article 16.

La restriction mentionnée au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, ne vise pas les données qui sont étrangères à l'objet de l'enquête ou du contrôle justifiant le refus ou la limitation de rectification.

§ 3 – Dès réception d'une demande de rectification, le responsable du traitement en accuse réception.

Le responsable du traitement informe la personne concernée par écrit, dans les meilleurs délais, et en tout état de cause dans un délai d'un mois à compter de la réception de la demande, de tout refus ou de toute limitation à son droit de rectification, ainsi que des motifs du refus ou de la limitation. Ces informations concernant le refus ou la limitation peuvent ne pas être fournies lorsque leur communication risque de compromettre l'une des finalités énoncées au § 1^{er}, alinéa 2. Au besoin, ce

délai peut être prolongé de deux mois, compte tenu de la complexité et du nombre de demandes. Le responsable du traitement informe la personne concernée de cette prolongation et des motifs du report dans un délai d'un mois à compter de la réception de la demande.

Le responsable du traitement informe la personne concernée des possibilités d'introduire une réclamation auprès de l'Autorité de protection des données et de former un recours juridictionnel.

Le responsable du traitement consigne les motifs de fait ou de droit sur lesquels se fonde la décision. Ces informations sont mises à la disposition de l'Autorité de protection des données.

Lorsque les inspecteurs sociaux ont fait usage de l'exception telle que déterminée au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et à l'exception des situations mentionnées au § 3, alinéa 6, la règle de l'exception est immédiatement levée après la clôture du contrôle ou de l'enquête. Le responsable du traitement en informe la personne concernée sans délai.

Lorsqu'un dossier est transmis à l'autorité judiciaire ou au Gouvernement, les droits de la personne concernée ne sont rétablis qu'après autorisation de l'autorité judiciaire, ou après que la phase judiciaire est terminée, ou, le cas échéant, après que le Gouvernement a pris une décision. Toutefois, les renseignements recueillis à l'occasion de l'exécution de devoirs prescrits par l'autorité judiciaire ne peuvent être communiqués qu'avec l'autorisation expresse de celle-ci.

Art. 91 – Droit à la limitation du traitement

§ 1^{er} – Par dérogation à l'article 18 du règlement général sur la protection des données, en vue de garantir l'intérêt public, le droit à la limitation du traitement peut être retardé, limité ou exclu s'agissant des traitements de données à caractère personnel.

Les traitements mentionnés à l'alinéa 1^{er} sont ceux dont la finalité est la préparation, l'organisation, la gestion et le suivi des enquêtes menées par les inspecteurs sociaux, en ce compris les procédures visant à l'application éventuelle d'une amende administrative par le Gouvernement.

Sans préjudice de la conservation nécessaire pour le traitement à des fins archivistiques dans l'intérêt public, à des fins de recherche scientifique ou historique ou à des fins statistiques mentionné à l'article 89 du règlement général sur la protection des données, les données à caractère personnel qui font l'objet de la dérogation mentionnée à l'alinéa 1^{er} ne sont pas conservées plus longtemps que nécessaire au regard des finalités pour lesquelles elles sont traitées, avec une durée maximale de conservation ne pouvant excéder dix ans après la cessation définitive des procédures et recours juridictionnels, administratifs et extrajudiciaires découlant de la limitation des droits de la personne concernée.

§ 2 – Les dérogations mentionnées au § 1^{er} valent durant la période pendant laquelle la personne concernée fait l'objet d'un contrôle ou d'une enquête ou d'actes préparatoires à ceux-ci, effectués par les inspecteurs sociaux dans le cadre de l'exécution de leurs missions légales ou réglementaires, ainsi que durant la période pendant laquelle le Gouvernement traite son dossier en application du chapitre 5 du présent décret.

Ces dérogations au droit à la limitation du traitement ne sont autorisées que dans la mesure où l'application de ce droit nuirait aux besoins du contrôle, de l'enquête ou des actes préparatoires, ou risquerait de porter atteinte au secret de l'enquête pénale ou à la sécurité des personnes.

La durée des actes préparatoires mentionnés aux alinéas précédents, pendant laquelle l'article 18 du règlement général sur la protection des données n'est pas applicable, ne peut excéder un an à partir de la réception de la demande introduite en application de cet article 18.

La restriction mentionnée au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, ne vise pas les données qui sont étrangères à l'objet de l'enquête ou du contrôle justifiant le refus ou la limitation au droit à la limitation du traitement.

§ 3 – Dès réception d'une demande de limitation du traitement, le responsable du traitement en accuse réception.

Le responsable du traitement informe la personne concernée par écrit, dans les meilleurs délais, et en tout état de cause dans un délai d'un mois à compter de la réception de la demande, de tout refus ou de toute limitation à son droit à la limitation du traitement des données à caractère personnel la concernant ainsi que des motifs du refus ou de la limitation. Ces informations concernant le refus ou la limitation peuvent ne pas être fournies lorsque leur communication risque de compromettre l'une des finalités énoncées au § 1^{er}, alinéa 2. Au besoin, ce délai peut être prolongé de deux mois, compte tenu de la complexité et du nombre de demandes. Le responsable du traitement informe la personne concernée de cette prolongation et des motifs du report dans un délai d'un mois à compter de la réception de la demande.

Le responsable du traitement informe la personne concernée des possibilités d'introduire une réclamation auprès de l'Autorité de protection des données et de former un recours juridictionnel.

Le responsable du traitement consigne les motifs de fait ou de droit sur lesquels se fonde la décision. Ces informations sont mises à la disposition de l'Autorité de protection des données.

Lorsque les inspecteurs sociaux ont fait usage de l'exception telle que déterminée au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et à l'exception des situations mentionnées au § 3, alinéa 6, la règle de l'exception est immédiatement levée après la clôture du contrôle ou de l'enquête. Le responsable du traitement en informe la personne concernée sans délai.

Lorsqu'un dossier est transmis à l'autorité judiciaire ou au Gouvernement, les droits de la personne concernée ne sont rétablis qu'après autorisation de l'autorité judiciaire, ou après que la phase judiciaire est terminée, ou, le cas échéant, après que le Gouvernement a pris une décision. Toutefois, les renseignements recueillis à l'occasion de l'exécution de devoirs prescrits par l'autorité judiciaire ne peuvent être communiqués qu'avec l'autorisation expresse de celle-ci.

Chapitre 9 – Dispositions finales

Art. 92 – Disposition modificative

Dans l'article 6 de la loi du 19 février 1965 relative à l'exercice, par les étrangers, des activités professionnelles indépendantes, modifié par le décret du 25 avril 2016, l'alinéa 3 est remplacé par ce qui suit :

« L'étranger qui s'est vu refuser la carte professionnelle peut introduire un recours auprès du Gouvernement. Le recours est introduit par envoi recommandé ou par remise contre accusé de réception daté dans le mois suivant la notification de l'envoi recommandé portant notification de la décision de refus.

Il doit être motivé et rédigé dans l'une des trois langues nationales.

Si les dispositions du présent article ne sont pas respectées, le recours est nul. Le Gouvernement peut fixer d'autres modalités concernant la procédure de recours. »

Art. 93 – Disposition modificative

Dans l'article 7 de la même loi, modifié par le décret du 25 avril 2016, l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« L'étranger auquel la carte professionnelle a été retirée peut introduire un recours auprès du Gouvernement. Le recours est introduit par envoi recommandé ou par remise contre accusé de réception daté dans le mois suivant la notification de l'envoi recommandé portant notification de la décision de retrait.

Il doit être motivé et rédigé dans l'une des trois langues nationales.

Si les dispositions du présent article ne sont pas respectées, le recours est nul. Le Gouvernement peut fixer d'autres modalités concernant la procédure de recours. »

Art. 94 – Disposition modificative

L'article 12 de la même loi, modifié en dernier lieu par le décret du 25 avril 2016, est abrogé.

Art. 95 – Disposition modificative

L'article 13 de la même loi, modifié par le décret du 25 avril 2016, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 13 – § 1^{er} – Est puni d'une peine d'emprisonnement de six mois à trois ans et d'une amende pénale de 600 à 6 000 euros ou d'une de ces peines seulement ou d'une amende administrative de 300 à 3 000 euros :

1° l'étranger qui est soumis à l'obligation mentionnée à l'article 1^{er} de la présente loi et qui exerce une activité indépendante sans être titulaire d'une carte professionnelle;

2° l'étranger qui exerce une activité indépendante sans respecter les limites ou les conditions de la carte professionnelle;

3° l'étranger qui exerce une activité indépendante, alors qu'il lui a été ordonné d'arrêter son activité, voire de fermer l'entreprise qu'il exploite. »

§ 2 – Les dispositions du chapitre 5 du décret du ** relatif au contrôle et à la procédure concernant l'imposition d'amendes administratives dans le domaine de la politique de l'emploi sont applicables aux amendes administratives mentionnées au § 1^{er}. »

Art. 96 – Disposition modificative

Dans l'article 14 de la même loi, modifié par le décret du 25 avril 2016, les mots « article 13, 3° à 5° » sont remplacés par les mots « article 13, 2° et 3° ».

Art. 97 – Disposition modificative

Dans l'article 580, 8°, du Code judiciaire, modifié en dernier lieu par le décret du 23 avril 2018, il est inséré un h) rédigé comme suit :

« h) du décret du ** relatif au contrôle et à la procédure concernant l'imposition d'amendes administratives dans le domaine de la politique de l'emploi; »

Art. 98 – Disposition modificative

Dans l'article 10 de la loi du 30 avril 1999 relative à l'occupation des travailleurs étrangers, modifié par le décret du 25 avril 2016, les mots « par lettre recommandée à la poste dans le mois de la notification de la lettre recommandée » sont remplacés par les mots « par envoi recommandé ou par remise contre accusé de réception daté dans le mois suivant la notification de l'envoi recommandé ».

Art. 99 – Disposition modificative

L'article 11 de la même loi, modifié en dernier lieu par la loi du 11 février 2013, est abrogé.

Art. 100 – Disposition modificative

L'article 12 de la même loi, abrogé par la loi du 6 juin 2010, est rétabli dans la rédaction suivante :

« Art. 12 – § 1^{er} – Est puni d'une peine d'emprisonnement de six mois à trois ans et d'une amende pénale de 600 à 6 000 euros ou d'une de ces peines seulement ou d'une amende administrative de 300 à 3 000 euros, l'employeur, son préposé ou son mandataire qui, en contravention à la présente loi et à ses arrêtés d'exécution, à l'exception des normes relatives au permis de travail délivré en fonction de la situation de séjour particulière des personnes concernées, a fait ou laissé travailler un ressortissant étranger qui n'est pas admis ou autorisé à séjourner plus de trois mois en Belgique ou à s'y établir.

L'amende est multipliée par le nombre de travailleurs concernés.

§ 2 – Est puni d'une peine d'emprisonnement de six mois à trois ans et d'une amende pénale de 600 à 6 000 euros ou d'une de ces peines seulement ou d'une amende administrative de 300 à 3 000 euros, l'employeur, son préposé ou son mandataire qui, en contravention à la présente loi et à ses arrêtés d'exécution, à l'exception des normes relatives au permis de travail délivré en fonction de la situation de séjour particulière des personnes concernées, n'a pas, lors de l'occupation d'un ressortissant d'un pays tiers :

1° vérifié au préalable que ce dernier dispose d'un titre de séjour ou d'une autre autorisation de séjour valable;

2° tenu à la disposition des services d'inspection compétents une copie ou les données du titre de séjour ou d'une autre autorisation de séjour, au moins pendant la durée de la période d'emploi;

3° déclaré l'entrée et la sortie de service de cette personne conformément aux dispositions légales, décrétales et réglementaires.

Dans le cas où le titre de séjour présenté par le ressortissant étranger ou l'autorisation de séjour présentée est un faux, la sanction pénale prévue à l'alinéa 1^{er} est applicable s'il est prouvé que l'employeur savait que ce document était un faux.

L'amende est multipliée par le nombre de travailleurs concernés.

§ 3 – Est puni d'une amende pénale de 100 à 1 000 euros ou d'une amende administrative de 50 à 500 euros, l'employeur, son préposé ou son mandataire qui, en contravention à la présente loi et à ses mesures d'exécution, à l'exception des normes relatives au permis de travail délivré en fonction de la situation de séjour particulière des personnes concernées :

1° a fait ou a laissé travailler un ressortissant étranger :

a) sans avoir obtenu une autorisation d'occupation de l'autorité compétente ou qui ne possède pas de permis de travail;

b) en ne respectant pas les limites fixées par l'autorisation d'occupation ou le permis de travail;

c) pour une durée plus longue que celle indiquée dans l'autorisation d'occupation ou le permis de travail;

d) après le retrait de l'autorisation d'occupation ou du permis de travail;

2° n'a pas remis le permis de travail au travailleur étranger ou le lui a remis moyennant le paiement d'une somme ou d'une rétribution sous quelque forme que ce soit.

L'amende est multipliée par le nombre de travailleurs concernés.

§ 4 – Est puni d’une peine d’emprisonnement de six mois à trois ans et d’une amende pénale de 600 à 6 000 euros ou d’une de ces peines seulement ou d’une amende administrative de 300 à 3 000 euros, quiconque, en contravention à la présente loi et à ses arrêtés d’exécution, à l’exception des normes relatives au permis de travail délivré en fonction de la situation de séjour particulière des personnes concernées :

1° a fait entrer en Belgique un ressortissant étranger ou a favorisé l’entrée en Belgique de celui-ci en vue d’y être occupé, sauf s’il s’agit d’un ressortissant étranger possédant un permis de travail valable, et à l’exception du ressortissant étranger pour lequel l’employeur peut bénéficier d’une autorisation d’occupation postérieurement à son entrée en Belgique en vue d’y être occupé;

2° a promis à un ressortissant étranger, moyennant le paiement d’une rétribution sous quelque forme que ce soit, de lui chercher ou de lui procurer un emploi ou d’accomplir des formalités en vue de son occupation en Belgique;

3° a réclamé ou reçu d’un ressortissant étranger une rétribution sous quelque forme que ce soit pour lui chercher ou lui procurer un emploi ou pour accomplir des formalités en vue de son occupation en Belgique;

4° a servi d’intermédiaire entre un ressortissant étranger et un employeur ou les autorités chargées de l’application des dispositions de la présente loi ou de ses arrêtés d’exécution ou encore entre un employeur et ces mêmes autorités, en accomplissant des actes susceptibles d’induire en erreur le ressortissant étranger ou l’employeur ou les autorités précitées.

L’amende est multipliée par le nombre de travailleurs concernés.

§ 5 – Pour les infractions mentionnées aux §§ 1^{er}, 2 et 4, le juge peut interdire au condamné d’exploiter, pour un terme d’un mois à trois ans, soit par lui-même, soit par personne interposée, tout ou partie de l’entreprise ou de l’établissement où l’infraction a été commise, ou d’y être employé à quelque titre que ce soit.

§ 6 – Pour les infractions mentionnées aux §§ 1^{er}, 2 et 4, le juge peut, en outre, en motivant sa décision sur ce point, ordonner la fermeture, pour une durée d’un mois à trois ans, de tout ou partie de l’entreprise ou de l’établissement dans lequel les infractions ont été commises.

§ 7 - La durée de la peine prononcée en application du § 5 ou du § 6 court à compter du jour où le condamné aura subi ou prescrit sa peine et, s’il est libéré conditionnellement, à partir du jour de la libération pour autant que celle-ci ne soit pas révoquée. Elle produit cependant ses effets à compter du jour où la condamnation contradictoire ou par défaut est devenue définitive.

§ 8 – Le juge peut uniquement infliger les peines mentionnées au § 5 ou au § 6 quand cela s’avère nécessaire pour faire cesser l’infraction ou empêcher sa réitération, pour autant que la condamnation à ces peines soit proportionnée à l’ensemble des intérêts socio-économiques concernés.

En outre, pour les infractions mentionnées au § 3, les peines mentionnées au § 5 ou au § 6 ne peuvent être infligées que pour autant que la santé ou la sécurité des personnes soit mise en danger par ces infractions. Ces peines ne portent pas atteinte aux droits des tiers.

§ 9 – Toute infraction à la disposition du jugement ou de l’arrêt qui prononce une interdiction ou une fermeture en application du § 1^{er} est punie d’une sanction mentionnée au § 3. »

Art. 101 – Disposition modificative

Dans la même loi, modifiée en dernier lieu par la loi du 9 mai 2018, il est inséré un article 12.1 rédigé comme suit :

« Art. 12.1 – § 1^{er} – Est puni d’une peine d’emprisonnement de six mois à trois ans et d’une amende pénale de 600 à 6 000 euros ou d’une de ces peines seulement ou d’une amende administrative de

300 à 3 000 euros l'entrepreneur, en l'absence d'une chaîne de sous-traitants, ou l'entrepreneur intermédiaire, en cas d'existence d'une telle chaîne, quand leur sous-traitant direct commet une infraction mentionnée à l'article 12, § 2.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, l'entrepreneur et l'entrepreneur intermédiaire ne sont pas punis d'une sanction mentionnée à l'alinéa 1^{er} s'ils sont en possession d'une déclaration écrite dans laquelle leur sous-traitant direct certifie qu'il n'occupe pas et n'occupera pas de ressortissants de pays tiers en séjour illégal.

Par dérogation à l'alinéa 2, l'entrepreneur et l'entrepreneur intermédiaire qui sont en possession de la déclaration écrite sont punis d'une peine d'emprisonnement de six mois à trois ans et d'une amende pénale de 600 à 6 000 euros ou d'une de ces peines seulement ou d'une amende administrative de 300 à 3 000 euros s'ils ont, préalablement à l'infraction mentionnée à l'alinéa 1^{er}, connaissance du fait que leur sous-traitant direct occupe un ou plusieurs ressortissants de pays tiers en séjour illégal. La preuve de cette connaissance peut être la notification mentionnée à l'article 49/2 du Code pénal social.

L'amende est multipliée par le nombre de travailleurs concernés.

§ 2 – Sont punis d'une peine d'emprisonnement de six mois à trois ans et d'une amende pénale de 600 à 6 000 euros ou d'une de ces peines seulement ou d'une amende administrative de 300 à 3 000 euros, l'entrepreneur principal et l'entrepreneur intermédiaire, en cas d'existence d'une chaîne de sous-traitants, quand leur sous-traitant indirect commet une infraction mentionnée à l'article 12, § 2, s'ils ont au préalable connaissance du fait que leur sous-traitant indirect occupe un ou plusieurs ressortissants de pays tiers en séjour illégal. La preuve de cette connaissance peut être la notification mentionnée à l'article 12.2.

L'amende est multipliée par le nombre de travailleurs concernés.

§ 3 – Est puni d'une peine d'emprisonnement de six mois à trois ans et d'une amende pénale de 600 à 6 000 euros ou d'une de ces peines seulement ou d'une amende administrative de 300 à 3 000 euros :

1° le donneur d'ordre, en l'absence d'une relation de sous-traitance, quand son entrepreneur commet une des infractions mentionnées à l'article 12, § 2, si le donneur d'ordre a, préalablement à l'infraction, connaissance du fait que son entrepreneur occupe un ou plusieurs ressortissants de pays tiers en séjour illégal. La preuve de cette connaissance peut être la notification mentionnée à l'article 12.2.

2° le donneur d'ordre, en cas d'existence d'une relation de sous-traitance, quand le sous-traitant intervenant directement ou indirectement après son entrepreneur commet une infraction mentionnée à l'article 12, § 2, si le donneur d'ordre a, préalablement à l'infraction, connaissance du fait que le sous-traitant intervenant directement ou indirectement après son entrepreneur occupe un ou plusieurs ressortissants de pays tiers en séjour illégal. La preuve de cette connaissance peut être la notification mentionnée à l'article 12.2.

L'amende est multipliée par le nombre de travailleurs concernés. »

Art. 102 – Disposition modificative

Dans la même loi, modifiée en dernier lieu par la loi du 9 mai 2018, il est inséré un article 12.2 rédigé comme suit :

« Art. 12.2 – Les inspecteurs sociaux peuvent informer par écrit les entrepreneurs mentionnés aux articles 35/9 et 35/10 de la loi du 12 avril 1965 concernant la protection de la rémunération des

travailleurs que leur sous-traitant direct ou indirect occupe un ou plusieurs ressortissants de pays tiers en séjour illégal.

Les inspecteurs sociaux peuvent informer par écrit les donneurs d'ordre mentionnés à l'article 35/11 de la loi du 12 avril 1965 concernant la protection de la rémunération des travailleurs que leur entrepreneur ou leur sous-traitant occupe un ou plusieurs ressortissants de pays tiers en séjour illégal.

Cette notification mentionne :

1° le nombre et l'identité des ressortissants de pays tiers en séjour illégal dont l'inspection a constaté qu'ils ont fourni des prestations dans le cadre des activités que le destinataire de la notification fait effectuer;

2° l'identité et l'adresse de l'employeur qui a occupé les ressortissants de pays tiers en séjour illégal mentionnés au 1°;

3° le lieu où les ressortissants de pays tiers en séjour illégal ont fourni les prestations mentionnées au 1°;

4° l'identité et l'adresse du destinataire de la notification.

Une copie de cette notification est transmise par les inspecteurs sociaux à l'employeur qui a occupé les ressortissants de pays tiers en séjour illégal mentionnés à l'alinéa 3, 1°. »

Art. 103 – Disposition modificative

L'article 14 de la même loi, abrogé par la loi du 6 juin 2010, est rétabli dans la rédaction suivante :

« Art. 14 – Les dispositions du chapitre 5 du décret du ** relatif au contrôle et à la procédure concernant l'imposition d'amendes administratives dans le domaine de la politique de l'emploi sont applicables aux amendes administratives mentionnées aux articles 12 et 12.1. »

Art. 104 – Disposition modificative

À l'article 17 du décret du 11 mai 2009 relatif à l'agrément des agences de travail intérimaire et à la surveillance des agences de placement privées, les modifications suivantes sont apportées :

1° à l'alinéa 1^{er}, les mots « d'un emprisonnement de huit jours et/ou d'une amende de 100 EUR à 5.000 EUR » sont remplacés par les mots « d'une peine d'emprisonnement de six mois à trois ans et d'une amende pénale de 600 à 6 000 euros ou d'une de ces peines seulement ou d'une amende administrative de 300 à 3 000 euros »;

2° à l'alinéa 1^{er}, le 4° est remplacé par ce qui suit :

« 4° la personne qui, en son nom propre ou pour le compte d'un commettant, a sciemment recours à des services de travail intérimaire ou de placement qui ne répondent pas aux règles fixées par le présent décret; »

3° l'alinéa 1^{er} est complété par un 6°, rédigé comme suit :

« 6° l'employeur qui fait appel en connaissance de cause à une agence de travail intérimaire qui ne dispose pas d'agrément régulier. »

4° l'article est complété par les alinéas 2 et 3 rédigés comme suit :

« L'amende est multipliée par le nombre de travailleurs concernés.

Les dispositions du chapitre 5 du décret du ** relatif au contrôle et à la procédure concernant l'imposition d'amendes administratives dans le domaine de la politique de l'emploi sont applicables aux amendes administratives mentionnées à l'alinéa 1^{er}. »

Art. 105 – Disposition modificative

L'article 21 du même décret est abrogé.

Art. 106 – Disposition modificative

L'article 175 du Code pénal social, modifié en dernier lieu par la loi du 11 février 2013, est abrogé.

Art. 107 – Disposition modificative

Le chapitre 7 du décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi, comportant les articles 38 à 42, est abrogé.

Art. 108 – Disposition abrogatoire

Le décret de la Région wallonne du 5 février 1998 relatif à la surveillance et au contrôle des législations relatives à la politique de l'emploi, modifié en dernier lieu par le décret du 28 mai 2018, est abrogé.

Art. 109 – Entrée en vigueur

Le présent décret entre en vigueur le 1^{er} janvier 2023.

Eupen, le ...

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances
O. PAASCH

La Ministre de la Culture et des Sports,
de l'Emploi et des Médias
I. WEYKMANS